



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

HD WIDENER



HW HTW6 4

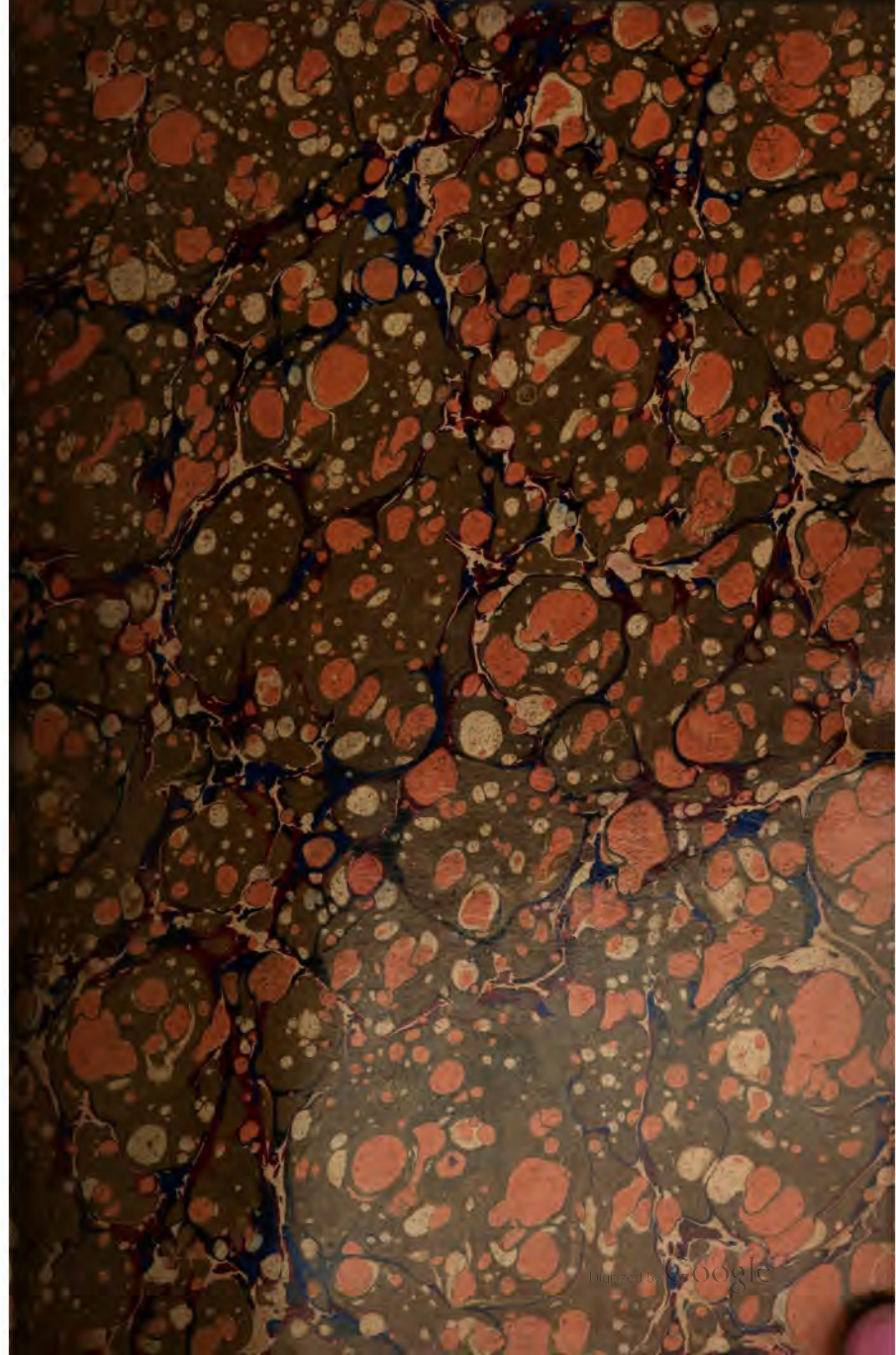




IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF  
HIS ROYAL HIGHNESS  
PRINCE HENRY OF PRUSSIA  
MARCH SIXTH, 1902  
ON BEHALF OF HIS MAJESTY  
THE GERMAN EMPEROR

PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.  
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

*Ed. French, Jr. 1902*











# Sürst Bismarck

und nicht seine Leute

während

des parlamentarischen Kriegs.

Zeitgeschichtliche Spaziergänge

von

D. Wolfgang Frank.



Leipzig,  
Verlag von Fr. Thiel.

1882.

2205.14.5  
**Harvard College Library**

FEB 7 1918

**Hohenzollern Collection**

**Gift of A. C. Coolidge**

---

Alle Rechte vorbehalten.

---

# Inhalt

	Seite
Vormort . . . . .	V
I. Schwere Trennung . . . . .	I
II. Neue Verträge . . . . .	23
III. Fürst Bismarck und die Arbeiterfrage.	
1. „Fürst Bismarck als Sozialist“ . . . . .	47
2. Fürst Bismarck und Lassalle . . . . .	56
IV. Fürst Bismarck als Privatmann . . . . .	80
V. Fürst Bismarck als Feuilletonist . . . . .	92
VI. Graf Bill und Paul Lindau (als Intermezzo) . . . . .	106
VII. Ein parlamentarisches Diner beim Reichskanzler . . . . .	117
VIII. Eine Stunde im Deutschen Reichstag . . . . .	127
IX. Die „Eloquenzen“.	
Eugen Richter. Hermann Schulze-Delitzsch. Albert Hänel. Albert	
Träger. Eduard Lasfer. Ludwig Bamberger. Karl Braun.	
Gustav von Bähler. Heinrich Richter . . . . .	143
X. Gemischte Gesellschaft.	
Rudolph von Bennigsen. — Adalbert Falk. — Leopold Sonnemann. —	
Wilhelm Liebknecht. August Bebel. Wilhelm Hasenclever. —	
Wladimir von Niegolewski . . . . .	179
XI. Die „schwankenden Gestalten“.	
Ludwig August Bräel. Philipp Ernst Lieber. Burghard Freiherr von	
Schorlemer-Asff. Ludwig Windthorst . . . . .	209
Anhang. Kiffinger Blätter . . . . .	228





## Vorwort.

**D**er Erfolg, den Dr. Moritz Busch mit seinem Werke „Graf Bismarck und seine Leute während des Kriegs mit Frankreich“ davongetragen, hat den Schreiber des vorliegenden Buches — ganz gut „schlafen lassen“. Das will er gleich hier am Anfang desselben in Voraussicht einer naheliegenden und bequemen Wendung, die manchem wohl- oder übelwollenden Beurtheiler in die Feder kommen könnte, bemerken. Es handelte sich für ihn, wie schon der Titel andeuten dürfte und jeder Blick in die nachfolgenden Blätter ergiebt, nicht etwa um eine bloße Kopie jenes anderen Buches, an dessen Aufschrift diejenige dieser Arbeit anklingt. Aber es schien ihm jetzt von einigem Interesse, den sich immer mehr verschärfenden Kämpfen im Parlament eine nähere Betrachtung zu widmen, ihren Ursachen und Anfängen nachzugehen und besonders heftige Episoden in denselben hervorzuheben. Es mußte sich dabei eine Fülle wirksamer Schlagwörter, epigrammatisch zugespitzter und pointenreicher Aussprüche und humoristisch gefärbter Bemerkungen ergeben, von denen bereits manche als eine Art von geflügelten Worten sich im politisch unterrichteten Publikum eingebürgert haben, und die schon deshalb in einen besonderen Rahmen gefaßt zu werden verdienen, weil sie den Kanzler und



die Hauptführer der verschiedenen Parteien am besten charakterisiren. Die Bezeichnung „nicht seine Leute“ ist hierbei in doppeltem Sinne zu verstehen, — nicht bloß so, daß diese aus dem Grunde damit belegt werden, weil sie in ihren Grundsätzen und Anschauungen dem Fürsten prinzipiell gegenüberstehen, sondern sie ist noch viel mehr vom Standpunkte des letzteren selbst aus gedacht. „Der ist mein Mann,“ oder: „Der ist nicht mein Mann,“ pflegt man zu sagen.

Es war ursprünglich bei der Niederschrift dieser Bogen nur beabsichtigt, eine Reihe flüchtig hingeworfener Bemerkungen zusammenzustellen, die sich auf das Verhältniß des Fürsten zu seinen Gegnern im deutschen Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus bezogen, und wie sie in der augenblicklichen Situation weiteren Kreisen willkommen sein mochten. Als aber der Verfasser daran ging, seine vielfachen unmittelbaren Beobachtungen zu übersehen und das von ihm seit dem Beginn des „parlamentarischen Kriegs“ gesammelte reiche Material zu sichten, ergab es sich, daß selbst ein Band vom Umfange des hiermit vorgelegten nur knapp ausreichte, um das Wichtigste und Charakteristischste aufzunehmen. So ist das Werkchen fast eine Geschichte der deutschen innern Politik während des letzten Jahrzehnts, eine Beleuchtung beinahe aller dabei zur Sprache gekommenen bedeutungsvollen Materien und des von den einzelnen Parteien dazu eingenommenen Standpunktes geworden. Man wird sich also in letzterer Hinsicht durch dasselbe leicht orientiren können.

Ob das Charakterbild des Fürsten, wie es in diesem Buche den Lesern entgegentritt, ein sympathisches oder unsympathisches ist, muß dem persönlichen Standpunkt und Gefühl der letzteren

überlassen bleiben. In jedem Falle aber darf es auf volle Lebenswahrheit Anspruch machen, da des Kanzlers persönliche Aeußerungen selbst die eindrucksvollste Farbe dazu geben und ich mich eigenen Urtheils möglichst enthalten habe. Immerhin ist es natürlich, daß ich Moritz Busch, dem Manne des Pressbureau's und der „Grenzboten“, nicht in jeder Beziehung nachzusprechen vermag. Eins aber wird man, hoffe ich, überall herausfinden: daß ich dem Kanzler in seinen sozialpolitischen Plänen und Ansätzen, die sozusagen den Kern- und Brennpunkt im Inhalte meines Buches bilden, diejenige lebhafteste Beistimmung nicht versagen kann, die ihm jeder gern entgegenbringen wird, der sich für Aufgaben der Humanität zu begeistern vermag und für die Strebungen und Strömungen unserer Zeit Verständniß besitzt. Ebenso leicht wird man, was des Verfassers Urtheil über die einzelnen politischen Parteien angeht, erkennen, daß er keine derselben besonders vertritt, sondern möglichst über denselben zu stehen sucht; auch hat er deren Werth und Gewicht nicht nach dem größeren oder geringeren Anflang geschätzt, den sie gerade in der herrschenden Tagesmeinung finden, sondern alle von einem vorurtheilsfreien und schlechterdings unabhängigen Standpunkte aus mit gleichem Maß gemessen. Nur dem reinen Manchestertum gegenüber muß er sich durchaus ablehnend verhalten.

Mit aller Deutlichkeit werden dem Leser durch dies Buch die Schwebungen und Schwankungen zum Bewußtsein kommen, die das Wirken des Kanzlers in Bezug auf unsere inneren Bedürfnisse und Verhältnisse während der jüngsten Zeit kennzeichnen, und wenn der Fürst hinsichtlich des Werkes von Busch als Geschichtsquelle bei Gelegenheit äußerte, daß man nach dreißig Jahren sagen werde: „Conferas Buschii, Kapitel 3,

Seite 20," so kann und will meine bescheidene Arbeit wohl eine solche Geltung und Bedeutung nicht beanspruchen, aber wenn es sich darum handelt, auf die alte Erfahrung hinzuweisen, welch' großer Wandel doch in den menschlichen Dingen während kurzer Zeit eintreten kann, so dürfte dieselbe allerdings für interessante und sehr lehrreiche Vergleiche eine wesentliche Unterlage sein.

Fastnacht 1882.





## Erstes Kapitel.

### Schwere Trennung.

**F**riede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, — die Schlachten gegen Frankreich waren geschlagen, die deutsche Einheit begründet, und die „goldene Aera“ schien mit einem male ihren Anfang zu nehmen. Wenigstens hatte der Tanz um das „goldene Kalb“ unter frenetischem Jubel bereits begonnen . . .

„Möge die Wiederherstellung des deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein; möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen.“ So lauteten die verheißungsvollen kaiserlichen Worte, mit denen am 21. März von 1871 der erste deutsche Reichstag eröffnet wurde, und die preussische „Provinzial-Korrespondenz“ schrieb dazu nicht minder zuversichtlich als Kommentar: „Die jüngste feierliche Kundgebung von dem Throne des deutschen Kaisers hat Zeugniß davon gegeben, in welch' erhabenem Geiste die Schöpfer der neuen Ordnung der Dinge  
frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

ihre und des deutschen Volkes weitere Aufgaben erfaßt haben: ein glorreicher Reichsfrieden, ein Wettkampf der Völker um die Güter des Friedens soll das Ziel der ferneren deutschen Politik sein. Möge es dem Fürsten von Bismarck vergönnt sein, als herrlichste Frucht seines an Mühen und Erfolgen so reichen Wirkens fortan den Dank des Volkes auch für einen wahrhaft jegensvollen Reichsfrieden und eine immer blühendere innere Entwicklung Deutschlands zu ernten.“

Noch während des Krieges hatte auch Oesterreich gute Miene zu der „neuen Ordnung der Dinge“ zu machen begonnen. „Deutschland und Oesterreich-Ungarn, wir dürfen es zuversichtlich hoffen, werden mit den Gefühlen des gegenseitigen Wohlwollens auf einander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen,“ schrieb Fürst von Bismarck unterm 14. Dezember 1870 aus dem großen Hauptquartier in Versailles an den damaligen preussischen Gesandten in Wien, und unterm 26. Dezember äußerte Graf Beust nach Berlin seine Ueberzeugung dahin, „daß eine unbefangene Erwägung und Würdigung der gegenseitigen Bedürfnisse nur die erspriesslichste und wohlthätigste Wirkung auf beide Reiche äußern, sie in Frieden und in reger Mitarbeiterschaft an den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft einigen wird. In dieser Beziehung ist die königlich preussische Regierung nur dem Ausdrucke unserer eigenen Empfindungen zuvorgekommen, wenn sie unserer gemeinsamen Vergangenheit gedenkt und der Hoffnung Worte leiht, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit Gefühlen des gegenseitigen Wohlwollens auf einander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen werden . . .“

Auch der deutsche Reichstag beeilte sich alsbald, gleiche Hoffnungen auszudrücken. „Der Zufriedenheit Deutschlands, der



Sicherheit Europas hat die Einheit des deutschen Reiches gefehlt. Jetzt ist die Einheit errungen und das Reich unter dem Schutze seines Kaisers, unter der Herrschaft seiner Verfassung und der Gesetze sicher gestellt. Jetzt kennt Deutschland keinen höheren Wunsch, als im Wettkampf um die Güter der Freiheit und des Friedens den Sieg zu erringen," heißt es in der vom Abgeordneten v. Bennigsen entworfenen und mit den Führern aller Fraktionen außer den Ultramontanen vereinbarten Adresse an den Kaiser und: „Stark in unserer Kraft, werden wir von anderen Völkern nicht angegriffen werden und werden die Zeit haben, die Kulturaufgaben zu entwickeln, die ganz besonders das deutsche Volk durch die reichen und köstlichen Gaben, mit denen die Natur es gerade für die friedlichen Aufgaben ausgestattet hat, zu erfüllen berufen ist," äußerte sich der eben genannte Abgeordnete kurz nachher im Reichstag, während der Kaiser der Adress-Deputation dieser Körperschaft antwortete: „Mögen denn die Vertreter des deutschen Reiches in treuer Pflichterfüllung fortarbeiten, damit das neue Deutsche Reich den Erwartungen entspreche, die die Welt davon hegt."

Es war also alles in schönster Harmonie, man vertraute völlig dem neuen Sterne. Freilich fehlte es auch schon damals nicht an solchen, die schwärzer sahen und dem jungen Reiche eine weniger helle und stille Zukunft verhießen, wie der alte Donnerer Johannes Scherr, der sich kein Reich „rosenrother Freiheit und himmelblauer Glückseligkeit" versprach.

Viel schneller, als man sich heute noch erinnert, kamen denn auch schon Mißtöne in den schönen Einklang, wenn der Kanzler damals auch nur erst sehr vorsichtig seine zeitweilige Verstimmung zu äußern sich veranlaßt fand. „Die Sache ist gegen meine Person gerichtet," sagte er in der Reichstagsitzung vom 25. Mai 1871, als er sich selbst als „Advokat für Elsaß-Lothringen"

aufwarf. „Ich bin sehr gern bereit, jeden Dienst zu leisten, den das Land noch aus mir ziehen kann; aber geben Sie mir die Möglichkeit, daß ich ein solches Amt mit Freudigkeit übernehme, und befreien Sie mich von diesem Votum, das ich nicht anders denn als Mißtrauen bezeichnen kann.“ Gleich darauf aber bemüht er sich, „einem Mißverständniß entgegenzutreten,“ zu welchem seine „Aeußerung über Anerkennung“ dem Abgeordneten **Lasker** Anlaß gegeben hat. „Er schien zu glauben, — und ich würde beklagen, wenn sich diese Meinung festsetzte — daß ich über Mangel an Anerkennung meiner politischen Thätigkeit im allgemeinen geklagt hätte. Da wäre ich sehr unbescheiden. Sie ist mir weit über mein Verdienst geworden, und ich fühle mich durch die Anerkennung meiner Mitbürger von vielen Seiten her in hohem Grade geehrt und befriedigt.“ Der große Staatsmann glaubt auch nicht, — „soviel Vertrauen habe ich zu dem Vertrauen der Herren“ — daß beabsichtigt sei, „daß er in dem Falle sein Amt als Reichskanzler niederzulegen haben würde.“ Freilich „etwas müde“ ist er schon. „Man hält mir vor, daß ich diese Fragen zu erledigen gesucht hätte durch den Druck einer Kabinetsfrage. Das trifft so ganz nicht zu; ich habe nicht gesagt, wenn Sie so und so nicht stimmen, will ich nicht mehr Bundeskanzler sein, — da habe ich doch, ehe ich zurücktrete, noch andere Pflichten, als die gegen das Elsaß und Lothringen allein, in Erwägung zu ziehen . . . Und ich möchte die Herren dringend bitten, aus der vielleicht nicht ausreichend vorbereiteten Art, in der ich meine Meinung mitunter vertrete, und namentlich nach einer längeren Abwesenheit, nach einer längeren Nichtbetheiligung an ihren Geschäften, — aus der Art, wie ich in unvorbereiteter Lage eine Sache vertrete, nicht sofort Schlüsse auf tiefgehende Verstimmungen zu machen und einer Reizbarkeit unter Umständen etwas zu gute zu halten, ohne die ich andererseits nicht

im Stande wäre, ihnen und dem Lande Dienste zu leisten. Das Recht, etwas müde zu sein, wird mir auch der Herr Vorredner nicht bestreiten.“ In ähnlicher Weise, aber doch schon etwas bitterer, möchte er (am 16. Januar 1874) „den Herren doch zu bedenken geben, daß die ihnen von Gott gesetzte Obrigkeit, die über uns regiert, auch in den Organen, die Se. Majestät an die Spitze des Reiches stellt, vor dem Auslande wenigstens einen gewissen Anspruch auf — ich will nicht sagen auf persönliche Rücksicht, nein, aber doch auf dezente Behandlung hat, daß man sich nicht die Aufgabe stellt, die eigene Regierung vor dem Auslande zu verleumdern.“ Dann wieder schätzt er es sich zur Ehre, der Gegenstand so vieler Angriffe zu sein, und spricht die berühmten Worte mit einer gewissen Gelassenheit aus: „Ja, meine Herren, wenn ich mich auf die Widerlegung alles dessen einlassen wollte, was gegen mich gedruckt wird, auch nur im Sinne der hier vertretenen Mittelpartei gegen mich gedruckt wird, da reichte kein Preßbureau und kein Welfensfonds; da müßte ein besonderes Ministerium dazu eingerichtet werden, um das bloß lesen zu lassen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen, unter verschiedenen Gestaltungen der europäischen Politiks stets mit entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu Theil geworden, sehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen, bis zur Weichsel, von dem Belt bis zur Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen, der Oder oder des Rheins umher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten und — ich behaupte stolz! — die am besten gehaßte Persönlichkeit in diesem Lande bin.“

Ernstlich von seinem Rücktritt sprach der Kanzler zum erstenmal gelegentlich des Besuchs zweier Abgeordneten an seinem

Krankenlager, — es war am 28. März 1874. Der fürst zeigte sich sehr mißgestimmt gegenüber der Haltung des Reichstags. „Ich kann mir diese Lage der Dinge nicht gefallen lassen,“ sagte er. „Ich kann meinen europäischen Ruf nicht opfern. Ich werde, sobald ich wieder im Stande bin, die Feder zu führen, meinen Abschied erbitten. Vielleicht findet sich ein anderer, welcher sich in diesem Reichstag eine Mehrheit, eine zuverlässige Mehrheit, zu sichern weiß. Ich habe an andern Orten, z. B. auch im Bundesrath, schon Schwierigkeiten genug zu überwinden, — spöttelnd sagt man mir, unter Hinweis auf das Verhalten einzelner Liberaler und der Fortschrittspartei im Reichstag: ‚Das also sind die Männer, auf die Sie sich stützen!‘. Einer solchen Lage der Dinge, welche die höchsten Interessen des Reiches schädigt, muß so bald als möglich ein Ende gemacht werden; und es giebt nur zwei Mittel hierzu, entweder mein Rücktritt oder die Auflösung des Reichstages.“

Mehrere Jahre vorher hatte er allerdings schon einmal seine Sehnsucht nach Ruhe ausgesprochen, damals aber in wohl nicht ganz ernst gemeinter Weise. Es geschah gegenüber der Deputation, die ihm am 19. April 1871, also bald nach seiner Heimkehr aus Frankreich, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Görlitz überbrachte. Er klagte, „wie angegriffen seine Nerven seien, wie er übersatt sei und wie es auch schwer halte, allen es Recht zu machen; er würde sich gerne pensioniren lassen und nach Görlitz ziehen, denn er wisse, daß es sich da gut lebe.“

Bei dem Mangel „entschiedener Bürgschaften für die Mitwirkung einer zuverlässigen Reichstags-Mehrheit“ an den Aufgaben seiner Politik fand sich dann der Kanzler im Dezember 1874 gelegentlich der Majunké'schen Angelegenheit veranlaßt, „die Frage wegen der weiteren Führung der Reichsregierung zur Erwägung und Entscheidung Sr. Majestät des Kaisers zu

stellen.“ Wie bekannt, erfolgte darauf im Reichstag das von Herrn von Bennigsen beantragte Vertrauensvotum, wobei dieser Abgeordnete die seit jener Zeit häufig wiederholten Worte sprach:

„Diese Politik ist zugleich weitsehend und fest, würdig und national, und sie wird der Zustimmung der Mehrheit dieses Reichstages und der deutschen Nation für alle Zukunft sicher sein.“

Kaum ein Jahr später war indessen der Fürst wieder in der Lage, über den Mangel an Nachsicht ihm gegenüber sich beschweren zu müssen. Er sprach insbesondere (22. November 1875) von den „mehrfach nicht mißzuverstehenden Appellationen“ an sein „Pflichtgefühl von Seiten eines geehrten Mitgliedes der Versammlung, des Herrn Abgeordneten Richter.“ „Gerade von seiner Seite finde ich es eigentlich nicht ganz billig, so streng zu urtheilen, und er wird sich selbst nicht im Unklaren sein, daß gerade er wesentlich dazu beiträgt, das an und für sich mühsame und angreifende Geschäft einer ministeriellen Existenz noch zu erschweren. . . . Ich bin in der That in einer recht schwierigen Stellung. Wenn ich erkläre, daß meine Kräfte nicht mehr den Arbeiten genügen und ich gesunderen Kräften Platz machen muß, so wird das von mehr als einer Seite als eine Art von Felonie betrachtet, und namentlich die Presse appellirt an mein Pflichtgefühl, an meine Vaterlandsliebe, an mein Ehrgefühl, während mir der Appell an einen Arzt, der mir helfen könnte, erwünschter wäre.“

Und wenige Tage darauf (3. Dezember) äußerte er bei der ersten Berathung der Strafgesetznovelle im Reichstag, als er für den von der Bestrafung der Beamten im Dienste des Auswärtigen Amtes handelnden Paragraphen eintrat: „Ich erkläre ganz bestimmt als das Ergebnis meiner Erfahrungen (man weiß, daß der Kanzler damit auf die Arnim-Affäre anspielte),



daß ich nicht glaube, ohne Verschärfung der Disziplin, durch Beihülfe strafrechtlicher Bestimmungen von Art der vorgeschlagenen, dauernd mein Amt als auswärtiger Minister tragen zu können . . . . Ich erkläre, daß, wenn ich verantwortlich bleiben soll für die Erfolge unseres Auswärtigen Amtes, wie ich es bisher gewesen bin, ich mich mit der bloßen Disziplinarbefugniß nicht begnügen kann, und daß ich darin einer Stärkung bedarf. . . . Paßt es Ihnen nicht in die juristische Fassade, so paßt es mir nicht in die Möglichkeit, die auswärtigen Geschäfte zu führen, wenn das Gegentheil von dem geschieht, was beantragt ist . . . .“

Sehr ernst wurde dann das Entlassungsgesuch genommen, welches der Fürst im Frühjahr 1877 dem Kaiser einreichte. Als Beweggründe machte er die infolge angegriffener Gesundheit bemerkbare Abnahme seiner Arbeitskräfte geltend. In Wahrheit handelte es sich aber schon damals um die „in seinem Haupte durchdachten und in großem Zusammenhange entworfenen Reformpläne auf verschiedenen Gebieten der innern Einrichtungen“, — vornehmlich in Betreff der sozialpolitischen Gesetzgebung und des Steuersystems — Pläne, deren Durchführung ihn unerläßlich dünkte, und für die er nichtsdestoweniger in der Volksvertretung eine Majorität zu gewinnen verzagte.

„Ganz anders wäre die Lage“ — schrieb aus Anlaß dieser Kanzlerkrisis die „Post“ in einem sicherlich von der Wilhelmsstraße aus inspirirten Artikel, — „wenn der Fürst entweder Helfer zur Seite hätte, die auf seine Intentionen in den gedachten Beziehungen völlig, willig und wirksam eingingen, oder aber, wenn eine Mehrheit des Reichstages sich bilden könnte, welche, für dieselben Intentionen mit geschlossener Kraft ohne Schwanken eintretend, die Leiter der betreffenden Dienstzweige von ihren Skrupeln befreien und dieselben zu einem schnellen

Gang der Reformarbeit in die nach der Ueberzeugung des Fürsten richtige Bahn drängen würde.“

In jener Zeit tauchte auch das vielbesprochene Gleichniß vom „müden Jäger“ auf, in welchem der Kanzler, drastisch genug, sein Verhältniß zu seinen großen Plänen und zu seinen Mitarbeitern geschildert haben sollte.

„Fürst Bismarck“ — so berichtete die Presse — „verglich sich mit einem müden Jäger, der, von tagelanger, ergebnisloser Pirsch abgemattet und fast verschmachtet, im Begriff ist, zu Boden zu sinken und die Jagd ganz aufzugeben; da signalisiren ihm die Jägerburschen ein paar herrliche Wildsauen, und flugs erwacht in ihm die alte Jägerlust, mit frischer Kraft bricht er auf und begiebt sich aufs neue ans fröhliche Waidwerk. So auch würde er, müde und abgehetzt, wie er sich fühlt, dennoch mit neuer Energie und alter Kraft sich wieder an das Werk begeben, das zu vollbringen er sich vorgesetzt, wenn ihm die hilfreichen Jägerburschen zur Hand wären, um vereint mit ihm die Sauen zu stellen . . .“

Nachdem der Kanzler im folgenden Jahre wieder bei der Debatte über die Eisenbahn-Politik betont, er sei „nicht mehr in der Gesundheit, um auf Dinge, die ihm am Herzen lägen, lange warten zu können, wenn er an sie noch Hand anlegen wolle“, drohte er in der Berathung des Sozialistengesetzes am 9. Oktober 1878 abermals: „Haben Sie nicht das Vertrauen zu uns und speziell zu mir, der ich im Reich die Hauptverantwortlichkeit trage, daß dieses Gesetz seinen Intentionen gemäß ausgeführt wird, haben Sie die Befürchtung, daß wir es nicht brauchen werden, um uneingestandene Zwecke damit zu erreichen, kurz und gut, fürchten Sie sich mehr vor mir und vor der Anwendung des Gesetzes, mehr vor den vereinigten Regierungen als vor den Sozialdemokraten, ja, dann, meine Herren, weiß

ich, was ich zu thun habe, dann muß ich Personen Platz machen, zu denen Sie mehr Vertrauen haben, oder die andere Mittel zur Bekämpfung der Gefahr anwenden wollen, als ich nach meinem politischen Urtheile anzuwenden bereit bin . . .“

Man könnte diesen Aeußerungen der Unzufriedenheit und des Verdrusses von Seiten des Kanzlers noch manche hinzufügen. Sie haben sich oft wiederholt und am häufigsten in der neuesten Zeit, wo sie nicht selten die Gestalt bitterster Vorwürfe wider seine Gegner annahmen. Und wenn er jüngstens sagte: „Ich habe gelernt, ohne den Dank der Welt zu leben, ich habe ihn gehabt, verloren, wiedergewonnen, — ich mache mir gar nichts daraus!“ (ein Ausspruch, der übrigens lebhaft an einen ganz ähnlichen erinnert, den er schon im Juni 1865 that: „Ich bin der Anerkennung in sehr geringem Maße bedürftig und gegen Kritik ziemlich unempfindlich“) so braucht man doch nur die unmittelbar darauf gesprochenen Worte: „Ich bin von allen Seiten angefallen bis aufs Blut, von den Konservativen, vom Centrum, von dem Fortschritt u. s. w. Es ist mir kein Vorwurf erspart worden, der mich politisch diskreditiren konnte,“ — man braucht diese bittere Beschwerde nur zu hören, um die tiefe Verstimmung, die sich dem Fürsten allmählich mitgetheilt, zu erkennen, — schloß er doch auch fast in demselben Athem daran das speziell auf die heutigen „liberalen Parteien“ bezügliche Geständniß: „Gift und Galle, welches über mich ausgeschüttet ist, in den Wahlprogrammen und wo sich sonst Gelegenheit fand, haben ihren Eindruck auf mich nicht verfehlt, das muß ich Ihnen offen gestehen.“

Wie diese Verstimmung in manchen Augenblicken seines privaten Lebens sich geradezu zu Empfindungen drückenden Zweifels und tiefen Seelenschmerzes ausprägt, davon giebt uns

Moritz Busch, der Verfasser von „Graf Bismarck und seine Leute“, in seinen „Tagebuchblättern“ einen recht charakteristischen Beleg. Der Kanzler — es war eines Abends in Varzin — sah nach seiner häufigen Gewohnheit, wenn er etwas Wichtiges sagen wollte, eine Weile lang vor sich hin und klagte dann, daß er von seiner politischen Thätigkeit wenig Freude und Befriedigung gehabt habe. „Niemand“ — bemerkte er — „liebe ihn deshalb; er habe niemand damit glücklich gemacht, sich selbst nicht, auch andere nicht, — wohl aber viele unglücklich. Ohne mich hätte es drei große Kriege nicht gegeben, wären achtzigtausend Menschen nicht umgekommen, und Eltern, Brüder, Schwestern und Witwen trauerten nicht. Das habe ich indessen, fuhr er fort, mit Gott ausgemacht. Über Freude habe ich wenig oder gar keine gehabt von allem, was ich gethan habe, dagegen viel Verdruß, Sorge und Mühe.“ Sind das nicht Aeußerungen, die Schopenhauer zur Begründung seines Pessimismus trefflich hätte verwerthen können? —

Nun ist aber der Fürst — und es geht dies schon aus dem Vorstehenden hervor — von Natur aus leicht geneigt, in Mißmuth und Verstimmung zu verfallen, wenn nicht alles so gehen will, wie er sich's gedacht. Man muß darin eine Folge seines feurigen Geistes, seines Thatendrangs, seines Selbstvertrauens finden. Alle seine Vorsätze und Pläne sollen schnell und ganz, wie er sich das Bild davon gemacht, zur Ausführung kommen, — es war natürlich, daß er sich bei dieser Art des politischen Schaffens überarbeiten und aufreiben mußte. Wie er dabei in gleicher Weise auf seine Umgebung wirkt, charakterisirt Bruno Bauer in seinem geistvollen Werke: „Zur Orientirung über die Bismarcksche Aera“ (1880) treffend, wenn er schreibt: „Seine Diener und Minister fanden bei der übereilten Ausarbeitung seiner Entwürfe

weder in sich selbst Genüge, noch bei dem Meister, den keine Ausführung im Vergleich mit seinem Ideal zufriedenstellen konnte, Anerkennung; sie äscherten sich ab, wurden von ihm krank befunden und traten bei Seite; seine parlamentarischen Kompagnieen verloren bei dem Sturm der wechselnden Forderungen, mit denen er sie überraschte, die Fühlung unter einander und mit dem Herrn und brachen ermattet und verstimmt zusammen.“

Die Klagen über das geringe Verständniß seiner Absichten und das Bemühen, durch Vorwürfe dieser Art und indem er seine bessere Kenntniß von der Sache betont, auf die Meinung und die Beschlüsse der politischen Parteien einzuwirken, sind übrigens an dem Fürsten Bismarck durchaus nicht neu, — keineswegs aber etwa erst seit dem Beginn der Zerwürfnisse im deutschen Reichstag aufgetreten. Oder könnte es nicht eben erst gesagt sein, was er u. a. am 29. März 1867 sehr kräftig äußerte:

„Wenn man fünf Jahre lang schwer gekämpft hat und das erreicht hat, was hier vorliegt, wenn man seine Zeit, die beste Zeit des Lebens, seine Gesundheit dabei geopfert hat, wenn man sich der Mühe erinnert, die es gekostet hat, oft einen kleinen Paragraphen, eine Interpunktationsfrage zwischen 22 Regierungen zu entscheiden, wenn man nun auf den Punkt gekommen ist, wie er hier vorliegt, dann treten Herren, die von allen diesen Kämpfen wenig erfahren haben, von den amtlichen Vorgängen nichts wissen können, in einer Weise auf, die ich nur damit vergleichen kann, daß jemand in meine geschlossenen Fenster einen Stein hineinwirft, ohne zu wissen, wo ich stehe. Er weiß nicht, wo er mich trifft, er weiß nicht, welche Geschäfte er mir gerade im Augenblick erschwert, die vorliegen, und die mir durch diesen Widerstand unmöglich werden . . . Dann kommt man sehr leicht, auch ohne gerade künstlich nervös gemacht zu sein, in eine



Stimmung, die ich dem Herrn Abgeordneten nicht besser charakteristren kann, als wenn ich ihm empfehle, in einer der ersten Szenen von Heinrich IV. nachzulesen, was Heinrich Percy für einen Eindruck hatte, als der dort besagte Kammerherr kam und ihm die Gefangenen abforderte und ihm, der wund und kampfesmüde war, eine längere Vorlesung über Schußwaffen und innere Verletzung hielt. Die Stelle steht im Anfang des Stückes und fängt mit den Worten an: „I remember that when the fight was over, there came a certain Lord etc.“ So ungefähr wie Percy ist mir zu Muth, wenn ich über Dinge, für die ich gelitten und gekämpft habe, die ich besser kennen muß, solche Reden höre.“

Der Vergleich war ein wenig malitiös, wie die Stelle, auf die der Kanzler den „Herrn Abgeordneten“ verwies (Heinrich IV., 1. Akt, 3. Scene), zeigen dürfte. Sie lautet in der Uebersetzung so:

„Mein Fürst, ich schlug nicht die Gefang'nen ab.  
Doch ich erinn're mich, nach dem Gefecht,  
Als ich, von Muth und Anstrengung erhitzt,  
Matt, athemlos, mich lehnte auf mein Schwert,  
Kam ein gewisser Herr, nett, schön geputzt,  
Frisch wie ein Bräut'gam; sein geputztes Kinn  
Sah Stoppelfeldern nach der Ernte gleich.  
Er war bebalstamt wie ein Modekrämer,  
Und zwischen seinem Daum' und Finger hielt er  
Ein Bisam-Büchschén, das er ein um's and're  
Der Nase reichte und hinweg dann zog,  
Die, zornig d'rüber, wenn sich's wieder nahte,  
In's Schnauben kam; stets lächelt' er und schwagte,  
Und wie das Kriegsvolk Todte trug vorbei,  
Nennt er sie ungezog'ne, grobe Buben,

Daß sie 'ne liederliche, garst'ge Leiche  
Zwischen den Wind und seinen Udel trügen.  
Mit vielen feiertags- und fräuleins-Worten  
Befragt' er mich und fordert' unter anderm  
Für Eure Majestät die Kriegsgefang'nen.  
Ich, den die kalt geword'nen Wunden schmerzten —,  
Nun so geneckt von einem Papagey,  
In dem Verdruß und in der Ungeduld  
Antwortete so hin, ich weiß nicht was:  
Er sollte oder nicht, — mich macht' es toll,  
Daß er so blank aussah und doch so süß  
Und wie ein Kammerfräulein von Kanonen,  
Von Trommeln schwagt' und Wunden, (bessr' es Gott!)  
Und sagte mir, für inn're Schäden komme  
Nichts auf der Welt dem Spermaceti\*) bei;  
Und großer Jammer sei es, ja fürwahr,  
Daß man den bübischen Salpeter grabe  
Aus uns'rer guten Mutter Erde Schooß,  
Der manchen wackern, wohlgewachsnen Kerl  
Auf solche feige Art schon umgebracht.  
Und wären nicht die häßlichen Kanonen,  
So wär' er selber ein Soldat geworden.“ —

Einen immer höheren Grad zeigte das Unbehagen des  
Fürsten Bismarck, seit das freundschaftsbündniß mit derjenigen  
Partei, die die „längste Zeit hindurch seine Majorität“ bildete,  
und mit der er auch leidlich auskam — mit den National-  
liberalen, sich löste. Man muß, um den Bruch, der ziemlich  
schnell zwischen dem Kanzler und diesen eintrat, sich richtig zu er-  
klären, nicht aus dem Auge lassen, daß jener sich nur erst schweren

---

\*) Walrath, ein gangbares Heilmittel, besonders gegen äußere Leiden.

Herzens entschlossen hatte, die Konservativen fahren zu lassen. Diese waren von Hause aus diejenige Partei, auf die er sich von vornherein und dauernd am liebsten gestützt hätte.

So wies es der Kanzler u. a. am 6. März 1872 im Herrenhaufe beinahe als eine Verdächtigung zurück, wenn man glaube, die Regierung „müsse die uneingestandene Absicht haben, mit der konservativen Partei zu brechen.“ „Keine Regierung hat je ein Interesse, mit einer konservativen Partei zu brechen, aber die Partei besorgt das mitunter selbst.... Wenn wir in der That von irgend einer Partei uns drängen ließen, so hätte das niemand gethan als die — konservative Partei, die alles gethan hat, um die Regierung dahin zu drängen, daß sie ihre Anlehnung mehr nach links suche.“ Dann sprach er von dem „ganz unerwarteten Widerstand der konservativen Partei evangelischer Konfession, ein Widerstand, in dessen Ursprung ich hier nicht näher eingehen will, — ich könnte es nicht, ohne persönlich zu werden — der aber für die Staatsregierung eine tief schmerzliche und für die Zukunft entmuthigende Erfahrung bildet.“ Weiter redete er von der Offenheit seiner Auseinandersetzungen, „einer Offenheit, zu der konservative Leute die Staatsregierung niemals zwingen sollten, — sie sollten mehr Vertrauen zu uns nach zehnjähriger Regierung haben, sie sollten uns etwas mehr auf's Wort glauben in Dingen, die wir verstehen müssen“ 2c. Und einige Wochen vorher hatte er die Herren, die sich ob des angeblichen „Abfalls zum Parlamentarismus“ schon entsetzten, gebeten, sich nicht mit „Gespenstern der Zukunft“ zu beschäftigen: „Verfallen Sie doch nicht in diesen Fehler, den Sie der Opposition, der regelrechten Opposition, schon vorgeworfen haben, daß man die Regierung wie ein schädliches Thier behandeln müsse, das nicht eng genug angebunden werden könne, das nie frei-

heit haben müsse, sich zu bewegen, weil es dieselbe sofort mißbrauche.“

Und ein Jahr später, am 10. März 1873, mußte er dem Herrenhause wieder sagen:

„Der Herr Vorredner hat sich darüber beklagt, daß der ‚Liberalismus‘ — ich bediene mich der Kürze wegen seines Ausdrucks — in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat. Ja, meine Herren, ich habe Ihnen das im vorigen Jahre bei einer analogen Diskussion, in der wir uns hier befanden, vorhergesagt, daß dies wahrscheinlich der Fall sein werde; es ist auch möglich, daß er noch mehr Fortschritte macht. Worin liegt denn das? Doch wesentlich in der Desorganisation des Gegengewichts bei der konservativen Partei; es liegt wesentlich darin, daß die Regierung, und namentlich ich, ihr früherer Vertreter, sich in der Voraussetzung, daß die konservative Partei mit Vertrauen auf sie blicke, getäuscht hat. Diese Enttäuschung, die bei der Verhandlung über das Schulaufsichtsgesetz stattfand, mußte nothwendig — ich habe Ihnen das vorhergesagt — auf die gesammte Entwicklung unseres Staatslebens einwirken. Damals hat die konservative Partei denjenigen Vertretern der Regierung, die glaubten, in ihrem Vertrauen zu stehen, in einer hochpolitischen Frage ein durchschlagendes Mißtrauensvotum gegeben, und das Vertrauen ist eine zarte Pflanze; ist es zerstört, so kommt es so bald nicht wieder . . . . Diejenigen, auf die die Krone oder — ich will mich parlamentarischer ausdrücken — das Ministerium Sr. Majestät des Königs glaubte in Unterstützung des staatlichen Gedankens rechnen zu können, haben diese Unterstützung nicht nur nicht gewährt, sondern in einer Form versagt, daß die Regierung auch ferner nicht mehr darauf rechnen kann. Wie dürfen Sie dafür die Regierung und ihre Vorlagen an-

klagen? Wir leben nicht in einer Verfassung, in der Se. Majestät nach voller Willkür ohne Rücksicht auf die verfassungsmäßige Gestaltung des Landtags seine Politik führt. Sie, meine Herren, haben wesentlich dazu beigetragen, mich, der ich glaubte, die Geschäfte an der Spitze einer konservativen Partei von einiger Bedeutung und einigem Gewicht führen zu können, herauszudrängen aus meiner darauf berechneten Stellung im Ministerium. Sie haben die Voraussetzungen, unter denen ich glaubte an der Spitze des Ministeriums bleiben zu können, zerstört. Machen Sie doch nun für Ihr eignes Werk, welches Ihr eigner Uebereifer geschaffen hat, Ihr eigner Anspruch, allein Ihre persönliche Ueberzeugung in staatlichen Fragen, welche für die Regierung Kabinettsfragen sind, für maßgebend zu halten — machen Sie dafür nicht die Regierung Sr. Majestät verantwortlich, und beklagen Sie sich nicht über Dinge, die ein wesentlicher Theil von Ihnen und der konservativen Partei im andern Hause meiner Meinung nach verschuldet hat.“

Dieses Exposé, welches das Bedauern über die Wendung der Dinge mit voller Absichtlichkeit durchschimmern ließ, enthält die ganze Geschichte von Fürst Bismarck's „Uebergang“ zu den Nationalliberalen, giebt eine völlig klare und die einzig richtige Erklärung, aus welchen Gründen der immer für „junckerlich konservativ“ angesehene Staatsmann sich plötzlich unter den Schirm der „liberalen“ Parteifahne gestellt, und es bedurfte eigentlich nicht der Mittheilung weiterer Aeußerungen des Fürsten, welche diese Thatfache illustriren. Doch hat es vielleicht immerhin Interesse, gerade jetzt noch einiges für die richtige Auffassung der letzteren hier anzuführen.

Dem Abgeordneten von Kleist-Regow gegenüber bestritt es der Kanzler noch in der Sitzung des Herrenhauses vom  
Frankf., Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

24. April 1873, daß er sich von der konservativen Partei „losgerissen“ habe, — ganz in derselben Art, wie er jetzt in Abrede stellt, seinerseits die Trennung von den Nationalliberalen herbeigeführt zu haben:

„Zwischen der konservativen Partei in ihrem großen und ganzen und mir glaube ich, daß noch heute die vollständigste Uebereinstimmung und die engste Fühlung besteht, und ich wenigstens bin entschlossen und bestrebt, sie aufrecht zu erhalten . . . . Ich habe mich nicht von der konservativen Partei losgerissen, ich bin mit der konservativen Partei einig geblieben; eine Fraktion, die früher der großen konservativen Partei mit angehörte, hat sich unter der Leitung beredter, einflußreicher Führer und aus fraktionszwang von der konservativen Partei getrennt, sie hat im Kampfe die Regierung in einem entscheidenden Moment zu meinem Bedauern im Stich gelassen.“

In der Herrenhausitzung vom 15. April 1875 läßt der Fürst „den Ausdruck herzlicher Freude darüber laut werden,“ daß er „endlich einmal aus der konservativen Seite des Hauses ein freies, fröhliches Bekenntniß zu unserem Evangelium der Reformation — er spricht von dem Kampfe gegen Rom und erwidert auf die Rede des Freiherrn von Maltzahn — gehört habe.“ Er redet dann wieder von dem „ersten schmerzlichen Beginnen des Bruches zwischen den Konservativen und ihm bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes“ und fährt fort: „Es ist das eine Brücke für mich, um alte Beziehungen, die nicht ohne schwere Verletzung für mich haben zerrissen werden müssen, wieder anzuknüpfen.“

Und der Kanzler wußte recht gut, warum er sich über jede Aussicht, mit den Konservativen wieder Hand in Hand zu gehen, freuen durfte. Hatte er doch beispielsweise im Jahre 1868 von

der „höchst nachtheiligen Wirkung“ gesprochen, welche Schwankungen infolge der Unzuverlässigkeit der Majoritäten „für das Staatswesen und namentlich für das konservative Prinzip“ mit sich bringen. Und am „konservativen Prinzip“ blieb der Fürst, man darf ihm das glauben, mit aller in seiner ganzen Vergangenheit begründeten Zähigkeit hängen, während er wohl nie der absoluten Sicherheit der „liberalen“ Majorität völlig vertraute! . . .

Als Fürst Bismarck die Konservativen aufgab und, einer damals herrschenden Strömung sich fügend, sein Glück mit den Nationalliberalen versuchte, that er einen Schritt, der sich der von ihm immer geübten politischen Taktik anschloß: er vollzog einen Kompromiß.

Kompromisse aber sind ihm allezeit für die ersprießliche Leitung eines Staatswesens förderlich, ja nothwendig erschienen.

„Ein konstitutionell erfahrener Staatsmann hat gesagt, daß das ganze Verfassungsleben jederzeit eine Reihe von Kompromissen sei. Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der betheiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht still zu stehen vermag, werden zu Machtfragen. Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick still stehen kann.“ So äußerte er bereits im Januar von 1863.

Und er hat sich seitdem häufig über die Wichtigkeit des Kompromisses als Regierungsmittel ausgesprochen.

„Die Basis des konstitutionellen Lebensprozesses ist überall der Kompromiß“ (Januar 1865).

„Das Verfassungsleben kann nicht nach mathematischen, nicht einmal nach juristischen Regeln beurtheilt werden. Es ist eben ein beständiger Kompromiß“ (22. Dezember 1866).

„Wer das Ansehen der Kompromisse nicht ehrt, der ist für eine konstitutionelle Verfassung überall nicht reif; denn das Verfassungsleben besteht aus einer Reihe von Kompromissen; diese heute zu geben und morgen zurückzunehmen, ist keine konstitutionelle Politik!“ (2. April 1868).

„Ich erkläre, daß ich als Minister in einem Verfassungsstaate mich nicht für berechtigt halte, an meiner eigenen persönlichen Ueberzeugung auf jede Gefahr hin festzuhalten, sondern unter Umständen die Uebereinstimmung der Gewalten und die Herstellung derselben für einen Zweck halte, dem ich nicht nur berechtigt, sondern in meiner Stellung auch verpflichtet bin, Ueberzeugungen, von deren Fallenslassen ich einen praktischen und wesentlichen Nachtheil für das Gemeinwesen nicht befürchte, im Interesse der Einigkeit, im Interesse des Kompromisses aufzugeben“ (28. November 1868).

Es ist dem Fürsten bei seinen Kompromissen immer ziemlich gleichgültig gewesen, mit wem er sie schloß; wenn er dadurch nur zu den ihm vorschwebenden Zielen gelangte. Es war immer seine Art, den Leuten zu sagen: Wenn Sie uns die Mittel zu unserm Vorhaben nicht bewilligen, so „müssen wir sie nehmen, wo wir sie bekommen.“ Er zeigte sich in solchen Fällen stets erfüllt mit „dem wilden Muth und Selbstvertrauen des Junkerthums,“ nach Franz Ziegler's Ausdruck, und vielleicht hat es ihm auch nie an dem „holden Leichtfinn“ im „fröhlichen, rücksichtslosen Dreinschlagen“ gefehlt!

Man muß es als einen lebenswürdigen Zug an dem Fürsten bezeichnen, daß er aus seiner Art fast nie ein Hehl gemacht. In dieser Beziehung sind für ihn sehr charakteristisch



die Aufzeichnungen, die der bekaunte Veteran der nationalliberalen Partei, von Unruh, unlängst über ihn veröffentlicht hat („Deutsche Revue," Oktober 1881), und die seitdem die Runde durch alle größeren Blätter gemacht haben.

Obgleich die beiden Männer einen durchaus entgegengesetzten politischen Standpunkt einnahmen, machte Fürst Bismarck 1849 als Kammermitglied auf von Unruh einen sehr günstigen Eindruck. Durch Bismarck's frisches Wesen, seine treffenden und originellen Bemerkungen und seine Mittheilbarkeit fühlte er sich angezogen. Es sprach sich sehr gut mit ihm, auch wich er von der gewöhnlichen Schablone der Reaktionäre bedeutend ab. So u. a. leugnete er gar nicht, daß er ein Junker sei, sondern äußerte gerade heraus: „Ich bin ein Junker und will auch Vortheile davon haben.“ Herr v. Unruh glaubte ihn richtig zu verstehen, daß er nicht sowohl pekuniäre Vortheile, als solche der Stellung und des Einflusses meine. Deshalb antwortete er ihm: „Dann ist mit Ihnen zu reden und zu verhandeln. Mit den Herren von der Rechten, welche immer das Staatswohl im Munde führen und die ganz Uneigennütigen spielen, ist kaum zu sprechen.“ In den Abtheilungen saßen, wie im Hause, die Abgeordneten nach fraktionen geordnet. Bismarck aber nahm seinen Platz in der Abtheilung gewöhnlich bei der Opposition, dem Abgeordneten von Unruh gerade gegenüber. Nach dem Grunde gefragt, erwiderte Herr von Bismarck: „Oh, der ist ein sehr einfacher. Drüben bei meinen Freunden ist es sehr langweilig; hier amüsire ich mich besser.“ Auch in der Restauration sprach er oft mit Abgeordneten von der Opposition, speziell von der äußersten Linken. Von einem solchen gleichfalls gefragt, wie es komme, daß er so viel mit der Linken verkehre, entgegnete er: „Warum soll ich mit Ihnen nicht reden? Sie gehen mir doch nicht aus dem Wege und fürchten nicht,

durch Ihre Unterhaltung mit mir Ihren politischen Ruf zu schädigen. Da giebt es aber Leute von der ministeriellen Seite, die gehen mir aus dem Wege, weil sie besorgen, in den Ruf der Reaktion zu kommen.“ Dabei fixirte Bismarck stark den nahe bei ihm stehenden Präsidenten des Oberlandesgerichts in Ratibor (Wenzel), der im Rufe stand, daß er das Justizministerium anstrebe. Eines Tages schloß Bismarck ein mit Unruh geführtes Gespräch mit den Worten: „Nun, wissen Sie was, wenn Ihre Partei siegt, so nehmen Sie mich in Schutz, und kommt meine Partei oben, so werde ich Ihnen denselben Dienst leisten. Schlagen Sie ein!“ — „Sehr gerne,“ antwortete Unruh, und beide lachten. Man weiß, daß diese Worte, die Bismarck vor allem kennzeichnen, später praktisch bedeutsam werden sollten.

Da es bekannt war, daß Herr von Bismarck der „Kreuzzeitung“ nahe stand, fragte ihn von Unruh, weshalb er dulde, daß dieses Blatt von boshaften Verleumdungen und Lügen strotze, sogar anständige Frauen nicht schone. Bismarck entgegnete, das sei zwar auch ihm zuwider, aber man sage ihm, daß es in einem solchen Kampfe nicht anders ginge. Die Hinweisung Unruh's darauf, daß solche Waffen diejenigen besudelten, die sie führten, blieb ohne Wirkung. „Ich hätte schon damals“ — bemerkt hierzu von Unruh — „aus dem Vorgange schließen können, was sich später evident herausstellte: daß Bismarck in der Wahl der Mittel zu einem bestimmten Zwecke nicht sehr bedenklich sei.“

Nachher, als der „Bruch“ mit der konservativen Partei erfolgt war, hat der Reichskanzler bekanntlich der „Kreuzzeitung“ eine derbe Lektion gegeben, indem er ihr in der Reichstagsitzung vom 9. Februar 1876 „die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer,“ — „ehrlose Verleumdung, gegen die alle Front machen sollten,“ vorwarf. . . .



## Zweites Kapitel.

### Neue Verträge.

**W**enn sich die Liberalen jemals in dem Glauben befanden, den Reichskanzler völlig und für immer für sich gewonnen zu haben, so waren sie in einem schweren Irrthum befangen.

„Politik treibe ich wie die Entenjagd. Ich ziehe meinen Fuß nie von einer Bülte herunter, bevor ich nicht durch Anfühlen eine andere gefunden habe, auf die ich ihn sicher stellen kann,“ — sagte der Fürst einmal, und richtig zögerte er so lange, ehe er sich völlig von der konservativen Bülte weghob, bis er sicher zu sein glaubte, daß ihn, der der letzteren zu schwer zu werden anfang, die nationalliberale Bülte tragen würde. Er sah aber immer, wenn die „Jägerburschen“ nicht gar zu aufmerksam waren, wartenden Blicks auf jene zurück und dachte gerade vermittelst ihrer den besten Fang zu machen. „Man könnte eine recht konservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten,“ — schrieb er im Sommer 1861 einem Freunde, als er noch Gesandter in St. Petersburg war.

Es konnte für alle, die den Charakter und die politische Taktik des Fürsten kennen, kein Zweifel sein, daß er auch den Liberalen den Lauspaß geben würde, sobald sie sich nicht mehr voll und ganz seine Pläne zu unterstützen bereit zeigten. Man muß zugeben, es ist etwas diktatorisches in seinem Wesen. „Ach, ich dachte eben wieder einmal, was ich oft schon gedacht habe,“ — seufzte er eines Abends in Versailles — „wenn ich doch nur einmal auf fünf Minuten die Gewalt hätte, zu sagen: So wird es und so nicht! — Daß man sich nicht mit Warum und Darum abzuquälen, zu beweisen und zu bitten hätte bei den einfachsten Dingen. — Dieses ewige Reden- und Betteln-müssen“ . . . .

Es ist aber um seine Wünsche und Pläne eine eigene Sache.

Auf der einen Seite betont er, daß er, er wenigstens „nicht unfehlbar“ sei, und empfiehlt andern Abgeordneten (An diesem falle dem Herrn von Gerlach, am 17. Dezember 1873 im Abgeordnetenhanse), von ihm „auch nur einen geringen Grad von Bescheidenheit in Unterordnung des eigenen Urtheils“ zu lernen, wobei er wiederholt betont, „nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nichts lernen,“ bekennt, daß er zuweilen in die Lage gekommen, seine „Meinung zu berichtigen,“ und daß er das dann immer sofort gethan und „stolz darauf sei, so gehandelt zu haben,“ — auf der andern Seite dieses hohe Selbstbewußtsein, diese fast fatalistische Ueberzeugung von der Richtigkeit der eigenen Ansicht, die ihn u. a. im Jahre 1870 mit stolzer Energie sagen ließ: „So lange ich aber Bundeskanzler und auswärtiger Minister bin, so muß die Politik nach meiner Einsicht gemacht werden; und wenn Sie ihr Steine in den Weg legen, ihr Knüttel in die Räder schieben, so hindern Sie diese Politik, und die Verantwortlichkeit für diese Verhinderung, ja

selbst für die unzeitige Nöthigung, mich auszusprechen, die Verantwortlichkeit für die Folgen tragen Sie, die Antragsteller und Redner, nicht ich," und in Bezug auf die Aufgaben der inneren Politik beispielsweise am 9. Juli 1879: „Ob ich auf der Bahn Niederlagen erleiden mag, ob ich wieder von vorne anfangen muß — ja, so lange ich Minister bleibe, werde ich in diesen Bestrebungen nicht nachlassen, mein Vorbild ist darin Robert Bruce in seiner Geschichte mit der Spinne, an deren stetem Wiederaufklettern nach dem Herunterfallen er sich ermunterte, um seinerseits das, was er für recht und seinem Vaterland für nützlich hielt, auch bei den übelsten Aussichten nicht aufzugeben . . . Ich für meinen Theil werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis an's Ende gehen, unbeirrt, — mag ich Haß oder Liebe dafür ernten, das ist mir gleichgültig!"

Freilich muß man, um in einer so selbstbewußten Sprache keine allzu große Vermessenheit zu finden, sich gegenwärtig halten, daß dem Fürsten in der That das meiste, was er gewollt, auch gelungen ist, oft noch über eigene Erwartung gelungen ist, daß er zuweilen durch Mittel nicht bloß an sein, nein, an ein allgemeines erstrebtes Ziel gelangte, die andere gar nicht sahen oder deren Anwendung sie doch nicht für möglich hielten. Und dann, ist es nicht oft gewesen, daß einer ein helles Auge hatte, wenn alle andern mit Blindheit geschlagen waren, hat nicht oft einer das Richtige erkannt und gefördert, wenn der große Troß in mangelhafter Erkenntniß und in egoistischem Selbstbehagen darüber hinwegging, — wie häufig ist durch die geniale Initiative vorausblickender Männer Schlimmes verhütet, Großes in's Werk gesetzt und glücklich an's Ziel geführt worden!

Man wird also, auch wenn man ihn noch nicht für den vollkommenen Messias hält, das hohe Selbstbewußtsein des

Kanzlers, das feste Vertrauen in seine Ueberzeugung begreiflich finden können. Und am Ende dünkt sich jeder in einem gewissen Grade unfehlbar, der überhaupt für eine als richtig erkannte, ehrliche und tiefe Ueberzeugung kämpft . . .

Ueberdies versteht Fürst Bismarck, wenn es ihn nützlich dünkt, auch sehr gemäßigt und gemessen, — sehr „diplomatisch“ aufzutreten, wie bei der ersten Berathung der Strafgesetznovelle (3. Dezember 1875), als schon die ersten Schatten zwischen ihn und die Liberalen traten.

„Es steht ja fest,“ — sagte er da — „daß kein Gesetz ohne Bewilligung des Reichstages zu Stande kommen kann. Diese Beruhigung haben Sie. Wenn Sie sich also nicht überzeugen können, daß in Beziehung auf das Ganze oder einzelne Theile dieser Vorlage es dem Lande und Reiche nützlich sei, wenn Sie deshalb nicht dafür stimmen können, so sind Sie im Rechte, und niemand kann die Uebung dieses Rechtes verkümmern.“

Das klang „wie Flöten so süß,“ — freilich drohte der Kanzler in derselben Rede auch ein wenig und sprach „von den Würmern, die nicht sterben“!

Die Vorlage wurde bekanntlich abgelehnt; vor allem wollten die Liberalen nichts von einer Verschärfung der Strafbestimmungen gegen politische Vergehen wissen. Die konservative Partei aber war dafür eingetreten, und der Kanzler wußte nun, wohin er das Steuer zu lenken hatte. Schon seit diesem ablehnenden Verhalten der bisherigen Majorität auf das ärgste verstimmt, verdroß es den Kanzler vollends, daß man auch der Vorlage über die Strafgewalt im Reichstage, dem „Maulkorbgesetz,“ seine Zustimmung versagte. Und jetzt platzten die Geister auseinander.

„Ich rufe den Reichstag und alle Zuhörer zu Richtern an,“ — grollte der Fürst in der Sitzung vom 8. März 1879 —

„wer ruhiger und sachlicher gesprochen hat, ich oder der Herr Abgeordnete Easler . . . . Ich muß sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir einen belehrenden Verweis giebt, wie ich das schon öfter von ihm erfahren habe, himmelweit verschieden ist von der sachlichen Kritik, die ich hier geübt habe an der Hand unserer Gesetzgebung, und ich möchte den Vorwurf dem Herrn Abgeordneten Easler geradezu zurückgeben, daß ich ihn hier auf frischer That ertappe, wie er eine ganz allgemein sachliche Bemerkung, sofern er den leisesten Stachel der Kritik für etwas, was er einmal im Leben gethan hat, darin findet, sofort zu einer zornigen Strafrede persönlicher Natur mir gegenüber braucht, um mir zu beweisen, daß ich irgend jemanden allgemein oder besonders verdächtigt hätte.“ Und nachdem er hervorgehoben, daß er „an den bedauerlichen Vorgang einer persönlichen Diskussion mit dem Herrn Abgeordneten Easler heute nicht im entferntesten gedacht“ habe, bemerkte er auf eine Entgegnung des letzteren weiter: „Ich bin vollständig berechtigt, wenn ich davon spreche, Versuche der Gesetzgebung zu erneuern, daß ich mich ohne Nennung irgend eines Namens an diejenige Richtung wende, die meines Erachtens die früher vorgelegten Gesetze in ihrer Wirkung zu sehr abgestumpft hat, damit die Herren ihrerseits sich der Folgen dessen, was sie gethan haben, durch diese ihre Abminderung, recht klar bewußt werden. Ich weiß nicht, nach der Schärfe, mit der der Herr Abgeordnete mich angegriffen hat, muß ich allerdings glauben, daß ich das ihm gegenüber nicht erreicht habe, aber mir genügt es, wenn ich im Lande und wenn ich in der großen Mehrheit der Abgeordneten dies erreiche. Ich habe niemanden persönlich genannt, niemanden persönlich gekränkt, der Herr Abgeordnete hat sehr unerwartet plötzlich mit Schärfe und Heftigkeit des Angriffs mir vorgeworfen, meine Politik wäre nicht

die richtige, um zum Ziele zu kommen. Meine Herren, darüber lassen Sie mich selbst urtheilen. Ich weiß sehr gut, wohin ich strebe . . . .“

Am 15. Dezember 1878 richtete der Fürst an den Bundesrath sein Schreiben über die Nothwendigkeit einer Steuerreform. Die Pläne, die er in dieser Hinsicht verfolgte, waren zwar nichts neues und unbekanntes mehr. Schon am 22. November 1875 hatte er mit aller Offenheit im Reichstag gesagt: „Das Ideal, nach dem ich strebe, ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen,“ und ganz entschieden betont, „daß er damit immer wiederkommen werde.“ Daß er dabei eine „Herkulesarbeit“ zu vollbringen haben würde, war ihm völlig bewußt. In der Reichstagsitzung vom 10. März 1877 räumte er auch bereits offen ein, daß er den Tabak für „einen der besten und wesentlichsten Artikel“ halte, „von dessen Schwimmkraft er erwarte, daß er andere vielleicht mittragen werde.“ Der Widerstand, dem er in dieser Hinsicht begegnete, führte bekanntlich schon die bereits erwähnte Kanzlerkrisis im Frühjahr 1877 herbei, und nicht ganz ein Jahr später (in der Reichstagsitzung vom 26. Februar 1878) gab er der Entschiedenheit, mit der er seinen Zielen zustrebte, durch das unzweideutige Bekenntniß Ausdruck: „Ich leugne nicht und halte es nach den Zweifeln, die ausgesprochen sind, ob Monopolisten in unserer Mitte sich befinden, nicht für überflüssig, offen zu bekennen, daß ich dem Monopol zustrebte, und daß ich in diesem Sinne die Vorlage (die Tabakssteuer) als Durchgangspunkt annehme.“ Die Stellung gegenüber diesem Projekte, welche der Reichstag äußern würde, solle den Regierungen in Zukunft als ein Leuchtturm dienen, „dem sie nachzufahren haben oder den sie zu vermeiden haben, wenn sie nicht Schiffbruch leiden wollen,“ und zuletzt bezeichnete er mit Pathos die ganze Steuerreform als



das, er fürchte leider nach seinem Zustande das „letzte ideale Ziel,“ welches er für das Reich in seinem Leben noch erreichen möchte.

Man sollte meinen, der „Leuchtturm“ stehe ihm jetzt in aller Größe und Deutlichkeit vor Augen, — ob sich der kühne Schiffer durch ihn warnen lassen oder ob er ihm gleichgültig sein wird, ob er es unternimmt, auf dunklem Meere, „schwarze Gefellen“ an Bord, zu steuern? Ob er den jetzigen „Leuchtturm“ für ein Truglicht hält? — Man weiß, er hat von „chronischen Krankheiten“ gesprochen . . . .

Wir wollen hierbei schließlich noch an eine Aeußerung des Fürsten über indirekte Steuern erinnern, die er schon mehrere Jahre früher als die vorstehenden that. Er sagte in der Sitzung des norddeutschen Reichstags vom 21. Mai 1869: „Die gegebenen Grundlagen einer Steuer in dem heutigen civilisirten Staate sind meines Erachtens diejenigen Genüsse, die massenhaft genug verbraucht werden, um einen finanziellen Ertrag zu geben . . . .“

Die „Artillerie“ hatte also ihre Geschütze aufgefahren, die „Signalgeschütze,“ wie sich der Kanzler ausdrückte, waren gefallen, der voraussichtlich „jahrelange“ Kampf konnte beginnen. Es waren sogar schon kleinere Plänkeleien vorausgegangen, auch die entgegengesetzte Seite hatte bereits mit einigen Kugeln begonnen, — nun wurde die Haltung der beiden Heere ernster und entschiedener.

Vorerst gerieth der Fürst wieder mit dem Abgeordneten Lasfer, in der Reichstagsitzung vom 8. Mai 1879, hart aneinander:

„Ich hatte heute früh noch nicht die Absicht,“ — äußerte sich der Kanzler — „in der allgemeinen Debatte wiederum das Wort zu ergreifen, weil meine Ueberzeugung, und ich glaube, auch die der Mehrzahl der Zuhörer, durch die Gegengründe, die gegen meine Darlegungen seitdem angeführt worden sind, nicht

erschüttert waren; die meisten derselben bestanden, wie ich das gewohnt bin, weniger in einer Kritik der Sache, als in argumentis ad hominem, in Demonstrationen gegen meine Person (ah! ah!), und es ist mir das ja ziemlich gleichgültig. Ja, meine Herren, an dieser Stelle, von welcher dies ‚ah‘ ausgeht, sind diese Demonstrationen zu Hause, und es veranlaßt mich dies, nochmals Akt davon zu nehmen, damit man weiß, von woher dergleichen kommt, und daß von dort aus die sachlichen Diskussionen mit oratorischen Ausschmückungen betrieben werden, die den Frieden und die Verständigung zu fördern nicht geeignet sind; es ist das gerade in der Gegend der Fall, wo diese Interjektionen mich eben unterbrochen haben, und ich sage also, ich hätte darauf so sehr viel Werth nicht gelegt, weil ich es der öffentlichen Meinung besser selbst überlasse, ob sie über meinen Verstand und meinen Charakter günstiger denken will oder nicht, und ob sie ihr Urtheil über mich von meinen politischen Gegnern entnehmen will oder nicht. Ich bin ja, wie Sie wissen, leider in der Presse, und zwar von verschiedenen Parteien, einem solchen Maße von groben Ehrenkränkungen, von lügenhaften Verleumdungen ausgesetzt gewesen, daß ich in der Beziehung doch ziemlich abgehärtet bin, und hier im Reichstag, auch dort, wo die Herren unruhig werden, kommt ja dergleichen nicht vor (sic!), aber natürlich, die mildere, wohlwollende Kritik, der ich hier unterzogen werde, im Vergleich zu der Presse, gegen die bin ich ziemlich abgehärtet. Ich würde also auch darauf nicht reagirt haben, wenn ich nicht heute, ohne die Absicht, herzukommen, benachrichtigt worden wäre, daß der Herr Abgeordnete Lasfer über mich verschiedene Bemerkungen gemacht hat, mit der Gesinnung gegen mich, die ich kenne und zu schätzen weiß, die aber doch ein Maß von Verstimmung mir gegenüber zeigt, welches ich gern mildern möchte, wenn es mir gelingt. Ich kann sonst nach dem Maß

der Verstimmung, welches aus der Haltung des Herrn Kaiser spricht, immer einen günstigen Barometerstand für meine Politik und für die Politik, die ich glaube im Namen des Reichs verfolgen zu sollen, entnehmen, und insofern könnte mich das Symptom ja beruhigen, wenn nicht meine persönliche Vorliebe für einen so langjährigen Gegner, von dem ich schließlich sagen kann nach jenem französischen alten Lied: „on se rapelle avec plaisir des coups de poing qu'on s'est donnés, mich das Bedürfnis empfinden ließe, seine Meinung in einigen Beziehungen richtig zu stellen....“ „Ja, ich kann dem Herrn Abgeordneten Kaiser ebensogut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen; er gehört zu denjenigen Herren, die ja bei der Herstellung unserer Gesetze in allen Stadien der Gesetzmachung die Majorität bilden, von denen die Schrift sagt: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht, und doch sind sie gekleidet, — ich will nicht sagen, wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet.“

Der Fürst sprach hierauf weiter von dem „Kampfe für Reformen“, den er seit Jahren mitkämpfe, soviel ihm „Krankheit, Krankheit, die er im Dienst erworben habe,“ dazu Zeit lasse, und hielt dem Abgeordneten Kaiser, der „öffentlich zum Volke spreche und mit der weiterschallenden Stimme, die ihm in seiner Stellung eigen“ sei, entgegen, daß „man wohl davor gesichert sein sollte, daß der erste Beamte des Reichs und des Staates in dieser Weise dem Volke dargestellt wird als einer, der in leichtfertiger Weise Unwahrheiten sagt und sich vor keiner Uebertreibung fürchtet. Dabei ist dieser Vorwurf hingestellt ohne eine Spur, ohne einen Versuch von Beweis.“

„Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, ich kenne die Gesetzgebung des Landes nicht. Wenn man mir hier vorwirft, ich kenne die Gesetzgebung meines Landes nicht, so weiß ja jeder Mensch, daß ich nicht jedes Gesetz kennen kann;

aber der Vorwurf hier von einem Abgeordneten in öffentlicher Rede und von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welchen sich der Abgeordnete Lasfer so oft gezeigt hat, indem er sein Censorenamt dem Ministerium gegenüber geübt hat, — dieser öffentliche Vorwurf hier: er kennt die Gesetze nicht, das heißt doch: er weiß nicht soviel von den Gesetzen, wie er seiner Stellung nach wissen mußte. Das ist doch eine Art, mich in der öffentlichen Meinung herunterzudrücken, in meinem Fleiß, in meiner Gewissenhaftigkeit, mit der ich mich auf amtliche Sachen vorbereite, die, glaube ich, der Herr Abgeordnete, wenn er für mich ebensoviel Gerechtigkeit noch übrig hätte, nicht, wie für sich selbst, aber für seine Fraktionsgenossen, dann nicht versuchen würde. Ich halte es nicht nützlich, die höchste Behörde auf diese Weise und in einem so schonungslosen Tone, selbst dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewissermaßen öffentlich an den Pranger zu stellen und seinen ganzen Triumph darin zu suchen, jemanden, der einmal, brauchbar oder unbrauchbar, wie er sein mag, die Geschäfte des Landes trägt, und den der Herr Abgeordnete keine Hoffnung hat jetzt zu beseitigen oder durch einen Besseren zu ersetzen, den auf diese Weise — ich will keinen unhöflichen Ausdruck gebrauchen — — — sonst würde ich ihm sagen: Ich halte es nicht für richtig, auf diese Weise in der öffentlichen Meinung ein schlechteres Urtheil über die leitenden Staatsmänner hervorzurufen, als an und für sich bei einer ruhigen und rechtlichen Prüfung sich vertheidigen läßt, und namentlich bei der hohen Empfindlichkeit, die der Herr Abgeordnete Lasfer gegen jede Meinungsverschiedenheit sogar jederzeit hat, — schaudernd habe ich es selbst erlebt. Ich möchte ihn auch bitten, etwas mehr die Empfindlichkeit anderer zu schonen — ich sehe ja von meiner amtlichen Stellung vollständig ab und stelle diejenige des Herrn Abgeordneten Lasfer vollkommen

ebenso hoch und mit Vergnügen höher als die meinige. Aber beobachten wir doch die Form der Höflichkeit, die wir beobachten, sobald wir uns auf der Straße oder an einem dritten Ort begegnen; nehmen wir nicht an, daß, wo wir öffentlich und vor dem Lande reden, wir uns von dieser Sitte dispensiren dürfen, und daß das die Sache fördert oder die persönlichen Beziehungen unter uns oder selbst das Ansehen dessen, der es thut.“

Durch verschiedene, seine Ausführungen korrigirende Zwischenrufe in eine noch mehr gereizte Stimmung gekommen, unterbrach sich der Fürst im ferneren Verlauf seiner Rede selbst: „Ich verstehe nicht — ich will einen Augenblick schweigen, wenn Sie sich dann aussprechen wollen. — Und wäre es mir sehr interessant, zu wissen, was Sie sagten, aber es war nicht artikulirt genug, um es zu verstehen. Ich nehme selbst auf die unbilligsten Wünsche Rücksicht . . .“

„Die ganze Rechnung des Reichskanzlers ist irrig und unzuverlässig,“ sagte er dann u. a. weiter. „Meine Herren, diese Behauptung ist einfach eine unrichtige, eine falsche, die der Herr Abgeordnete macht. Meine Darstellung ist nicht irrig. Ich bitte, mir den Irrthum nachzuweisen. Und ‚unzuverlässig‘, das bedauere ich, daß das hier so hingegangen ist. Wenn jemand hier vom Regierungstische einen Abgeordneten unzuverlässig nennen wollte, ich glaube, es würde sofort die vielbestrittene Frage der präsidialen Disziplin entgegentreten.“

„Ich muß dagegen protestiren, daß mir der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gemacht wird. Es ist dies ein geradezu beleidigender Vorwurf. Unzuverlässig, d. h. man kann auf seine Angaben kein Gewicht legen. Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf und werde meinerseits dieses Wort nicht als in den parlamentarischen Sprachgebrauch übergegangen ansehen und nicht gegen andere damit operiren. . . Der Reichstag dürfe also nach der

frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

Meinung des Herrn Abgeordneten Lasker auf keine Reform eingehen, welche auf so schwacher Basis steht, wie er es von meiner Zuverlässigkeit scheint anzunehmen. Ich hoffe aber, der Reichstag wird der Führerschaft des Herrn Lasker nicht folgen."

Wir citirten vorhin einen Satz, in welchem sich die große Gereiztheit des Fürsten darüber, daß man ihn unterbrochen hatte, aussprach. Noch mehr pikirt zeigte er sich aus demselben Grunde in einem andern Falle (21. Mai 1879), als ebenfalls die Steuerreform diskutiert wurde.

"Wie befehlen die Herren?" — gab er auf einen Zwischenruf zurück — "Rinderschmalz? Ich bitte doch die Herren, mich nicht mit Privatgesprächen zu belästigen, Sie haben ja Zeit, nach mir das Wort zu nehmen. Ich habe gar keine Verpflichtung, mich mit Ihnen privatim zu unterhalten . . ."

Einen offen zum Ausdruck gebrachten Abschied von den Liberalen mit der Zukunftsperspektive einer engeren Wiederanlehnung an die konservativen Fraktionen konnte man in der Rede des Kanzlers vom 9. Juli 1879 finden. Es handelte sich um die Finanzreform und den bekannten Franckenstein'schen Antrag.

"Die Stellung zum Franckenstein'schen Antrage" — sprach sich der Fürst aus — "wird hier als Probirstein behandelt, in Bezug auf die Reichstreue oder Nichtreichstreue. Meine Herren, zur Stellung von diesem Dilemma haben Sie gar keine Berechtigung. Sehen Sie doch zurück auf meine Vergangenheit. Ich werde den Franckenstein'schen Antrag befürworten, — zuzustimmen habe ich ja in dieser Versammlung nicht — und zwar habe ich mich dazu erst seit kurzem entschlossen, seit wenigen Tagen, ich habe mich am vergangenen Sonntage bedingt dazu entschlossen, ich habe mich definitiv dazu erst entschlossen, nachdem ich in einer Gesamtprüfung der Wege,

welche die Herren, die heute in der Opposition sind, gehen, mich überzeugt habe, daß sie Wege eingeschlagen haben, die ich niemals gehen kann, und die die verbündeten Regierungen nicht gehen können. Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei stattgefunden haben, die Reden und Argumentationen, wie sie neulich zur Bekämpfung des Zolls auf Petroleum hier vorgebracht worden sind, — ja, meine Herren, die nöthigen mich, zu Rathe zu gehen mit meinem eigenen Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit des Reichs. Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, können die verbündeten Regierungen nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes gerade so gut wie die sozialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz vom Herbst bekämpfen wollen, sie sind mindestens die Vorbereitungen dazu, und ich habe daraus die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß, wenn eben Leute, die früher mitunter, sogar häufig, der Reichsregierung ihre Unterstützung geliehen haben, wenn dort latent die zerstörenden Kräfte schlummern, die bei einer geringen Anreizung — es genügt dazu bei so geschulten Parlamentariern, daß sie in die Minorität kommen gegen ihr Erwarten — so in zornige Leidenschaftlichkeit umschlagen, ja, dann schwindet das Vertrauen, welches ich früher auf die Möglichkeit gesetzt habe, mit Charakteren dieser Art in Zukunft zusammenstehen zu können, in der Weise, daß die Regierung andere Unterstützung annimmt und ihnen dafür den Einfluß gewährt, der mit dieser Unterstützung nothwendig verbunden ist, — ein anderes Verhältniß kann keine Fraktion von den existirenden erstreben, denn keine von

ihnen hat an sich die Majorität, jede muß kompromittiren mit den andern. —

„Seit einem Jahre, seit etwas länger als einem Jahre habe ich in dem Wohlwollen, welches mir früher von liberaler Seite zu Theil wurde, eine merklliche Abkühlung gefunden. Sie gab sich kund durch eine fühlbare Zurückhaltung, durch Reserve, durch eine kühle Hoheit, die andeutete, ich müßte Ihnen kommen. Ich hatte das Gefühl, daß Sie von mir Dinge verlangen wollten, die ich nicht leisten könnte. Eine fraktion kann sehr wohl die Regierung unterstützen und dafür einen Einfluß auf sie gewinnen, aber wenn sie die Regierung regieren will, dann zwingt sie die Regierung, ihrerseits dagegen zu reagiren. Ich habe mich, wenn auch nicht angegriffen, so doch verlassen und isolirt gefühlt, ich habe das noch mehr gefühlt bei der ersten sozialdemokratischen Vorlage, und ich habe damals gehofft, daß die sehr verschiedenartigen Elemente, die in einer großen und dem Namen nach die Regierung unterstützenden fraktion vereinigt waren, sich sondern würden. Es ist das nicht gelungen, und so lange das nicht gelingt, werden Sie jede Regierung, namentlich aber die verbündeten Regierungen, immer vorsichtig in ihrer Anlehnung finden und nicht so vertrauensvoll, als dies früher der fall gewesen ist. —

„Es entstand dann für mich“ — hieß es in der fortsetzung dieser Rede — „der Konflikt über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieser Kampf beraubte mich der natürlichen Unterstützung der konservativen Partei, auf die ich hätte rechnen können, und die Wege, die ich, um die Verfassung des deutschen Reiches auszubauen und in Wirksamkeit zu setzen, um ihr durch praktische Belebung eine Bürgschaft der Dauer zu gewähren, — die Wege die ich dazu gehen mußte, wären wahrschein-



lich andere geworden, wenn die konservative Partei mich nicht damals im Stich gelassen hätte. —

„Wenn ich nach 1871 durch diese von mir nicht abhängigen Erscheinungen und Kämpfe enger an die liberale Fraktion gedrängt wurde, als es für den Minister und für den Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist, wenigstens gerade so weit, wie es möglich war, so habe ich dadurch die Beziehungen zu den übrigen Kreisen des Reichs und der Bevölkerung doch unmöglich für immer aufgeben können. Ich habe geglaubt und habe das in der Sozialistendebatte noch entwickelt, wir würden, vom rechten Flügel ab gezählt, in drei Bataillonen, vielleicht getrennt, marschieren und doch vereint fechten können. Diese meine Vorausberechnung hat sich leider nicht bestätigt, und die Umstände, nicht mein Wille, haben es so gedreht, daß die Herren, die mich früher häufig und nach ihrer Weise unterstützten, die Kämpfe nicht ausschloß, daß die mir gegenüber in ihrer Presse, in ihrer angesehensten und anerkanntesten Presse, in einen Zorn und in eine Sprachweise verfallen sind, die mich vollständig degoutiren und abwendig machen mußte. Es haben ähnliche Vorfälle auch vor versammeltem Reichstage stattgefunden, daß durch einzelne hervorragende Mitglieder der Reichskanzler in einer Weise abgekanzelt worden ist, kann ich wohl sagen — öffentlich, wie es ein Mitglied einer befreundeten Fraktion wohl niemals ohne Mißbilligung der Fraktion gethan haben würde.

„Alles das sind Gründe, die mich gegenüber diesen meinen früheren — ich hoffe auch wieder zukünftigen — Kampfgegnossen in dieselbe Stimmung setzen, die sie mir gegenüber bekundet und öffentlich ausgesprochen haben, kühl bis an's Herz hinan. Ich kann — die Regierung kann doch den einzelnen Fraktionen nicht nachlaufen, sondern sie muß ihre eigenen

Wege gehen, die sie für richtig erkennt; in diesen Wegen wird sie berichtigt werden durch die Beschlüsse des Reichstags, sie wird der Unterstützung der Fraktionen bedürfen, aber der Herrschaft einer Fraktion wird sie sich niemals unterwerfen können!“

Die am 16. Juli erschienene „Provinzial-Korrespondenz“ nannte diese Reichstagsitzung vom 9. Juli 1879 eine „denkwürdige,“ und eine andere offiziöse Feder schrieb aus Berlin, 10. Juli: „Die gestrige Rede des Fürsten Bismarck gehört ohne Zweifel zu den großen Kundgebungen, welche einen Markstein der politischen Entwicklung bilden. Sie bezeichnet nicht nur einen Abschluß und eine Rechtfertigung der letzten Phase seiner Politik, sondern auch einen Ausgangspunkt zu neuem. So wichtig im Augenblicke die Beleuchtung des Franckenstein'schen Antrages erscheint, so wird doch dieser Theil sehr bald gegen die Fragen der politischen Fortentwicklung zurücktreten. Der Lärm über die angebliche Kapitulation des Reiches wird verstummen, aber jede Partei, die sich an der praktischen Politik betheiligen will, sich über ihre Stellung zur Politik des Reichskanzlers schlüssig machen müssen.“

Beide Stimmen hatten Recht, jener Sitzung eine solche Bedeutung beizumessen; in ihr wurde der Abfall der national-liberalen Partei von der Politik des Fürsten Bismarck besiegelt. Durch den Mund gerade des Herrn von Bennigsen, der seither bei allen drohenden Zerwürfissen vermittelnd und ausgleichend eingetreten war, mußte der Kanzler erfahren, daß die National-liberalen den Franckenstein'schen Antrag ablehnen und im Falle der Annahme desselben durch die Mehrheit gegen den ganzen Zolltarif stimmen würden. Und der Antrag wurde durch die von den beiden konservativen Fraktionen mit dem Centrum gebildete Majorität angenommen, und der größte Theil der Nationalliberalen

stimmte am 12. Juli gegen den ganzen Zolltarif, der nichtsdestoweniger mit 217 gegen 117 Stimmen zur Annahme gelangte. Bamberger, von Benda, von Bennigsen, von Forckenbeck, Lasfer, Marquardsen, Rickert, Stephani etc., selbst Delbrück, alle die alten Kämpen für die Bismarck'sche Politik, fielen durch diese Abstimmung von dem Fürsten ab!

„Im Laufe der Diskussion seien so viele neue Wünsche und Gelüste zu Tage getreten,“ — bemerkte Dr. Lasfer in der Sitzung, in welcher diese Abstimmung fiel, mit nahe liegenden Prophetenworten — „daß nicht der Beginn des Friedens in Aussicht sei, sondern eine Aera des Krieges, heraufbeschworen durch diesen Tarif.“

Die offiziöse Presse aber begann entschiedener als schon vorher für die rechte Seite des Parlaments zu werben. „Je mehr zu wünschen und zu hoffen ist,“ — schrieb u. a. die „Provinzial-Korrespondenz“ — „daß die große Zahl wahrhaft patriotischer Elemente, welche sich der nationalen Führung mit dem entschiedenen Willen einer ernstesten Unterstützung der Regierung angeschlossen haben, auch fernerhin einen lebendigen und wirksamen Antheil an der positiven politischen Arbeit für das Reich nehmen, um so dringender muß der Ruf an die besonnenen Männer der liberalen Partei ergehen, sich endlich offen und bestimmt von einer agitatorischen Oppositionshaltung loszusagen, welche die Partei zu jeder praktischen Betheiligung an der weiteren Gestaltung der nationalen Aufgaben unfähig macht....“

Wenn man sich bei dieser Entwicklung der Dinge über irgend etwas wundern kann, so kann es nur die Naivetät der liberalen Partei sein, welche glaubte, Fürst Bismarck werde stets nach ihren Wünschen und Maximen regieren. Schon seine ganze Auffassung des Staates würde dies nicht zugelassen haben.

So äußerte er am 15. Juni 1847 einmal: „Die preussischen Monarchen waren nicht von des Volkes, sondern von Gottes Gnaden im Besitze einer faktisch unbeschränkten Krone, von deren Rechten sie freiwillig einen Theil dem Volke verliehen haben: ein Beispiel, welches in der Geschichte selten ist.

„Ich bin der Meinung, daß der Begriff des christlichen Staates so alt sei wie das alte ci-devant heilige römische Reich, so alt wie sämtliche europäische Staaten, daß er gerade der Boden sei, in welchem diese Staaten Wurzel geschlagen haben, und daß jeder Staat, wenn er seine Dauer gesichert sehen, wenn er die Berechtigung zur Existenz nur nachweisen will, sobald sie bestritten wird, auf religiöser Grundlage sich befinden muß. Für mich sind die Worte: ‚Von Gottes Gnaden‘, welche christliche Herrscher ihrem Namen beifügen, kein leerer Schall, sondern ich sehe darin das Bekenntniß, daß die Fürsten das Szepter, was ihnen Gott verliehen hat, nach Gottes Willen auf Erden führen wollen.“

Auch in anderer Beziehung schied ihn seine Meinung durchaus von den Strömungen, wie sie im Liberalismus seit fünfzig Jahren sich Bahn zu brechen begannen.

„Ich glaube nicht,“ — sagte er am 15. November 1849 — „daß es Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, das, was dem Volke heilig ist, zu ignoriren; in einer Zeit, die uns mit blutiger Schrift gelehrt hat, daß da, wo es den Freigeistern, die sich gebildet nennen, gelungen ist, ihre Gleichgültigkeit gegen jedes positive Bekenntniß den großen Massen insoweit mitzutheilen, daß bei ihnen von dem Christenthum als schaler Bodensatz nur eine zweideutige Moral-Philosophie übrig geblieben ist, daß da nur das blanke Bajonett zwischen den verbrecherischen Leidenschaften und dem friedlichen Bürger steht, daß da der Krieg aller gegen alle keine Fiktion ist....

„Fahren wir auf diesem Wege so fort, machen wir den Artikel 11, die Gewährleistung eines jeglichen Kultus, insoweit zur Wahrheit, daß wir auch den Kultus derjenigen demokratischen Schwärmer, die in den jüngsten Versammlungen ihren Märtyrer, Robert Blum, auf gleiche Linie mit dem Heilande der Welt stellen, durch Gensdarmen gegen Störung schützen lassen, so hoffe ich es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert, denn noch steht der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester, als der Glaube an die seligmachende Kraft irgend eines Artikels der Verfassung . . . .“

Und dann — eine parlamentarische Regierung! Der Fürst hat es nie verhehlt, daß ihm eine solche in Preußen und Deutschland unmöglich scheint. Wie er gelegentlich mit den Parlamentariern zu verfahren gewillt sei, hatte er bereits durch seine Behandlung des preußischen Abgeordnetenhauses während der Konfliktzeit gezeigt, genau entsprechend seinen zum König gesprochenen Worten: wenn dieser „Befürchtungen wegen des Abgeordnetenhauses hege, so würde er ihm zeigen, wie man mit solchen Leuten umgehen müsse.“

„Ich kann die Politik nur so machen, wie ich sie verstehe und wie ich sie in ihrer Gesamtheit verstehe, ich kann mir nicht einzelne Theile herausgreifen und sagen lassen: hier ist die Regierung von aller Weisheit verlassen gewesen, dies kann nicht sein, alles andere acceptiren wir, dies aber nicht,“ hatte er am 1. Februar 1868 bemerkt.

Georg Hefefiel hätte, als er sein „Buch vom Grafen Bismarck“ (1868—69) abschloß, gar nicht zu fürchten brauchen, daß sich sein Held etwa von den „Ungethümen des Liberalismus und Parlamentarismus,“ welche der Kanzler in seine Mißstreiter verwandelt hatte, unter die Füße treten lassen werde, und der

Minister des Innern, Graf Eulenburg, hätte wirklich nicht nöthig gehabt, sich im Ernst darüber zu entsetzen, was er im preussischen Abgeordnetenhanse am 23. November 1866 ein der Aufgabe und Stellung des Ministeriums widerstreitendes Verlangen nannte, daß es, bei dem „besten Willen, sich mit dem Parlament auf den besten Fuß zu stellen, auf einmal ganz liberal werden und die Politik der Partei treiben solle.“

Bismarck hatte nie daran gedacht, sich je dem Einfluß stets wiederkommender bestimmter Parlamentarier zu unterwerfen, er hatte überhaupt eine Abneigung gegenüber den Abgeordneten von Beruf, wie er das u. a. schon am 28. Januar 1869 einmal zum Ausdruck brachte: „Wir kommen schließlich dazu, daß wir eine Berufs-klasse von Abgeordneten erhalten, die aber dann meines Erachtens einem bureaukratischen Element allmählich viel näher kommen wird, als einer lebendigen, mit dem Volke in ununterbrochener Wechselwirkung stehenden Volksvertretung, von der ich mir nicht anders denken kann, als daß sie eine große Anzahl der beschäftigten Klasse des Volkes unmittelbar repräsentirt.“

Eine sehr klare Sprache verlieh er seinen Ansichten in dieser Beziehung, als er im Jahre 1873 sagte:

„Die Vervollständigung des Ministeriums aus der Majorität der Kammer, ja, meine Herren, das ist sehr viel leichter gesagt, als gethan. Um das zu thun, muß man eine mehr oder weniger feste Majorität haben. Wo liegt die Majorität, dieses Arkanum des konstitutionellen Systems? Wir sind meines Erachtens bisher überhaupt nicht in der Lage, ein Partei-Ministerium bei uns in Preußen bilden zu können. Das Ministerium muß einen vorwiegend gouvernementalen — gestatten Sie mir nach meiner ganzen Herzensauffassung den Ausdruck: Königlichen Charakter tragen.

Sowie wir in Partei-Ministerien hineingerathen, so werden die Gegensätze geschärft. Der König allein und die Emanation, die von ihm und seiner politischen Auffassung ausgeht, bleibt parteilos, und in dieser Stellung über den Parteien, auf dieser Höhe der Krone, muß die Regierung in Preußen gehalten werden.“

Ganz dieselbe Grundanschauung vertrat der Fürst, als er in der Reichstagsrede vom 9. Februar 1876 bemerkte, daß mit Verkündung des Grundsatzes, wonach verantwortliche Minister überhaupt Anträge nicht einbringen dürften, deren Annahme sie nicht voraussehen, „der monarchische Boden verlassen und der der republikanischen Selbstregierung der gesetzgebenden Versammlung betreten“ sei. „Ich würde dann, wenn ich diesen Satz annehmen müßte, nicht mehr Minister des Kaisers sein, sondern Minister der Versammlung. Es ist das aber ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der republikanischen und monarchischen Verfassung, in der wir im Reiche leben.“ —

Die Liberalen waren also die „Maus“ gewesen und hatten sehr absonderliche Träume geträumt, wenn sie sich für etwas anderes hielten.

„Nonchalance und Courage, Zwecklosigkeit und Berechnung, die Welt laufen lassen und Kritik, Glück und Verstand, Ruhe des Abwartens und Bereitschaft zum Eingreifen, Uebermuth und Absicht, Gleichmuth und durchdachte“ — wir werden das schlimme Wort nicht brauchen — „sind bei ihm nur wechselnde Metamorphosen eines und desselben Gemüthszustandes,“ spricht sich Bruno Bauer aus, — und er redet dabei nicht von den Nationalliberalen.

Wenn Fürst Bismarck in einer im doppelten Sinne parlamentarischen Bemerkung am 21. Januar 1864 die damals zur

Hilfsmacht erkorene konservative Partei den „Acheron der Unterwelt“ nannte, dessen Geister „er zu seinen Gunsten beschwören mußte, nachdem es ihm nicht gelungen war, den Beistand der Götter der Oberwelt zu gewinnen,“ — er sei „dem Bösen verfallen und er werde von ihm nicht wieder loskommen,“ sagte einer der letzteren in jener Verhandlung des preussischen Abgeordnetenhauses — wenn er dann, nachdem er „auf den Schlachtfeldern Böhmens den Widerstand des parlamentarischen Olympos gebrochen und dessen Gebieter sich dienstbar gemacht,“ nichtsdestoweniger diese „Bösen der Unterwelt den ihm selbst verfallenen Nationalliberalen opferte,“ so kehrte er jetzt, die am 22. Dezember 1866 zum erstenmal gesprochene Sentenz: „Nur ein ganz fertiger Staat kann sich den Luxus einer liberalen Regierung gestatten“ im Munde, zu den mehr und mehr sich beruhigenden Wassern der Unterwelt zurück; möge er sie nicht überschreiten, — denn bekanntlich ist jeder verloren, der sich's einfallen läßt. Von „Leuchttürmen“ ist aber in diesen Tiefen wenig zu merken.

Die konservativen Organe der Presse begannen zu jubiliren, und das Hauptblatt der deutschen Reichspartei, die „Post“, meinte gegenüber der von den liberalen Zeitungen ausgegebenen Lösung von einer „ultramontan-konservativen Allianz,“ welche „die Stunde regieren“ solle, selbstgenügsam und lakonisch: „Gegen diese Ansicht läßt sich von vornherein nichts sagen.“ Die liberalen Pressorgane aber schrieen von dieser Stunde an Mord und Zeter; die gemäßigtsten unter ihnen machten einer sehr fühlbaren Beklemmung Luft. Wir lassen nur zwei der letzteren Art hier sprechen. „Daß die nationalliberale Partei als solche bei ihrer unheilvollen Zerklüftung in der Tagesfrage zusehends an Gewicht verlor, war zum Schmerz ihrer Freunde längst erkennbar,“ schrieb die Zeitschrift „Im neuen Reich“; „sie hatte



aufgehört, die werthvollste Bundesgenossin und der gefürchtetste Gegner zu sein. Dennoch hat die Thatsache, daß jetzt das Bündniß der konservativen Parteien mit dem Centrum fertig ist und die Nationalliberalen in die Stellung der verneinenden Minderheit gedrückt hat, ein peinliches Aufsehen machen müssen.“ Und der „Hannover'sche Kurier,“ das Organ des sanften Herrn von Bennigsen, konstatierte mit einer Art frommer Ergebung in den Lauf der Dinge den „äußeren Abschluß“ einer „Periode, welche thatsächlich schon seit längerer Zeit erschöpft und ausgelebt war,“ der „Periode des positiven Zusammenwirkens einer von den Liberalen bestimmten parlamentarischen Majorität mit dem Fürsten Bismarck . . . Die preussische Staatsgewalt, auf welche die Aufgaben der Reichsregierung übergegangen waren, blieb in den Personen der meisten ihrer Träger konservativ, vor allem blieb es der Kanzler; nur weil er die Unterstützung der Liberalen nicht entbehren konnte und wollte, nur darum haben wir eine zehnjährige Ära freisinniger Gesetzgebung gehabt . . . Mit Hilfe der Liberalen, zu deren Schaden es nur geschehen konnte, — das ist einmal so in der Geschichte, die nur Ursachen und Wirkungen kennt — hat Fürst Bismarck die Konservativen allmählich für den nationalen Staat gewonnen und die Klerikalen zur Anerkennung desselben gezwungen; sobald das geschehen war, bedurfte er der Liberalen nicht mehr, — eben deshalb aber mußten diese begreifen, daß es nunmehr für sie galt, in der Opposition zu vertheidigen, was sie im Zusammenwirken mit dem Reichskanzler erlangt hatten.“

Selbst Herr von Bennigsen wollte also jetzt die Opposition, und es war gewiß recht angebracht und augenscheinlich nicht

ohne momentanen Erfolg, daß der ehemals von ihm vergötterte Fürst nicht ganz ein Jahr später, als er die eben angeführten Zeilen geschrieben, am 5. Mai 1881, im Reichstag dem Schwankenden, der selbst an dem Zustandekommen des Reiches mitgearbeitet habe und nun im Begriff stehe, sich der Koalition anzuschließen, „die bis zur Sozialdemokratie“ hingehe, zurief, was Bürger in jenem Gedicht sage: „Laß nicht vom Linken dich umgarnen! . . .“

„Setzen wir Deutschland, sozusagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können!“ Dieses vom Fürsten 1867 im konstituierenden Reichstage gesprochene geflügelte Wort war derselbe schon im Frühjahr von 1874 zu streichen geneigt gewesen, indem er bemerkte, der Reichstag scheine den Beweis liefern zu wollen, daß Deutschland nicht reiten könne. Indes könnte er sich jetzt damit trösten, daß es vielleicht nur die „unberufenen Sonntagsreiter“, von denen er im Jahre 1850 im Hinblick auf die Erfurter Verfassung sprach, gewesen seien, die er in den Sattel gehoben, und die jetzt der stampfende Bußephalus mit sammt ihrer „schwarz-roth-goldnen Zäumung“ richtig „auf den Sand gesetzt“ hat.

Jetzt hätte der Kanzler das Gleichniß umgekehrt: „Mit vier Strangschlängern zu fahren ist gefährlich, aber ich werde es versuchen,“ soll er gesagt haben. Ob er sich wirklich dieses Gefährts erwähnen wird? — Wie sich überhaupt die Fahrt in die Zukunft hinein gestaltet?

„Man weiß nicht, was noch werden mag,“ sagt Uhland, und „gewendet“ hat sich beinahe schon „alles, alles . . .“ Freilich ist das Gedicht „Frühlingsglaube“ überschrieben, und da möchte sich wohl mancher gegen diese in seine Verse gelegte Beziehung sträuben. —



### Drittes Kapitel.

## Fürst Bismarck und die Arbeiterfrage.

### I. „Fürst Bismarck als Sozialist.“

**D**as graue Nebelmeer staatssozialistischer Pläne,“ auf welches Fürst Bismarck hinaussteuern wolle, — das ist eines der am häufigsten gebrauchten Schlagworte, die in der letzten Zeit gegen den Kanzler ausgespielt wurden, und die „Provinzial-Korrespondenz“ fand in solchen Vorwürfen Veranlassung, in einem, „Fürst Bismarck als Sozialist“ überschriebenen Artikel u. a. folgendes auszuführen:

„Die Unfallversicherung für Arbeiter und die verheißene Ausdehnung derselben (etwa auf Altersversorgung für Arme) haben nichts, was die Grundlagen des bestehenden Staatswesens erschüttert, sie haben nichts mit Sozialdemokratie oder verwerflichem Sozialismus gemein, wohl aber entsprechen sie der pflichtmäßigen Fürsorge des Staates für die Armen und Schwächeren der bürgerlichen Gemeinschaft. Man nenne es Sozialismus oder wie sonst: wer die Gesellschaft vor den Gefahren einer verderblichen Sozialdemokratie bewahren will, der wird den Fürsten Bismarck in seinen Bemühungen unterstützen, und zwar ernst und warm unterstützen, damit diese

Bemühungen auch zum glücklichen Ziele gelangen und nicht etwa die ‚Bedenken‘ über ‚den Kern‘ der Vorlage siegen. Entweder — oder.“

Es ist bekannt genug, daß der Fürst insbesondere seit der Einführung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie das Feld der Sozialreformen für seine Thätigkeit ausersehen hat, und er hat damit wenigstens gezeigt, daß die „soziale Frage“ als die bedeutungsvollste des ganzen Jahrhunderts von ihm erkannt worden ist.

Dem Abgeordneten Richter bemerkte er in der Reichstags-sitzung vom 17. September 1878 tadelnd, daß derselbe „sich an den äußerlichen Buchstaben des Wortes ‚Sozialdemokratie‘ flammere“ und ihm danach vorwerfe, sich „früher mit der Sozialdemokratie in Beziehungen befunden“ zu haben. „Will der Herr Abgeordnete Richter das Kind mit dem Bade ausschütten“ — fuhr er fort — „und uns veranlassen, daß wir gleichzeitig auch jede Bemühung, das Loos der Arbeiter, seinen Antheil an dem Lohn, den die Gesamtarbeit, seine und seiner Arbeitgeber, hat, zu verbessern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entschlossen, die Bestrebungen, die man mir von damals vorwirft, sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe und meine Ressortverhältnisse mir das erlauben, auch heute fortzusetzen, und rechne mir das zur Ehre.“ Demgemäß betonte er am 9. Oktober desselben Jahres auf's neue, daß er „eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Antheil an den Erträgen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, so weit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die absatzfähige Fabrikation gegeben sind, beide

Bestrebungen noch gestatten.“ Er unterscheidet dann zwischen positiven und negativen Bestrebungen. „Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich wenigstens mich einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatshülfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen, nicht die Initiative des Staates, sondern um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen. Es ist das nicht mein Departement, und ich kann darauf nicht näher eingehen, ich wiederhole das nur, um die Ansichten zu bestätigen, die ich in der ersten Lesung (des Sozialistengesetzes) ausgesprochen habe, nach denen ich vor fünfzehn Jahren schon gehandelt habe, und um zu bekunden, daß ich noch, wenn nur ein ernster und positiver Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Looses der Arbeiter gerichtet ist, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten Prüfung des Reichstags und der gesetzgebenden Versammlung empfehlen werde.“ Ja, er hätte so gern „den Stein der Weisen,“ wie er sich nach einigen weiteren Sätzen ausdrückte, aus den Händen der sozialdemokratischen Abgeordneten entgegengenommen, — aber „die Herren“ besäßen ihn selbst nicht, und so sucht er denn nach ihm energischer als je: mit erhöhter Bedeutung und Dringlichkeit träten nun „diejenigen Aufgaben in den Vordergrund, welche vor den traurigen Zwischenfällen des Mai und Juni den Gegenstand allseitiger Erwägung und mannigfachster Geisteskämpfe bildeten, die Fragen des wirthschaftlichen Wohls und Gedeihens unseres Volkes,“ schrieb die „Provinzial-Korrespondenz“ am 30. Oktober 1878 nach Annahme des Sozialistengesetzes. „Mit erhöhter Bedeutung und Dringlichkeit,“ — denn niemand

Frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

kann sich verhehlen, daß unter den Pflichten positiven Wirkens und Helfens für die ärmeren und bedrängten Volksklassen, zu welchen sich alle Parteien ohne Ausnahme bekannt haben, daß unter den Voraussetzungen eines allmählichen Gesundens unseres Volkslebens, soweit dazu die staatliche Gesetzgebung helfen kann, die Fürsorge für eine ersprießliche wirthschaftliche Entwicklung im Reiche, in Staat und Kommune in erster Linie steht.“

So die „Provinzial-Korrespondenz“ über die (nach Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Annahme der bekannten Vorlage) „zweite positive und dauernd bedeutsame Aufgabe,“ die „in den Vordergrund der politischen Fürsorge und allseitigen Verantwortlichkeit“ trete.

Wie aus den obigen Ausführungen des Reichskanzlers selbst hervorgeht, stammt seine Hinneigung zu staatssozialistischen Plänen schon aus früherer Zeit; noch im Jahre 1874 rief es Aufsehen hervor, daß auf seine Veranlassung der Geheime Oberregierungsrath Wagener im Oktober des genannten Jahres zum Katheder-Sozialisten-Kongreß nach Eisenach entsendet wurde. „Daß ich Herrn Wagener nach Eisenach geschickt habe, um mir Bericht zu erstatten über die Ergebnisse der dortigen Verhandlungen — war einfach meine Pflicht und Schuldigkeit, daß ich irgend jemand hinschickte, und der Geheimrath Wagener war für diese Sachen ein durchaus sachkundiger Mann, ein Mann von Geist,“ — rechtfertigte der Fürst später im Reichstage diesen Schritt, und als auf dem sechsten Kongreß deutscher Landwirthe vom General-Landschaftsrath Dr. Rodbertus, Professor Ad. Wagner und Dr. Rudolf Meyer, der als damaliger Sekretär des eben erwähnten Geheimraths Wagener sich auch mit in Eisenach befand, von dem aber der Kanzler nichts wissen wollte, ein Antrag auf Untersuchung der landwirthschaftlichen Verhältnisse durchgebracht worden war, bethätigte der Kanzler sofort

wieder dadurch sein Interesse an dieser Sache, daß er den Kaiser bestimmte, im Februar 1875 die Einsetzung einer Kommission zu befehlen, die, jenem Antrage entsprechend, nicht sowohl bloß die Lage der Landarbeiter, als vielmehr die gesammte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands untersuchen sollte. Auf ein Schreiben des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Friedenthal's, an Rodbertus, worin dieser ersucht wurde, sich dahin auszusprechen, wie er sich „im Detail die Zusammensetzung einer solchen Kommission, den Gang und die Ziele ihrer Untersuchungen gedacht“ habe, legte dann Rodbertus seine Ansichten ausführlich dar und schloß sein Antwortschreiben mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß „eine ehrliche und erfolgreiche Inangriffnahme der sozialen Uebelstände zuletzt doch auf eine positive Staats-Intervention werden hinauslaufen müssen.“ Indes ist die Angelegenheit damals im Sande verronnen. Aber noch am 17. September 1878 nannte der Fürst unter den Leuten, „die sich vor 16, 15 Jahren damit befaßten, das Loos der Arbeiter zu verbessern,“ — Leuten „der Wissenschaft und des Wohlwollens für die Arbeiter,“ Rodbertus als einen, der ihm „durch Lesen seiner Bücher, weniger persönlich nahe gestanden“ habe. Wagener, Rodbertus und Lothar Bucher, diese drei Männer darf man überhaupt unbedenklich als diejenigen bezeichnen, die den Fürsten in seinen sozialreformatorischen Gedanken inspirirten, — Lothar Bucher, der anfangs der sechziger Jahre, ganz den Anschauungen der beiden anderen gemäß, sich ebenfalls entschlossen zu der Ueberzeugung bekannte, „daß die Lehre der Manchester Schule, der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles andere gehen zu lassen, vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht besteht,“ — Lothar Bucher, „die rechte Hand Bismarck's,“ wie

ihn die Presse bezeichnete, und „sicher der geschickteste, tiefste und gefinnungsvollste unter den Gehülfen des Reichskanzlers und derjenige, welcher ihm am ergebensten ist und sich seines Vertrauens im höchsten Maß erfreut,“ wie sich Moritz Busch, der ihn und sein Verhältniß zum Fürsten in der Nähe zu beobachten in der Lage war, über den preussischen Legationsrath ausspricht. Wir werden auf jene drei Männer und ihre Beziehungen zu — Lassalle nachher zurückzukommen haben.

Es wäre also gewiß, daß Fürst Bismarck die „Nachtwächter-idee vom Staat,“ welche „die wahrhafte Gefahr geistiger und sittlicher Versumpfung, die heute besteht,“ bilde, wie Lassalle den Staatsbegriff der Manchester-school, den reinen Rechtsschutzstaat bezeichnet, verwerflich findet, und sich damit der Anschauung Ledru-Rollin's, dessen seit 1843 erscheinendes Blatt „La Reforme“ beiläufig die erste rein sozialdemokratische Zeitung war, anschließt: „Der Staat muß die Initiative ergreifen in industriellen Reformen, welche geeignet sind, eine solche Organisation der Arbeit, wodurch der Lohnarbeiter zu dem Stande der Assoziirten erhoben wird, herbeizuführen. Der Arbeiter hat denselben Anspruch auf Erkenntlichkeit des Staates wie der Soldat. Dem kräftigen und gesunden Arbeiter schuldet der Staat Arbeit, dem alten und schwachen Schutz und Hülfe“ (Unfallversicherung und Altersversicherung), eine Anschauung, die Lassalle dann so ausdrückte: „Der einzige Ausweg für die Arbeiter kann nur durch die Sphäre gehen, innerhalb deren sie noch als Menschen gelten, d. h. durch den Staat, durch einen solchen eben, der sich dies zu seiner Aufgabe machen wird, was auf die Länge der Zeit unvermeidlich.“

Früher bereits war das Ideal Bismarck's, mit Hülfe der Klerikalen eine konservativ-soziale Reformpolitik zu treiben, durch



welche der schrankenlose Kapitalismus und die Juden Herrschaft gebrochen werden sollte, und in der That ist die Wirksamkeit der katholischen Partei in dieser Richtung — die Sozialtheorien eines Jörg, von Ketteler, Moufang u. a. — gar nicht zu unterschätzen. Man lese in der „Geschichte der sozialpolitischen Parteien in Deutschland“ (Freiburg i. Br., 1867) von dem tief wissenschaftlich gebildeten Jörg, dem Herausgeber der „Historisch-politischen Blätter,“ beispielsweise Sätze wie die folgenden: „Christi großes Gebot der Liebe ist vom liberalen Oekonomismus förmlich aufgehoben. Das die Volksarbeit allein regelnde Naturgesetz von Angebot und Nachfrage, die Lehre von der freien Konkurrenz setzt einerseits eine Summe von zügellos zusammenraffenden Ichs voraus, andererseits eine Menge armer Nebenmenschen, die mit ihrer Arbeitskraft nur wie todte Waare auf dem Markt erscheinen. Man kauft sie heute zum möglichst niedrigen Preis und wirft sie morgen als nicht mehr preismwürdig weg . . . Die Unternehmer führen unter sich den permanenten Vernichtungskrieg, und sie führen ihn ebenso mit ihren armen Arbeitern; denn sie können nur durch möglichst wohlfeile Arbeitskräfte den Sieg über einander erringen . . . Darum ist ein hervorstechender Zug an der vom liberalen Oekonomismus beherrschten Zeit ihre kalte Mitleidslosigkeit. Neben der Vergötterung des Genies oder des erfolgreichen Ichs sehen wir die grausamste Menschenverachtung um sich greifen, die einst auch die Signatur des antiken Heidenthums war.“ Klingt das nicht wie aus einem der heutigen Artikel der „Provinzial-Korrespondenz,“ — könnte es nicht fast ebenso in irgend einer sozialdemokratischen Zeitung stehen?

Charakteristisch sind auch die Bemerkungen, die Jörg über die Bedeutung der Theorien Lassalle's und ihre Wirksamkeit macht, — er erwägt sogar die Möglichkeit, ob nicht einmal eine

Zeit kommen könne, „wo die bestehenden Gewalten ihre Stütze nicht mehr im dritten Stande, sondern im vierten Stande suchten.“

„Als vor vier Jahren“ — schrieb Jörg 1867 — „die neue Gesellschaftslehre Lassalle's, ohne daß freilich schon ihre ganze Tragweite verstanden worden wäre, zum erstenmal die Aufmerksamkeit der herrschenden liberalen Presse erregte, da machte sich die letztere in widersprechenden und sich aufhebenden Empfindungen Luft. Einerseits versicherten die liberalen Blätter, daß die ganz und gar unwissenschaftlichen Paradoxen des Berliner Literaten und seiner Hand voll Nachbeter bald unter allgemeiner Heiterkeit verschollen sein würden; andererseits ergossen sie sich in vollem Ingrimm über den frechen Versuch des radikalen Störenfrieds, der an den volkswirtschaftlichen Pfeilern des modernen Liberalismus zu rütteln wage . . . Die neue Gesellschaftslehre steht als eine unabänderliche Thatsache mitten in unserer Welt, und sie hat den Stand der modernen Volkswirtschaftslehre wohl oder übel gänzlich verändert. Der Nimbus der Unwidersprechlichkeit ist für die letztere unwiederbringlich verloren. Der Lassalleismus behauptet sich selber als Wissenschaft, und immerhin muß die Wissenschaft mit ihm rechnen. So ist es in den kurzen Jahren geworden. Jedenfalls beweist dies überraschende Umsichgreifen, daß die Erhebung der Fahne des ‚vierten Standes‘ einem tiefgegründeten Bedürfnis und den stillen Gedanken in den Herzen vieler Menschen entsprach. Niemand kann auch heute noch sagen, wie die Bewegung sich auswachsen wird, und ob sie nicht der Reformation des sechzehnten Jahrhunderts ebenbürtig an die Seite und korrigierend gegenübertritt wird. Vor drei Jahren hat sich jedermann gefragt: wer ist Lassalle? Jetzt ist dieser Name in aller Mund; in den Annalen der modernen Wissenschaft ist

er mit unauslöschlichen Zügen eingetragen; niemand kann ihn ignoriren, niemand ihm den Ruhm abstreiten, einer der genialsten Köpfe des Jahrhunderts gewesen zu sein. Dem herrschenden Liberalismus gegenüber wird die Nachwelt vielleicht den Wendepunkt von ihm datiren. In Wirklichkeit hat er den Punkt getroffen, wo der Liberalismus sterblich ist.“

Die Lehre und die Anhängerschaft Lassalle's haben sich, seit der baierische Geschichtsforscher dies niederschrieb, in einer Weise ausgebreitet, die den im Jahre 1865 in dem damaligen Hauptorgane der Sozialdemokratie ausgesprochenen und neuerdings von derselben Seite wiederholten Worten: „Geduld! es werden noch ganz andere Dinge kommen! Wir sind die Treiber, jene die Getriebenen!“ Recht zu geben scheinen. Jedenfalls darf man gespannt sein, welcherlei Experimente an und mit der Staatsmaschine wir in Zukunft noch erleben werden. Man darf sich auf Dinge gefaßt machen, die den meisten — und zwar den Angehörigen aller Parteien — wohl heute völlig unmöglich dünken. Die Politik des Fürsten Bismarck ist „weitsehend“ — hat Herr von Bennigsen einst gesagt, — sie ist aber auch unberechenbar . . . .

„Ich bin,“ so sprach er sich einmal, als er darüber geklagt hatte, daß ihn die Militärs zu wenig um seine Meinung fragten, in Versailles aus, „militärfromm in den Krieg gekommen, künftig gehe ich mit den Parlamentarischen, und wenn sie mich weiter ärgern, so lasse ich mir einen Stuhl auf die äußerste Linke stellen.“ Das ist, ohne daß man ihn gerade wörtlich zu nehmen braucht, ein Ausspruch, der den Fürsten ungemein charakterisirt. —

---

## II. Fürst Bismarck und Lassalle.

Die Auseinandersetzungen, welche am 16. und 17. September 1878 im deutschen Reichstage zwischen dem Abgeordneten Bebel und dem Reichskanzler stattfanden, brachten bekanntlich für weitere Kreise Licht in die Beziehungen, welche, wie Eingeweihtere damals schon wußten, seiner Zeit zwischen dem Fürsten und dem Arbeiterapostel Ferdinand Lassalle bestanden hatten. Trotzdem die Darlegungen von beiden Seiten wohl noch in aller Gedächtniß sind, dürfte es doch ein Interesse haben, sie hier nach ihrem positiven Inhalt wiederzugeben, um so den Leser ein klares Bild des Verhältnisses zwischen Bismarck und Lassalle gewinnen zu lassen.

Herr Bebel sprach von dem ersten öffentlichen Auftreten Lassalle's (1863). „Seine Vorschläge bezüglich des allgemeinen Stimmrechts und der Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe u. erfolgten,“ führte er aus. „Die Bewegung nahm eine bedeutende, Aufsehen machende Ausdehnung, es wurde der ‚Allgemeine deutsche Arbeiterverein‘ gegründet. Die Regierung verfolgte die Bewegung sehr aufmerksam, und jetzt geschah es, daß von ihrer Seite und speziell des Fürsten Bismarck Seite die verschiedensten Anstrengungen gemacht wurden, mit Lassalle, der dieses nicht gesucht, in Verbindung zu treten. Es wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Vermittelung der Frau Gräfin Hatfeldt Unterhandlungen mit Lassalle angeknüpft. Man wünschte, er solle mit dem Fürsten Bismarck zusammenkommen. Lassalle lehnte hartnäckig jeden entgegenkommenden Schritt seinerseits ab, wenn er nicht zunächst vom Fürsten Bismarck selbst ausginge. Fürst Bismarck ließ sich, als er die Hartnäckigkeit Lassalle's sah, endlich herbei, durch seinen Geheimssekretär Dr. Zitelmann einen Brief an Lassalle

zu schreiben, den er selbst kontrafignirte, worin Lassalle zu einer Zusammenkunftsbesprechung mit dem Fürsten Bismarck eingeladen wurde. Infolge dieser Einladung haben im Winter 1863 bis 1864 nicht ein und zwei, sondern eine ganze Reihe von Konferenzen zwischen Lassalle und dem Fürsten Bismarck stattgefunden.

„Solcher Zusammenkünfte fanden manchmal drei bis vier in der Woche statt, und Fürst Bismarck gab für diese Gelegenheit die strengste Ordre, daß, wer immer an solchen Abenden käme, nicht zugelassen werden solle.

„Es drehte sich bei diesen Unterhaltungen und Unterhandlungen um zweierlei, erstens um die Oktroyirung des allgemeinen Stimmrechts und zweitens um die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften. Fürst Bismarck war für diesen Plan von Lassalle vollständig gewonnen, er weigerte sich nur, wie Lassalle verlangte, sofort mit der Oktroyirung des allgemeinen Stimmrechts vorzugehen, bevor nicht der Schleswig-Holsteinische Krieg glücklich zu Ende geführt worden sei. Infolge dieser Meinungsverschiedenheit entstanden tiefe Differenzen zwischen Lassalle und dem Fürsten Bismarck, und es war nicht etwa der letztere, welcher die Unterhandlungen abbrach, sondern es war, wie ich ausdrücklich konstatiren muß, Lassalle, der den Bruch herbeiführte und erklärte, auf weitere Unterhandlungen sich nicht einlassen zu können. Ich muß, hieran anknüpfend, die weitere Thatsache anführen, daß im Jahre 1865 von Seiten des damaligen Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, dem Herrn von Hochstetten, dem damaligen Redakteur des 'Sozialdemokrat,' mitgetheilt worden ist, daß der Fürst Bismarck bereit gewesen sei, das bekannte Hundertmillionenprojekt Lassalle's für die Gründung von Produktivgenossenschaften zu verwirklichen, daß aber er und seine übrigen Kollegen den Fürsten

Bismarck überstimmt hätten, daß auch Lassalle selbst eine solche rasche Verwirklichung des Projekts bekämpft habe, einmal, weil zuvor das allgemeine Stimmrecht eingeführt werden sollte, und dann, weil er der Ansicht war, daß der Gedanke der Produktiv-Assoziationen, d. h. die politische Agitation erst immer weiter in die Massen hineingetragen und in der Masse selbst lebendig werden müsse, damit um so sicherer Aussicht vorhanden sei, daß das Unternehmen auch wirklich glücke und nicht mißlinge“. . . .

Darauf wurde vom Fürsten u. a. erwidert: „Ich habe keiner prinziplichen Verbindung bedurft, um zu Lassalle zu gelangen oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hatthfeldt habe ich nicht die Ehre zu kennen, ich habe sie zum letzten mal in meinem Leben 1835 im Hause ihres Schwagers gesehen. Also diese Vermittelung ist eben eine Erfindung in usum einfältiger Leute, die aber von Leuten, wie hier sind, nicht hätte vorgebracht werden sollen. Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfnis, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht jede Woche drei bis viermal gesehen, sondern im ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrund steht, auch wenn man anstandshalber einst-

weisen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß, was kannst du armer Teufel geben? — er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Cassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Cassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch . . . . Cassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert, und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren. Dabei ist es auch unrichtig, daß ich mit Cassalle auseinandergekommen sein soll in dieser Art von persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlichen Wohlwollens, wie es sich zwischen uns gebildet hatte, indem er offenbar den angenehmen Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geist sehe, mit dem zu verkehren angenehm war, und er seinerseits den angenehmen Eindruck hatte, daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterredungen wenig zu Worte kam, er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und liebenswürdiger Weise, und jeder, der ihn kannte, wird mir in der Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen über das do ut des abgeschlossen werden konnten, aber ich bedaure,

daß seine politische Stellung und die meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben . . .

„Unsere Unterhaltungen drehten sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroyirung desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyirung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition. In den deutschen Rivalitäten mit den Gegnern des Reichs war die Karte einmal ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft mit gefunden. Einen so festen Glauben an die bessere Wirkung eines anderen Wahlrechts hatte ich nicht, daß wir im Kampfe mit unseren Nebenbuhlern dieses populäre und von der früheren Frankfurter Versammlung hinterlassene Mittel hätten ablehnen sollen; eine feste Ueberzeugung von der Wirkung der einzelnen Wahlssysteme habe ich damals schwerlich gehabt. Es ist das wohl auch für niemand leicht, obwohl wir nun schon eine langjährige Probe der Wirkung verschiedener Wahlssysteme in denselben Ländern neben einander haben . . .

„Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften, — das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Versuch, — ich weiß nicht, ob unter dem Eindruck von Cassalle's Raisonement oder unter dem Eindruck meiner eigenen Ueberzeugung, die ich zum Theil in England während meines Aufenthaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte — mir schien es, daß in der Herstellung von Produktiv-Assoziationen, wie sie in England im blühenden Verhältnisse existiren, die Möglichkeit lag, das Schicksal



des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Theil des Unternehmungsgewinns zuzuwenden . . . .“

Seit diesen Aufschlüssen über die Beziehungen zwischen dem Fürsten und Lassalle ist eine weitere Bestätigung derselben erfolgt, und zwar durch den Mund Lassalle's selbst, — wenigstens insoweit, als uns Helene von Racowitza, geb. von Dönniges, in ihrem Aufsehen erregenden Buche „Meine Beziehungen zu Ferdinand Lassalle“ (Breslau, 1879) die darauf bezüglichen Aeußerungen des letzteren mitgetheilt hat.

Zunächst erwähnt sie, daß sie „im Hause des Geheimrathes Zitelmann (der damals als Bismarck's rechte, wenn auch unsichtbare rechte Hand galt)“ von Lassalle habe sprechen hören, ein Umstand, der die oben wiedergegebene Behauptung des Herrn Bebel, daß der Fürst durch den Genannten einen Brief an Lassalle habe schreiben lassen, sehr zu stützen geeignet ist. Uebrigens erklärte Bebel, daß seine Quelle für diese Mittheilungen „direkt zur Frau Gräfin Hagfeldt“ führe, „die bekanntlich in so nahen Beziehungen zu Lassalle gestanden hat, daß ich sehr wohl annehmen darf, einen genauen Aufschluß über die fraglichen Vorgänge erhalten zu haben.“ Nebenbei sei erwähnt, daß auch Bebel's Freund, der Schriftsteller Liebknecht, mit der erst jüngst verstorbenen Gräfin Sophie von Hagfeldt in Verbindung gestanden hat; er arbeitete mit ihr eine Zeit lang an einer Schrift, welche die letztere über die letzten Lebenstage Lassalle's niedergeschrieben haben wollte.

„Was haben sie gesagt?“ fragte Lassalle nach Helene von Racowitza's Erzählung eifrig, als sie bemerkt hatte, daß sie bei Dr. Zitelmann seiner habe erwähnen hören.

„Nicht viel,“ war meine Antwort, die Frau Geheimrätthin, eine herzensgute, aber sehr lebhaft und geschiedte Frau, hatte mit rascher, unbedachter Zunge herausgeplaudert, daß Lassalle

bei Bismarck gewesen und daß dieser furchtbar entzückt von ihm sei, aber da hatte ihr der Geheimrath einen bösen, mahnenden Blick zugeworfen und sie darauf schnell das Gespräch abgebrochen. — Ist's nun wahr? Hast Du mit Bismarck allerlei Geheimnes zu thun?

„Er saß einen Augenblick ganz still, dann lachte er leise, fast unheimlich vor sich hin, und meine Hand ergreifend, sagte er halblaut: ‚Dieses Kind! 's ist unerhört! Mit diesen kleinen Fingern, — mit diesen Elsentagen greift sie frech in meine werthvollsten Geheimnisse, die ich wie Edelsteine im Sicherheitskästchen meines Herzens bewahre, — kramt darin herum, behandelt die kostbaren Juwelen als ihr unbestreitbares Eigenthum, verstreut einige davon, als wäre es Spreu, und verlangt dann die allertheuersten für sich, als Tand, als Schmuß in's Haar! Aber diese naive Frechheit, ich liebe sie! und darnum sollst Du haben, was Du, nichts Schlimmes ahnend, verlangst. Jawohl, ich war bei Bismarck! Der große Eiserne wollte mich kaptiviren! — Und Eisen ist ein gar köstliches Metall, — so stark, so derb, so hieb- und stichfest! — Was hat Eisen nicht schon alles erreicht in der Welt? — Fast alles ist aus Eisen gemacht, gefestigt worden, — fast alles, — fast! — Aber es giebt noch ein anderes Metall, biegsamer, — geschmeidiger; nicht zu Helden- und Waffenthaten bestimmt und doch mächtiger als dieses omnipotente Eisen: das Gold! — Was das Eisen zerstört hat, baut das Gold wieder auf, — der Regen, der das Herz des Danaë verführte, war von Gold! — Ja, ja, es ist noch sehr die Frage, welches der beiden Metalle das mächtigere, das wirkungsvollere ist! Sie sagen freilich, da oben in den eisernen Kreisen, das Gold sei jüdisch, — aber auf die Wirkung kommt es an, auf die Wirkung allein. Und schließlich: Eisen rostet mit der Zeit, und rostiges Eisen gehört in die Rumpelkammer! Also fort damit in die

Kumpelkammer der Jahrhunderte, der Geschichte! — Aber was Bismarck anbelangt, und was er von mir gewollt hat und ich von ihm? — Laß Dir's genügen, daß es nicht zu Stande kam, nicht zu Stande kommen konnte: wir waren beide zu schlau, — wir sahen unsere beiderseitige Schlauheit und hätten nur damit enden können, uns (natürlich immer politisch gesprochen) in's Gesicht zu lachen. Dazu sind wir zu gut erzogen, — also blieb es bei Besuchen und geistreichen Gesprächen!

„Und gefiel Dir Bismarck? Findest Du ihn geistreich?“ frug ich.

„Geistreich! — Was heißt überhaupt geistreich? — Wenn ich und Du geistreich sind, so ist's Bismarck nicht! Er ist schneidig, wuchtig, — ist eben eisern. Wenn man Eisen verfeinert, wird es zu Stahl, und dann kann man auch stechende, zierliche Waffen daraus machen, doch immer nur Waffen! — Gold ist mir lieber, Gold, — wie es mir gegeben ist in der geheimnißvollen Macht, die Menschen zu erringen, sie mein zu machen! Du sollst schon noch sehen, mein Herz, was unser Gold alles erreicht.“

„Nach einer kleinen Pause meinte ich forschend: ‚Aber Du selbst sprichst doch auch viel von Waffen, von Blut und Kämpfen, und Revolutionen werden schließlich auch nicht waffenlos und ohne Eisen geschmiedet.‘

„Kind! Kind! was willst Du in dieser mond hellen Nacht alles wissen! Die Errungenschaften von Jahrtausenden, das Ergebnis der tiefsten Studien, das fragst Du mir tändelnd ab, und ich Armer soll Dir das alles wie Spielzeug in den Schooß werfen! — Von Kämpfen reden, zu den Waffen rufen, ist noch lange nicht dasselbe, als mit blutbefleckter Hand und kaltem Herzen den Bruder, den Mitmenschen niederzufäbeln! Und weißt Du

denn so genau, welche Waffen ich meine? Weißt Du denn, ob ich meine goldenen Waffen des Geistes: die Kunst der Rede, die Menschenliebe, die Besserstellung und Menschmachung der Armen, der Elenden und Arbeitenden, und schließlich und vor allem den Willen, ob ich all' diese edlen, in Wahrheit goldenen Waffen nicht höher stelle und zweckdienlicher halte, als die wundenschlagenden des rostigen Mittelalters? Blut und Schwert nur als letzte Nothwendigkeit, wenn sie selbst es nicht anders wollen. Aber sie sollen, denk' ich, uns fürchten lernen auch ohne Schwerterstreich.“

Die Verfasserin theilt in diesen Memoiren noch manches über Lassalle's Ansichten und Absichten mit, die vollgültig beweisen, daß der letztere „ehrgeizig im hohen Stil“ war, die aber andererseits auch seine „durch und durch monarchische Gesinnung“ erheblich in Zweifel stellen.

An einer anderen Stelle ihres Buches läßt Helene von Dönniges, die übrigens jetzt die sozialpolitischen Anschauungen ihres einstigen Abgottes zu den ihrigen gemacht zu haben scheint und sich als die Gattin eines ebenfalls der politischen Sphäre angehörenden Mannes in Amerika recht wohl befindet, Lassalle eine Fabel erzählen, die dessen Stellung zur öffentlichen Meinung illustriert, und die ich deswegen hierher setze, weil sie, abgesehen von ihrem charakteristischen Inhalt, auch dadurch noch eine besondere Bedeutung erhält, daß sie Lassalle auch auf den Fürsten Bismarck anwendete.

Ein alter Großvater treibt mit seinem kleinen Enkel einen Esel zu Markte. „Da begegnet ihnen ein Mann und ruft: ‚Seid ihr dumml! Habt einen Esel und geht beide nebenher.‘ Sofort nimmt der Alte sein Enkelkind, hebt's auf den Esel und läßt ihn traben. Da kommt ein anderer, der ruft dem Knaben zu: ‚Pfui, schäme dich, hast junge Beine und läßt den Alten neben-

herlaufen.' Das Kind springt ab, Großvater setzt sich auf. Aber wie lange, da kommt ein Bauer und sagt: ‚Rabenvater! Läßt bei der Hitze das Kind zu Fuß gehen!‘ Der Alte nimmt den Knaben zu sich, und froh, daß sie nun beide so gemüthlich sitzen, geht's weiter. Kurz vor der Stadt kommt ein Herr mit kluger Miene und goldener Brille, und der meint: ‚Pfui, über die Thierschinderei, bei solcher Hitze zu zwei auf dem armen Grauen!‘ — Da ward's ihnen zu viel, ganz betrübt stiegen sie ab, beriethen einen Augenblick und hoben schließlich, um's allen Recht zu machen, den Esel auf, ihn so auf ihren Schultern zu Markte tragend! — Siehst Du,“ setzte Lassalle hinzu, „das ist die Geschichte von dem Esel, den Du tragen willst und ich nicht! Denn damals, als ich's zuerst las, machte es einen mächtigen Eindruck auf mich, ich dachte lange über die tiefe, furchtbare Wahrheit darin nach, — und dann schwur ich mir feierlichst: Mag mir das Leben bringen, was es will, — mag es mich in was immer für Situationen stellen: den Esel trage ich nicht!“

„Ich hab's erzählt,“ — bemerkt Helene von Dönniges — „und so ausführlich, weil mir scheint, nichts kann bezeichnender sein für Lassalle's Charakter, als diese kleine Geschichte, die auf den Knaben einen solchen Eindruck machte, daß der Mann sein ganzes Leben danach richtet, und zweitens, weil Lassalle noch oft in späteren Gesprächen darauf zurückkam: ‚Der trägt den Esel‘ oder: ‚Der trägt ihn nicht.‘ Letzteres namentlich von Bismarck.“ —

Es ist oft genug davon gesprochen worden, daß Bismarck in der Konfliktzeit darum bestrebt gewesen sei, die Arbeiterbevölkerung für sich zu gewinnen, weil er mit ihrer Hülfe die damaligen Liberalen habe in die Enge treiben wollen. Aus diesem Gesichtspunkte ist wohl vor allem auch seine Verbindung mit Ferdinand Lassalle zu beurtheilen. Dabei darf man indeß

Frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

durchaus nicht daran zweifeln, daß es ihm mit dem Gedanken, auf des letzteren sozialpolitische Reformvorschläge einzugehen, Ernst gewesen sei. Rodbertus, Wagener und Lothar Bucher waren eben die Männer, die er sich dabei theils als Stützen, theils als Vermittler ausersehen hatte.

Das Komitee des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ zu Leipzig hatte im Jahre 1863, wie jeder weiß, an Lassalle, Rodbertus und Bucher die Bitte gerichtet, ihren Rath über die Mittel zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen kundgeben zu wollen. Lassalle's „Offenes Antwortschreiben“ ist weltberühmt geworden; aus Lothar Bucher's Brief haben wir vorhin einen charakteristischen Satz mitgetheilt. Es möge hier also einiges aus der, vom 10. April 1863 datirten Antwort Rodbertus' wiedergegeben werden. „Wenn Sie, die Arbeiter,“ — schrieb der berühmte Nationalökonom — „immerdar bei ungefähr demselben Einkommen festgehalten werden, muß natürlich der steigende Nationalreichtum das der andern, der besitzenden Klassen, allein erhöhen. Hieraus geht einleuchtenderweise hervor, daß der materielle Abstand zwischen unsern gesellschaftlichen Klassen immer größer werden muß. Nun ist aber nicht die Zunahme des Nationalreichtums überhaupt, die bessere Bedürfnisbefriedigung und selbst der sogenannte Luxus im Leben der Nationen gefährlich, sondern lediglich die Ungleichmäßigkeit der Vertheilung. Diese stört den innern Frieden der Nation und den harmonischen Gang ihrer Entwicklung in allen Beziehungen und muß namentlich dann zu den krassesten sozialen Widersprüchen führen, wenn, wie heute, Sie, die arbeitenden Klassen, mit den übrigen entweder schon in voller bürgerlicher und politischer Rechtsgleichheit stehen oder diese doch mit vollem Rechte ansprechen.“

„Ich habe hiermit nur schon im allgemeinen andeuten.“

wollen, daß Ihre Sache nicht bloß die Ihrige, sondern recht eigentlich die der ganzen Gesellschaft ist . . . .

„Befolgen Sie also den Rath, den Cassale Ihnen gegeben! fragen Sie den, der sich Ihren Freund nennt, ob er dieses sogenannte, ‚natürliche‘ Lohngesetz anerkennt. Sie sind doppelt berechtigt zu dieser Frage, wie zu allem, was Sie dadurch anstreben, denn, wie ich hervorgehoben, Sie vertreten damit nicht bloß die Interessen Ihres eigenen Standes, sondern zugleich die der ganzen Gesellschaft.

„Aber Sie würden den großen Männern, die an der Gründung und Ausbildung der Nationalökonomie gearbeitet haben, Unrecht thun, wenn Sie meinten, diese hätten jenes ‚natürliche‘ Gesetz des Arbeitslohns anders aufgedeckt, als daß es die nothwendigen Wirkungen von Ursachen bezeichnet, die unter den heutigen Eigenthumsverhältnissen in einem sich selbst überlassenen Verkehr gegeben sind.

„Ich habe hier das Assoziationswesen im großen und ganzen, nur in seinen letzten und obersten Wirkungen, berührt. Aber, wie man auch in dieser Beziehung über dasselbe denken mag, sein Werth beschränkt sich nicht auf seine materiellen Wirkungen. Bei weitem größer als diese halte ich seine geistigen und sittlichen Erfolge. In diesen beiden Beziehungen ist es die beste Bildungsschule des Arbeiterstandes. In der Assoziation lernt der Arbeiter verwalten, debattiren und vorläufig in kleinen Kreisen regieren; und indem unaufhörlich dabei an seine eigene Kraft appellirt wird, wird das Selbstgefühl in ihm gesteigert, ohne das seine volle Theilnahme am Staat niemals gedeihlich werden kann. Denn auf diese Kraft und dies Selbstgefühl werden sich die Arbeiter auch stützen müssen, wo und wenn selbst der Staat sie von der Grausamkeit jenes ‚natürlichen‘ Lohngesetzes schirmen wird, — so daß, wenn kein Mißverständniß vor-

liegt, man kaum an den Ernst derer glauben kann, die Ihnen vorsagen, ein solcher Schutz des Staates beleidige Sie in Ihrer sozialen Selbständigkeit. Was sind sämtliche Staatseinrichtungen anderes als Unterstützungen der individuellen Kraft? Und wo haben je die besitzenden Klassen gezögert, solche Unterstützungen anzunehmen? —

„Sie schreiben, daß Ihre Bestrebungen Verdächtigungen und Verleumdungen ausgesetzt sind. Diese waren vorauszusehen, wenn man die Tagesblätter verfolgt hatte, welche die ‚soziale Frage,‘ diese höchste und edelste, welche die Gesellschaft heute bewegen kann, in den letzten Jahren unter sich gehabt haben. In der That, wenn man denen Glauben schenken könnte, so wäre diese Frage der sprichwörtlich gewordene ‚überwundene Standpunkt.‘ Glauben Sie das nicht! . . . Sie ist es weder in der Wissenschaft, noch in der Gesetzgebung, noch in der Ueberzeugung des Volks . . .

„Werfen Sie ferner, wenn ich so oft die Grausamkeit des Verkehrsgesetzes, unter der Sie stehen, angeklagt habe, deshalb keinen Groll auf die Klassen, mit denen Sie vereint an der Nationalproduktion arbeiten. Diese sind zunächst demselben ‚Naturgesetz‘ des Verkehrs unterworfen wie Sie. Nicht eine Klasse allein, nur ein menschliches Gesetz, ein allgemeines Gesetz der Staatsgewalt kann Ihnen helfen. Aber dieses Gesetz kann nur im tiefsten Frieden, mit der Zustimmung aller übrigen Klassen gegeben werden. Der Hohn, mit dem man Ihnen vorwirft, daß Sie dies nicht unter den Stürmen einer Revolution, als Sie in Frankreich ein paar Wochen lang die Macht in Händen hatten, zu thun vermochten, mag Ihnen Bürge sein, daß dem Eigennutz, der sich Ihren Bestrebungen entgegenstellt, die friedliche Lösung allein die gefährliche scheint. —



„Ich bekenne offen, wie die Moral über das Recht geht, so gehen mir die sozialen Fragen über die politischen . . .

„Seien Sie also die soziale Partei, die Sie nun doch einmal sind, auch offen und unumwunden! Keinen politischen Umweg, sondern gradaus! Verlangen Sie mit dürren Worten eine bessere Stellung in der Gesellschaft, — materiell, geistig und sittlich besser — als der sich selbst überlassene Verkehr und Ihre ununterstützten Anstrengungen in diesem Verkehr Ihnen je zu gewähren vermögen. Und wenn man Sie fragt, wie denn das geschehen solle, so erwidern Sie, daß man in Deutschland noch gar nicht den Versuch dazu gemacht, ja, nicht einmal die Absicht gezeigt habe, auf dies Verlangen einzugehen, und daß die Ermittlung, wie das am besten geschehen könne, gerade zu den Aufgaben Ihres Vereines gehören werde. Damit schließen Sie allen falschen Freunden, die sich von der einen Seite zu Ihnen drängen könnten, für immer die Thür. Und damit keine zudringlichen Gäste von der andern erscheinen, schieben Sie auch da ein paar Riegel vor. Nehmen Sie Freizügigkeit und freie Wahl der Beschäftigung als selbstverständlich in Ihr Programm auf! Lassalle hat auch darin Recht: dergleichen debattirt man nicht mehr. Und dennoch genügen diese zwei Zeichen, um jeden Reaktionär, der Ihnen schaden könnte, höchst wirksam zurückzuscheuchen.

„Und nun, meine Herren, nehmen Sie zum Schluß meinen herzlichsten Gruß! Möchten Ihre Bestrebungen gedeihen, sie machen den innersten Nerv unserer Zeit aus. —

„Ich nenne mich in Ihren sozialen Bestrebungen der Ihrige.“ — —

Herr von Bismarck glaubte sich, wie gesagt, die neue Bewegung zu nütze machen und sich manchem der Reformvorschläge anschließen zu können. Hatte doch Rodbertus, was die in seinem

Antwortschreiben niedergelegte Grundanschauung angeht, unter den Deutschen als Vorläufer keinen Geringeren als Fichte, der in zweien seiner darauf bezüglichen, 1793 und 1796 erschienenen Schriften u. a. erklärt hatte: „Leben zu können ist das absolute unveräußerliche Eigenthum aller Menschen“ und „das Unentbehrliche,“ was allen zukommen müsse, dahin definirte, „daß jeder, der arbeitet, eine zuträglichke und genügende Nahrung, eine dem Klima entsprechende Kleidung und eine feste, gesunde Wohnung habe.“ Und war doch in der That die Möglichkeit vorhanden, Lassalle's Plan zur Lösung der sozialen Frage innerhalb der bestehenden Staatsverhältnisse zu realisiren, — „was mir Lassalle darüber mittheilte, war anregend und lehrreich, denn er wußte viel und hatte viel gelernt.“

Als Mittelsperson bediente sich Bismarck, neben dem Geheimrath Wagener, Lothar Bucher's, der, nach Moritz Busch's Ausdruck, „zu Anfang radikaler Demokrat vom Scheitel bis zur Ferse, dann vom Leben erzogen, zuletzt Realpolitiker,“ „beim Erstreben bürgerlicher Freiheit Maß und Möglichkeit kennend und achtend.“

Im Jahre 1860 aus England nach Berlin zurückgekehrt, lernte Lothar Bucher hier Lassalle kennen, mit dem er bis zu dessen tragischem Lebensende in Verbindung blieb, und der ihn auch in seinem, am 27. August 1864 zu Genf niedergeschriebenen Testamente insofern bedachte, als er u. a. Hans von Bülow seinen Apollo nebst Untersatz, alle seine Marmorstatuen der Gräfin Hatzfeldt, Bucher aber seinen Satyr und das Eigenthumsrecht an seinen „sämmlichen schriftstellerischen und gelehrten Werken“ vermachte. Ferner hatte Lassalle wohl alle seine Brieffschaften und Papiere der Gräfin Hatzfeldt vermacht, indeß mit der Bestimmung, „die gelehrten und schriftstellerischen Aufsätze und Notizen“ an Bucher auszuliefern. Auch einen Theil der anderen

hinterlassenen Papiere übergab dann die Gräfin Bucher zu dem Zwecke, die von ihr gewünschte, bereits erwähnte Schrift über die letzten Lebenstage Lassalle's auszuarbeiten, welchem Auftrage sich Bucher auch unterzog. Indessen fiel der der Gräfin überreichte Anfang seiner Arbeit, vermuthlich, weil er sie selbst darin nicht genug verherrlichte, so wenig zur Zufriedenheit derselben aus, daß sie es vorzog, ihm die weitere Ausführung des Werkschens nicht anzuvertrauen.

Man ersieht aus vorstehendem jedenfalls, daß Lassalle von dem Verständniß Bucher's für seine sozialpolitischen Bestrebungen sehr überzeugt war, und so wird es wohl wenigstens für jene Jahre als wahr gelten dürfen, was Herr Bebel im Reichstage sagte: „daß der Geheimrath Lothar Bucher über die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft genau so denke wie die Sozialdemokraten und demnach auf demselben Standpunkte stehen müsse wie diese.“ Man braucht auch kaum daran zu zweifeln, daß Bismarck Lothar Bucher's Beziehungen zu Lassalle, sowie seine Anschauungen kannte und eben deshalb für seine Zwecke von ihm zu profitiren hoffte, als er Bucher, nach einer mündlichen Unterredung mit diesem, im Jahre 1864 in's Auswärtige Amt eintreten hieß. „Meist in der unmittelbaren Umgebung des Kanzlers, wurde er von demselben wiederholt zur Vorbereitung und Bearbeitung der wichtigsten Angelegenheiten verwendet, und man darf annehmen, daß er die ihm gewordenen Aufträge in allen Fällen sachkundig und formgewandt erledigt hat, und daß sein Chef an den Arbeiten, die er ihm aufgegeben, selten etwas von dem, was er gemeint und gewollt, vermißt oder anders gewünscht hat. Bucher hatte ihn eben von Anfang an verstanden und sich rasch in seine Weise, die Dinge zu nehmen und zu behandeln, hineingelebt.“ So wird seine Thätigkeit im Dienste des Kanzlers von Moritz Busch

weiter charakterisirt; wir fügen dem noch das folgende hinzu. „Sein Wesen macht den Eindruck eines schweigsamen, nüchternen, bedächtigen Mannes, dem es aber nicht an gewissen poetischen Zügen und ebensowenig an gesundem Humor fehlt. Seine Gedanken, seine Sympathien und Antipathien reden eine leise Sprache, ohne darum der Energie zu ermangeln. Ein kalter Kopf und darunter ein warmes Herz, ein stilles Wasser, aber tief.“

„Eine wahre Perle!“ habe der Kanzler von Bucher gesagt . . . .

Nach seiner Rückkehr nach Berlin hatte Lothar Bucher seine Freundschaft mit Rodbertus, den er seit der achtundvierziger Bewegung kannte, wieder erneuert und dann diesen mit Lassalle bekannt gemacht. Der letztere hat dann bekanntlich mit Rodbertus bis zu seinem Tode einen lebhaften Briefwechsel unterhalten. Lothar Bucher, Rodbertus, Wagener, Lassalle, Bismarck, — das ist eine Namenskette, deren damaliges Vorhandensein und positiven Zusammenhang heute niemand mehr ernstlich in Abrede zu stellen vermag. Kein vorurtheilsfreier und ruhig denkender Mensch wird ja auch dem Fürsten an sich aus dieser Verbindung einen Vorwurf zu machen geneigt sein, und er hatte fraglos ganz Recht, wenn er hervorhob, daß es seine „Pflicht als Minister“ sei, sich „über die Elemente, mit denen er es zu thun habe, zu belehren.“ Man darf übrigens hierbei auch des Umstandes gedenken, daß in jener Zeit (August 1862) Wilhelm Liebknecht in die Redaktion der neubegründeten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ berufen wurde, und daß, nach Bebel's Mittheilungen im Reichstag, Karl Marx ein paar Jahre später (1865) von Bucher um Beiträge für den preussischen „Staatsanzeiger“ ersucht worden sei.

Wie Bismarck auf der einen Seite Rodbertus durch Lothar Bucher um Ausarbeitung eines auf die landwirthschaftlichen Ver-

hältnisse bezüglich des Reformplans ersuchen ließ, so wurde, gemäß der Ansicht des Fürsten über Produktiv-Assoziationen, damals jener Versuch gemacht, den der Abgeordnete Bebel im Reichstage berührte, und über welchen sich der Kanzler folgendermaßen ausließ:

„Ich habe darüber mit Seiner Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen ein natürliches, angeborenes Wohlwollen und Fürsorge hat, gesprochen, und der König hat damals aus eigenen Privatmitteln eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Ueberzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brot gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen.“

Es war dies eine aus dreizehn Arbeitern bestehende schlesische Weberdeputation, die im Jahre 1864 vom König Wilhelm empfangen wurde. Nach den Ausführungen des Herrn Bebel hätte dieser zu dem Führer der Deputation am Schluß der Audienz wörtlich gesagt: „Ich sehe, es ist in vieler Beziehung weit trauriger mit der Lage der Arbeiter beschaffen, als mir bis jetzt mitgetheilt worden ist, aber seien Sie versichert, sobald wir mit unseren äußeren Verhältnissen Ruhe haben, dann soll die Arbeiterfrage in gesetzlicher Weise gelöst werden.“ Es würde diese Aeußerung durchaus das „natürliche, angeborene Wohlwollen und die Fürsorge“ des Königs für die arbeitenden Klassen bestätigen und dem Inhalt der jüngst erlassenen kaiserlichen Botschaft völlig entsprechen.

„Es sind hier darüber Worte citirt,“ — fuhr der Kanzler fort — „die ich mit einem Herrn Paul, einem von diesen Arbeitern, gewechselt haben soll. Ich weiß nicht mehr, — er mag ein besseres Gedächtniß haben als ich — was ich mit ihm gesprochen habe“, (wie Herr Bebel mittheilte, hätte diese Unter-

haltung im Vorzimmer des Königs stattgefunden und wäre nach ihrem Inhalt durch den noch jetzt in Berlin lebenden Arbeiter Paul bestätigt worden) „aber dessen bin ich nach meiner Selbstkenntniß sicher, daß ich eine Summe von 6—7000 Thalern (die der König zu jenem Zwecke gespendet habe) nicht ‚Lumperei‘ genannt habe, und wenn die Herren das Wort ‚Lumperei‘ brauchten, warum haben sie es denn nicht lieber an das Hundertmillionenprojekt geknüpft, da wäre es viel wirksamer gewesen, an das Hundertmillionenprojekt, das ich Lassalle zugesagt haben soll.\*) Wenn man etwas derartiges großes unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man hundert Millionen dazu gebrauchen könnte, — es sind Thaler damit gemeint — aber so ganz thöricht und einfältig scheint eine solche Sache immer noch nicht. Wir stellen im landwirthschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirthschaftliche Systeme, wir versuchen wohl auch in unserer Fabrikation, — wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen, soziale Frage, durch Verbesserung des Looses der Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden

---

\*) Auf die Bemerkungen des Herrn Bebel, daß im Herbst 1862 ein Herr Eichler aus Berlin „im Namen und Auftrage der preussischen Regierung, speziell des Fürsten Bismarck“ mündlich mit dem Leipziger Arbeiterkomitee verhandelt habe, wollen wir hier nicht eingehen, indessen mittheilen, daß dieser selbe Herr Eichler es war, der im Berliner Arbeitervereine den Schulze-Delitzschen Anschauungen und Rathschlägen die Worte entgegenhielt: „Wir fragen nicht nach einer politischen Partei, wir gehören der an, die unsere Interessen wahrnimmt“ und dafür aus der Aktiengesellschaft, deren Vorstand der bereits erwähnte liberale Herr von Unruh war, entlassen wurde. Man sah ihn von dieser Seite in der That als „ein besodenes Werkzeug der Reaktion“ an. Jedenfalls war ein solcher Mann, sei es in welcher Eigenschaft immer, von der damaligen Regierung wohl zu brauchen.

kann, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es doch höchstens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber es war nicht mein Departement, ich hatte die Zeit nicht dazu, es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik wurde thätiger, während des Konfliktes war viel mehr Zeit für dergleichen übrig als später. An der Spitze der Versuche stand ein achtbarer Name, der Landrath Olearius, aber man kann, ob der Gedanke überhaupt fehlerhaft war, an einem solchen Experiment im kleinen Stil nicht beurtheilen. In ganz großem Stil würde es sich aber vielleicht auch nicht durchführen lassen; solche Etablissements, wie z. B. das von Krupp, unter einer anderen als monarchischen Verfassung gedacht, unter einer republikanischen, wären nicht möglich. Aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich diesen Weg, dem Arbeiter zu einer besseren Existenz zu verhelfen, durchaus nicht ausgeschlossen und sehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Assoziation bilden wollen, Staatshilfe gewährt, namentlich um Versuche in der Richtung zu machen. Ich habe, so weit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze fabrizirende Theil der Einrichtung und der Beschäftigung gar keine Schwierigkeiten bot; es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Verwerthung der gewonnenen Produkte durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles ließ sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, die die Arbeiter übersehen konnten . . .“

Der Abgeordnete Dr. Windthorst bemerkte zu diesen Ausführungen des Kanzlers:

„Der Herr Reichskanzler sagt, es sei nicht so nothwendig, daß man eine weitere Definition gebe, es wisse ja jeder, wer Sozialdemokrat sei, wer nicht. Ich muß mich von diesen ‚allen‘

durchaus scheiden, ich kann den Begriff nicht geben, ich würde sonst gar leicht versucht sein, nach den Reden, die der Herr Reichskanzler bei diesen Berathungen gehalten hat, zu sagen: Der Herr Reichskanzler ist bedenklich sozialistisch angehaucht!

„Meine Herren, wer so spricht von Lassalle, wer so spricht von Produktivgenossenschaften, wer noch jetzt wiederholt, daß er Millionen zu solchen Zwecken hergeben will, von dem behaupte ich, daß er stark sozialistische Anschauungen habe. Das soll übrigens gar kein Vorwurf sein; es soll nur konstatiren, bis in welche Regionen hinauf wir gelangen, wenn wir so unbestimmte Begriffe stehen lassen und nun die Polizeibehörden anweisen, darnach zu verfahren . . .

„Meine Herren, wir sehen den Herrn Reichskanzler auf sehr bedenklichen sozialistischen Wegen. Ich habe hierfür bereits angeführt, was er theoretisch hier ausgesprochen. Aber ist das Tabaksmonopol nicht eine rein sozialistische Einrichtung? — Allerdings! Ist nicht die Acquisition aller Eisenbahnen für das Reich der Anfang der Ausführungen des Prinzips der Sozialisten?

„Nehmen Sie nur, wenn dieses alles eingeführt worden ist, die Frage der Theilung des Gewinnes, der Betheiligung an dem Gewinn noch hinzu, — und die wird schon gestellt werden — so ist es unzweifelhaft, daß das eine wesentlich sozialistische Unternehmung, und daß es vollständig geeignet ist, den Staat der Zukunft sozialistisch organisiren zu helfen. Und wie entschieden solche Pläne auf die ganze Umänderung unseres Staates und auf die Umänderung der Gesellschaftsverhältnisse nothwendig einwirken müssen, das muß jeder sehen, der überhaupt von staatlichen und gesellschaftlichen Dingen irgend einen Begriff hat.“

Eugen Richter aber äußerte auf die vom Kanzler gemachte Bemerkung, daß er ihm Beziehungen zu den Sozialisten vorgeworfen habe, während er selbst doch stets mit den Sozia-



listen stimme, beifend: „Ich habe gerade zu jener Zeit (wo Herr Bebel, wie er selbst sagte, „persönlich noch keinen Begriff und keine Idee von Sozialismus“ hatte) mit Herrn Bebel konferirt, wie den Lassalle'schen Agitationen entgegenzutreten sei, während der Herr Reichskanzler mit Lassalle konferirte. Herr Bebel nahm nämlich damals gegenüber Lassalle ebenso einen anderen Standpunkt ein, wie der Herr Reichskanzler zu jener Zeit einen anderen Standpunkt einnahm, wie heute. — Wenn der Herr Reichskanzler seine neue wirtschaftliche Richtung weiter verfolgt, so werden die Sozialisten künftig mehr mit ihm als mit uns stimmen . . . .“

Daß man in jenen Jahren von konservativer Seite wirklich ganz ernsthaft auf Lassalle's Bestrebungen einzugehen geneigt war, beweist übrigens auch der Umstand, daß die „Kreuzzeitung“ dem letzteren feierlich die Frage vorlegte: „ob und wie er sich getraue, seine Vorschläge innerhalb der bestehenden christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zu realisiren?“ Er hat darauf geantwortet: „das hänge ganz von dem Verhalten der bestehenden Gewalten ab; wenn man die Weisheit habe, sich zu ihrer Einführung bei Zeiten und von oben herab zu entschließen, so werde das neue Prinzip eintreten in voller Geseßlichkeit und mit allen Segnungen des Friedens, sonst aber unter allen Konvulsionen der Gewalt, mit wild wehendem Lockenhaar, erzene Sandalen an ihren Sohlen.“ Lassalle erklärte ferner, daß er sich eine wirkliche, ernsthafte und nachhaltige Ausführung der Produktiv-Assoziationen nur im großen denken könne. „Ich betone,“ sagte er, „das Wort: im großen. Mit kleinen Experimenten wäre hier nicht gedient und leicht nur geschadet. Die Produktiv-Assoziation muß ausgeführt werden mit Mäßigung, mit Weisheit, mit Ordnung und allmählich — aber immerhin im großen“ (vgl. „Kreuzzeitung“ vom 29. Mai und 19. Juni 1864).

Was Wunder, daß die Fortschrittspartei damals die Konservativen beschuldigte, das „geheime Einverständniß zwischen Bismarck und Lassalle“ öffentlich zu vertreten? Ging doch sogar in Berlin das Gerücht um, „daß die Kronprinzessin auf den Rath des furchtbaren Ministers die sämtlichen Schriften Lassalle's lese.“ Der in jener Zeit gegründete „Sozial-Demokrat,“ das Organ der neuen Partei, wendete sich von Anfang an auch viel heftiger gegen das Bürgerthum und seinen „liberalen und parlamentarischen Humbug“ als gegen Herrn von Bismarck, — eine Thatfache mehr, um bei der Fortschrittspartei dem ärgsten Verdacht Raum zu geben. Mit aller Entschiedenheit war von dem genannten Organ wiederholt „die wahrhaft preußische Grundlage der Politik“ des Herrn von Bismarck nachgewiesen, die der preußischen Kammermehrheit aber als „ohnmächtig“ und „unvernünftig“ verurtheilt worden. Ferner hatten die Arbeiter, überall noch zu schwach, ihren eigenen Kandidaten zum Siege zu verhelfen, lieber für die Konservativen als für die Liberalen gestimmt, so z. B. in Leipzig, „bloß weil wir den Fortschrittlern den Sieg nicht zukommen lassen wollten“, — in Elberfeld hatten sie sogar die Wahl des Grafen Bismarck entschieden, „weil sie zeigen wollten mit einem Wort, daß die liberale Bourgeoisie nichts ist ohne die Arbeiterklasse.“

Eine Thatfache, welche die Anhänger Lassalle's sehr wohl als ein konkretes Zugeständniß für sich in Anspruch nehmen durften, war der, unter Wagener'schem Einfluß von der Regierung kurz vor der Auflösung der Kammern eingebrachte, den Petitionen der Arbeiter völlig entsprechende Gesetzesentwurf auf Aufhebung des Koalitionsverbotes und die Einführung des von Lassalle unter dem Spott und Hohn der Liberalen so energisch geforderten allgemeinen und direkten Wahlrechts für das Parlament des Norddeutschen Bundes (10. Juni 1866). Die Er-

Klärung dafür, daß Bismarck diese Bestimmung in seinen Bundesreform-Vorschlag aufnahm, lag freilich auch noch in anderen Erwägungen, die der weitschauende Staatsmann u. a. recht deutlich im Sommer von 1861 in einem schon einmal angezogenen Privatbriefe folgendermaßen aussprach:

„Das System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Ländern obwaltet. Wir kamen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältniß als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schooßkind der konservativen Partei Preußens zu machen . . . Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so nöthig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeiner Institutionen, um die materiellen Interessen gegen Nachtheile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der inneren deutschen Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- oder Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate Geltung hat, die wir Konservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen? Auf dem nationalen Gebiete würden bisher sehr mäßige Konzessionen immer noch als werthvoll anerkannt werden.“

Man sieht, es schwebten dem Fürsten immer die Ziele vor Augen, deren Erreichung „durch Blut und Eisen“ in den Jahren 1866, 1870 und 1871 ihm möglich werden sollte. —



#### Viertes Kapitel.

### Fürst Bismarck als Privatmann.

**E**r sich durch das eigenwillige, fast diktatorische Auftreten des Kanzlers im Parlament, wie es sich namentlich in der letzten Zeit zum Theil als Folge seiner nervösen Gereiztheit immer häufiger bemerkbar machte, abgestoßen fühlt, — und es passirt das nicht wenigen — dem werden gewisse lebenswürdige Seiten seines Wesens im Privatleben schwer begreiflich scheinen wollen.

Es gehört zu den letzteren eine große Offenheit und Geradheit, die ihn im geselligen Verkehr immer sich selbst sein, nur ganz selten, wenn andere, besondere Zwecke dabei im Auge behalten werden, Verstecken spielen läßt. Von vorwiegend praktischen Neigungen, ist ihm nichts verhaßter als hohle Phrase und leerer Schein, wie sich dies ja von Anfang an auch in seinem öffentlichen Wirken gezeigt hat.

„Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen,“ — äußerte er sich z. B. während der Zeit seiner Frankfurter Gesandtschaft in einem Privatbriefe über den Bundestag — „aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettange zu spüren ist, überrascht mich. Schickt den Schulzen K. oder den Herrn von —rsky aus

dem Chauffeehause her, wenn sie gewaschen und gekämmt sind, so will ich in der Diplomatie hier Staat mit ihnen machen. Jeder von uns stellt sich, als glaube er von dem anderen, daß er voller Gedanken und Entwürfe stecke, wenn er's nur aussprechen wollte, und dabei wissen wir alle zusammen nicht um ein Haar besser, was aus Deutschland werden wird, als Duffen Sommer. Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigthuerei in dieser Diplomatie hier steckt . . ."

Man müßte oft schon Erzähltes wiederholen, wenn man im einzelnen ausführen wollte, in wie drastischer, oft rücksichtsloser Weise in manchen Fällen jene Geradheit und Verbheit seines Wesens an ihm hervortrat. Die „gänzliche Wurschtigkeit,“ von Natur aus seine Maxime, ist durch ihn zum geflügeltesten Worte geworden, und es liegt hier der Punkt, aus dem heraus sich auch das Diktatorische in seinem Auftreten erklärt. Wer weiß nicht, wie er auf der Tribüne des Vereinigten Landtags am 17. Mai 1847, als die Versammlung seine Ausführungen über die Erhebung des Jahres 1813 mit lautem Zeichen des Mißfallens begleitete, das neueste Zeitungsblatt aus der Tasche zog und in nachlässiger Haltung so lange darin las, bis Ruhe eintrat und er seinen letzten Satz zu wiederholen vermochte, — wer erinnerte sich nicht daran, daß er während des italienischen Kriegs von 1859, da er nicht einsah, warum Preußen für Oesterreichs italienische Provinzen die Kastanien aus dem Feuer holen sollte, zur Entrüstung der mit den Oesterreichern sympathisirenden biedereren Frankfurter Arm in Arm mit dem italienischen Gesandten, Grafen Barral, durch die Straßen der alten Mainstadt spazierte und deshalb abberufen und als Gesandter nach St. Petersburg versetzt wurde, wie Champagner „kalt gestellt für späteren Gebrauch?“ — Oder kann

frank, fürst Bismarck und nicht seine Leute.

man sich eine geradere, offenerere Aussprache denken, als die, mit welcher er, seiner Erzählung in der Reichstagsrede vom 19. Februar 1878 zufolge, seinen österreichischen Kollegen am Bundestage sagte: „Es ist mir gleichgültig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen“ —?

Nicht minder charakteristisch für ihn war es, wenn er als junger Mann auf dem Ball eines Gesandten in Berlin, „wo bis um drei Uhr getanzt wurde, es aber nichts zu essen setzte,“ mit anderen seines Alters ein Butterbrot aus der Tasche zog und es verzehrte, was zur Folge hatte, daß es wohl das nächste Mal zu essen gab, aber die jungen Leute nicht wieder geladen waren, und eine reizende Anekdote davon, wie er sich gelegentlich zu geben pflegt, ist die folgende. Er kehrte eines Tages mit dem alten würdigen Oberstlieutenant von Wolden von Potsdam zurück. Unterwegs führte im Coupee ein naseweiser Handlungsdiener oder so etwas ähnliches in höchst vorlauter Weise das große politische Wort und ließ es sich endlich auch einfallen, den greisen Offizier zu belästigen und zu verhöhnen. Bismarck fixirte den Menschen ein paar Mal scharf, wodurch der letztere indessen nicht abgehalten wurde, in seinem Gespräch fortzufahren, bis der Zug auf dem Bahnhofe in Berlin hielt. Hier trat Bismarck auf dem Perron plötzlich in straffster Haltung und mit einem so mächtigen Blick auf den vorlauten Herrn zu, daß dieser erschrocken einen Schritt zurückwich. Schweigend that Bismarck einen zweiten Schritt und trieb den Unglücklichen so bis eng an die Wand, dann fragte er ihn kurz: „Wie heißen Sie?“ — „Nelke, ich heiße Nelke!“ stotterte jener voll Angst. — „Dann nehmen Sie sich in acht, Sie Nelke! Sie, oder ich werde Sie pflücken!“ Damit wandte er sich ab und ließ die arme Nelke geknickt, aber um eine goldene Lehre reicher, an der Wand stehen . . .

Ein weiterer hervorstechender Zug an dem Fürsten ist, daß er in seinem Wesen nichts steif gemessenes, bureaukratisches hat. Schon in der Art seiner Lebenseinrichtung nicht. Die Nacht meist, mit Gedanken beschäftigt, wachend zubringend, erhebt er sich morgens spät vom Bett, nimmt die Mahlzeiten unregelmäßig und besorgt seine mancherlei Arbeiten, wenn es die Umstände nicht gebieterisch anders erheischen, ganz nach Neigung und Stimmung. Gegen seine nächste, untergeordnete Umgebung zeigt er sich merkwürdigerweise freundlicher und lebenswürdiger als gegen seine Kollegen im Ministerrathe, wovon Dr. Moritz Busch in seinem Werke manch' hübsches Beispiel erzählt, wozu ich freilich nicht gerade jenen Fall rechne, in welchem „der Chef“ seinen Rhapsoden zwei Dragoneroffizieren erst als „Doktor Busch, Sachse“ vorgestellt und dann, „mit seinem freundlichsten Blick“ auf ihn herabsehend, — hinzugefügt: „Büschlein,“ — worauf sich das letztere nicht wenig zu gute thut.

ferner stimmt hierzu seine Abneigung gegen Titulaturen und übermäßige Höflichkeitsausdrücke, die ja in der That nur lästiger Ballast sind. Es ist ihm „ganz recht,“ wenn man an ihn einfach: „An den Reichskanzler Fürst von Bismarck“ schreibt. Die „juristischen Anreden“ sind aber doch nicht sein „Ideal.“ „Da fehlt es bloß noch, daß es heißt: Sie Kumpenhund haben u. s. w.“

Etwas frisches und burschikoses hat der Kanzler aus seiner Jugend mit in das Alter herübergenommen. Er deutet das gute Resultat seiner Unterhandlungen mit Favre während des deutsch-französischen Kriegs durch einen munteren Jagdpsiff an und läßt den empfindsamen Geheimrath Abeken, der seine Betrübniß über den Tod einer hochseligen niederländischen oder belgischen Prinzessin ausdrückt, seine Abneigung gegen jede Art von Sentimentalität merken, indem er ihm sagt: „Wie kann

Ihnen das nur so zu Herzen gehen? Es ist doch kein Belgier hier am Tische und auch kein Vetter . . . .“

Sehr sympathisch muß uns der Kanzler auch in seinen verwandtschaftlichen und familienbeziehungen erscheinen. Bekanntlich werden dieselben recht lebendig durch seine vor mehreren Jahren erschienenen Briefe an seine einzige Schwester, Frau von Arnim, und seine Gattin illustriert. In übermüthiger Laune giebt er der ersteren die zärtlichsten Benennungen: „Mademoiselle, Theuerste Kreusa, Ma sœur, Liebe Arnimen, Madame, Liebe Kleine . . . .“ Einmal, als sie ihm frische Wurst geschickt, schreibt er ihr: „So gute Blutwurst aß ich nie und so gute Leber nur selten; mögen Deine Schlachthäuten an Dir gesegnet werden.“ Auch als junger Familienvater schüttet er der Schwester sein Herz aus, indem er ihr von Schönhausen im Jahre 1850 schreibt: „Der Junge (es war Graf Herbert) in Dir brüllend, das Mädchen in Moll, zwei singende Kindermädchen, zwischen nassen Windeln und Milchflaschen ich als liebender Familienvater. Ich habe mich lange gesträubt, aber da alle Mütter und Tanten darüber einig waren, daß nur Seewasser und Luft dem armen Mariechen (die jetzige Gräfin von Rantzau) helfen können, so würde ich, wenn ich mich weigerte, bei jedem Schnupfen, der das Kind bis in sein 70. Jahr befällt, meinen Geiz und meine väterliche Barbarei anklagen hören . . . . Ich habe mich sehr ungern entschlossen, meine ländliche Faulheit aufzugeben; nun es aber geschehen ist, gewinne ich der Sache eine rosenfarbene Seite ab und freue mich, den Küstenhering demnächst eigenhändig in den Tiefen des Baltischen Meeres zu greifen.“ Und wenige Tage später: „Eigentlich giebt mir diese Reise, das sehe ich immer mehr ein, eine Anwartschaft auf das neue Irrenhaus, oder wenigstens zeitlebens zweite Kammer. Ich sehe mich schon mit den Kindern auf dem Genthiner Perron, dann beide im



Wagen mit allerlei kindlichen Bedürfnissen, in nasenrümpfender Gesellschaft; Johanna genirt sich, dem Jungen die Brust zu geben, und er brüllt sich blau, dann Legitimationsgedränge, Wirthshaus, mit beiden Brüllaffen auf dem Stettiner Bahnhof und in Angermünde eine Stunde auf die Pferde warten. Ich war gestern so verzweifelt über alle diese Aussichten, daß ich entschlossen war, die ganze Reise aufzugeben, aber Johanna hat mich in der Nacht mit dem Jungen auf dem Arm überfallen und mit allen Künsten, die uns um das Paradies brachten, natürlich erreicht, daß alles beim Alten bleibt. Aber ich komme mir vor wie einer, dem furchtbar Unrecht geschieht; im nächsten Jahre muß ich sicher mit drei Wiegen, Ammen, Windeln, Bettstücken reisen . . . Und wenn man dafür noch Diäten bekäme, aber die Trümmer eines ehemals glänzenden Vermögens mit Säuglingen zu verreisen — ich bin sehr unglücklich!"

Im Herbst von 1852, als er sich in Blankenburg auf der Jagd befindet, schickt er etwas von der Beute nach Hause und schreibt dabei an seine Gattin: „Das Wildschwein verzehrt mit Bedacht und macht etwas Weißsauer davon, Se. Majestät haben es allerhöchst eigenhändig geschossen . . .“ Von Frankfurt aus beauftragt er die Schwester im Jahre 1857, die Weihnachtseinkäufe zur Bescheerung für seine Frau zu besorgen: „1. Eine Bijouterie; sie wünscht sich ein Ovalherz, und des Menschen Wille ist sein Himmelreich; ich will etwa 200 Thaler dafür ausgeben. Kann man für den Preis zwei Ohrringe, jeder aus einem möglichst klar gefassten Brillanten, haben, so fände ich das geschmackvoller. 2. Ein Kleid zu etwa 100 Thalern, nicht mehr; sie wünscht sich sehr licht weiß, à deux passes, moirée antique oder so etwas; 10 Stab braucht sie (gegen 20 Ellen). 3. Findest Du sehr preiswürdig und hübsch einen vergoldeten Fächer, der sehr raffelt, so kaufe ihn auch; höchstens 10 Thaler,

ich kann die Dinger nicht leiden. 4. Eine warme Decke, im Wagen über die Knie zu legen, mit Dessin von Tiger, Köpfe mit Glasaugen darauf, kann auch Fuchs oder Nilpferd imitiren, irgend ein reißendes Thier . . . wird kaum 10 Thaler kosten. Wenn Du eine reizende Schwester bleiben willst, so kaufe mir alles und schicke es mit Eilfracht her . . . .“

In derselben Angelegenheit wendete er sich im Winter 1860 von St. Petersburg aus an seine Schwester: „Ich bin in Weihnachtsorgen und finde hier nichts für Johanna, was nicht übertheuer wäre. Bitte, kaufe ihr wieder bei Friedberg 12—20 Perlen, die zu ihrer Schnur, d. h. zu der größten, passen; so um 300 Thaler herum will ich daran wenden. Außerdem möchte ich gern einige Bilderbücher, Düsseldorfer Künstleralbum, Düsseldorfer Monatshefte, Münchner fliegende Blätter, Münchner Bilderbogen, Kladderadatschkalender und dergleichen Unsinn. Auch einige Schachteln übliches Konfekt dabei, aber nicht zu viel, denn die Kinder sind ohnehin stets in beschleunigten Verdauungszuständen.“ —

Als ein besonderer Zug in der Individualität des Fürsten zeigt sich in den Briefen an seine Schwester auch ein reger Sinn für die Schönheiten der Natur und die Freude am Landleben. Nicht selten regt sich in ihm die Sehnsucht nach völliger Ruhe und Zurückgezogenheit, wenn man solche Anwandlungen auch wohl nur auf augenblickliche Stimmungen zurückführen darf. Denn im Innersten seines Wesens ist er doch zu kräftig bewegt und zu thatendurstig, als daß ihm ein beschauliches Stillleben unter den „Kanonen von Schönhausen“ oder unter den Buchen von Darzin auf die Dauer hätte zusagen können.

Als er im August von 1853 auf einem Durchfluge durch Westfriesland begriffen ist, empfindet er beim Anblick des flachen Landes, wo alles „buschig, grün, um jedes Bauernhaus ein

Wäldchen“ ist, diese Sehnsucht nach der „stillen Unabhängigkeit,“ und man ließt die innere Befriedigung aus seinen Worten heraus, wenn er im Juni 1858 aus Peterhof an seine Gattin schreibt: „Denke Dir die Höhen von Oliva und Zoppot alle mit Parkanlagen verbunden und mit einem Duzend von Schlössern mit Terrassen, Springbrunnen und Teichen dazwischen, mit schattigen Gängen und Rasen bis in's Seewasser hinein, blauen Himmel und warme Sonne mit weißen Wolken, über die grünen Wipfelmeere hinaus das blaue, wirkliche Meer mit Segeln und Möven. So gut ist es mir lange nicht geworden.“

Und in einer Anwandlung von Schwermuth fast äußerte er im Januar 1862 von St. Petersburg aus in einem Briefe an die Schwester: „Ich bin seit meiner Krankheit so matt geworden, daß mir die Spannkraft für bewegte Verhältnisse verloren gegangen ist. Vor drei Jahren hätte ich noch einen brauchbaren Minister abgegeben, jetzt komme ich mir in dem Gedanken daran vor wie ein kranker Kunstreiter. Einige Jahre muß ich noch im Dienst bleiben, wenn ich's erlebe. In drei Jahren wird Kniephof pachtlos, in vier Schönhausen. Bis dahin weiß ich nicht recht, wo ich wohnen sollte, wenn ich den Abschied nähme. Ich würde ohne Kummer, ohne Freude nach Paris, nach London gehen, hier bleiben, der Kohl wird weder für unsere Politik, noch für mich fetter, wenn das eine oder das andere geschieht. . . . Vor dem Ministerium habe ich geradezu Furcht, wie vor kaltem Bade. . . . Neben mir liegt gerade Varnhagen's Tagebuch, ich begreife den Aufwand sittlicher Entrüstung nicht, mit dem man diesen dürftigen Zeitspiegel von 1836 bis 1845 verdammt. Es stehen Gemeinheiten genug darin, aber gerade so wurde geredet zu der Zeit und schlimmer, es ist aus dem Leben. D. ist eitel und boshaft, aber wer ist

das nicht? Es kommt nur darauf an, wie das Leben die Natur des einen oder des anderen reift, mit Wurmstichen, mit Sonne oder mit nassem Wetter, bitter, süß oder faul. Prinzliche Briefe sprachen von \*s Rücktritt und meiner Nachfolge; ich glaube nicht, daß es die Absicht ist, würde aber ablehnen, wenn's wäre. Abgesehen von allen politischen Unzuträglichkeiten, fühle ich mich nicht wohl genug für so viel Arbeit und Aufregung. Wenn Klima und Kindergesundheit nicht wären, so bliebe ich zweifellos am liebsten hier. Bern ist auch eine fixe Idee von mir; langweilige Orte mit hübscher Gegend sind für alte Leute entsprechend . . . ."

Jetzt, inmitten der aufregenden Kämpfe mit den politischen Parteien, mag sich der Kanzler doppelt wohl fühlen, wenn er sich in die stille Einsamkeit von Friedrichsruhe oder Darzin zurückgezogen hat. Vor allem das kleine Darzin ist sein liebstes Tuschulum. Hier liebt er unter dem Schatten der Buchen am Teich hinter dem einfach schmucklosen Wohnhause die eiligsten amtlichen Schriftstücke, schlendert zu Fuß oder zu Pferd im Wald herum und unterhält sich am liebsten mit den gewöhnlichsten Leuten des Dorfes. „Nu, seid Ihr wohl wieder ganz auf dem Tüge?“ sagte er einmal zu jemandem von diesen, einem alten, ihm bekannten Tagelöhner, der krank gewesen war. „J ja,“ erwiderte der Alte, „Sie sollten man of hie blieven, dann würden Sie noch mal so frisch!“ Und der Fürst lachte: „Ja, wer's so haben könnte wie Ihr und immer in Darzin sein, das glaube ich wohl!“ gab er zur Antwort.

„Glauben Sie mir, eine Wruke (Feldrübe) interessirt ihn mehr, als Ihre ganze Politik,“ soll die Fürstin einmal zu Lothar Bucher gesagt haben, und der letztere erzählt weiter, daß der Kanzler oft, wenn er mit ihm in der Umgebung Darzin's umhergestreift wäre, zu Ende geäußert: „Sie werden uns jetzt

zum Essen erwarten, aber sehen Sie dort den Hügel, da müssen wir noch hinauf, da giebt's noch eine schöne Aussicht."

Selbst wenn er fern von dieser geliebten Scholle, wandern seine Gedanken des Nachts zu ihr hin, und das theuere Eden erscheint ihm im Traume, „ganz deutlich, bis in's kleinste, wie ein großes Bild, mit allen Farben sogar — grünen Bäumen, Sonnenschein auf den Stämmen, blauer Himmel darüber. Ich sah jeden einzelnen Baum. Ich bemühte mich, es los zu werden, aber es kam immer wieder und quälte mich, und als ich's zuletzt aus dem Gesichte verlor, kam anderes — Akten, Noten, Depeschen, bis ich endlich gegen Morgen einschlief . . . ."

Hier in seinem rechten Heim lebt er ganz sich selbst und seiner Familie, nur Lothar Bucher, sein Intimster, pflegt ihm zu folgen; bloß was sich unter keinen Umständen abweisen läßt, wird von amtlichen Sachen erledigt, sonst sind alle Korrespondenzen verpönt, — „Briefe werden nicht angenommen," ist in Flammenschrift über dem Gutsthore zu lesen.

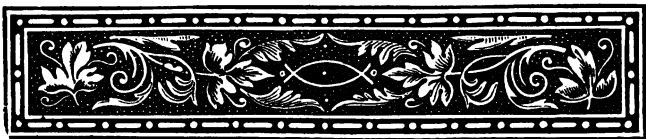
„In meiner Berliner Wohnung bin ich nur ungern, und nur der Wunsch des Kaisers hält mich darin . . . . In ganz Berlin giebt es keinen Menschen, der so thöricht wäre, die Unannehmlichkeit, hier zu wohnen, mit 65,000 Mark zu bezahlen," äußerte der Fürst im Reichstag sarkastisch, als er glaubte, der den Berliner Magistrat bindende böse „Fortschrittsring" hätte ihm durch Auferlegung einer ungerechtfertigt hohen Miethsteuer einen Aerger bereiten wollen. Es entsprang auch gewiß keinen wirklichen Wünschen, wenn er von einer „Verlegung der Reichsregierung, vielleicht auch der preussischen Regierung, nach einem anderen Orte wie Berlin" sprach, einer Frage, die den Reichstag, wie er glaube, „schon in der nächsten Session" beschäftigen werde, und nie verlegen um Gründe für die Maßregeln, die

seinen Neigungen gerade entsprechen, wie er ist, fügte er gleich hinzu: „Die politischen Nachtheile des jetzigen Zustandes bestehen nicht bloß in der äußerlichen Gefährdung der höchsten Behörden und des Reichstages, sondern noch mehr in dem Einfluß, welchen das Lagen an einem Orte von einer Bevölkerung von mehr als einer Million, die Bequemlichkeit, hier zu wohnen, auf die Zusammensetzung des Reichstages hat, die aufhört, die Zusammensetzung des Volkes richtig wiederzugeben. Ich berühre das nur so obenhin: wir haben zuviel Berliner im Hause! — Natürlich, sie brauchen keine Reisen zu machen — und dabei wird sich ja finden, welchen Werth die Stadt Berlin darauf legt, daß die Beamten hier wohnen; ist das Privileg ein so lästiges, so werden hoffentlich alle Berliner dafür stimmen, daß eine andere Residenz für diese unnützen Brodesser gefunden wird . . .“

Es ist wohl selten eine Stadtvertretung schärfer öffentlich abgekanzelt worden, als dies in der Reichstagsstizung vom 29. April 1881 dem Magistrat und den Stadtverordneten von Berlin durch den Fürsten widerfahren. Er sprach von „ungerechter Behandlung“ und meinte sich bitter beklagen zu müssen, „daß leitende Minister in ihrem persönlichen Verhalten der Willkür politischer<sup>3</sup> Gegner unterworfen“ würden. „Der Oberbürgermeister von Berlin sei nicht so einflußreich,“ um „gegen den Ring ankämpfen“ zu können. Wenn je, so hat der Kanzler bei dieser Gelegenheit gezeigt, wie sehr empfindlich er in allen Fällen ist, in denen es sich um ihn und seine persönlichen Verhältnisse handelt, wie leicht er dann die tatsächlichen Umstände aus dem Auge verliert und die Grenzen einer rein sachlichen Auseinandersetzung überschreitet. Der Oberbürgermeister von Forckenbeck antwortete ihm mit ebensoviel Anstand als Würde und bemerkte mit großer Ruhe: „Natürlich ist, daß, wenn die

Mehrzahl der Bevölkerung der liberalen und Fortschrittspartei angehört, auch die Mehrzahl der Kollegienmitglieder jenen Parteien angehören," während Ludwig Löwe u. a. meinte: „Der Reichskanzler hat gestern ein neues, zur wüsten Agitation in den tiefsten Kreisen gut auszunutzendes Schlagwort erfunden: das vom Beamten, dem Stadtheloten und unnützen Broteffer . . . . Die letzte Tendenz aller Bestrebungen des Reichskanzlers ist der Versuch, seine Stellung zu einer souveränen zu machen, denn die Unabhängigkeit von gewissen Gesetzen ist ein Zeichen der Souveränität.“ Und nicht mit Unrecht setzte der Abgeordnete für Berlin hinzu: „Der Reichskanzler hielt gestern eine Rede, die schon vor ihm Leute hielten, von denen er durchaus nicht wünschen möchte, daß sie sich an seine Rockschöße hängen.“ In der That, was würde der Fürst wohl gesagt haben, wenn Anschuldigungen dieser Art gegen eine Behörde von einer andern Seite in derselben heftigen Form ausgesprochen worden wären, wie es in dem Falle durch ihn geschehen?

Er wäre hingegangen und hätte es flugs als neue zwingende Nothwendigkeit ausgegeben für die Einführung des — „Maulkorbs.“ —



## Fünftes Kapitel.

### Fürst Bismarck als Feuilletonist.



ie gegen so manche und vieles, was ihn in seinem öffentlichen Wirken gefördert, ist Fürst Bismarck vor allem auch undankbar gegen die deutsche Presse und ihre Vertreter.

„Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse,“ „publizistische Klopffechter“ und ähnliche schmeichelhafte Bezeichnungen sind der Ausdruck der offenbaren Mißachtung, die er bei jeder nur einigermaßen passenden Gelegenheit gegenüber der „siebenten Großmacht“ zu erkennen giebt. Kaum jemals aber ist dies in schärferer und schrofferer Form geschehen, als sie jetzt in den dem Kanzler nahestehenden Presseorganen beliebt ist. Es wird da in einer Weise von der Journalistik und insbesondere dem publizistischen Berufe gesprochen, der man kaum eine andere Absicht unterlegen kann als die, dieselben um jeden Preis und mit allen Mitteln verächtlich zu machen. Neuerdings glaubt u. a. die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit großer Emphase darauf hinweisen zu sollen, daß die Einheit Deutschlands „nicht durch die Redner und Zeitungsschreiber, sondern durch die deutschen Heere auf den Schlachtfeldern“ gewonnen worden ist. Man weiß ja, auf wen derartige Auslassungen zunächst gemünzt sind; indessen müssen solche Aeuße-



rungen die unausbleibliche Wirkung haben, im weniger kritisch reflektirenden großen Publikum den Stand des Schriftstellers und Journalisten überhaupt in Mißkredit zu bringen. Es wird keinem Einsichtigen beikommen, in Abrede stellen zu wollen, daß in der deutschen Journalistik mancher wunde Fleck vorhanden ist, — und dazu ist nicht zuletzt das widerwärtige, frivole und charakterlose Treiben gerade der offiziellen Blätter, durch die der Fürst seinen Meinungen vorzugsweise Ausdruck zu verleihen pflegt, zu rechnen — aber glattweg in der verächtlichen, wegwerfenden Manier von ihr — dem „einfältigen Federvieh der deutschen Presse“ — zu urtheilen, wie es der Kanzler im Parlament und sonst thut, das heißt doch geffentlich die hohe und oft genug zu Tage getretene Bedeutung eines der wichtigsten Kulturmittel herabwürdigen und involviret daneben von Seiten des Fürsten insbesondere auch einen grenzenlosen Undank, wie ihn die deutsche Presse aus seinem Munde doch wahrlich am allerwenigsten verdient.

Es war in den unvergeßlich weihervollen Tagen, da sich die deutschen Schriftsteller in Weimar, der Stadt Goethe's und Karl August's, versammelt hatten, im September von 1880, als ein gefeierter Redner und Gelehrter, bekannt als einer der hervorragendsten Völkerpsychologen, den hohen Rang der schriftstellerischen Thätigkeit, und insbesondere der Dichtkunst, gegenüber der Politik dadurch in das rechte Licht zu setzen suchte, daß er sagte, sie sei es, welche gewissermaßen dem politischen Körper das Blut zuführe, welches diesen erwärmend und belebend durchfließt, — dürfte man Anstand nehmen, diesem geistvollen Worte eine erweiterte Bedeutung zu geben und seinen Inhalt dahin auszudehnen, daß man behauptet: auch die Presse bringt nicht zum geringsten Theile jene Affekte und Stimmungen, jenes Wogen und Wallen der Gemüther hervor, in welchem sich ge-

wissermaßen fortwährend das Blut des politischen Körpers erzeugt? Oder ist es nicht die Presse, die das Volk aufrüttelt, wenn es in träger Gleichgültigkeit dem öffentlichen Leben zusieht, die ihm das Verständniß für bedeutungsvolle Strebungen mittheilt und es zur Begeisterung für höhere Ziele entflammt? Hat nicht die deutsche Presse für die Einigung Deutschlands geworben, zu ihr aufgerufen, als man in den „oberen Regionen“ für solch’ feuriges Streben nur ein „écrasez l’infame“ und Verfolgungen hatte, — hatte nicht Fürst Bismarck selbst für seine Absichten in dieser Presse den beredtesten Anwalt gefunden, ist sie es nicht gewesen, welche seinen Ruhm in’s Volk getragen und in der Seele dieses Volkes einen wahren Nimbus von Glorie, Kränze der Ehrfurcht und Verehrung um sein Haupt gewoben und gewunden, hat nicht diese selbe Presse die Heere ermuntert, die Opferfreudigkeit und den Muth des Volkes erweckt und genährt, als die militärischen Rufer zum Streit seine Söhne auf den Schlachtfeldern kommandirten, — und wer hat die Lieder, die diese anfeuerten und begeisterten, denn gedichtet, wer hat sie ihnen gesagt, — wie leicht könnte es sein, was diesmal die Fügung nicht gewollt, daß der Sänger jenes Liedes, welches während des letzten Krieges buchstäblich das Blut unserer Soldaten und des Volkes erwärmt, der „Wacht am Rhein“, wie leicht könnte es sein, daß er selber ein — „Zeitungs-schreiber“ gewesen? —

Man erzählt sich, daß dem Fürsten einmal ein Autographen-Album zur Einzeichnung vorgelegt worden, und daß er dasselbe Blatt mit seinen Schriftzügen versehen, welches bereits Autographen von der Hand Guizot’s und Thiers’ trug. „Dans ma longue vie j’ai appris deux sagesses: l’une c’est de beaucoup pardonner et autre de ne jamais oublier“ — „In meinem langen Leben habe ich zwei Weisheitsregeln gelernt, die eine: viel zu

verzeihen, die andere: niemals zu vergessen," lauteten die Worte des ersteren, — „Un peu d'oubli ne nuit pas à la sincérité du pardon“ — „Ein wenig Vergesslichkeit schadet der Aufrichtigkeit der Verzeihung nicht," hatte Monsieur Thiers mit feiner Ironie hinzugefügt, und „J'ai appris dans ma vie à moi de beaucoup oublier et de me faire beaucoup pardonner“ — „Ich meinerseits habe im Leben gelernt, viel zu vergessen und mir viel verzeihen zu lassen," — setzte Fürst Bismarck als einen sehr schönen Ausspruch darunter.

Was den ersten Theil dieses letzteren angeht, so scheint er in Bezug auf das Verhältniß des Fürsten zur Presse völlig zutreffend, wenn auch in anderem Sinne vielleicht, als er selbst die Worte gedeutet haben will: — es muß angenommen werden, daß bei ihm so ziemlich alles in Vergessenheit gerathen ist, was die Presse für ihn gethan, wie sie seinem politischen Streben Vorschub geleistet, das Loblied auf ihn in allen Varianten und nach jeder Melodie begeistert gesungen hat. Bei weitem weniger Geltung aber dürfte der Ausspruch haben, wenn man ihn in der Weise zu nehmen sucht, wie ihn der Kanzler zweifelsohne ausgelegt sehen möchte: er pflegt gar nichts zu vergessen von dem, was ihm etwa angethan worden, und glaubt im übrigen, daß von ihm nichts ausgegangen oder ausgehen könne, was ihm etwa zu verzeihen wäre, wodurch er in die Lage käme, für sich Nachsicht und Vergessen in Anspruch nehmen zu müssen. Beweis dafür sind seine außerordentlich zahlreichen Strafanträge gegen die Presse, wodurch er allein neunzehn Procent der bei uns in Deutschland doch nicht gerade seltenen Prozesse dieser Art herbeigeführt hat: ist es doch bekannt, daß er sich für solche Anträge wegen „Bismarck-Beleidigung“ besonderer, von ihm stets vorrätzig gehaltener gedruckter Anklageformulare bedient . . .

Es ist auch keine Frage, daß der Fürst über die möglichste Beschränkung der Pressfreiheit seine Freude haben würde, — und in seiner gegenwärtigen Lage wohl mehr denn je!

Sagte er doch u. a. bei der Berathung über den Erlaß eines Reichspressgesetzes in der Reichstagsitzung vom 16. Juni 1873: „Der Herr Vorredner hebt mit Recht die Verdienste der Presse, wenigstens eines großen Theils der Presse (sic!), hervor, die sie sich erworben habe. Jede Sache hat aber ihre zwei Seiten, und so auch diese. Aber es giebt in der Bevölkerung und in dem Gesammtvolke eine Menge verschiedener Schattirungen von Ansichten, von Interessen und Ueberzeugungen. Es giebt vielleicht hunderttausend Leute, die ein directes Interesse haben, die eine Freude daran haben, wenn die Presse so unabhängig, so frei und so bequem wie möglich gestellt wird. Es giebt aber vielleicht sehr viel mehr wie hunderttausend Leute noch, die dieses Interesse nicht haben, die der weiteren freieren Entwicklung der Presse mit einer gewissen Sorge entgegensehen. Die einen wie die anderen haben das Recht, berücksichtigt zu werden, und haben das Recht, ihre Ueberzeugung in Gesetzesvorschlägen auszudrücken; die Regierung hat nebenher die Pflicht, die andere Seite der Sache auch zu berücksichtigen und die Regierten in die Lage zu bringen, daß sie sich entscheiden können für das eine oder andere System, und daß sie bei den Wahlen sich dahin aussprechen können, welche Auffassung dem einzelnen Wähler gerade die entsprechende ist.\*) Aber ich möchte doch bitten, nicht von Hause aus es als Glaubenssatz aufzustellen: für unbeschränkte

---

\*) Goldene Worte, — vor allem, wenn man ihnen eine allgemeinere Bedeutung giebt! Gerade angesichts der jüngsten kaiserlichen Botschaft und des neuesten Erlasses verdienen sie besonders bedacht zu werden.

Presse ist Tugend, und dagegen ist Laster, und mit einer Art von zornigem Verdammungsurtheil jede Sorge der Regierungen, auch diejenigen Leute, die anderer Meinung sind, zu berücksichtigen und zu schützen, mit zornigem Verdammungsurtheil, sage ich, zu brandmarken, als wenn das ein Attentat gegen ein Volksrecht wäre. Ich sehe in den Fragen, bis zu welchem Maße einerseits die Freiheit der Presse entwickelt, bis zu welchem Maße die Freiheit der Presse geschützt werden soll, bis zu welchem Maße andererseits die durch die Presse Angegriffenen ihrerseits geschützt werden sollen, keine schlimmeren Fragen als in den Fragen, ob Schutzzölle oder Freihandel oder etwas mehr oder weniger. Das findet auch auf die Presse Anwendung. Da wollen wir doch nicht gleich gegenseitig den Vorwurf machen, als ob es schimpflich und verächtlich wäre, in diesen Fragen etwas mehr links oder rechts zu gehen, und als ob Ruhm, Ehre und Tugend lediglich auf der einen Seite, der unbeschränkten Freiheit der Presse, und Laster auf der andern lägen. Es giebt eine Menge Leute, die anderer Ansicht sind, und das wird sich bei den Wahlen vielleicht zeigen.“

Vielleicht würde der Kanzler in dieser Beziehung weniger Empfindlichkeit zeigen, wenn er sich immer gegenwärtig halten wollte, wie oft seine Aeußerungen selbst die Handhabe für Strafanträge wegen Beleidigung bieten würden, schützten ihn nicht seine amtliche Stellung und die Redefreiheit im Parlament davor, — wenn er sich recht bewußt wäre, wie sehr er selbst zur Satire und zum Sarkasmus, zu höhnischen und spöttischen Bemerkungen geneigt ist, — Neigungen, die er wohl am wenigsten zu unterdrücken vermocht hätte, wenn er selbst „seinen Beruf verfehlt“ haben würde und unter die Zeitungsschreiber gegangen wäre, — und er ist ja durch verschiedene Eigenschaften seines Geistes gerade für diese letztere Beschäftigung reich beanlagt!

Frank, fährt Bismarck und nicht seine Leute.

„Ein Stück Corpsbursche von der Hochschule, ein Stück Junfer vom Lande, ein Stück Lieutenant von der Garde, dazu noch Diplomat, Autokrat und Revolutionär, alle diese Ingrezienzen mit soviel Humor und Phantasie gewürzt, daß aus ihnen manchmal ein Dichter wird“ — ließ Cherbuliez in seinem Ende 1869 in der „Revue des deux Mondes“ erschienenen Aufsatz: „Preußen und Deutschland“ einen Berliner Alt-Liberalen — der Franzose lehnte sich an Hesekiel's „Buch vom Grafen Bismarck“ an — den Staatsmann schildern, und in der That ist dadurch die lebhafteste, bald dahin, bald dorthin schwankende, den verschiedensten Stimmungen unterworfenen Natur des Fürsten treffend charakterisirt.

Was diesen Wechsel der Stimmungen, diese Beweglichkeit, dieses Sprunghafte im Wesen des Fürsten angeht, so berührt er sich darin merkwürdig mit seinem von ihm schwer verfolgten Gegner, dem Grafen Harry von Arnim.\*) Beide Naturen besitzen darin Eigenschaften, die sie in ausgezeichneter Weise zu Feuilletonisten befähigt hätten. „Der Fall, den ich beispielsweise angeführt habe, gehört vielleicht noch in das Feuilleton, aber doch schon in das politische Feuilleton,“ äußerte sich Graf Arnim einmal in einem Berichte an den Fürsten (vom 12. Januar 1874), und gewissermaßen sind alle seine an diesen gerichteten, oft sehr ausführlichen amtlichen Auslassungen „politische Feuilletons,“ wie denn der Kanzler in seinem Antwortschreiben vom 21. Januar — demselben, welches den völligen Bruch zwischen den beiden Staatsmännern herbeiführte — auch die Bezeichnung „feuilletonistisch“ als für die Art der Berichte

---

\*) Graf Arnim gefiel sich selbst zuweilen darin, vom Kanzler bildliche Redeweisen zu entlehnen, wie z. B., als er in dem Pariser Berichte vom 6. Mai 1872 schrieb: „Es ist nicht ganz leicht, die Ereignisse so zu dirigiren, daß das Empir sich wirklich im rechten Augenblick in den Sattel setzen kann.“

des Grafen passend acceptirt. „Wenn ich in Vargin war und die Berichte aus Rom zusammenlas,“ — meinte der Fürst einmal von „unserm Harry“ — „da hatte er seine Meinung über die Leute doch jede Woche ein paar Mal total gewechselt, je nachdem sie ihn freundlich angesehen hatten oder nicht. Ja, er hatte eigentlich mit jeder Post, manchmal mit einer und derselben Post, andere Ansichten.“

Das hinderte übrigens nicht, daß von Arnim ein politisch ganz befähigter Kopf war, der unter anderem die Gabe besaß, sehr klar in die Zukunft zu schauen. So wies er schon am 6. Mai 1872 darauf hin, daß es sich nur um zwei Persönlichkeiten handeln könne, denen die oberste politische Gewalt in Frankreich zufallen werde: „entweder Gambetta oder Napoleon.“ „Was den ersten betrifft, so ist unverkennbar, daß er in den Provinzen, namentlich im Süden, täglich neue Fortschritte macht. Der Sozialismus und die rothe Demokratie gewinnt namentlich unter der Landbevölkerung immer mehr Boden, und es ist dahin gekommen, daß die Bauern radikaler sind, als die Pariser. Allenthalben, wo eine Manifestation der öffentlichen Meinung stattfindet, ist sie Gambetta und der rothen Republik günstig. Selbst in der Armee verhält es sich nach dem Urtheil des Marschalls Bazaine ähnlich. Er hält die Armee für ganz korrumpirt und ist namentlich auch davon überzeugt, daß sie der herrschenden Strömung nicht widerstehen, sondern ihr folgen würde. . . . Ich erkenne in der Kandidatur des Duc d'Umale eine ebenso große Gefahr wie in derjenigen Gambetta's, und die sogenannte anständige Republik, welche durch Kasimir Périer oder Grévy repräsentirt werden würde, kann nur ein Uebergang zu Gambetta sein.“

Weiter sollte sich der Botschafter gegenüber dem Grafen von St. Vallier damals ausgesprochen haben, — und die Worte

sind auch in die Anklageschrift wider ihn übergegangen — daß „Herrn Thiers Gambetta und diesem die Kommune“ folgen werde, und es ist vielleicht nicht uninteressant, zu erfahren, wie sich Fürst Bismarck die Einwirkung einer solchen Eventualität auf die Entwicklung der deutschen Verhältnisse dachte. „Wenn Frankreich noch einen Akt des unterbrochenen Dramas der Kommune vor Europa aufführte, was ich aus menschlichem Interesse nicht wünschen will,“ — schrieb er unter'm 20. Dezember an von Arnim — „so würde es nur um so stärker zur Klar-  
machung der Wohlthaten monarchischer Verfassung und zur Anhänglichkeit an monarchische Institution in Deutschland beitragen.“ Angesichts des Rückschlags, den die bisherigen Revolutionen in Frankreich auf Deutschland immer geübt haben, kann man freilich die Richtigkeit dieser Ansicht mit Recht bestreiten.

Graf Arnim hatte ferner in seinem Berichte vom 16. Dezember erwähnt, „daß man an direkte Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und Gambetta glaube,“ worauf der Fürst in demselben Erlasse an den Botschafter in leicht herauszufühlender Entrüstung erwiderte: „Wenn Ew. Erzellenz sich vergegenwärtigen, daß die deutsche Regierung durch Se. Majestät den Kaiser in erster Linie geleitet wird, so kennen Ew. Erzellenz die Denkweise unseres allerhöchsten Herrn hinreichend, um darüber nicht in Zweifel zu sein, daß eine solche Behauptung eine Sr. Majestät dem Kaiser persönlich empfindliche Kränkung enthält. Wenn Sie aber eine solche im dienstlichen Interesse Ihrem amtlichen Berichte glauben einverleiben zu müssen, so wäre es dabei meines Erachtens indizirt, die Quelle einer solchen Meinung etwas genauer als durch das unbestimmte Pronomen ‚man‘ zu substantiiren und die geschäftliche Nützlichkeit einer solchen Insinuation näher zu begründen, als hier geschehen. Ew. Erzellenz selbst würden es gewiß und mit Recht nicht für an-



gemessen halten, wenn ich Ihnen in einem amtlichen Erlasse, ohne ein nachweisliches Motiv und unter der anonymen Bezeichnung des Pronomen ‚man‘ Mittheilung von Gerüchten machen wollte, die etwa über die Verbindungen der Kaiserlichen Botschaft in Paris in analoger Weise existiren könnten, wie das von Ihnen angeführte Gerücht einer Verbindung der Kaiserlichen Regierung mit Gambetta. Es müßten gewiß sehr glaubwürdige und namhaft zu machende Autoritäten und ein ersichtlicher dienstlicher Zweck vorhanden sein, ehe ich es für gerechtfertigt halten könnte, dergleichen Andeutungen in einem amtlichen Erlasse zu machen.“

Was im übrigen die Stellung des Fürsten zu Gambetta, von der im vorigen Sommer viel die Rede war, und sein Urtheil über den einstweilen wieder abgetretenen Minister-Präsidenten angeht, so darf hier daran erinnert werden, daß er, entsprechend seiner überlegenen Art gegenüber den deutschen „Rednern und Zeitungsschreibern,“ vom ihm und Jules Favre, als dieselben im September 1870 die provisorische Regierung hatten bilden helfen, wiederholt verächtlich als von „Advokaten und Literaten“ sprach. „Was die Advokaten und Literaten“ — so äußerte er sich — „für Seide spinnen werden, wird sich bald zeigen müssen. Auch ob Frankreich ihre Autorität anerkennt, ist noch abzuwarten.“ —

Indem wir wieder auf die Beanlagung zum Feuilletonisten, die an dem Kanzler nicht selten hervortritt, zurückkommen, weisen wir zunächst auf die eigenthümliche Fassung seiner Reden hin, die in ihrem bunten Kolorit nichts haben von der ruhigen Objektivität und dem gleichmäßigen, gemessenen Ton, mit dem wohl sonst Staatsmänner ihre Ansichten und Ueberzeugungen öffentlich zu vertreten pflegen. Man sprach daher, dieselben charakterisirend, mit Recht von „den Sprüngen und stummen Voraussetzungen,

mit denen sie an die Ballade erinnern," und von dem „humoristischen Einschlag," den das Gewebe dieser Reden häufig zeige. Da eben die Ballade erwähnt wurde: es ist auch ein bezeichnendes Merkmal der Redeweise des Fürsten, daß er häufig Stellen aus Dichterwerken zu citiren oder sonst auf solche Bezug zu nehmen pflegt, so z. B., wenn er — ein ihn auch in anderer Hinsicht sehr charakterisirender Ausdruck — einmal sagte: „Ja, wenn man Landgraf wäre. Das Hartsein traue ich mir zu. Aber Landgraf ist man nicht . . .“

Ein sehr feuilletonistisches Gepräge haben insbesondere des Kanzlers Briefe; in der Kunst des Brieffschreibens ist er überhaupt Meister. Er versteht in seinen Privat-Korrespondenzen sehr gut zu plaudern und abwechselnd die heiteren und die ernstesten Saiten des Gemüths darin anzuschlagen. Einige Citate daraus mögen das belegen.

„Nur mit Mühe widerstehe ich der Neigung," — schreibt er einmal an die Schwester aus Kniephof — einen ganzen Brief mit landwirthschaftlichen Klagen anzufüllen, über Nachtfrost, krankes Vieh, schlechten Raps und schlechte Wege, todte Kämmer, hungrige Schafe, Mangel an Stroh, Futter, Geld, Kartoffeln und Dünger; dazu pfeift Johann draußen ebenso konsequent wie falsch einen ganz infamen Schottischen, und ich habe nicht die Grausamkeit, es ihm zu untersagen, da er ohne Zweifel seinen heftigen Liebeskummer dadurch zu beschwichtigen sucht. Das Ideal seiner Träume hat vor kurzem auf Zureden der Aeltern ihm abgesagt und einen Stellmacher geheirathet. Ganz mein Fall, bis auf den Stellmacher, der noch im Schooße der Zukunft rasfelt. Ich muß mich übrigens, hol' mich der D.! verheirathen, das wird mir recht klar, da ich mich nach Vaters Abreise einsam und verlassen fühle und milde, feuchte Witterung mich melancholisch, sehnsüchtig, verliebt stimmt. Mir hilft kein

Sträuben, ich muß zuletzt doch noch \*\* heirathen, die Leute wollen es alle so, und nichts scheint natürlicher, da wir beide zusammen übrig geblieben sind. Sie läßt mich zwar kalt, aber das thun sie alle; es ist hübsch, wenn man seine Neigungen nicht mit den Hemden wechseln kann, so selten letzteres auch geschehen mag."

Seine Manier, die verschiedensten Dinge bunt durcheinander zu werfen und selbst den ernstesten Themen eine humoristische Wendung zu geben, erinnert an Heine. Mit diesem hat er auch seinen, schon hervorgehobenen Hang zur Satire und drastischen Schlagworten gemein, wie er denn zur Zeit des Bundestags einmal hoffte, „das bekannte Lied von Heine: ‚O Bund, du Hund, du bist nicht gesund!‘ werde bald durch einstimmigen Beschluß zum Nationalliede der Deutschen erhoben werden."

Und klingt es nicht wie eine Bemerkung jenes „ungezogenen Lieblings der Grazien," wenn er schreibt: „Ich habe rechttes Heimweh nach Land, Wald und Faulheit mit obligater Zugabe liebender Gattinnen und artiger, reinlicher Kinder. Wenn ich von der Straße her eines dieser hoffnungsvollen Geschöpfe schreien höre, so füllt sich mein Herz mit väterlichen Gefühlen und Erziehungsmaximen" —? Oder, wenn er in einem Briefe aus Paris im April 1857 sagt: „Ich habe fünf Kamine und friere doch, fünf gehende Stuhlhren und weiß nie, wie spät es ist, elf große Spiegel, und die Halsbinde sitzt doch immer schlecht . . ." Ferner theilt er mit Heine eine schwärmerische Liebe für das Meer, von dem er im Herbst 1853 aus Ostende an seine Gattin schreibt: „Ich habe dort die alte Geliebte wiedergefunden, und zwar so unverändert und reizend wie bei der ersten Bekanntschaft . . . Ich begreife eigentlich kaum, wie man nicht immer an der See wohnen kann."

Zuweilen läßt er, wie gesagt, in seinen Briefen auch sehr ernste, fast schwermüthige Saiten anklängen. So, als während der Zeit seiner Frankfurter Gesandtschaft die Rheinfahrten die Erinnerungen an das ausgelassene Treiben der studentischen Jugend in ihm hatten aufleben lassen, in einem Briefe an die Gattin, worin er voll „Wehmuth und altfluger Weisheit“ ausruft: „Möchte es doch Gott gefallen, mit seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner einundzwanzigjähriger Jugend nutzlos verbrauchte und schale Neigen zurückließ. Wie viele sind begraben, mit denen ich damals liebte, beehrte und würfelte, wie hat meine Weltanschauung doch in den vierzehn Jahren seitdem so viele Verwandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die rechte Gestaltung hielt, und wie vieles ist mir jetzt klein, was mir damals groß erschien. Wie manches Laub mag noch an unserem inneren Menschen ausgrünen, schatten, rauschen, welken, bis wieder vierzehn Jahre vorüber sind, bis 1865, wenn wir's erleben! . . . Schließe nicht aus diesem Geschreibsel, daß ich besonders schwarz gestimmt bin, im Gegentheil, es ist mir, als wenn man an einem schönen Septembertage das gelb werdende Laub betrachtet; gesund und heiter, aber etwas Wehmuth, etwas Heimweh, Sehnsucht nach Wald, See, Wüste, Dir und Kindern, alles mit Sonnenuntergang und Beethoven vermischt. Statt dessen muß ich endlose Ziffern über deutsche Dampfforvetten und Kanonenpoller lesen, die in Bremerhaven faulen und Geld fressen.“

Sehr skeptisch und pessimistisch scheint er in folgender Stelle eines aus St. Petersburg vom 2. Juli 1859 datirten Briefes: „Wie Gott will. Es ist hier alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt.

Es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und Gaukelspiel, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Oesterreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären . . . ." Und einige Monate vorher hatte er in einem Briefe aus Frankfurt in Hinsicht auf einen Freund geschrieben: „Grüße ihn; er soll nur nicht die Ohren hängen lassen. Es ist doch alles nur Kaff.“ —

Wenn der Kanzler sich zuweilen solch' düsteren und skeptischen Stimmungen hingeben kann, so dürfte er doch kaum je in Sentimentalität verfallen. Die letztere ist ihm verhaßt, wie dies auch aus seinem Urtheil über moderne Schriftsteller hervorgeht. So nannte er einen Roman von Paul Heyse, obwohl mit Unrecht, „sentimentales Zeug“, „süßliches Gewäsch“; günstiger schon urtheilte er über Spielhagen; selbst von Goethe wollte er drei Viertel verschenken, hofft aber mit dem Uebrigen — „mit sieben oder acht Bänden von den vierzig“ — eine Zeit lang auf einer wüsten Insel leben zu können; Fritz Reuter's realistische Schilderungen jedoch sagen ihm vor allem zu. Im ganzen hat er wohl vor belletristischen Werken überhaupt nur sehr geringen Respekt; man sollte meinen, Turgeniew müßte ein Poet nach seinem Herzen sein . . . .

---



## Sechstes Kapitel.

### Graf Bill und Paul Lindau.

(Als Intermezzo.)

**P**aul Lindau! — Es ist in Zeitschriften und besonderen Broschüren soviel über diesen Mann geschrieben worden, daß es beinahe geschmacklos erscheinen könnte, ihn bei jeder Gelegenheit heranzuziehen, — insbesondere im Rahmen dieses Buches, das, wie man mit Recht meinen dürfte, so wenig Veranlassung zu einer Betrachtung über seine genugsam erörterte schriftstellerische und menschliche Physiognomie bietet. Wir würden uns mit ihm hier auch gar nicht abgeben, wenn uns seine neuerlichen Beziehungen zu einem der Söhne des Kanzlers nicht gewissermaßen zur Folie dienen sollten, um das Charakterbild des Fürsten um einige weitere Züge zu vervollständigen und namentlich dessen Stellung zur vielbesprochenen Judenfrage zu streifen. Mit Absicht haben wir dieses Kapitel als „Intermezzo“ bezeichnet.

Graf Wilhelm Bismarck und Paul Lindau haben durch die gleichen Mittel zuerst von sich reden gemacht, — beide sind durch ihre „Rücksichtslosigkeiten“ bekannt geworden, der Schriftsteller durch „literarische,“ der junge Politiker durch rein menschliche. Lindau stellte sich die leichte Aufgabe, kleine Mängel an unseren literarischen Gestirnen aufzuspüren und sie unter

witzigem Geplauder dem Publikum zu enthüllen, Graf Bill benutzte eine öffentliche Versammlung, um unter burlesken Scherzen die Tragik einer sehr ernstlichen Sache in's Lächerliche zu ziehen: welche Rolle ihm etwa auch noch in der Öffentlichkeit zu spielen vorbehalten ist, so wird er doch nie die Worte von sich abschütteln können, die er am Abend des 25. Juni von 1881 in der Versammlung eines konservativen Berliner Wahlvereins gesprochen, — Worte, in denen er den über die Residenz verhängten „kleinen Belagerungszustand“ in Parallele mit der ebenfalls am „grünen Strand der Spree“ eingeführten „Hundesperre“ stellte. Beiläufig erinnert der denkwürdige Ausspruch an einen ähnlichen, gleich anständigen Vergleich des Fürsten Bismarck, als er während der Konfliktzeit von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses unter dem Bilde von „Hunden“ sprach, die man, so viel ihrer „nur bellen wollen,“ loslassen müsse, damit das „gesamte Geläute der Meute“ den rechten Eindruck mache.

Der junge Graf entwickelte in jener Rede durchaus das Programm seines durchlauchten Vaters, dessen sonstige Ansichten er auch vertrat, die ganze Ausdrucksweise war derart, daß man auf den Gedanken kommen könnte, der Fürst selber habe ihm das Konzept dazu entworfen; jedenfalls hat er sich durch seinen Vortrag das Prädikat des „kleinen Bismarck“ verdient. Er schoß scharfe Pfeile auf die Fortschrittler und die „Liberalen in Gänsefüßchen“ ab, die sich bemühten, nur den persönlichen Einfluß ihrer Mitglieder und die Macht des Parlaments gegenüber den Rechten der Krone zu mehren — die kaiserlichen Botschaften schwebten schon damals in der Luft, Graf Bismarck wollte einen „gefügigen Reichstag,“ für den die Wähler „sorgen“ sollten — und u. a. die Miniatur-Dreierschrippen auf dem Herzen hätten; daneben hagelte es derbe Ausfälle wider die Berliner Stadt-

verwaltung, gegen die gewiß allen „sympathische“ Miethssteuer, die „Knechtung der Gefinnung,“ wie sie unter der Herrschaft des „Fortschritts“ in Berlin bestehe, eine solche Knechtung, wie sie die Regierung niemals ausgeübt habe. „Denken Sie sich eine solche fortschrittliche Regierung für das Land! Mit den tausend Millionen (an Abgaben, die im Lande nach Maßgabe der Berliner Verhältnisse etwa bezahlt werden müßten) würden Viehhöfe Gott weiß wo überall erbaut, daß man kaum weiß, ob sich Ochsen genug dafür finden; Rieselfelder würden sich über das ganze Reich ausdehnen, denn in der Kohlfabrikation war der Fortschritt ja stets groß, auch an den nöthigen Blechbüchsen würde es voraussichtlich nicht fehlen!“ — Und keinem Menschen liege daran, „daß die Parlamente fortwährend tagen,“ als allein denen, „welche bei dem Wackhalten der Bewegung profitiren, die für ihre Zeitungen und Berichte Stoff haben wollen.“ Man wünsche nur eine „parlamentarische Regierung,“ damit die Fortschrittler und Liberalen zu Ministerposten gelangten. „Nun denken Sie sich Lasfer, Bamberger, von Forckenbeck u. s. w. als Erzellenzen (Rufe: Juden! Gelächter).“ \*) Also fort mit der „Gesellschaft ehrgeiziger fraktionsführer,“ welche „die Absichten der Regierung durchkreuzen, — in seinem eigenen Lager müssen wir den Fortschritt bekämpfen. Nieder mit der Fortschrittspartei! Nieder mit dem Fortschrittsring! Nieder mit der Fortschrittstyrannei!“

So, im freischenden Tenor einer Brandrede, schloß der geistvolle Vortrag, und nachdem der Beifallsturm, der ihm

---

\*) Wir erlauben uns dem gegenüber die ganz ergebene Bemerkung, daß wir uns, ohne dabei für oder gegen ihre politischen und wirthschaftlichen Uebersetzungen etwas sagen zu wollen, diese Herren ganz ebenso gut als Inhaber von Minister-Sauteuils vorzustellen vermögen wie etwa den erlauchten Herrn Grafen Wilhelm von Bismarck!



folgte, sich gelegt und der Vorsitzende ein Hoch auf den Reichskanzler, „der in seinem Sohne der Versammlung beigeohnt habe,“ ausgebracht hatte, erhob sich der Graf nochmals, um die warmempfundenen Worte zu sprechen: „Seien Sie überzeugt, meine Herren, daß der Reichskanzler Ihr wahrer, Ihr bester Freund ist!“ Und es wurde von der Versammlung aus dem Saale der Sozietätsbrauerei ein telegraphischer Gruß an den Fürsten abgesendet, — das heißt man doch mit Erfolg die Werbetrommel rühren!

Wie hier der Sohn für den Vater, so entwickelt auch der letztere die gleiche Energie, wenn es sich um das Interesse seiner Söhne handelt, wie in jener Reichstagsitzung vom 3. März 1881, wo sich eine nahezu zweistündige Debatte darüber entspann, ob der gegen den Sohn des Kanzlers in Meiningen kandidirende Abgeordnete Lasker in der Equipage seines Freundes, Landrath Baumbach, zu Wahlversammlungen gefahren sei oder nicht. Der Fürst haushete diese Angelegenheit, wie Dr. Lasker mit Recht sagte, „zu einer Haupt- und Staatsaktion“ auf und erklärte, „nöthigenfalls bis 8 Uhr im Hause bleiben zu wollen, um jedem Rede zu stehen.“ Es ging aus dieser Auseinandersetzung hervor, daß der Fürst zu Gunsten der Wahl seines älteren Sohnes sich wiederholt an die Meiningische Regierung und selbst an den Herzog gewendet, weil er durch das gemeinschaftliche öffentliche Auftreten des Landraths und Dr. Lasker's die Chancen für dieselbe gefährdet sah, und überdies sich über seine Stellung zu dem letzteren besonders ausgesprochen hatte. „Er hätte nicht geglaubt,“ — bemerkte Herr Lasker — „daß, nachdem er Jahre lang die Politik des Kanzlers unterstützt habe, so lange dieser seinen alten Tendenzen (?) treu geblieben sei, er nun, da er eine eigene politische Meinung verfolgt habe, als Gegner des Kanzlers von diesem selbst erklärt

werde," worauf er von Seiten des Fürsten die Entgegnung hinnehmen mußte: „Ich kann die Unterstützung des Abgeordneten Kaser doch nur bedingungsweise anerkennen, es war immer so, daß, ehe nicht ein Amendement Kaser angenommen war, kein Gesetz durchging. Ich muß daher seine Illusion mit rauher Hand zerstören . . . Ich habe seine Meinung immer ziemlich theuer erkaufen müssen.“ —

Man hat in jener Rede des Grafen Wilhelm Bismarck Anhaltspunkte finden wollen, um die Stellung des Fürsten zur antisemitischen Bewegung beurtheilen zu können. Aus verschiedenen Wendungen derselben und aus anderen, vom Kanzler inzwischen selbst schon klargestellten Umständen ist geschlossen worden, daß der Fürst dieser inhumanen Agitation sympathisch oder gar förderlich gegenüberstehe, und es wird daher von Interesse sein, einige direkte Aeußerungen desselben heranzuziehen, welche seine Ansichten über Juden und Judenthum illustriren.

Obwohl für sich persönlich, wie es scheint, streng am dogmatischen Bekenntniß festhaltend, huldigt der Kanzler doch im allgemeinen dem Grundsatz: „Jeder muß nach seiner Fagon selig werden können," wie das von ihm wiederholt ausgesprochen worden ist. Er steht deshalb auch dem Judenthum an sich vorurtheilsfreier gegenüber, als man wohl im Augenblick meinen möchte, so energisch er sich auch besonders im Anfang seiner Laufbahn gegen die Befenner desselben geäußert hat. Als zum Beispiel im Jahre 1849 einige Tage lang Aussicht vorhanden schien, daß in Preußen ein Ministerium aus den Reihen der entschieden liberalen Parteien gebildet werden sollte, musterten die Führer derselben ihre Genossen, um für die einzelnen Ministerien die passenden Personen zu finden, und es schwebten in Bezug auf die Auswahl dieser letzteren mit Per-

fönlichkeiten, welche dem Hofe nahe standen, Verhandlungen. für das Kultusministerium hatten die Führer der liberalen Partei den Abgeordneten Dr. Kosch aus Königsberg ausersehen, und seine Person war auch schon acceptirt; aber am andern Tage kam der Unterhändler des Hofes zurück und meinte, man könne den Dr. Kosch unmöglich zum Kultusminister machen, da derselbe ein Jude sei. Bei Gelegenheit des Friedensdinners, welches s. Z. der Oberbürgermeister von Frankfurt, Mumm, veranstaltete, that nun der Kanzler eine Aeußerung, welche seine Anschauungen in dieser Hinsicht wiedergiebt. Die Unterhandlung drehte sich um die Proklamirung des Unfehlbarkeitsdogmas, wobei von der Schwierigkeit der Stellung eines Kultusministers gegenüber solchen dogmatischen Streitigkeiten die Rede war. Da meinte der Fürst: „Das Schlimme an einem Kultusminister ist, daß er nie vergißt, welcher Konfession er angehört und daher immer Partei bleiben wird. Mir wäre deshalb ein Jude als Kultusminister am liebsten.“

Daß diese Worte nicht etwa ein bloßer Scherz waren, scheint daraus hervorzugehen, daß der Kanzler auch bei anderer Gelegenheit von der besonderen Qualifikation der Juden für Staatsämter sprach, während die antisemitischen Agitatoren gerade durch den Umstand, daß viele solche Aemter in den Händen von Juden sind, ihr gemeinschädliches Treiben zu rechtfertigen suchen. Es war in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Januar 1872, als der Kanzler gegenüber den Ausführungen Windthorst's bemerkte: „Sie nöthigen mich, auf das Historische der Stellung der Regierung zu diesen Fragen einzugehen. Ich huldige von Hause aus dem Grundsatz, daß jede Konfession bei uns die volle Freiheit ihrer Bewegung, die volle Glaubensfreiheit haben muß. Ich habe daraus bisher noch nicht die Konsequenz gezogen, daß

jede Konfession gezählt werden müsse, und daß jede eine ihrer Volkszahl ziffermäßig entsprechende Bethheiligung an der Beamtenschaft haben müsse . . . Nun kommt aber noch hinzu, daß die evangelische Konfession nicht ganz und gar aus einem Blocke ist. Sie können nicht Evangelische und Katholische gegenüberstellen; die unirte preussische Landeskirche, die lutherische, die reformirte haben vollständig die analoge Berechtigung wie die katholische. Sobald wir den Staat in konfessionelle Stücke schneiden, an welchem jede Konfession ihren verhältnißmäßigen Antheil haben muß, so kommt auch noch die ganz beträchtliche Kopfszahl der jüdischen Bevölkerung in Betracht, deren Mehrheit sich ja durch besondere Befähigung und Intelligenz für Staatsgeschäfte auszeichnet."

Freilich könnte der Kanzler jetzt seine Ansichten in dieser Beziehung geändert haben.

Einige weitere Bemerkungen des Fürsten über die Juden entlehnen wir Busch. „Sie haben doch eigentlich keine rechte Heimath," sagte er einmal. „Etwas allgemein-europäisches, kosmopolitisches, sind Nomaden. Ihr Vaterland ist Zion, Jerusalem. Sonst gehören sie der ganzen Welt an, hängen durch die ganze Welt zusammen. Nur der kleine Jude hat so etwas wie Heimathsgefühl. Auch gibt es unter diesen recht gute, rechtschaffene Leute." Und dann, nachdem er ein Beispiel von der Ehrenhaftigkeit eines solchen erzählt: „Solche Juden wird's vielleicht nicht viele mehr geben. Uebrigens haben sie auch ihre Tugenden: Respekt vor den Eltern, eheliche Treue und Wohlthätigkeit werden ihnen nachgerühmt."

„Ich bin doch der Meinung, daß sie durch Kreuzung verbessert werden müssen," ließ er sich bei einer andern Gelegenheit vernehmen. „Die Resultate sind nicht übel." Er nannte einige adelige Häuser und bemerkte: „Alles ganz geschmeidte, nette

Leute.“ Dann fügte er nach einigem Nachdenken und mit Auslassung eines Zwischengedankens, der wahrscheinlich auf die Verheirathung vornehmer Christentöchter, deutscher Baroneffen, mit reichen oder talentvollen Israeliten ging, hinzu: „Uebrigens ist es wohl umgekehrt besser — wenn man einen christlichen Hengst von deutscher Zucht mit einer jüdischen Stute zusammenbringt. Das Geld muß wieder in Umlauf kommen, und es giebt auch keine üble Race. Ich weiß nicht, was ich einmal meinen Söhnen rathen werde.“

Etwas weniger wohlwollend war eine Bemerkung, die er gelegentlich der Erwähnung von Johann Jakob's Verhaftung, die „so viel Lärm und Geschrei“ verursacht habe, zu gelegener Stunde während des französischen Kriegs in Versailles machte: „Jude — und Königsberger. fassen Sie nur einen Juden an, da schreit's gleich an allen Ecken und Winkeln — oder einen Freimaurer . . .“

Wenn Graf Bill zu den „Antisemiten“ gehört, so könnten seine Beziehungen zu Paul Lindau wunderbar erscheinen. Denn ist Paul Lindau nicht selbst ein Israelit? So wird wenigstens fast allgemein angenommen — und mit Recht. Sein Stamm-  
baum hat jüdische Wurzeln, wenn er selbst sich auch mit Vorliebe als „Chriji“ aufzuspielen pflegt und betont, daß sein Vater der Sohn eines evangelischen Geistlichen gewesen sei. Das letztere ist aber nicht der Fall. Sein jüdischer Vater starb in London. Wohl aber ist seine Mutter die Tochter eines evangelischen Geistlichen.

Freilich sollte man meinen, er habe durch sein Schauspiel „Gräfin Lea“ den Kampf gegen die antisemitische Bewegung aufnehmen wollen. Hatte er diese Absicht, so würde das nicht hindern, daß er trotzdem die intimsten Beziehungen zu einem ausgesprochenen Antisemiten unterhält. Spekulant, wie er ist,

frank, fürst Bismarck und nicht seine Leute.

macht er sich das plötzlich für diese Frage entbrannte Interesse zu nutze und schreibt ein Schauspiel „Gräfin Lea“. Nach ein paar Tagen hat er vielleicht seine Ueberzeugungen total gewechselt und wirft ein anderes völlig entgegengesetzter Tendenz hin. Aufgeführt wird es ja doch, wenn er der Verfasser ist, mag er darin diese oder jene Ansicht vertreten, und mag es noch so geist- und witzlos sein wie seine neueste Komödie „Jungbrunnen“, über deren Aufführung im Wallner-Theater ein boshafter Kritiker u. a. bemerkte, die Lindau'sche Muse habe mit ihm ihr „Abschiedsbenefiz von der Literatur“ begangen. Auch sonst beginnt er immer weniger „der Mann der Gegenwart“ zu werden; thatsächlich ist er's ja schon nicht mehr, die Redaktion des von ihm begründeten Blattes ruht in anderen Händen, er hat die „Gegenwart“ aufgegeben, — wir fürchten sehr, daß ihn auch bald die Gegenwart aufgibt, vielleicht noch früher, als er den Adel erhält.

Die literarische und gesellschaftliche Carrière Paul Lindau's ist ein charakteristischer Beleg für unsere gänzlich verrotteten literarischen und öffentlichen Zustände. Hier ist allerdings ein Umstand, auf den sich die antisemitische Bewegung zu ihrer Rechtfertigung mit allem Fug berufen darf. Das Judenthum hat unsere Kritik in einen Zustand völliger Verwahrlosung gebracht.

Während ein Mann wie Lindau glänzende Salons unterhält, kann auch heut noch das wirkliche Talent in der Stille sich abmühen und darben.

Der Berliner Journalist hat neben dem Grafen Wilhelm Bismarck noch andere noble Bekanntschaften: in diesen Salons begegnen sich die Träger des ältesten Adels, es ist herzogliches und fürstliches Geblüt darunter. Es kann freilich auch nichts angenehmer sein, als hier Beziehungen zu schönen und geistreichen Damen vom Theater anzuknüpfen oder zu unterhalten.

Dabei ist der Herr des Hauses selbst liebenswürdig bis zum Verlieben und besitzt eine kolossale Verve darin, sich auf einem Absatz seines Stiefels herumzudrehen. Im Ernst, ich habe selbst aus dem Munde von Leuten, die ihn genau kennen, die einander widersprechendsten Urtheile über ihn gehört: den einen ist er wirklich eine „harmlose“ Natur und biedere Haut, der zu völliger Vollkommenheit nichts mangle, als daß sie gegen sich selbst und die eigenen Hervorbringungen ebenso streng sei, wie gegen andere — es sagte mir das einmal einer unserer allerbedeutendsten Schriftsteller, — die anderen hassen an ihm den wechselnden Schiller des Chamäleons, und in diesem Sinne sprach sich u. a. der Redakteur eines großen Blattes aus, welches nichtsdestoweniger in seinen Spalten ihm eine förmliche Verhimmelung angedeihen ließ. Dieser Mann konnte beispielsweise auf das Verhältniß Lindau's zur „Kölnischen Zeitung“ hinweisen: es ist sehr bekannt, daß er in den „Literarischen Rücksichtslosigkeiten“ dieses Organ in der fürchterlichsten Weise mitgenommen, und ebenso bekannt ist, daß sein Name jetzt jede Woche durch feuilletonistische Artikel aus seiner Feder in demselben Blatte glänzt.

Doch hiervon genug.

„Wie ein glänzendes Meteor erschien Paul Lindau in Begleitung des Grafen Wilhelm Bismarck,“ begeisterte Max Ring die Zeitungsleser im Sommer 1879 in einem Badebriefe aus Wildbad Gastein, wo Orestes und Pylades damals freundschaftlich verbrüderet schwärmten, und der Zauber dieses „den Wundern des Himmels entlehnten“ Bildes dürfte sich für die Phantasie des Lesers noch bedeutend erhöhen, wenn er erfährt, daß Lindau schlank und regelrecht gebaut und Graf Wilhelm „so stark von Kräften und wohl bei Leibe“ ist, daß sein Vater während des deutsch-französischen Krieges einmal äußerte: „Der sieht von weitem wie ein älterer Stabsoffizier aus, weil er so dick ist,“

und als davon die Rede war, daß er als der erste Deutsche in Rouen eingeritten, jemand bemerkte, „er werde den Bewohnern dieser Stadt den überzeugenden Beweis geführt haben, daß es unseren Truppen bisher nicht an guter Verpflegung gefehlt habe.“

Außerdem ist von dem jungen, jetzt im dreißigsten Lebensjahre stehenden Grafen noch zu sagen, daß er das preussische Referendarexamen bestand und sich des Ranges eines Premierlieutenants à la suite des königlich preussischen ersten Garde- Dragoner-Regiments erfreut. Von seinem Vater hat er eine gewisse Hast und nervöse Gereiztheit geerbt; daß er sich seiner Zukunft sehr bewußt ist und die Familien-Traditionen pflegen wird, hat er durch seinen Vortrag im Halle'schen Thorbezirksverein zur Genüge dargethan.

Daß die beiden Gesticke, Graf Bill und Paul Lindau, so häufig neben einander in den Bädern auftauchen und dann regelmäßig gewisse Federn beschäftigen, — vorigen Sommer waren sie zusammen in dem herrlichen Baden bei Wien — ist nicht zufällig: wie sein Vater, wird der Graf häufig von rheumatischen Leiden heimgesucht, die er durch die Benutzung von Thermal-Quellen zu lindern hofft.

So mögen denn die beiden noch weiter einträchtiglich miteinander gehen; vielleicht erzählt sich noch die Nachwelt von Graf Wilhelm Bismarck-Paul Lindau ebenso wie vom Fürsten Otto Bismarck und Ferdinand Lassalle, — erscheint doch das erstere Verhältniß wie eine interessante Kopie des letzteren! Hat Lassalle, der „in jeder Beziehung merkwürdiger Mann,“ dem leichtfüßigen Causeur Lindau doch auch einst in Düsseldorf einmal die Hand gedrückt und sich sehr freundlich gegen ihn benommen, wie dieser vor ein paar Jahren in seiner Zeitschrift „Nord und Süd“ so rührend erzählt . . .

---





## Siebentes Kapitel.

### Ein parlamentarisches Diner beim Reichskanzler.

**D**ie nachmittäglichen und abendlichen Zusammenkünfte beim Reichskanzler, zu welchen dieser von Zeit zu Zeit an Abgeordnete und der Regierung nahe-  
stehende, sowie andere distinguirte Persönlichkeiten Einladungen ergehen läßt, sind eine treffliche Gelegenheit, über die öffentlichen Dinge, welche jeweilig das Interesse des Parlaments und des Landes in Anspruch nehmen, zwanglos zu plaudern, seine Meinungen darüber auszutauschen und insbesondere auch die Intentionen und Absichten des Fürsten zu vernehmen. Dieser pflegt bei solchen Anlässen mit all' der ihm im Privatverkehr eigenen Offenheit seine Ueberzeugungen zu entwickeln, und es hat sich häufig schon zugetragen, daß er in diesen Circeln die Grundgedanken von Reden zum besten gab, die ihm Tags darauf vor versammeltem Parlament in breiterem Strom von den Lippen flossen. Die Zusammensetzung dieser Gesellschaften giebt aber auch gewissermaßen immer das Spiegelbild der Beziehungen, welche in dem letzteren gerade zwischen dem Kanzler und den einzelnen tonangebenden Fraktionen herrschen: wenn man in sie hineinsieht, so schaut einem in der Regel das mehr oder minder freundliche und den Hineinschauenden in ver-

schiedenem Grade sympathische Angesicht der in dem betreffenden Augenblick gehandhabten Politik entgegen.

Die parlamentarischen Diners pflegen nachmittags um 5 Uhr zu beginnen, und es nehmen daran gewöhnlich dreißig bis vierzig Personen theil. Das Arrangement der Tafel ist meist so getroffen, daß die Ehrenplätze neben dem Fürsten und der Fürstin — denn diese macht, wenn sie in Berlin anwesend ist, bei diesen Diners die Honneurs — entweder Persönlichkeiten von besonders hohem adligen Rang oder den Präsidenten des Reichstags, Staatsministern oder Abgeordneten, die der Kanzler auszuzeichnen wünscht, eingeräumt werden. Daran schließen sich die anderen Gäste in bunter Reihe, im einfachen Civilanzuge, in glänzenden Uniformen oder im ernstesten geistlichen Habit. Wenn möglich, so befinden sich darunter auch Graf Herbert und Wilhelm Bismarck, (Marlow-Eindau hat sich in diese Regionen noch nicht versteigen dürfen, wohl aber sein geistig ungleich bedeutenderer Bruder, der feinsinnige Novellist, Legationsrath Rudolf Eindau von der deutschen Botschaft in Paris), sowie Graf und Gräfin Rantzau.

Der Kanzler hat seine Gäste in herzlicher Weise empfangen, an jeden beim Eintritt ein paar freundliche Worte gerichtet. Für ihn bildet nicht das Diner, welches gewöhnlich etwa eine Stunde dauert, die Hauptsache, — er ist vielmehr erst bei der Nachtschplauderei recht in seinem Element, die überhaupt den anziehendsten und interessantesten Theil dieses geselligen Kreises bildet. Dann erhebt sich der Kanzler, eine bunte Gruppe reißt sich um ihn zusammen, es werden Kaffee und Cigarren gereicht, und es beginnt die eigentliche Konversation. Der Fürst nimmt seine lange Pfeife, aus der er behaglich schmaucht, und der große „Reichshund“ Tyras, der die Gäste danach behandelt, wie sie in der gesetzgebenden Versammlung der Regierung gegenüber

„gestimmt“, — so sagt man ihm wenigstens nach — darf an seiner Seite natürlich nicht fehlen.

Wie viele und verschiedenerlei Leute sind in diesen Räumen des Reichskanzlerpalais in der Wilhelmsstraße schon „gern gesehen“ gewesen, — wie viele haben in dem Wandel der Zeiten zu den „ungebetenen Gästen“ — buchstäblich genommen — gehört!

Da war einst das Gros der nationalliberalen Abgeordneten, Lasfer, Bamberger, Karl Braun, Marquardsen, Miquel, Rickert, die Minister Falk und Friedenthal, da sah man den Oberbürgermeister von Berlin, von Forckenbeck, und andere — alle die Ausstrahlungen der „liberalen Aera“, — jetzt sind von dieser Seite nur etwa noch Gneist, von Treitschke, von Bennigsen, Stephani und einige ihrer zuverlässigsten Gesinnungsgenossen willkommen, an der Stelle der beiden Minister bemerkt man von Puttkamer, von Gösler, Lucius; Herr von Kleist-Rekow und die Freiherren von Minnigerode und zu Franckenstein, der Vize-Präsident Ackermann, von Kardorff gehören zu den Intimen, daneben tauchen zuweilen die ultramontanen Abgeordneten Dr. Bernards, Reichen-  
sperger, die breite, würdige Gestalt des Domkapitulars Dr. theol. Mousfang von Mainz und die kleine, immer muntere Exzellenz von Meppen auf, die freilich auch gelegentlich „auf Fraktionsbeschuß“ — fehlen.

Auf dem parlamentarischen Diner zu Anfang Mai 1881 hatte der Mainzer Domkapitular bei Tafel sogar seinen Platz zur Linken des Kanzlers, an dessen rechter Seite der Freiherr zu Franckenstein saß, und der Fürst unterhielt sich längere Zeit und lebhaft mit ihm. Wenn sich das Gespräch um die sozialpolitischen Projekte des Kanzlers drehte, auf deren Durchführung — wie er sich später aussprach — die Regierung hinarbeite gleich-

wie bei militärischen Exerzitien kommandirt wird, das Ziel auf den Kirchturm zu richten — wie das Ziel zu erreichen sei und mit welchen Mitteln, das werde sich finden, von den Prinzipien aber könne nicht Abstand genommen werden, — so konnte dieser von ihm manches lernen, denn Dr. Mousang hat viel über die soziale Frage nachgedacht und besitzt ein warmes Herz für die Armen. So sagte er im Oktober 1878 im Reichstage: „Als neuerlich der Herr Reichskanzler einige Sympathien für die Produktivgenossenschaften aussprach, hat man schon darin eine Hinneigung zur Sozialdemokratie, und wenn dieselben verwirklicht werden sollten, eine Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen finden wollen . . . . Wenn derartige Vorschläge von Männern ausgegangen sind, welche entschiedene Sozialdemokraten waren, wie Herr Kaffalle es war, so liegt dennoch in dieser Idee so viel Richtiges und Schönes, daß es mir als ein großes Unglück erschiene, wollte man dieses Zusammengehen von Arbeitern zur Bildung einer gemeinsamen derartigen Produktivgenossenschaft polizeilich unterdrücken . . . . Ich würde es sehr begrüßen als einen Fortschritt auf dem sozialen Gebiet, wenn sich recht viele derartige Assoziationen bilden würden . . . . Der Staat soll, der Staat muß helfen. Er muß helfen durch seine Gesetzgebung im allgemeinen, er muß helfen durch den Schutz der freiwilligen Verbindungen, die in's Leben treten, und er kann und muß auch helfen — ich trage kein Bedenken, es auszusprechen — durch pekuniäre Unterstützungen. Wenn die Eisenbahngesellschaften sich vom Staate eine Zinsengarantie versprechen lassen, meine Herren, ist das nicht Staatshilfe für die reichen Aktionäre? Warum soll also für einen Verein von Arbeitern nicht ebenfalls Staatshilfe eintreten können? Und ich würde den Augenblick begrüßen, wo der Herr Reichskanzler den Entschluß faßte, mit bedeutenderen Mitteln des Staats der Arbeiter-

bevölkerung in dieser Hinsicht unter die Arme zu greifen. Ich finde darin auch kein besonderes Risiko . . . . Meine Herren, ich bin besonders veranlaßt, für derartige Bestrebungen hier das Wort zu nehmen, denn wie weit die falsche Auffassung geht, darüber haben Sie den Beweis darin, daß man sogar mich für einen Sozialdemokraten angesehen hat . . . . Ich sehe in dem, was ich vorhabe zu thun, eine wahrhaft patriotische That. Man irrt, wenn man uns deswegen, weil wir gegen gewisse Maßregeln stimmen, die Vaterlandsliebe abspricht und als Reichsfeinde erklärt, und ich möchte die Gelegenheit benutzen, einmal zu beweisen, daß ich in meinem Stande und durch mein ganzes Bestreben das Recht habe, als ein Vaterlandsfreund und als ein Freund des deutschen Volkes zu gelten, wenn ich auch von der bestehenden Gesellschaftsordnung zugebe, daß sie verdien- umgestaltet zu werden, — aber gegen deren Umsturz ich mich vor Ihnen entschieden ausspreche . . . . Selbst, meine Herren, in der bei den Sozialdemokraten mehr oder weniger geltenden Lehre vom Eigenthum finde ich nicht etwas so verwerfliches, daß man mit solchen Mitteln, wie das Gesetz sie enthält, dagegen einzuschreiten Veranlassung hätte. Es ist durchaus statthaft, daß kommunales und gemeinsames Eigenthum besteht. So war es in allen Jahrhunderten, so war es bei allen Völkern; in Rußland ist der größte Theil des Grund und Bodens Eigenthum der Gemeinde . . . . Demnach ist der Gedanke, meine Herren, daß das ausschließliche Recht des Privateigenthums, dieses Eigenthums, was nur Rechte und keine Pflichten mehr in sich trägt, modifizirt werde, durchaus nicht so unberechtigt und deswegen auch nicht zu verfolgen . . . . Daß man aber den gesammten Besitz in ein einziges großes kommunistisches Eigenthum gewaltsam umwandeln wollte, ist widernatürlich und so sehr dem Herzen der einzelnen Arbeiter entgegen, daß ich mich vor

diesem utopistischen Gedanken einzelner Sozialdemokraten nicht fürchte . . . .

„Ebenso ist es mit der Ehe, die, wie man sagt, durch die Sozialdemokratie gestört werden solle. Meine Herren, ich halte das für eine durch nichts zu begründende Verdächtigung . . . . Die Ehe der Sozialdemokraten, ihre häuslichen Verhältnisse — ich habe sie in der Nähe gesehen — sind keineswegs die schlechtesten und verwerflichsten, und es denkt keiner daran, ein wildes Geschlechtsleben gesetzlich zu etabliren . . . .

„Was die Arbeiter unzufrieden macht, das ist ihre soziale Lage, ihre absolute Abhängigkeit von denjenigen, von denen sie meinen und wahrnehmen, daß sie vielfach kein Herz für sie haben, und ist der Mangel an Fürsorge für sie seitens des Staats. — Ein weiterer Fehler war ja auch, daß wir diesen einen Stand so neben die anderen Stände hinausgedrängt haben; wir selbst haben ja diesem Arbeiterstand, diesen 90 Prozent der Bevölkerung, eigentlich unsere anderen 10 Prozent gegenübergestellt, und das preußische statistische Bureau hat das in Ziffern uns klar gemacht. — Mir ist jedes Wort sympathisch, das ich aus dem Munde des mächtigen Mannes höre, der an der Spitze der Geschäfte steht, wenn er sich der Arbeiter und der Arbeiterverhältnisse annehmen will, und ich wollte, daß er, nachdem er sich nach meinem Gefühl lange genug mit den äußeren Verhältnissen abgegeben hat, dieser inneren Nothlage des deutschen Volkes die Aufmerksamkeit und die ganze Kraft seines Geistes zuwendete . . . .“

Kein Wunder, wenn sich der Fürst durch Worte wie die letzteren auf's angenehmste berührt fühlte und einem Manne, bei dem er eine so große Uebereinstimmung mit seinen Plänen vorfand, seine Sympathie zu erkennen zu geben strebte, — es war um dieselbe Zeit, als Dr. Windthorst mit ihm traulich

Schulter an Schulter in der „historischen Sophaece“ saß, was sich schon besser ausnahm, als die einmal unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses sich darbietende Erscheinung, daß sich die kleine Erzellenz auf der Rednerbühne des Reichstags neben der herkulischen Gestalt des Fürsten aufstellte.

Die parlamentarischen Diners, bei welchen der Kanzler, wie man weiß, zuweilen in heiterster Laune Scherze und Anekdoten aus seinem reichbewegten Leben erzählt, finden gewöhnlich gegen 8 Uhr ihr Ende, — zuweilen, wenn die Unterhaltung sich zu einer besonders animirten gestaltet, auch erst gegen neun.

Noch belebter als diese Diners sind eine Art von gesellschaftlichen Vereinigungen, die der Kanzler ebenfalls zuweilen in seinem Hause stattfinden läßt: die parlamentarischen Soireen. Diese nehmen ihren Anfang erst in späterer Abendstunde, sind in der Regel von sechzig bis siebenzig Personen besucht und dauern bis gegen 11 oder 12 Uhr, — freilich haben sie sich auch schon bis weit nach Mitternacht ausgedehnt.

Das Arrangement der Festlichkeit ist dann natürlich ein völlig anderes. Es pflegen mehrere Zimmer geöffnet zu sein, in der Mitte des großen Saales ist ein reichbesetztes Büffet aufgestellt, während sich ringsherum kleinere Tische befinden, an denen man ganz nach Belieben soupirt. Der Kanzler begiebt sich dann bald an diesen, bald an jenen dieser Tische und mischt sich in das von den Gästen gepflogene Gespräch. Bei der letzten, am 6. Dezember vorigen Jahres stattgehabten Soiree sah man ihn vorzugsweise in der Nähe des Vize-Präsidenten Ackermann, des Herrn von Bennigsen, des Freiherrn von Hammerstein und des Hofpredigers Stöcker. Auf diesen Soireen erscheinen meist auch die Minister in größerer Anzahl, als es bei den Diners der Fall ist.

Einen besonderen Reiz erhalten solche abendliche Zusam-

menkünfte noch durch die Anwesenheit mehr oder minder zahlreicher, dem Hause des Gastgebers verwandter oder befreundeter Damen, um die sich dann ebenfalls Gruppen von Abgeordneten oder anderen Herren zu bilden pflegen; es entwickelt sich an den kleinen Damentischchen oft die lebhafteste und heiterste Konversation. Ein anderer Anziehungspunkt mag für manche in dem ausgewählten „Stoffe“ bestehen, mit dem der Kanzler an diesen Abenden „seine Leute“ bewirthe: es ist meist Münchener Bier, Hofbräu, oder von des Hausherrn „guten Freunden“, wie er selbst sich ausdrückte, den Franziskanern. Der Fürst pflegt dem edlen Gerstensaft ziemlich kräftig zuzusprechen, obwohl er sonst bei Gelegenheit demselben gerade nicht sehr Rühmliches nachsagt. „Ich habe schon oft gesagt,“ — hätte er sich unlängst bei einer gemüthlichen *tête à tête* zu einem ihm von seiner Göttinger Universitätszeit her befreundeten Abgeordneten geäußert — „das Bier macht dumm, und wenn ich an meine jungen Jahre denke, wundere ich mich selbst, daß ich nicht vollständig zum Phlegma geworden bin und noch über einigen Spiritus verfüge. Besehen Sie sich ein paar Charakterköpfe unter Ihren Kollegen. Da ist z. B. Lasker. Der Mann trinkt überhaupt nichts, und wenn er sich ein Vergnügen machen will, geht er nach Pontresina und stolpert über die Gletscher; wie kann bei einer solchen Lebensweise etwas aus dem Kleinen werden? — Dann Meyer-Breslau. Er war früher gar kein übler Kerl, trotz seiner orientalischen Abstammung; jetzt ist er der ‚Bier-Meyer‘ geworden, theoretisch und praktisch, und was war das Resultat? Er ist unter die Sezessionisten gegangen! Schade um ihn; er hat seinen Beruf verfehlt wie alles Bier, was nicht getrunken wird, — Sie erinnern sich ja an seinen zweifelhaften Witz?“ — „Natürlich, — aber Braun ist doch auch unter die Sezessionisten gerathen?“ — „Ja, leider,“ sagte



der Kanzler achselzuckend, — „das kann er auch nur in der Champagnerlaune gethan haben. Sonst ist er übrigens ein prächtiger Herr, den ich von Zeit zu Zeit gern höre, ganz abgesehen von seinem Embonpoint. Es thut mir wirklich von Herzen leid (dabei blickte er ganz melancholisch in sein leeres Glas), daß er auf seine alten Tage so unter die Füße gekommen ist, trotz seines guten Geschmacks. Denken Sie sich nur (hier lachte er laut auf), bei seinem Maulthierritt in die schwarzen Berge — das arme Vieh soll übrigens acht Tage darauf an Entkräftung gestorben sein — hat er ein halbes Duzend Flaschen Rüdesheimer-Berg mitgeschleppt und in einer glücklichen Stunde mit Nikita Schmollis getrunken. Das ist die pure Wahrheit, wenn auch das montenegrinische Amtsblatt die Sache todtgeschwiegen hat. Es ist eine wahre Schande, daß die Wiesbadener den Braun nicht mehr in den Reichstag wählen, in Glogau ist so eine Kraft nicht an ihrem Platz, und ohne diesen Wechsel wäre er sicher mit Bennigsen gut Freund geblieben. Jetzt ist er frère et compagnie mit Biertrinkern der schlimmsten Sorte, z. B. mit Struve, einem Biergenie in folio, schamlos! sage ich Ihnen. Der reine Bänkelsänger! Mir zum Aerger soll er den jämmerlichen Gassenhauer gedichtet haben:

„Gefährlich ist der Kürassier,

Er reitet Schritt und trinkt viel Bier!“

Nun, auf mich paßt weder das eine, noch das andere. Aber so weit kommt der Mensch durch das viele Biertrinken. Ich versichere Ihnen, der ganze Berliner Fortschrittsring ist im wesentlichen ein Gewächs, das seine Triebkraft dem Weißbier verdankt . . .

„Auf alle Fälle“ — fuhr er nach verschiedenen anderen Bemerkungen fort — „muß das Bier bluten, ganz wie der Tabak. Das fordert nicht bloß unser Geldbeutel, sondern auch die Ge-

sundheit der Nation. Jetzt sitzen 50 Prozent der männlichen Bevölkerung abends im Wirthshaus, trinken Bier, rauchen Cigarren oder gar Pfeifen, räsonniren auf die Regierung und gehen dann stolz nach Haus, als hätten sie ein schweres Tagewerk vollbracht. Wer weiß, vielleicht mache ich die Sache diesmal mit dem Centrum. Windthorst trinkt bestimmt kein Bier, aber wie steht's mit den beiden Reichensperger?" — „Die sind ja geborene Koblenzer, Durchlaucht, damit ist die Frage erledigt.“ — „Richtig, neulich hat mir's Nesselrode noch gesagt. Auf die kann ich mich also verlassen, und Schorlemer muß schon als westphälischer Bauernkönig — allen Respekt übrigens — mehr für den Münster'schen Alten Klaren, als für fades Bier sein.“

Der Fürst hatte diese humoristische Plauderei eingeleitet: „Ich habe was gelernt in meinem Leben, im Trinken wie in der Wirthschaftspolitik. Ich habe mich früher dem herrschenden Geschmack anbequemt; als Fuchs machte ich's wie unser Senior, als Minister ließ ich mich von Delbrück und Camphausen an den Bendel nehmen; aber jetzt habe ich mich emanzipirt, hier wie dort. Im Getränke wie in der Nationalökonomie muß der alte Schlendrian aufhören; wir brauchen für unser erschlafenes Geschlecht energische Mittel . . .“

Sicherlich hat der Kanzler das meiste von dem Vorstehenden so gesprochen, und was das andere angeht — „se non è vero, è ben trovato.“ —



## Achtes Kapitel.

### Eine Stunde im Deutschen Reichstag.

**H**at man sich etwa auf dem großen, denkmalgeschmückten Dönhofsplatz befunden, so schreitet man, um an das Gebäude des Deutschen Reichstags zu gelangen, die sich von hier aus in einer langen, schnurgeraden Linie bis an den Potsdamer Bahnhof hinziehende Leipziger Straße hinauf. Fast am Ende derselben erhebt sich zur linken Hand das langgestreckte, an der Front mit mehreren Eingängen versehene, durchaus schmucklose Haus, in welchem zur Zeit der Sitzungsaal und sonstige Räumlichkeiten für den Reichstag eingerichtet sind.

Jeder, der Lust verspürt, sich das Treiben der gesetzgebenden Versammlung drinnen einmal mit eigenen Augen anzusehen, hat hier freien Zutritt, muß aber zuvor in dem im Parterre des Hauses gelegenen Bureau sich eine Eintrittskarte behändigen lassen. Das letztere geschieht immer am Tage vor der Sitzung, welcher man beizuwohnen wünscht, und ist namentlich dann, wenn besonders interessante Debatten erwartet werden, wegen des in diesem Falle stattfindenden großen Zudrangs mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft. An anderen Tagen fällt

es ziemlich leicht, mit Gewißheit Karten zu erhalten. Hier ist der Wortlaut einer solchen:

„Nur gültig für den .....

Einlaßkarte

zur

Tribüne B im Sitzungs-Saale

des

Deutschen Reichstages

Leipziger Straße No. 4.

Eingang: Portal II.“

Ist man im Besitz einer solchen Karte und die Treppe hinaufgestiegen, so wird man oben von einer Schaar befrachteter dienstbarer Geister empfangen, denen man seine Garderobe abgeben kann, um dann von dem Vorraume die Tribüne zu betreten.

Von hier blickt man in einen mäßig großen Saal hinunter, dessen durch zahlreiche Zwischengänge von einander getrennte, amphitheatralisch geordnete Sitzreihen in der Richtung auf uns, jemehr rechts oder links, desto kürzer, keilsförmig nach einem Halbkreise auslaufen, welcher sich gerade vor und unter uns befindet. In diesem Halbkreise fällt zuerst der „Tisch des Hauses“ in die Augen, auf welchen von den Abgeordneten Beweismittel für den Inhalt ihrer Reden und Dokumente jeder Art niedergelegt werden. Daran schließt sich, der Tribüne, auf der wir uns befinden, näher, der Tisch für die Stenographen, hinter welchem sich unmittelbar die Redner-Tribüne und das Bureau erhebt. Links von dieser, ebenfalls in unmittelbarer Nähe, befindet sich der Referententisch, d. h. der Platz für diejenigen Abgeordneten, welche über einen Antrag der Kommissionen oder sonst eine Angelegenheit zu berichten und dieselben den verschiedenen Rednern gegenüber zu vertreten haben. In einiger Entfernung rechts von der Redner-

Tribüne ist der Platz des Allgewaltigen, — des Reichskanzlers, der den ersten Sitz am Ministertisch einnimmt. Gerade hinter der Tribüne hat der Präsident des Reichstags seinen Sitz, zu dessen beiden Seiten sich die Plätze für die Schriftführer und weiter, über die ganze Breite des Hauses, die der Mitglieder des Bundesraths befinden.

Neben den Zuschauer-Tribünen für das allgemeine Publikum giebt es im Saale noch eine Hofloge, die Diplomatenloge, die Abgeordnetenlogen und die Journalisten-Tribüne. An der uns gegenüberliegenden Wand bemerken wir eine Uhr; wie auch auf der rechten und linken Seite des Saales öffnen sich hier zwei Ausgänge. In den Ecken des letzteren erblickt man Ruhebänke und vor diesen je einen Tisch, auf welchen für die Abgeordneten Flaschen und Gläser mit Trinkwasser gestellt sind.

Die Sitzung hat noch nicht begonnen, und das Haus gähnt uns noch leer entgegen. Indessen eilen schon Diener im Frack und weißen Shlips bald hierhin, bald dorthin, um dies oder jenes zu ordnen, bereit zu stellen oder auf die Plätze einzelner Abgeordneten Briefe, Drucksachen und was sonst für sie bestimmt ist, niederzulegen. Dann schreiten doch schon vereinzelt Reichsboten herein, die sich geräuschvoll auf ihren Sitzen niederlassen und in den Papieren, die sie dort vorfinden, zu kramen beginnen. Die meisten ihrer Kollegen sind wohl noch gar nicht im Hause. Andere sorgen noch in den Restaurationsräumen des Hauses, von den Abgeordneten scherzweise die „Fraktion Müller“ genannt, für den Magen, während wieder andere, die ihre Schritte eben nach dem Sitzungssaale zu lenken beabsichtigen, draußen von Freunden und Bekannten angehalten werden, die sie zu sprechen wünschen, von Mitgliedern von Deputationen, die dem einflußreichen Volksrepräsentanten noch einmal ihre Sache warm an's Herz legen wollen, Vertretern ihrer Wahlkreise, die irgend einen Wunsch haben oder

Frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

eine Auskunft begehren, Journalisten, Korrespondenten, die von Eingeweihten diese oder jene fraktions-Neuigkeit, Mittheilungen über das voraussichtliche Schicksal einer oder der anderen Vorlage oder wohl gar „Enthüllungen“ über schon geschehene oder zu erwartende Vorgänge in den Regierungskreisen erhaschen möchten.

Nun ist schon eine größere Anzahl von Abgeordneten im Saale versammelt. Einige sind auf ihren Plätzen eifrig mit der Durchsicht der eingelaufenen Sachen oder bereits mit Schreiben beschäftigt; andere spazieren im Saale auf und ab, bald mit diesem, bald mit jenem ein paar Worte wechselnd, hier und da bilden sich größere Gruppen, die in lebhaftem Gespräch beisammenstehen. Da sieht man z. B. Eugen Richter und Easler einander gegenüber, von denen der eine, die Hände in den Hosentaschen vergraben, behäbig auf diesen herabschaut, der, den Bleistift in der Hand, mit feinem Lächeln, gemessen gestikulirend, auf den vielgenannten Abgeordneten für Hagen hindeutet, — dort unterhält sich ein älterer schlichter Landedelmann in etwas antiquirter Tracht mit einem jüngeren, auf das eleganteste gekleideten hochadeligen Abgeordneten, der fest sein Augenglas einklemmt und mit selbstbewußter Miene nach den Logen hinaufblickt, — da schreiten ein paar seit langem befreundete ergraute Parlamentarier in intinem Geplauder Arm in Arm an den anderen vorüber und lassen sich, einander immer und immer wieder die Hände drückend, behaglich auf einem der Eck-Sophas nieder: das sieht alles so friedlich und gemüthlich aus, als könnten in diesem Saale gar keine so heftigen Reden gehalten werden, wie sie eine halbe Stunde darauf vielleicht gleich spitzen Pfeilen und manchen für immer verwundend, die Herzen entfremdend, die Meinungen scheidend, herüber und hinüber schwirren.

Jetzt hat der Präsident seinen Platz eingenommen, was

bei uns, entgegen der in England und Frankreich üblichen feierlichen Form, ohne jedes Ceremoniell geschieht, und nun strömen, sobald ein einigermaßen wichtiger Gegenstand zur Berathung ansteht, die Abgeordneten, deren Zahl bekanntlich vierhundert noch nicht erreicht, in dichterem Reihen herein, ohne indeffen auch schon alle sich auf ihre Sitze zu begeben. Vielmehr ist in der Regel während der ganzen Dauer der Berathung im Saale noch ein Hin- und Widerlaufen der Mitglieder, ein geschäftiges Hin- und Hereilen der Diener, die sich, immer neu ankommende Post- und andere Sachen bringend, zu den Abgeordneten begeben, ein halblautes, öfter durchaus ungenirtes Sprechen und Unterhalten der letzteren unter einander, welches, in Verbindung mit den die Redner zuweilen unterbrechenden, nicht selten selbst in lautes Gelächter ausartenden Zwischenrufen, auf das zum erstenmal einer Sitzung bewohnende harmlose Menschenkind einen Eindruck hervorbringt, der es schwer glauben läßt, daß es sich wirklich im Berathungssaal des deutschen Reichstags befindet. Ach, ihm hatte vor dem Eintritt in das Haus schier in ängstlicher Scheu das Herz geklopft, und er hatte es sich nicht anders denken können, als daß hier alles so etwas wie einen ernstesten, weihen- und würdevollen, feierlichen Anstrich haben müsse! Ein Umstand freilich würde vielleicht ihn ernst und respektvoll zu stimmen geeignet sein: der, daß er auf so viele Köpfe hinabblickt, denen der Sturm der Jahre den Schmuck entführt, — vielerfahrene, arbeitgeübte Männer, denen die Stirn oft in der Anstrengung des Denkens gebrannt, — mancher vielleicht auch ist darunter, dem schwere Sorgen, den Keim und Kern auch der besten Manneskraft zernagende Bitternisse das Haar gebleicht oder geraubt vor der Zeit.

Die Sitzung ist durch den Präsidenten eröffnet. Inzwischen sind auch Bevollmächtigte des Bundesraths und einzelne Mi-

nister — meist solche, in deren Ressort der zu berathende Gegenstand fällt — in das Haus eingetreten und haben sich in der Reihe der für sie bestimmten Plätze niedergelassen: die Physiognomie dieser Reihe hat sich während der letzten Jahre infolge der wiederholten Ministerwechsel sehr verändert, fast in jeder Session sind an die Stelle von mehreren der Gesichter, die man in der vorhergehenden dort zu sehen gewohnt war, andere getreten: — das kommt davon!

Die Minister, die mit mehr oder weniger Würde Platz genommen haben, werden von diesen und jenen sofort nach ihrem Eintritt scharf fixirt, man flüstert, winkt oder nickt sich zu oder steckt die Köpfe zusammen, weil man glaubt, aus ihrem Auftreten, ihrem Schritt, ihrer Miene, ihrer ganzen Haltung einen Schluß auf den Charakter ihrer nachherigen Ausführungen, ihre Stellung zu den Fragen, die im Laufe der Sitzung das Haus beschäftigen sollen, ziehen zu dürfen. Am meisten ist natürlich der Fürst Bismarck einer solchen kalkulirenden Beobachtung ausgesetzt, sobald er draußen seiner Equipage entstiegen und sich im Saale hat sehen lassen.

Handelt es sich um besonders große Dinge, so läßt sich eine gewisse Spannung und Aufregung unter den Mitgliedern des Hauses unschwer erkennen; die letzteren verschmähen es dann vollends, sich zu setzen, sondern stehen meist in den Zwischengängen erwartungsvoll und dicht gedrängt umher.

Befinden sich die Abgeordneten der verschiedenen Gruppen auf ihren Plätzen, so begegnen unsere Blicke, von rechts nach links gehend, zuerst der fraktion der Deutsch-Konservativen, in ihrer Mitte dem „großen Schweiger“, Generalfeldmarschall Graf von Moltke, und dem einstigen Präsidenten des „Junkerparlaments“ (1848), Herrn von Kleist-Redow, mit seinem schneeweißen Kopf und dem struppigen Schnurrbart das Prototyp



eines echten, selbstbewußten Landedelmanns, dicht dahinter den Elsaß-Lothringern; neben den Deutsch-Konservativen sitzen die Mitglieder der Deutschen Reichspartei, worunter das sympathische Gesicht des früheren Kultusministers Dr. Falk; ihnen reihen sich in breitem Bogen die Abgeordneten des Centrums an, von denen wir den derben, mit kaustischem Witz ausgestatteten Herrn von Ludwig, den Freiherrn von Hertling und auf den Plätzen, die sich dem Tisch des Hauses gerade gegenüber befinden, die beiden Reichensperger, die Freiherren von Schorlemer-Alst, zu Franckenstein und Windthorst erwähnen. Aus der Gruppe des Centrums hebt sich manche Gestalt in geistlicher Tracht hervor, so die des Abgeordneten Dr. Moufang. Mehr nach rechts, oben in der äußersten Ecke, schließt sich an die Centrums-Fraktion die kleine, aber entschlossene Vereinigung der Polen an, während theils hinter der mittelfsten Reihe der Ultramontanen, theils und hauptsächlich links von ihnen die Nationalliberalen und Sezessionisten ihre Plätze haben. Hier sitzen die parlamentarischen Kapazitäten von Bennigsen, von Treitschke, Bamberger, von Benda, Lasker, Gneist, Braun, Rickert u. s. w. Links davon breitet sich die jetzt bei weitem vergrößerte Fraktion der Fortschrittspartei aus; aus dieser Richtung fallen die schärfsten Streiche gegen die Regierung, denn hier haben ihren Platz Eugen Richter, Hänel, Virchow, Löwe, Hirsch, von Sauten-Carputzchen und der mildere greise Schulze-Delitzsch. Unter ihnen befindet sich auch das edle, poetisch verklärte Antlitz von Albert Träger. Nun kommt, sich oben an die Fortschrittler ansehend, die jetzt ebenfalls erweiterte Volkspartei mit ihrem gewandten Führer Sonnemann, und rechts davon, hinten in der äußersten Ecke, die durch die letzten Wahlen gleichfalls vermehrte Gruppe der Sozialdemokraten. Die Mitglieder dieser Fraktion haben ver-

hältnißmäßig am meisten gewechselt; es liegt dies zum größten Theil in dem Schicksal, welches der Sozialdemokratie überhaupt während der letzten Jahre bereitet worden ist, begründet. Die einen sind durch die Verfolgungen und mannigfachen Aufregungen, denen sie ausgesetzt waren, frühzeitig aufgerieben worden, wie Bracke, ein Mann überaus edlen, reinen Charakters, Geib und Reinders; andere haben infolge der für sie eingetretenen Schwierigkeit des Erwerbs, vielleicht auch eines leisen Anflugs von Pessimismus, der sich ihrer angesichts der Lage der Partei bemächtigt, das Vaterland verlassen und jenseits des Ozeans eine neue, freiere Heimath gesucht, so der noch in den besten Mannesjahren stehende Dahlreich, der drüben an der Seite einer jungen, muntern Frau ein zufriedenes Leben führt, und Frißsche, der in Amerika als Restaurateur seines Amtes wartet; die dritten endlich, Hasselmann und Most, ließen sich in eine allzu extreme Richtung drängen und haben sich dadurch Aufenthalt und persönliche Wirksamkeit im Vaterlande selbst unmöglich gemacht. Von den drei ergrauten Männern, denen eine gewisse Würde eigen, und die vor einem halben Jahrzehnt hier beisammen saßen, ist der eine, der Abgeordnete Rittinghausen, jetzt wieder zurückgekehrt, er kam mit einem jüngeren Gesinnungsgenossen, der damals auch einen Platz neben ihm einnahm, Wilhelm Bloß; während aber auch Hasenclever sich wieder eingefunden hat, fehlt diesmal merkwürdigerweise der eine von den beiden, die nach des Reichskanzlers Ausspruch in der Sitzung des Reichstags vom 9. Oktober 1878 „landeten wie die Weißen in Amerika“ — „und ich will keine Indianerflage darüber anstellen, denn wir beherrschen noch die rothe Rasse“, — fehlt neben Liebknecht die oratorische Hauptkraft der Partei: Bebel, der, obwohl sich die meisten aller abgegebenen Stimmen in ganz Deutschland auf sein Haupt vereinigten, das

Schicksal gehabt hat, in keinem der für ihn ausersehenen Wahlkreise die absolute Mehrheit zu erlangen . . .

Zwischen den hier aufgeführten Fraktionen vertheilt sich noch eine kleine Anzahl zu keiner der letzteren gehörenden Mitglieder auf den verschiedenen Seiten des Hauses, — die „Wilden“.

Was die äußere Erscheinung der Abgeordneten angeht, so ist dieselbe eine sehr verschiedene: neben solchen, die streng darauf sehen, stets im tadellosesten Anzug, womöglich im Frack, in einer Kleidung vom neuesten modischen Schnitt und Schliff, wobei die älteren oft mit den jüngeren wetteifern, bei den Sitzungen zu erscheinen, begegnet das Auge auch sehr schlichten Männern, denen der gewohnte alltägliche Anzug genügt, denen es einerlei ist, ob der Rock etwas abgetragen und einigermaßen an Großvaters Kleiderspind erinnert, und die es nicht genirt, wenn die Halsbinde nicht völlig gerade sitzt. —

Dem Beginn der eigentlichen Berathungen gehen zuweilen geschäftliche Mittheilungen von Seiten des Präsidenten oder „persönliche Bemerkungen“ einzelner Abgeordneten voraus, dann erst kündigt der Präsident den Eintritt in die Tagesordnung an und eröffnet die Diskussion. Je nach der Wichtigkeit des Gegenstandes oder der Person des Redners ist, wie schon hervorgehoben, die Aufmerksamkeit des Hauses eine verschiedene. Ist die Frage, um die es sich handelt, nicht von besonderer Bedeutung, so kann es sich ereignen, daß die Mitglieder bei den Ausführungen eines langweiligen oder minder gewandten und mit weniger Stimmmitteln begabten Redners in großer Zahl den Saal verlassen. Das ändert sich aber sofort, sobald eine der oratorischen Größen des Reichstags das Wort erhalten hat; dann dringt es in dichten Reihen wieder zu den Thüren herein.

Es spricht vielleicht Eugen Richter, der „miles gloriosus“ der Fortschrittspartei. Der Mann hat sich bisher so gemächlich

im Saale umgesehen oder ruhig schreibend an seinem Platze gegessen, daß man von ihm kaum die Beweglichkeit erwartet, mit der er sich dann zur Tribüne begiebt und sofort ein Brillantfeuer satirischer und witziger Bemerkungen eröffnet. Nur wenn er eine Haupt- und Staatsaktion vorhat, blättert er mit einiger Aufgeregtheit in seinen Notizen, lächelt ironisch zu den Ausführungen, die vielleicht der Vertreter der Regierung, dem er dann zu widersprechen beabsichtigt, macht, unterbricht ihn wohl gar durch spöttische Zurufe und sucht seine innere Unruhe durch reichliche Schlucke Wassers zu bemeistern und zu dämpfen. Man weiß dann, daß er eine lange Rede halten wird, und wenn ihm der Präsident das Wort erteilt, ist er sofort der Gegenstand der gespanntesten Aufmerksamkeit von Seiten des Hauses wie der Tribünen.

Da steht er denn mit seinem stattlichen Embonpoint, das von dunklem Vollbarte umrahmte, vorher ruhige Behäbigkeit aussprechende Gesicht mit der hohen, breiten Stirn beginnt sich zu beleben, seine Gestikulationen werden häufiger und heftiger, mit einem schlagenden Wort weist er die Zurufe, mit denen man ihn unterbricht, zurück, er ist „mitten in der Rede Schwung“, er spielt mit Zahlen, als brauche er nur so hineinzugreifen in die wohlgeordneten Vorrathskästchen seines Hirns, um immer die richtigen herauszuholen, und gleitet zuletzt in ein amüsanter, reich mit Antithesen und Parallelen durchwirktes, citatenreiches Geplauder hinüber . . . .

Ganz in entgegengesetzter Manier giebt sich der kleine Herr mit dem schon mäßig ergrauenden Vollbart und den schalkhaft blickenden Augen, der nach dem Abgeordneten für Hagen die Aufmerksamkeit des Hauses sich erbeten hat. Er ist ein sehr höflicher und behutsamer Mann, er „bittet“ immer, er „legt“ seine Erwägungen den „geehrten Herren Kollegen“ „an's Herz“,

er sucht mit der dem Juristen zukommenden Objektivität alle Gesichtspunkte streng auseinander zu halten, er warnt vor Voreingenommenheit und Ueberstürzung, er spricht ruhig, abgerundet, mit scharfer Accentuirung der Hauptgedanken, die Bewegungen seiner Arme, mit denen er seinen Argumentationen größere Eindringlichkeit zu verleihen strebt, sind genau abgemessen, dann und wann setzt er ab und gießt hastig ein Glas Wasser hinunter, dann fährt er mit derselben Ruhe fort, — er ist sich voll bewußt, welche Dienste er dem Lande durch seine „Deduktionen“ bereits geleistet, und wenn gegenwärtig die Sonne für ihn und seine Partei trübe scheint, — er hofft bestimmt, daß man ihn und seine Genossen wieder brauchen wird. Wir meinen Dr. Easfer.

Da erhebt sich ganz vorn, vis-à-vis dem Tisch des Hauses, ein ebenso kleiner Herr, der vorher nachdenklich vor sich hinstehend, mit seiner schweren Uhrkette spielend oder mit den Fingern auf der Tafel vor ihm trommelnd, dagesessen; er hat die siebenzig erreicht, aber die hohe, vom Haar entblößte und dadurch noch freiere Stirn, die hinter einer goldenen Brille klar und lebhaft blickenden Augen, der schmale, allzeit gespitzte Mund sprechen noch hohe geistige Regsamkeit aus, — der ganze Ausdruck des Gesichts und ein dünner, grauer Backenbart geben ihm etwas bureaukratisches, respektheischendes, — es ist der ehemalige hannover'sche Staatsminister, Dr. Windthorst, Erzellenz. „Einen unserer scharfsichtigsten Politiker“ hat ihn sein eine Zeit lang erbitterter Gegner, der Kanzler, selbst genannt, als einer der geistvollsten Redner des Parlaments ist er mit Recht gerühmt. Bedächtig, langsamen, zögernden Schrittes nähert er sich der Tribüne, mit völlig ruhigem Ausdruck seines noch immer frischen Gesichts mustert er die vor ihm sitzenden Reihen, und ebenso ruhig und bedächtig beginnt er seinen Vortrag: — „Ich hätte gewünscht,“ das sind häufig die ersten Worte, die er

spricht. Und er bleibt während der ganzen Dauer seiner sich meist durch große Klarheit auszeichnenden Reden ruhig und leidenschaftslos, und doch knattert und prasselt es darin von giftigen, scharfpontirten Ausfällen, mit denen er die Gegner zu treffen hofft und sicher trifft, zuckt es in scharfen Schlaglichtern der Satire und des ironischen Witzes aus ihnen hervor, und dazwischen leuchtet ein blendendes Farbenspiel geistvoller Apercüs und treffender Bemerkungen, die, ohne daß dabei berechnende Absicht waltet, in oft unerschöpflicher Fülle aus dem reichen Quell seines frisch bewegten Geistes, seines Wissens und seiner Lebenserfahrung hervorsprudeln. Es verbreitet sich eine behagliche Stimmung im Hause, wenn er so spricht, eine geistig angeregte Atmosphäre, aus der sich gewiß manche oft nur mit Widerstreben zu trocken-sachlichen Debatten oder gar zu statistischen, „ziffermäßig bewiesenen“ Ausführungen zurückleiten lassen. . . .

Und nun hat er selbst das Wort ergriffen: der Kanzler. Wenn man die mächtige Gestalt in der Uniform stehen sieht, so meint man, der Fürst müsse mit einer tiefen, kräftigen Bassstimme seine Gedanken zum Ausdruck bringen. Dem ist aber gar nicht so. Sein Organ ist weich, nicht sehr stark, und hält sich fast immer in höheren Lagen; er spricht an sich leicht, obenhin, doch unterbricht er sich ziemlich häufig, stößt einen kurzen Zwischenlaut aus oder hat selbst nöthig, sich zu räuspern. Seine Sprechweise besitzt in dieser Hinsicht Aehnlichkeit mit derjenigen des englischen Ministers John Russell, mit dem er auch in Bezug auf die einfache Konstruktion seiner Reden Verwandtschaft zeigt. Hat er lange gesprochen, so neigt seine Stimme leicht zur Heiserkeit, und er pflegt dann oft sehr reichliche Quantitäten mit Cognac vermischten Wassers zu Hülfe zu nehmen. Seine Haltung macht je nach den Umständen einen verschiedenen Ein-

druck. Zuweilen kann er in völliger Ruhe und Gelassenheit auf seinem Platze sitzen, bei den Worten des Redners höchstens die Achseln zucken oder ironisch lächeln. Manchmal zwingen ihm dieselben sogar ein herzliches Lachen ab. Dann und wann auch verläßt er seinen Platz, um sich den Redner, der sich vielleicht gerade in den schärfsten Ausfällen wider ihn ergeht, mit unveränderter Miene zu besehen. Häufig aber zeigt sein Wesen die nervöse Unruhe und Ungeduld, die er auch sonst nur schwer zu bemeistern vermag. Dann ziehen sich seine buschigen Augenbrauen dicht zusammen, grellen Blitzen gleich zuckt es darunter zornig hervor, und sein Gesicht überzieht sich mit einer flammenden Röthe. Er tastet aufgeregt an den Knöpfen seiner Uniform hin und her, seine Mienen verändern sich bei jedem weiteren Wort, das Lorgnon in seiner Hand muß es sich gefallen lassen, bald auf-, bald zugeklappt zu werden, zuweilen führt er es hastig vor die Augen, um mit einem überlegenen Blicke die Versammlung zu mustern. Der große Bleistift zwischen seinen Fingern bewegt sich hastig her und hin, und wenn er dann zum Worte kommt, springt er auf, als wollte er sich wie ein Leu — — doch wir möchten kein „parlamentarischer Schlachtenmaler“ werden. An giftigsten persönlichen Bemerkungen fehlt es bei ihm bekanntlich gerade in neuester Zeit nicht; doch wird es ihm in der Regel leicht, das Haus, von dessen verschiedenen Seiten er eben noch heftige Unterbrechungen hinnehmen mußte, an seinen Gedankengang und an seine Worte zu fesseln. Häufig geschieht es sogar, daß sich die Abgeordneten seinem Platze nähern und in dichten Gruppen sich vor und hinter ihm sammelndrängen. Dann zeigt auch er in der Regel größere Ruhe und plaudert dem andächtig schweigenden Hause in jener zwanglos intimen Weise, durch welche seine Reden den Charakter frischer, leicht hingeworfener Feuilletons erhalten. Nicht immer vermag er die

militärisch-stramme Haltung zu bewahren, in welcher er zuweilen auch während sehr langer Reden verbleibt, sondern ist genötigt, sich ermattet in den Stuhl niederzulassen und sitzend weiter zu sprechen . . .

Ein viel erörtertes Kapitel ist bekanntlich das des parlamentarischen Anstandes. Obwohl der Kanzler in dieser Beziehung schon oft Anstoß genommen hat, wird er sich selbst doch mannigfache Sünden nachweisen lassen müssen. Schon auf dem Erfurter Reichstag im März von 1850, wo er mit Gerlach, Stahl, Buß, Reichensperger auf der äußersten Rechten saß, mußte er wegen seiner unparlamentarischen Ausfälle vom Präsidenten zur Ordnung gerufen werden, und er hat seitdem häufig genug die Debatte auf den Ton starker persönlicher Ausfälle gestimmt,\*) so daß es vor allem auch auf ihn Anwendung erleidet, was er einmal im Reichstag so aussprach: „Im ganzen werden Sie mir Recht geben, daß in unseren po-

---

\*) Aus den sehr lebhaften Diskussionen von damals dürfte es übrigens interessiren zu erfahren, daß Herr von Bismarck den Antrag stellte, die Bezeichnungen „Reich, Reichstag, Reichsgesetz 2c.“ zu beseitigen. „Die Ausdrücke Reich, Reichstag 2c.“ — meinte er begründend — „sind bereits durch die Additional-Akte abgeschafft. Faktisch besteht übrigens kein Reich mehr seit Kaiser Ludwig, der (wie in der Chronik von Spangenberg, fol. 95, zu lesen), um der derzeit überhand genommenen Schinderei ein Ende zu machen, den letzten Reichstag aufhob. Schaffen daher auch wir nicht nur vorläufig, sondern für immer diese Bezeichnungen ab.“ — Und ferner ist es zweifelsohne interessant, jetzt zu vernehmen, was Stahl damals ausführte: „Unser Kampf besteht nicht mehr allein zwischen Preußen und Deutschland, sondern zwischen Königlich und Parlamentarisch. Auch wir wollen Volksvertretung und Verantwortlichkeit der Regierungsgewalt. Da aber ein Gleichgewicht der Gewalten naturgemäß unmöglich ist, so wollen wir den Schwerpunkt nicht in die Parlamente, sondern in die Krone gelegt wissen. Nur diese kann Preußen, nur Preußen kann Deutschland schützen gegen das ganze Rüstzeug der Revolution, welches man überall vorbereitet, welches man unzweifelhaft bald gegen uns erheben wird. Daher wollen wir nicht die Verfassung um jeden Preis, sondern eine unangetastete preußische Krone um jeden Preis.“



litischen Debatten die Tonart nicht auf der Höhe steht, wie im sonstigen gesellschaftlichen Verkehr, nicht dem Minister allein gegenüber, sondern auch dem Hause gegenüber selbst; aber darüber steht mir keine Kritik zu; ich selbst bin abgehärtet durch lange Gewohnheit. Ich wollte bloß zeigen, aus welchen Gründen kein Minister an seinem Posten klebt. Jeder ist gewöhnt an die Behandlung in der Presse, wo die Korrespondenten Minister behandeln wie dumme Jungen. Das lesen Sie alle Tage; darüber klagt man nicht; aber können Sie sagen, ob die Behandlung in den parlamentarischen Debatten unserer sonstigen Urbanität angemessen ist? Ich will die Beantwortung der Frage Ihnen überlassen."

Nicht besonders gehoben wird die Würde des Reichstags durch die Zurufe und Unterbrechungen von mancherlei Art. Die letzteren haben eine sehr ausgedehnte Skala, die bis zu Ausdrücken wie „Pfui“, „das ist eine Frechheit“ u. dgl. sich steigert, so daß der Präsident des Hauses oft genug Gelegenheit hat, von „so scharfen Zurückweisungen“ abzumahnern und ein „wohlwollenderes“ Verhalten in der Diskussion zu empfehlen oder zu bitten, die „vielen Unterbrechungen des Redners zu unterlassen. Die Rede artet sonst in eine Privatunterhaltung aus.“ Und ebenso oft muß er Veranlassung nehmen, zu ersuchen, „etwas mehr Ruhe zu beobachten, namentlich die Privatgespräche zu unterlassen oder doch wenigstens weniger laut zu führen.“ —

Ist die Sitzung zu Ende, so begiebt es sich wohl, daß der oder jener der Redner — von denen übrigens einzelne ihre Vorträge ablesen und die am meisten Sprechenden nicht immer auch die verdienstvollsten sind, neben welchen vielmehr jener arbeitssamen, auf das Praktische gerichteten, anspruchslosen Männer nicht vergessen werden darf, denen es weniger um den Glanz ciceronischen

Ruhmes zu thun ist, sondern die als beinahe ständige Mitglieder der Kommissionen zum Wohle des Landes eine stille, ernste Thätigkeit entfalten und oft angestrengter sind, als die gewohnheitsmäßigen Redner des Parlaments — noch an den Ministerisch tritt, um sich von einem der Herren irgend eine Auskunft zu erbitten oder sich mit ihm über etwas zu besprechen, was von Seiten der Minister in der Regel mit aller nur möglichen Herablassung und Zuvorkommenheit geschieht.

Eine Eigenthümlichkeit des deutschen Parlaments ist, daß dasselbe nur in den seltensten Fällen Abendstungen, die in England und Frankreich so häufig stattfinden, abzuhalten pflegt, ein Umstand, der sich nach dem Ausdruck des Abgeordneten Windthorst dadurch rechtfertigt, daß die Herren dann bei weniger „klaren Sinnen“ sind. . . .

---



## Neuntes Kapitel.

### Die „Eloquenzen“.

Eugen Richter. Hermann Schulze-Delitzsch. Albert Hänel. Albert Träger. Eduard Tagher. Ludwig Bamberger. Karl Braun. Gustav von Böhler. Heinrich Richert.

**U**nter denen, welche Fürst Bismarck mit Grund als „nicht zu seinen Leuten“ gehörig bezeichnen würde, steht in erster Linie — Eugen Richter. Für ihn hat der Kanzler das Prädikat „Eloquenz“ eigens erfunden. Zwar tadelte er auch an anderen „die gefährliche Gabe der Beredtsamkeit“, und es widerfuhr das aus seinem Munde dem allerdings äußerst wortreichen Herrn von Kleist-Regow (in der Sitzung des Herrenhauses am 24. April 1873); zwar sprach er auch u. a. von den „oratorischen Ausschmückungen“ des Herrn Lasker, von einer „rhetorischen Extravaganz“, von der Manier desselben, „rhetorisch etwas stark aufzutragen“, verglich die Macht des Rednertalents mit derjenigen der Musik und Improvisation, ohne freilich die Herrschaft des dichterischen Improvisators über Sprache und Gedanken wie über die Gemüther der parlamentarischen Zuhörer als „Beweis der Staatskunst“ anzuerkennen, und suchte eine ganze Klasse von Abgeordneten zu treffen, wenn er in der Reichs-

tagsrede vom 8. Mai 1879 nach dem zuletztgenannten Parlamentarier bemerkte: „Sie werden mir zugeben, daß in den gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands die Zahl derjenigen, die keinen Besitz, kein Gewerbe, keine Industrie haben, welche sie beschäftigt, auf welche sie angewiesen werden, also die Zahl derselben, die vom Gehalt, vom Honorar, von der Presse, von der Advokatur leben, kurz und gut der Gelehrtenstand, ohne eine Stellung im Nährstande, irgend eine Art von Lehrstand, daß der die Majorität bildet. In dieser Stellung möchte ich dem Herrn Abgeordneten Easler und denjenigen, welche neben ihm durch ihre überlegene Beredtsamkeit, durch den Einfluß auf ihre Kollegen diese Majoritäten zu leiten gewohnt sind, und welche sich diesem Geschäft das ganze Jahr hindurch theils in der Presse, theils in parlamentarischen Leistungen zum Danke des Vaterlandes widmen, denen möchte ich doch an's Herz legen, daß noblesse oblige.“ Und noch allgemeiner sagte er einmal im Jahre 1871: „Die Gabe der Beredtsamkeit hat im parlamentarischen Leben manches verdorben. Man braucht viel Zeit, weil alle, die was zu können glauben, das Wort haben müssen, auch wenn sie nichts neues vorzubringen wissen. Es wird zu viel in die Luft gesprochen und zu wenig zur Sache. Alles ist schon abgemacht in den Fraktionen, und so redet man im Plenum bloß für das Publikum, dem man zeigen will, was man kann, und noch mehr für die Zeitungen, die loben sollen . . . Es wird noch dahin kommen, daß man die Beredtsamkeit für eine gemeinschädliche Eigenschaft ansieht und bestraft, wenn sie sich eine lange Rede zu Schulden kommen läßt.“ Freilich scheint ihm das Uebel von dem Parlament unzertrennlich zu sein. „Es liegt etwas recht demoralisirendes in der Kammerluft,“ — schrieb er schon in jungen Jahren (1852) an seine Frau — „die besten Leute werden eitel, ohne daß sie es merken, und ge-

wöhnen sich an die Tribüne, wie an ein Toilettenstück, mit dem sie vor dem Publikum sich produziren.“

Im ganz besonderen aber gelten solche Klagen des Kanzlers doch dem „Fortschritt“. „Wir haben die Negation von einem hervorragenden Mitgliede der Fortschrittspartei offen proklamiren hören,“ — charakterisirte er denselben sehr scharf am 9. Juli 1879 im Reichstag — „und in meiner Erfahrung hat die Fortschrittspartei es noch nie möglich gemacht, zu einer positiven Meinung zu kommen, bis die Regierung eine ausgesprochen hatte, der sie widersprechen konnte. Positive Pläne und Vorschläge über das aber, was zu geschehen hätte, sind nie vorgekommen, und wenn neulich ein hervorragender Redner dieser Partei sagte, alle Unruhe im Reiche käme von mir, und wenn ich nur erst beseitigt wäre, würde alles paradiesisch vortrefflich gehen, so könnte ich das, wenn ich überhaupt persönlich werden wollte, in viel höherem Maße zurückgeben. Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlichen, ruhigen Zuständen zu kommen, kommen meines Erachtens von der Fortschrittspartei und denen, die mit ihr sympathisiren in den anderen Fraktionen.“ Und früher hatte er bei einer anderen Gelegenheit, als von den Parteien gesprochen wurde, „mit denen sich reden lasse,“ geäußert: „Von der Fortschrittspartei mußte ich absehen; die wollen nur, was nicht möglich ist. Sie sind wie die Russen, die auch im Winter Kirschen essen und im Sommer Austern haben wollen. Wenn ein Russe in einen Laden tritt, so verlangt er: *Kaf wuj bud*, eigentlich: Was nicht ist.“ ferner meinte er speziell in Bezug auf die Berliner: „Die Berliner müssen immer Opposition machen und ihren eignen Kopf haben. Sie haben ihre Tugenden — viele und sehr achtbare, sie schlagen sich gut, halten sich aber für nicht gescheidt genug, wenn sie nicht alles besser wissen, als die Regierung.“

Frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

10

Es würde ein kleines Buch für sich geben, wollte man eingehend über den gegenseitigen parlamentarischen Kampf berichten, in welchem sich der Kanzler und der Abgeordnete für Hagen von jeher befunden haben. Wie oft hat der Fürst nicht seine „rhetorische Geschicklichkeit“ perffirt, ihn von „seinen Bestrebungen, ihm persönlich irgend eine Thorheit oder Unrecht in seiner Vergangenheit oder in seinem Privatleben nachzuweisen,“ abzulassen gemahnt, ihm vorgeworfen, „daß gerade er wesentlich dazu beitrage, das an und für sich mühsame und angreifende Geschäft einer ministeriellen Existenz noch zu erschweren,“ sich über die Tonart, „in der dieser Abgeordnete die Gewohnheit habe, von ihm zu sprechen,“ und darüber beklagt, daß er und seine Gesinnungsgenossen ihm „das Leben nach Möglichkeit schwer machten,“ und wenn er sich auch nicht immer eines „seiner Tonart sich annähernden Jargons“ bedient, so hat der Kanzler dem unverbesserlichen Kritiker alles dessen, was er thut, doch zuweilen kräftig genug geantwortet. So hielt er ihm in der Sitzung des Reichstags am 21. Februar 1879 entgegen: „Es ist das Bedürfniß, mich als einen dilettantischen, wie Sie sich ausdrücken, genialen — — — nun, ich verstehe den Ausdruck, auf der Universität würde man wissen, was darauf folgt, wenn man einen ‚genial‘ nennt. — Nun, meine Herren, ein Vierteljahrhundert lang habe ich an der Vorbereitung und dem Aufbau des Deutschen Reichs gearbeitet, und siebzehn Jahre sehen Sie mich nun als Minister vor der Öffentlichkeit. Ich bin, ehe ich überhaupt in das Amt trat, in derselben Weise beurtheilt worden in Bezug auf jede politische Befähigung, wie ich jetzt beurtheilt werde in Bezug auf mein Recht, ich möchte sagen, meine Pflicht, in wirtschaftlichen Dingen mitzureden. — — — Noch als ich Minister war, erinnere ich mich, daß in den damaligen liberalen Blättern die Wendung stand: Wie kann man nur ‚diesem Menschen‘ —

und nun folgt eine Charakteristik von mir — die erste Stelle in Deutschland anvertrauen! Ich weiß nicht, ob ich mich aus der Versehung dieser ersten Stelle in Deutschland, die nachgerade siebzehn Jahre in meinen Händen ist, länger als jemals ein Minister in konstitutioneller Zeit der Öffentlichkeit und allen Stichen und Kritiken derselben gegenübergestanden hat, — ob die zur Zufriedenheit erfüllt worden ist, ob in dem absprechenden und wegwerfenden Urtheile über mich der Abgeordnete Richter Recht bekommt vor der Mit- und Nachwelt, oder ob mir zuerkannt wird, daß ich, nachdem ich siebzehn Jahre lang an der Spitze der Gesamtgeschäfte stehe, auch ein Recht zu einer Meinung über wirthschaftliche Fragen habe: darüber erwarte ich getrost das Urtheil meiner Mitbürger, — ich will von Nachwelt nicht sprechen, das ist mir zu pathetisch.“

In einer ergötzlichen Causerie erging sich der Kanzler in der Reichstagsitzung des 29. April 1881 dem Abgeordneten Richter gegenüber. Einige Wochen vorher hatte er ihm wieder das Kompliment gemacht, daß „sein Bleistift seiner Beredtsamkeit nicht zu folgen vermocht“ habe, und ihn einen „gewiegten Nationalökonom“ genannt. „Ich kann wohl darauf verzichten,“ — plauderte der Fürst — „der Rede des Herrn Richter in allen Zügen zu folgen. Es wird mir ja recht oft das Vergnügen zu theil, eine Probe seiner Eloquenz anzuhören, aber nachgerade habe ich dabei ein klein wenig das Gefühl der Endlosigkeit, wie beim Krönungszug im dritten Akt der Jungfrau von Orleans, bis man dann beim dritten Vorbeimarsch dahinterkommt: Mein Gott, das sind ja immer dieselben Leute, die wiederum und nochmals über die Bühne ziehen! So auch die Gründe, die Herr Richter immer mit derselben Eloquenz vorbringt . . . Die wahren Herrscher (in Berlin) sind die Leute, die die Zeitungen in der Hand haben. Das sind die Herren, die die Berliner

Blätter und durch die Schärfe ihrer Reden die Versammlungen beherrschen, nicht durch Ueberzeugung, sondern weil niemand zu erwidern wagt. Man sagt sich: Ich werde mir die öffentliche Zurückweisung nicht zukommen lassen. Er hat zuweilen das Gefühl, er wisse es besser, nimmt sich vor: Nun will ich es ihm sagen! Da fährt der Redner mit einem andern ab, und er sagt: Na, ich will es doch lieber sein lassen! . . . Die guten Redner sind heutzutage Gegenstand der größten Bewunderung. Ich entsinne mich eines öffentlich auftretenden Improvisators, der beliebig aufgegebene Gegenstände brillant erledigte und mich fast überzeugt hätte. Ein guter Redner muß etwas vom Dichter haben, auch das dunkle Gefühl, daß er nicht überall ganz wahr ist. Ein guter Redner wird selten ein guter Whist- oder Schachspieler oder ein richtig regierender Staatsmann sein. Das gemüthliche Empfinden muß in ihm vorherrschen. Zugleich guter Redner und fühler Rechner zu sein, ist schon durch die physische Vertheilung nicht gut möglich. Die guten Redner sind selbstverständlich hinreichend, namentlich vor einer urtheilslosen Menge. Aber der Mann, dessen fühler Besonnenheit man die Leitung großer Geschäfte anvertraut, der kann kaum je ein vollkommener Redner sein. Ob man bei unserer heutigen Kulturentwicklung gegen dieses Uebel Schutz finden kann, gegen das Uebel der Beredtsamkeit, weiß ich nicht. Aber es ist schon halbe Remedur, wenn man das erkennt und wenn man sich vergegenwärtigt das Beispiel Friedrich Wilhelm I., der zwei Advokaten hintereinander hörte und nach jedem in der unhöflichen damaligen Weise sagte: „Der Kerl hat Recht!“ Danach gerieth der König in solchen Zorn gegen die Beredtsamkeit, daß beide Redner in eine sehr üble Lage kamen. Ich möchte Ihnen das Beispiel immer wieder vorführen, wenn Sie einer Eloquenz gegenüberstehen, die über die betreffenden Angelegenheiten seine Rede



fertig hat, weil er sie schon wochenlang öffentlich hielt und in Zeitungen darüber schrieb. In meiner Jugend bewunderte ich einmal die Rede des Heidelberger Professors, und ein Fraktionsgenosse von ihm sagte mir: „Die Rede hätten Sie vor einem Jahre hören müssen, da hielt er sie viel schöner!“ . . .

Fürst Bismarck und Eugen Richter blieben sich in ihren parlamentarischen Scharmützeln, wie gesagt, nichts schuldig. „Meine Herren, es ist doch sehr bedenklich, mit welcher Bitterkeit die Fortschrittspartei den Herrn Reichskanzler angreift,“ nahm Herr von Kardorff einmal für letzten Partei. „Wenn wir alle die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter über den Fürsten Bismarck zusammennehmen, so würde Herr Richter mir selbst zugeben, daß ihm in der Hitze des Gefechtes bisweilen Worte entchlüpfen, die wohl nicht den Zweck haben, den Herrn Reichskanzler zu kränken.“ Reihen wir einige solche Worte aneinander.

Als eine Antwort auf die eben citirten Aeußerungen des Herrn von Kardorff aus Richter's Munde könnte z. B. gelten:

„Der Herr Reichskanzler spricht von einer Kritik der Behörden und Institutionen, von einer Diskreditirung derselben durch die Fortschrittspartei. Der Reichskanzler nimmt, was scharfe Kritik betrifft, nicht den letzten Platz in diesem Saale ein. Ich habe kaum einen schärferen Kritiker hier gehört, als den Herrn Reichskanzler. Er läßt keine Gelegenheit hier vorübergehen, um Gesetze, die er selbst vorgeschlagen, die er selbst erlassen hat, die er auch zur Zeit nicht abzuändern gedenkt, einer scharfen Kritik zu unterziehen. Er bleibt in dieser Kritik auch nicht bloß bei den Gesetzen, er kritisiert auch Richtersprüche, er kritisiert Verwaltungsbehörden, ja sogar diskreditirt er unter Umständen seine Kollegen, die neben ihm auf der Ministerbank sitzen. Meine Herren, wer so verfährt, hat nicht gerade einen

hervorragenden Anspruch darauf, anderen Parteien eine Neigung zur Diskreditirung von Behörden vorzuwerfen. Wenn ich mir die Hauptthätigkeit meiner Partei vergegenwärtige, so kommt es mir vor, als ob wir eigentlich diejenige Partei seien, die am meisten bemüht ist, die bestehende Reichsgesetzgebung zu erhalten, — daß wir gewissermaßen die alte Bismarckpartei sind gegen den umgewandelten Reichskanzler, der seine alten Gesetze umändern will. . . . Meine Freunde waren dieser Tage beschäftigt, unser Parteiprogramm neu zu redigiren, den Anforderungen der Zeit entsprechend. Als wir damit fertig waren, lasen wir als Punkte: Erhaltung des bestehenden Wahlrechts, Erhaltung der dreijährigen Legislaturperiode, Erhaltung der Gewerbefreiheit, Erhaltung der Freizügigkeit, Erhaltung der Koalitionsfreiheit, Erhaltung der bisherigen Zollvereinspolitik. Der Herr Reichskanzler hat uns in der That in die Rolle einer echt konservativen Partei getrieben; wenn wir bloß mit der Reichsgesetzgebung zu thun hätten, und es nicht sein Bedenkliches hätte, einen bisherigen Namen zu verändern, so könnten wir auf den Gedanken kommen, uns von jetzt an altkonservative Reichspartei zu nennen. . . . Der Herr Reichskanzler wird freilich darum nicht aufhören, uns für eine negative Partei zu erklären. Das ist es ja eben, daß der Herr Reichskanzler positiv und negativ immer nur nach seiner eigenen Auffassung nimmt; was er will, ist positiv, und was er nicht will, ist negativ. Und wenn er einmal nach einigen Jahren das Gegentheil von dem will, was er vorher gewollt hat, so wird dasjenige, was ihm gegenübersteht, aus dem Positiven etwas negatives; er selbst bleibt aber immer das Positive. . . .

„Nach dem Herrn Reichskanzler stellt sich die Sache so. Im Anfang ist der Reichskanzler; der macht sich sein positives

Programm nach seiner individuellen Auffassung, und tief unter ihm wimmeln allerhand Fraktionen, die sich höchstens wie die verschiedenen Universitätskorps nach ihren Farben unterscheiden. Nun hebt der Reichskanzler, je nachdem diese oder jene Fraktion das von ihm positiv festgestellte Programm annimmt, die ihm zur Durchführung desselben tauglich erscheint, zu sich empor, stößt sie wieder zurück und holt eine andere hervor, wie er wörtlich auseinandergesetzt hat."

So in der Reichstagsitzung am 14. Oktober 1878, — und am 5. Mai des folgenden Jahres führte er, diese Bemerkungen vervollständigend und kommentierend, an derselben Stelle u. a. folgendes aus:

"Die Machtfragen sind dem Reichskanzler ja stets die Hauptsache. Auf dem auswärtigen Gebiet weiß er durch geschickte Benützung große Erfolge zu erringen; sein Fehler ist nur, daß er auch in der inneren Politik die Machtfrage voranstellt und hiernach die inneren Fragen gleichartig behandelt. Wie mit auswärtigen Staaten, verhält er sich zu den inneren Parteien bald freundlich, bald feindlich, wie es ihm die augenblicklichen Machtverhältnisse im Innern gerade angemessen erscheinen lassen. Bald empfängt er den Führer der Sozialisten wie einen Gutsnachbar, bald verfolgt er diejenigen mit der ganzen Staatsmacht, welche der Verführung jenes nicht soviel Widerstand entgegenzusetzen wie er. Die Führer einer dritten Partei werden von der Kanzlerpresse zu einer Zeit als die besten Patrioten gefeiert, dann wieder als selbstsüchtige Uemterjäger hingestellt. Zwischen der Freundschaft und der Gegnerschaft steht beim Kanzler die Methode einer dilatorischen Behandlung. Von Benedetti an gerechnet, sind auch im Innern große Parteiführer von ihm dilatorisch behandelt worden. Augenblicklich scheint, wenn ich es recht verstehe, Windthorst-Meppen an der Reihe zu sein." Und

zwei Jahre nachher: „Es ist klar, der Kanzler strebt nach einer großen Partei Bismarck sans phrase, einer ‚Mittelpartei‘, wie er es gerne nennt, weil er darin der Mittelpunkt wäre, sowohl im Redenhalten als im Handeln. Die Opposition wird ihm immer unerträglich; früher wollte er nur Schutzmaßregeln gegen den Mißbrauch der Redefreiheit, jetzt ist ihm schon die Eloquenz an sich zuwider! . . .“

Als eifriger Gegner der neuen Wirthschaftspolitik ging er soweit, zu behaupten, „jedermann im Lande fühle, was ihn des Reichskanzlers Politik koste,“ derselbe wolle nur „die Aufmerksamkeit von der Lage des Landes ablenken durch immer neue Versprechungen: — König Heinrich, der jedem Bauer ein Huhn im Topfe versprach, ist ein elender Stümper gegen den Reichskanzler,“ gegenüber welchem Kompliment sich der Fürst verneigte und mit feiner Ironie bemerkte: „Sie müssen nicht glauben, daß man dadurch, daß man Minister wird, wesentlich flüger würde wie andre Leute, und so flug wird man nie wieder, wie man gewesen ist, als man einfacher Abgeordneter ohne jede Verantwortung war.“ Und dann sprach er von Herrn Richter als einem „geistvollen Mann, der immer zwischen Häusern, Straßen und Zeitungen lebt“ (Preussisches Abgeordnetenhaus, 4. Februar 1881).

Eugen Richter besitzt eine ebenso feste Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner politischen und wirthschaftlichen Anschauungen, denen „so wahr dieses deutsche Reich eine Zukunft habe, doch schließlich der Sieg bleiben“ müsse, wie ein ungemein hohes Selbstbewußtsein, — er berührt sich also in dieser Beziehung mit dem Kanzler. Fühlt er sich in diesem Selbstbewußtsein verletzt, so kann er heftig werden bis zur Kühnheit, wie in der Reichstagsitzung vom 25. Mai 1881, als in Folge seines und Dr. Karsten's Antrag in der Hamburger Zollanschlußfrage die

Mitglieder des Bundesraths das Haus verlassen hatten. „Nun! wir kommen ja immer weiter!“ — rief er da in äußerster Erregung. „Ich muß sagen, ich vermisse die Herren vom Bundesrath gar nicht! . . . So gut wie der Bundesrath, könnten wir das Haus verlassen. Bedeutet das Verfahren nicht geradezu eine Herausforderung zum Konflikt? — In diesem Vorgehen des Reichskanzlers liegt eine auch in der Form immer stärker werdende Rücksichtslosigkeit gegen alles, was anderer Ansicht ist, als der Reichskanzler. Geht das so fort, so kommen wir schließlich dahin, daß Macht vor Recht geht!“ —

In seiner oppositionellen Haltung, die er dermaßen zum Ausdruck bringt, ist Eugen Richter insbesondere auch durch seine Lebensverhältnisse bestärkt worden. Am 30. Juli 1838 zu Düsseldorf geboren, besuchte er von 1856–59 die Universitäten Bonn, Heidelberg und Berlin, wurde Auskultator und Regierungs-Referendar in Düsseldorf, avancirte 1864 zum Regierungs-Assessor, schied aber noch in demselben Jahre, als seine Wahl zum Bürgermeister von Neuwied nicht bestätigt und er gegen seinen Wunsch an die Bromberger Regierung überwiesen worden war, aus dem Staatsdienst aus. Seit dieser Zeit lebt er als politischer und volkswirtschaftlicher Schriftsteller in Berlin, meist als Korrespondent für fortschrittliche Blätter thätig; doch trat er auch mit mehreren selbständigen Schriften hervor. Namentlich auf dem Finanz-Gebiete zeichnet er sich durch bedeutende Kenntnisse aus, die er immer im Sinne seiner Parteigrundsätze geschickt zu verwerthen weiß. Den letzteren ist er, wie gesagt, mit Leib und Seele ergeben, und als er einmal empfahl, „die Grundbegriffe unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in den Lesebüchern klar zu machen,“ „wenn die Kinder vielleicht auch von der Genealogie der altisraelitischen Könige und der Geographie des alten Palästina etwas weniger

zu hören bekommen," — so meinte er damit natürlich auch die „Grundbegriffe“ seiner und seiner Genossen Doktrin.

Parlamentarisch thätig ist er seit 1869, in welchem Jahre ihn zuerst Königsberg i. Pr. in das Abgeordnetenhaus wählte; seit dem Jahre 1870 aber vertritt er hier den Kreis Hagen, von welchem er auch, nachdem er dem konstituierenden Reichstage als Abgeordneter für Nordhausen und dem ersten deutschen Reichstage als Vertreter des fürstlich schwarzburg-rudolstädtschen Wahlkreises angehört hatte, seit 1874 ununterbrochen in den Reichstag entsendet wurde.

Eugen Richter zeigt eine durchaus moderne Physiognomie; er ist eine religiös wie politisch emanzipirte Natur, die „modern“ zu suchen bleiben wird, selbst wenn der wirthschaftliche Liberalismus, den er vertritt, in den Augen der Allgemeinheit das Ansehen des Veralteten erhalten hat. Geist und Witz wird ihm niemand absprechen können, aber ebensowenig, daß er ein wenig boshaft ist, und daß sich in manchen Fällen ein gewisser frivoler Zug an ihm bemerkbar macht. Jedenfalls gehört er zu den eifrigsten Rednern des Parlaments; in der den letzten Wahlen vorausgegangenen Reichstagsession hatte er mit 98 Reden allen den Rang abgelaufen, — unter den ihm am nächsten Kommenden befand sich merkwürdigerweise — Herr Stumm, der 61 mal sprach, und aus dessen „Gedankenspreu“ Eugen Richter, nach seinem eigenen Ausdruck, gelegentlich etwas herausgriff. Durchblättert man die Parlamentsakten, so findet man seinen Namen auch vor einer stattlichen Reihe von „persönlichen Bemerkungen“; er läßt sich nicht leicht etwas sagen, ohne zu erwidern, selbst zuweilen eine Rüge des Präsidenten nicht. „Der Herr Windthorst hat sich in derselben Weise geäußert,“ — entgegnete er einmal unter der Heiterkeit des Hauses dem letzteren schnippisch — „und was dem Herrn Abgeordneten Windthorst recht ist, ist dem Herrn Abgeordneten Richter billig! . . .“

„Sehr gut, sehr gut!“ rief die rechte Seite des Hauses, als er am 11. Juli 1879 sagte: „Das ist meine letzte Rede in dieser Session.“ — — —

Nicht ganz dürfte die Bezeichnung „Eloquenz“ auf den jetzigen Senior der Fortschrittspartei, Hermann Schulze-Delitzsch, passen, denn er tritt ziemlich selten als Redner auf; ebensowenig wird man ihn zu den Geistern, die „stets verneinen“, zählen dürfen; hat er, der Vater und Anwalt der deutschen Genossenschaften, doch sehr viel Positives geschaffen, mag man über seine Schöpfung selbst denken wie man will. Er hat etwas ehrwürdiges in seinem Wesen, der alte Herr mit dem weißen Schnurr- und Knebelbart; seine Erscheinung stimmte vortrefflich zu der eines anderen Mannes mit grauem Vollbart, der früher in seiner unmittelbaren Nähe saß, zu der seines Fraktionsgenossen Franz Duncker.

Der zweite Bestandtheil seines Namens ist bekanntlich von seiner Vaterstadt Delitzsch in der Provinz Sachsen hergenommen, wo er am 29. August 1808 zur Welt kam. Er hat in Leipzig und Halle Rechtswissenschaft studirt und war dann an verschiedenen Gerichten als Angestellter thätig. Im Jahre 1848 wählte ihn seine Vaterstadt in die Berliner Nationalversammlung; 1849 wurde er als Mitglied der zweiten Kammer in den wegen des bekannten Steuerverweigerungs-Beschlusses gegen 42 Mitglieder der Nationalversammlung eingeleiteten und vor dem Berliner Schwurgericht verhandelten Auführsprozeß verwickelt, aber freigesprochen. Seine damalige Vertheidigungsrede hat bedeutendes Aufsehen hervorgerufen. Er war dann Kreisrichter in der Provinz Posen, nahm jedoch wegen wiederholter Verweigerung des Urlaubs zu einer Reise in seine Vaterstadt seine Entlassung. Nun, nachdem er sich in Delitzsch niedergelassen, begannen diejenigen Arbeiten, denen er vor allem

seinen Ruf verdankt, die Gründungen von Arbeitergenossenschaften, insbesondere von Rohstoff-, Konsum- und Kreditvereinen, die in der Errichtung des Verbands der deutschen Genossenschaften im Jahre 1859 zu Weimar ihren Gipfelpunkt erreichten. Seit am 16. September 1859 zu Frankfurt a. M. auf seinen Antrag der Nationalverein gestiftet worden war, trat er als Führer der fortgeschrittenen Demokratie wieder auf dem politischen Gebiete thätiger hervor und war von 1861—73 Mitglied des Abgeordnetenhauses, seit 1867 auch des Reichstags. Sein durch die Vorträge, die er während des Winters 1862—63 über das Verhältniß des Kapitals zur Arbeit im Vereine der Berliner Arbeiter hielt, hervorgerufener Kampf mit Lassalle ist bekannt. Seine Genossenschaften hütet er wie seinen Augapfel und ist für dieselben bis auf diese Stunde in Wort und Schrift unermüdlich thätig. Der jetzt vom Fürsten Bismarck versuchte Weg zur Lösung der sozialen Frage behagte, ihm nicht, er schiebt die „von hoher Stelle angedeuteten reizenden Affoziationen mit Staatsgarantie“ bei Seite. Versteht sich! Er sieht in dem Zwang zur „Selbsthülfe“ das „tiefstittliche Prinzip“ der von ihm hervorgerufenen Bewegung, — wenn die Leute ihm heute nur immer ihre „Spargroschen“ zu bringen vermöchten! . . . .

Als Parlamentarier tritt Dr. Schulze-Dehligsch jetzt sehr behutsam auf und scheut sich sehr, jemand zu verlegen. „Meine verehrten Herren,“ beginnt er und bittet um die Erlaubniß, seine Meinung darlegen zu dürfen; aber er spricht im crescendo, die vollen Akkorde folgen zuletzt, und jedenfalls gebührt ihm die Anerkennung, daß er immer auch wirklich etwas zu sagen hat und seine Gedanken mit großer Klarheit zum Ausdruck bringt. —

Dr. Albert Hänel, der treffliche Staatsrechtslehrer, Professor an der Universität Kiel, — das ist ein Mann, den jeder



rechtschaffen Denkende lieb haben muß. Wo es sich um Fragen der Geistesfreiheit und Humanität handelt, ist er immer als der Besten und Muthigsten einer auf dem Posten, wie er dies neuerdings u. a. wieder durch seine Interpellation in der Judenfrage (Preussisches Abgeordnetenhaus, November 1880) bewiesen hat. „Ich sage es Ihnen rund heraus,“ — rief er einmal im Reichstage — „mögen Sie mich einen Doktrinär oder Idealisten nennen, soviel Sie wollen: ja, ich bin ein Doktrinär und Idealist, der die Freiheit, die eine hundertjährige Entwicklung nicht nur bei uns, sondern in der ganzen gebildeten europäischen Welt gebracht hat, in keinem Punkte antasten läßt! . . .“ Und: „Wenn ich jemals die Lehren, die die Reformation in Deutschland gepredigt hat, die Lehren, die eine hundertjährige Entwicklung des Liberalismus in Deutschland, in der modernen Welt allmählich uns in Saft und Blut hat übergehen lassen, wenn ich sie irgend verstehe: was heißt religiöse, was politische Glaubensfreiheit? Meine Herren, es heißt: daß die herrschende Gesellschaft und die herrschenden Staatsgewalten nicht berufen sind, ein Urtheil darüber auszusprechen, ob eine bestimmte Lehre unsittlich, ob sie staatsuntergrabend, ob sie rechtlich verwerflich sei.“ Bei dieser hohen Freiheitsbegeisterung ist er weit entfernt, ein Heißsporn zu sein, er bewahrt vielmehr allenthalben eine völlige Objektivität in seinen Erwägungen, er ist ein Mann ohne jegliches Vorurtheil, es liegt eine klassische Ruhe und Klarheit in seiner Natur, und er kann sich in der That etwas zu gute thun auf die „schlechte Erziehung“, die er genossen. Heinrich Laube ist sein Pflegevater. „Ich bin erzogen worden“ — sagte er bei der Berathung des Gesetzes gegen die Sozialdemokraten, deren Ausbreitungen er prinzipiell nur auf dem „Boden des gemeinen Rechts“ entgegengetreten sehen wollte, am 17. September 1878 im Reichs-

tage — „in einem Hause, dessen Haupt seiner Zeit den stärksten Verfolgungen ausgesetzt war, welches um eines schwarz-roth-goldenen Bändchens im Knopfloch und seiner Ideale für ein Deutsches Reich willen in Konfination und Untersuchungshaft gehalten, in's Gefängniß geworfen wurde, jahrelang, dessen Schriften, nicht bloß die erschienenen, verboten worden sind, sondern auch diejenigen, welche er schreiben würde . . . . Es sind diesem — ich will es sagen — meinem Vater alle Quellen seines Erwerbs — und er war ein unbemittelter Mann — abgeschnitten worden für seine literarische Produktion, mit der er sich durch das Leben schlagen wollte. Das ist allerdings jemand, der weiß, wie die Verfolgung wirkt.“ Hänel sprach von dem geradezu wahnsinnigen Bundestagsbeschluß gegen das „Junge Deutschland“ vom 10. Dezember 1835, und es ehrt den heute noch so ungemein geistig frischen literarischen Veteran, daß er in der Rückerinnerung an die eigenen erlittenen Drangsale „kaum acht Tage“ vorher dem Sohne gesagt hatte: „Thut's nicht, ich hab's an mir erfahren; derartige verfolgende Tendenzgesetze, sie spannen jeden Nerv in dem getroffenen Manne, sie blasen jeden Funken seines Talents an, sie werben ihm Anhänger in Reihen, die ihm sonst vollständig unzugänglich bleiben, nicht um der Reife seiner Ueberzeugung, sondern um eines natürlichen Mitleidsgefühls willen; wir sind zu einer Bedeutung geworden, wir haben uns gekräftigt und gestärkt durch die Verfolgungen, wie wir es nie gekonnt hätten bloß kraft unseres Talents und nur kraft der innern Wahrheit unserer Glaubensbekenntnisse.“

Hänel ist am 10. Juni 1833 zu Leipzig geboren, wo er die Thomasschule besuchte, um dann auf den Universitäten Wien, Leipzig und Heidelberg rechtswissenschaftlichen Studien obzuliegen. Er begann darauf seine akademische Carrière als Dozent in Leipzig, von wo er im Jahre 1860 als Professor nach Königsberg

und von da 1863 nach Kiel berufen wurde. Seine schriftstellerische Thätigkeit, die sich auch auf das literarhistorische Gebiet erstreckte, wendete sich neuerdings besonders staatsrechtlichen Fragen zu. Schon in Königsberg hatte er sich eifrig an den Bestrebungen des Nationalvereins und der Fortschrittspartei betheiligt; als Mitglied der letzteren trat er 1867 in den Reichstag und das preussische Abgeordnetenhaus ein. In beiden Häusern genoß er die Ehre, eine Zeit lang dem Präsidium anzugehören, im ersteren als zweiter, im letzteren (1876) als erster Vize-Präsident.

Seine Erscheinung ist eine ziemlich einfache und anspruchslose; aber die freie Stirn unter dem glatt zurückgekämmten Haar und die scharfblickenden Augen geben seinem Gesicht, das ein dichter, jetzt auch schon ergrauter Vollbart ziert, etwas frisches, geistig belebtes. Seine Reden zeichnen sich durch große Wärme, rhetorische Pracht und plastische Disposition aus; das würdevolle, selbstbewußte Pathos derselben steht ihm vortrefflich, vor allem, wenn es sich zu feierlicher, eindringlicher Anklage erhebt. Er ist eine „Eloquenz“; aber der Kanzler scheute sich, ihn mit den anderen zusammenzuwerfen, wenn er auch gelegentlich von dem „prinzipiellen und rhetorischen Feld“ spricht, auf dem er sich bewege, und wenn es auch zwischen ihm und dem Kieler Professor so wenig wie hinsichtlich anderer fortschrittlicher Abgeordneten gefehlt hat an „Unannehmlichkeiten der gegenseitigen Beziehungen“, die der Fürst nach seiner Ausdrucksweise keinen Grund hätte zu verlängern, wenn er nicht „auf Wunsch Seiner Majestät des Kaisers und Königs“ in seiner Stellung verbliebe, den er „in dieser Lage gegen seinen Willen nicht verlassen könne“. „Ich nehme in der Fortschrittspartei“ — bezeugte er ihm in der Reichstagsrede vom 9. Oktober 1878 — „den Abgeordneten Hänel aus, der seinerseits zum erstenmal den Bann

der Fortschrittspartei, den Bann der Negation, in einer erfreulichen Weise durchbrochen hat, mit einem positiven Antrage, meines Erachtens der erste Antrag von dieser Bedeutung, der je aus dem Schooße der Fortschrittspartei gekommen ist. Aber ich frage Sie alle, die Zeitungen lesen, hat er den Anschluß seiner sonstigen politischen Freunde dabei gefunden? Ich bin dem Herrn Abgeordneten Hänel schuldig, ihn nicht in die Behauptung einzuschließen, daß die Fortschrittspartei an und für sich nur eine Partei der Negation sei, die, so lange sie existirt, noch keinen positiven Vorschlag zur Verwirklichung ihrer Theorien gemacht hat, — aber ich nehme den Herrn Abgeordneten Hänel, wie gesagt, aus.“ Freilich, weiß man nach gewissen neuerlichen Auftritten nicht, ob der Fürst in allen Fällen von seiner Seite des „Zartgefühls“ sicher ist, das er „von dem Abgeordneten Richter“ nicht erwartet; jedenfalls aber wird man ihn immer zu den „guten Revolutionären“ im Sinne des Herrn Dirchow rechnen müssen.

Dies gilt sicherlich auch von seinem Fraktionsgenossen Albert Träger, dem Lyriker der „Gartenlaube“. Wenn sich manche hinsichtlich der äußeren Physiognomie ein Idealbild von ihrem Lieblingsdichter machen, — in der Erscheinung Albert Träger's würden sie sich nicht getäuscht finden! Sie hat etwas anziehendes, diese kräftige, gedrungene Gestalt, — dieser Kopf mit dem dichten, vollen Haar, dieses frische, edle, ebenmäßige Gesicht mit dem schönen Vollbart und den eigenthümlich geschnittenen, glänzenden Augen: es ist wirklich ein Poetenangezicht. Wenn man es nicht schon wüßte, so würde man's auf den ersten Anblick erkennen: der Mann hat Gemüth . . . Seine Poesien sind gesund, tief empfunden, innig bewegt, mögen sie Ernstes und Heiteres aus dem Familien- und Liebesleben zum Gegenstand haben, mögen sie mit rhetorischem Pathos den Stimmungen und Strebungen

der Zeit, dem „stürmischen Verlangen“ der eigenen Brust Worte leihen. Pathetisch ist auch seine Rede, er verirrt sich nicht leicht auf das prosaische Gebiet der Zahlenbeweise und nüchterner Darlegungen und geht den Materien ohne Saft und Reiz soviel wie möglich aus dem Wege; aber er legt gern die Grundsätze seiner Partei in großen Zügen schwungvoll dar, und dann spricht er fließend, elegant, eindringlich, mit männlichem Ernst, dann zünden seine reichlich mit Citaten durchflochtenen Verbungen immer. Insofern ist er eine zum wirkungsvollen Vortrag in Volksversammlungen außerordentlich geeignete, für seine Partei unschätzbare Kraft. In seinem Auftreten sprechen sich Mannesstolz und Würde aus, es liegt ein wenig Koketterie in der Art, wie er sein weißes Taschentuch immer bei der Hand hat und nach der heißen Stirne führt, oder die Spitzen seines Schnurrbarts dreht; er ist augenscheinlich mit seinem Dichterruf sehr zufrieden. Seine „Gedichte“ haben die vierzehnte Auflage erlebt . . . Träger gehört bekanntlich zu denen, die morgens „auf die Kanzlei mit Akten, abends auf den Helikon“ gehen; er ist am 30. Juni 1830 in Augsburg geboren, in Halle und Leipzig der Studien beflissen gewesen, war zuerst, seit 1862, Rechtsanwalt in Cölleda in der preussischen Provinz Sachsen und lebt jetzt als solcher in Nordhausen. —

Als Bismarck im Anfang Juni 1866 die einflussreichsten Mitglieder der Opposition, die er sich damals als Helferin ansehen, zu sich eingeladen hatte und infolge dessen die Geburt der nationalliberalen Partei sich zu vollziehen begann, war Eduard Laske einer der ersten, die aus der Fortschrittspartei austraten und jene mit begründen halfen. Der Haupteinfluß in der neu geschaffenen Fraktion hat seitdem zwischen ihm und Herrn von Bennigsen geschwankt; nach dem deutsch-französischen Kriege hatte die Laske'sche Richtung das ausgesprochene Uebergewicht in der Partei. Jetzt ist der Widerspruch

Frank, fürst Bismarck und nicht seine Leute.

11

der von Haus aus in derselben lag, wieder zur Geltung gekommen, fürst Bismarck ist mit seinem „Entweder — oder“ — ein Wort, welches auf den Nationalliberalismus wirken mußte wie Scheidewasser — dazwischengefahren, und der linke und rechte Flügel sind auseinandergetreten. Das war das naturgemäße Schicksal einer Partei, die, wie Dr. Brüel einmal eben so zutreffend wie beißend bemerkte, den Spruch: „Vorsicht ist der bessere Theil der Tapferkeit“ sich mehr und mehr zur Devise genommen hatte.

Schon bald nach ihrer Begründung befand sich die nationalliberale Partei in einer Stimmung, der Ludwig Bamberger ziemlich klaren Ausdruck verlieh, als er bereits zu Anfang 1868 dem Kanzler zu bedenken gab, daß der „siegbeladene Mann, wenn er in der parlamentarischen Verfassung auch nur seine Magd geheirathet zu haben glaube, welche ihm zu Hause im kleinen Dienste leisten solle, damit er draußen im großen erobere, nicht vergessen sollte, daß selbst derjenige, der seine Magd zum Weibe nimmt, ihr von Rechts- und Naturwegen um seiner selbst willen ebenbürtige Achtung gelobt, und daß die Nachkommenschaft dieser Ehe nur verwildern und verwahrlost werden kann, wenn die Mutter im Hause nicht geehrt wird“.

Diese „kummervolle Ehe“ hat sich denn auch richtig in einem fortwährenden „Kreislauf von Mißhandlungen und Empörungen und Versöhnungszenen“ abgesponnen, und selbst jetzt, nachdem sie unter gegenseitigen Vorwürfen auseinandergelaufen, befinden sich beide Theile noch immerfort darüber, wer zuerst den Scheidungsantrag gestellt habe, im Streit.

Freilich läßt sich von dem weiblichen Theile, um in dem Gleichniß zu bleiben, nicht gerade sagen, daß er besonders eigensinnig und halsstarrig gewesen; die „Magd“ raffte sich wohl zuweilen zu der Kühnheit auf, den gewaltigen Ehgatten schüch-

tern bittend anzusehen und einen, wie sie sagte, ihr besonders am Herzen liegenden Wunsch auszusprechen, ja, sie versuchte sogar manchmal mit einem ängstlich rückwärts gewandten Blick behutsam das Fenster zu öffnen, um etwas frische Luft und hellen Sonnenschein herein zu lassen, aber der andere meinte immer, es könne ihn in seinem häuslichen Behagen beeinträchtigen oder sein Rheuma verschlimmern und überdies den Kindern schaden, und er that rasch einige mächtige Schritte und schlug ihr das Fenster vor der Nase zu. Und sie schrak dann immer zusammen bis in's innerste Mark und wagte wieder stehend die Augen zu ihm aufzuheben und reichte ihm reuig die Hand hin oder warf sich gar weinend zu seinen Füßen. Eine Zeit lang war er gnädig und hob sie wieder auf und meinte, er wolle auch in Zukunft gut zu ihr sein, wenn sie ihm die häßlichen Kinder, die immer so entsetzlich vor dem Hause lärmten und ihn in der Arbeit über seinen schönsten Plänen störten, vertreiben helfe. Er habe schon für eine tüchtige Ruthe gesorgt, die möge sie nehmen und wacker auf das freischende Pack loschlagen. Und die Willfährige sprang hinaus und fuhr mit einem Eifer zwischen die lärmende Schaar, daß diese erschreckt auseinanderstob und die Nachbarn die Köpfe aus den Fenstern steckten und ihr freudig zunichten, wie sie weidlich schimpfte. Das galt den „schwarzen“ Kindern, und man nannte es einen Kampf um die „Kultur.“ Dann kamen die „rothen“ an die Reihe, die sich zwar die treue Magd zu züchtigen anfangs etwas scheute, die sie aber dann doch, auf einen erneuten Zuruf ihres Herrn und Meisters hin, ganz ertleßlich braun und blau schlug. Ach, wenn sie aber dadurch nur den Grimmen zu befriedigen vermocht hätte! Kaum hatte dieser ihrem Kampfe mit dem Straßenvolk eine Zeit lang zugeesehen, da äußerte er schon wieder andere, für sie ganz unerfüllbare:

Wünsche, — ihre auswärtigen Tanten, die ihr immer ein so schönes, großes Butterbrot mitbrachten, sollten sie nicht mehr besuchen dürfen, und ihr wurde bange, daß dieselben sie dann auch nicht mehr bei sich einlassen würden, ihren Vettern sollte mit einem Mal Cigarren zu rauchen verwehrt sein, es sei denn, daß sie diese um theuren Preis dem Gewaltigen selbst abkauften, und — die sonderbarste Schrulle von ihm — die Armen und Krüppel, die im Hintergebäude wohnten, sollten täglich eine Suppe und westfälischen Schinken haben. Das ging ihr doch über alles, was ein Ehemann billigerweise verlangen darf, und sie meinte fürchten zu müssen, wenn sie sich auch in diesem Falle willfährig zeigte, es nicht nur mit ihrer verwandtschaftlichen Sippe zu verderben, sondern auch ihren Haushalt an den gänzlichen Ruin zu führen. Nein, nein, sie wollte von solchen Reformen für ihre Wirthschaft ein für allemal nichts wissen, und im Janz darüber kam es zwischen den beiden zum vollständigen Bruch.

Eine wesentliche Hülfe, diesem Ueßersten vorzubeugen, war ihr bisher immer einer von ihren älteren Knaben gewesen. Der verstand so schöne Lieder zu singen, den Alten zu besänftigen, und er wußte immer ein Mittel ausfindig zu machen, um diesen zu befriedigen, ohne den übrigen Theil der Familie allzusehr zu schädigen; zwar war er boshaft genug, dem Vater gelegentlich statt des von ihm verlangten Brotes einen Stein hinzuschieben, aber es war mehr eine Knabenhafte Neckerei, als wirkliche Widerwilligkeit, als wirklicher Trotz, aus der er es that, und wenn der andere das Manöver merkte und drohend den Finger erhob, reichte er ihm schnell den ganzen Laib hin und zog eilig die Hand zurück (vgl. Sitzung des Norddeutschen Reichstags vom 21. Mai 1869). So ging es wenigstens eine geraume Zeit.



In der That hat selten ein Parlamentarier mit solcher „Schlagfertigkeit in der Debatte, solcher Promptheit der Antwort, solchem Geschick im Zusammenfassen der Meinungen“ eine gleiche „Schnelligkeit im Auffinden eines Auswegs und in der Stellung eines vermittelnden Antrags“ vereinigt wie der national-liberale Abgeordnete Eduard Lasfer. Dabei verstand er es meisterhaft, im Grundton seiner von idealistischem Schwunge getragenen Reden die nationale Begeisterung, die das deutsche Bürgerthum unmittelbar nach den Kriegsjahren erfüllte, wiederklingen zu lassen und dasjenige Maß politischer Freiheit anzusprechen, das seines Erachtens für den Durchschnittsbürger gerade hinreichend und heilsam sich erweisen würde; er stand mit erhobenem Degen auf der Tribüne des Parlaments und focht für die „Rechte des Volks“, aber gerade nur immer so lange, als sich kein stärkerer und weitreichenderer Arm ausstreckte, ihm denselben aus der Hand zu schlagen. Er ließ bei jeder Gelegenheit erkennen, wie sehr ihm am Herzen liege, „daß der Beistand und die Energie des Reichskanzlers dem Ministerium nicht fehle,“ er war der Mann der Amendements und der Kompromisse, — aber trotzdem hätte der Kanzler auch in jener Periode der intimsten Freundschaft doch nur im Scherze von einem Ministerium Lasfer sprechen können, „der eine Art Ollivier abgeben würde.“ Alle Achtung vor den juristischen Kenntnissen des Herrn Lasfer, seiner Redegewandtheit und der Klarheit seines Denkens, der Schärfe seiner „Deduktionen“ und der ruhigen Gelassenheit, mit der er stets die auf andere Gebiete abgeschweifte Debatte in das ursprüngliche, regelrechte Geleis zurückführte, — aber so wie sein Verhältniß zum Kanzler einmal war, konnte es nicht fehlen, daß einmal jene Stunde kam, in der er — am 9. Juli 1879 — dem Schmerz der Trennung von ihm elegischen Ausdruck zu geben sich gezwungen sah, und in der er „aus der Höhe, vor dem ganzen

deutschen Volke“ Zeugniß davon ablegte, wie alles hatte so geschehen können. „Er hat es so gewollt!“ — war der Grundgedanke dieser Rede, und in dem Herzen des Kanzlers, der die Hoffnung aussprach, er würde doch wohl seine früheren Kampfgenossen wieder zu sich zurückkehren sehen, stieg es noch einmal mit wehmüthiger Regung auf, wie ein leises Nachzittern einstiger zärtlicher Neigung: „Es ist mir Leid um Dich, mein Sohn Absalom, ich habe große Freude und Wonne an Dir gehabt.“ „Die Herabnahme der nationalliberalen Fahne von ihrem geheiligten Posten des Reichstags“ (die Wahl eines Centrums-Mitgliedes zum Vize-Präsidenten), die „alle europäischen Nationen mit ernstern Betrachtungen erfüllen werde“, hatte schon einige Wochen vorher der gleich elegisch gestimmten „National-Zeitung“ Veranlassung zu den düstersten Klagen gegeben, — nun war es mit der seltsamen Ehe und all’ den glücklichen und unglücklichen Familienbeziehungen aus und vorbei . . .

Kasler hatte sich bekanntlich in den Jahren 1866—1870 um die Einigung des deutschen Südens und Nordens besondere Verdienste erworben und im Herbst 1870 mit mehreren andern hervorragenden Parteigenossen mit den nationalgesinnten Süddeutschen Verhandlungen geführt, welche die dortigen Regierungen nicht unwesentlich beeinflussten. Sein ganzes Streben ist seitdem auf die Ausbildung des von ihm erträumten „Rechtsstaats“ gerichtet gewesen. Von seinen äußeren Lebensumständen sind folgende die bemerkenswerthesten. Von israelitischen Aeltern abstammend, — er wurde am 14. Oktober 1829 zu Jarocin im Großherzogthum Posen geboren — erhielt er seine Vorbildung für die Universität auf dem Elisabeth-Gymnasium zu Breslau. Audirte auf der Universität dieser Stadt von 1847 bis 1851 Mathematik und Jura und wurde dann Assistent beim Berliner Stadtgericht. Nach einem dreijährigen Aufent-

halt in England, wo er wahrscheinlich seine Begeisterung für parlamentarische Einrichtungen in sich aufnahm, trat er im Mai von 1856 wieder in den preussischen Staatsdienst ein und war seit dem Jahre 1858 am Stadtgericht Berlin Assessor, bis er 1870 als Rechtsanwalt bei demselben zugelassen wurde. Jedoch hat er, fast ganz von seinen parlamentarischen Arbeiten in Anspruch genommen, seitdem die advokatorische Praxis in nur sehr geringem Umfange ausgeübt. Die Aufmerksamkeit weiterer Kreise hatte er zuerst durch seine während der Jahre 1861 bis 1864 in Oppenheim's „Deutschen Jahrbüchern“ veröffentlichten Arbeiten über preussische Verfassungsgeschichte auf sich gelenkt und war durch dieselben auch in mehrere Preßprozesse verwickelt worden. Schon im März von 1865 wurde er von dem vierten Berliner Wahlbezirk in das Abgeordnetenhaus gewählt, was im Juli des nächsten Jahres zum zweitenmal der Fall war. Von 1868 bis 1873 vertrat er Magdeburg im Abgeordnetenhaus, nahm aber 1875 ein Mandat für Frankfurt a. M. an. Bei den letzten Wahlen zum preussischen Parlament gelang es ihm, wie man weiß, nicht, einen Abgeordnetenitz zu gewinnen. In den konstituierenden Reichstag war er vom ersten Berliner Wahlkreis entsendet, wurde hier aber dann, wie schon im Norddeutschen Reichstage, Vertreter des zweiten meiningischen Wahlkreises. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung ist er als Referent und Redner unermüdlich thätig gewesen; fast alle unter der „liberalen Aera“ geschaffenen Gesetze sind recht eigentlich sein Werk. Hinsichtlich der sozialen Frage sind sein Referat über das Genossenschaftswesen und seine Theilnahme bei der Berathung der Gewerbeordnung und des Haftpflichtgesetzes hervorzuheben. Das meiste von dem, was er in dieser Beziehung mit schaffen half, wird freilich in der nächsten Zukunft schon vielfach umgeändert oder gar beseitigt werden; von dem aber,

was er zuweilen dabei gesprochen, dürften u. a. die folgenden, vom Fürsten Bismarck gewiß gerade heute gern gehörten Worte dauernde Geltung behalten: „Ich weise den Gedanken ganz zurück, der im Namen der Religion oder Philosophie eine gesellschaftliche Ordnung predigt, wonach die Mehrzahl der Menschen immer verurtheilt sein müßte, ein kümmerliches Leben zu führen, andere dagegen eines glücklicheren Zustandes sich erfreuen sollen. Ich meine, darin besteht der menschliche Fortschritt, daß fort und fort der Kreis der Menschen sich erweitere, welche sich in den Gütergenuß des Lebens theilen. Aber dieser Fortschritt wird nur durch schwere Arbeit erlangt, nicht durch leicht entworfene Reden 2c“ (Deutscher Reichstag, 27. Januar 1876). Bekannt sind Lasker's Bekämpfungen der Wuchergesetze, sowie seine sehr verschieden beurtheilten und inzwischen auch zum Theil berichtigten „Enthüllungen“ hinsichtlich des Eisenbahn-Konzeptionswesens (7. Februar 1873). Von seinen der Literatur zugehörigen Arbeiten sei das Buch: „Zur Geschichte der parlamentarischen Entwicklung Preußens“ (Leipzig, Brockhaus) besonders erwähnt, außerdem seine Grabrede und die Gedächtnisrede auf den nationalliberalen Parlamentarier Karl Theisen. —

Dort sitzt Herr Ludwig Bamberger, ein praktischer Herr, der Realpolitiker vom reinsten Wasser, der ausgesprochene „freihändler“, der Mann des „laissez faire“ par excellence, der Mann mit dem „korrekten Manchesterstandpunkt“, der da sagt: „Ich habe die Gewalt, ich habe das Geld, ich befehle,“ — der „echte Manchestermann“, der Herrn Stumm begeistert an die Seite springt, dessen Ideal der „self made man“ ist, der „selbstgemachte Mann“, der „nicht mit einigen Rittergütern auf die Welt kommt“, „der alles seiner eigenen Kraft verdankt,“ der „nicht auf das Schlaraffenland des sozialistischen Staates, in dem ihm die gebratenen Tauben in den Mund fliegen,

wartet“, der „selbst seines Glückes Schmied sein will und sich verhältnißmäßig sehr wenig um diejenigen Pläne kümmert, die in Bezug auf staatliche Umgestaltung im Werke sind,“ wie man „derartige Männer vorzugsweise in Berlin hat“. „Und hätten wir deren noch mehrere, es wäre noch besser,“ — so sprach sich nämlich Eugen Richter im Reichstag aus. „Solcher Mann ist naturgemäß bemüht, mitzuhelfen, diese Schranken, diese Hindernisse, die sich der bürgerlichen Erwerbsthätigkeit und der freien Entwicklung im Staate entgegenstellen, zu beseitigen. Und darum finden sie in diesen Klassen, diesen Klassen des bürgerlichen Fortschritts, auch so viel Sinn und Verständniß für politischen Fortschritt. In anderen Staaten mag das anderen liberalen Parteien zu gute kommen, hier in Berlin äußert sich wesentlich aus diesen Klassen das Bestreben nach politischem Fortschritt im Anschluß an unsere Partei.“

Fürst Bismarck könnte kaum einen entschiedeneren Gegner in seinen wirthschaftlichen Bestrebungen haben, als Herrn Ludwig Bamberger. Für ihn liegt schon eine Gefahr darin, „daß man überhaupt an die Möglichkeit eines durch die Gesetzgebung bewirkten umgestaltenden Eingriffs in die organische Entwicklung des gesellschaftlichen oder speziell des wirthschaftlichen Lebens denkt;“ seinen Wünschen würde es am besten entsprechen, wenn — wie Freiherr von Hertling es bezeichnete — „fortan in der Wissenschaft nur mehr eine einzige wirthschaftliche Theorie“ existierte, wenn „die Alleinherrschaft der Manchestertheorie, die wissenschaftlich nicht mehr unbedingt anerkannt wird, durch die Mittel der Gesetzgebung neuerdings gesichert“ werden würde. Er möchte „die Staatsgenossen aufmerksam machen auf den Kreis von Irrthümern und falschen Tendenzen, in denen sich ein großer Theil der Gebildeten und Wohlwollenden selbst bewegt“, die Gefährlichkeit der „Spielereien“ nachweisen, „mit

denen die Wissenschaft, das Leben, die Regierung, kurz, alle Theile der Bevölkerung sich auf die schiefe Ebene," auf der sich seiner Meinung nach auch „die große, oft verkündigte, auf die Autorität des Reichskanzlers gestützte Wirthschafts- und Steuerreform" bewegt, begeben haben. Er redete „von jener Art sozialistischer Bestrebungen, welche von unserer Gelehrtenwelt ausgegangen ist und einen großen Einfluß auf die ganze Denk- und Anschauungsweise der Nation ausgeübt hat", er hielt es für verhängnißvoll, sich „im Namen des Staates und aller am Staat interessirten Kreise mit Wohlbehagen an den Bestrebungen" zu betheiligen, die allerdings seiner Ansicht nach „zu denselben Konsequenzen führen wie die sozialdemokratischen", und glaubt, daß man durch „den Gedanken einer Reform, einer durchgreifenden Veränderung der ganzen wirthschaftlichen Organisation der Menschheit das ganze Staatsgebäude auf einen Strohhalm stütze." „Deswegen sage ich, mir bereitete es eine Art schmerzlicher Empfindung, daß ich hier von dem Herrn Reichskanzler über diese Dinge mit einer gewissen Toleranz sprechen hörte, die, wenn ein solcher Mann die Fragen behandelt, mir gefährlich erscheint." Er ist außer sich über die „posthume Liebeserklärung", die der Reichskanzler Lassalle habe zu theil werden lassen, steht mit Betrübnis unter dem Eindruck, „daß die sozialistisch gearteten Grundgedanken ernstlich in Erwägung gezogen werden", und citirt dann die „Autoritäten", auf die der Fürst hingewiesen: Rodbertus, Wagener und andere „Staatssozialisten". „Wer die bezeichneten sozialistischen Lehren als etwas zulässiges vertritt, der verfällt allerdings der sozialdemokratischen Tendenz mit Nothwendigkeit." Und nun hatte der Reichskanzler nicht nur von Rodbertus mit Anerkennung gesprochen, sondern er konferirt auch jetzt fleißig mit dem Herrn Geheimrath Wagener und ladet — man denke! — Schäffle,

den Verfasser der „Quintessenz des Sozialismus“, an seinen Tisch. Es kann in der That für Herrn Bamberger kaum schmerzlichere Erfahrungen geben.

„Tu l'as voulu, Georges Dandin!“ ruft er aus und weist „in kathedraler Manier“ jeden Zweifel an der Richtigkeit seines Systems zurück. „Daß die neuen Tendenzen im Reiche sozialistisches Kolorit haben, ist communis opinio,“ zetert er weiter, und er hatte doch vor ein paar Jahren sogar eine „allgemeine Herabstimmung“ des gemeinen Rechts (der Versammlungs-, Rede- und Pressfreiheit) empfohlen, um den Kampf gegen solche Tendenzen erfolgreich aufzunehmen. Eine „allgemeine Herabstimmung“ des gemeinen Rechts, — das wäre so recht eine Maßregel gewesen, wie man sich ihrer jederzeit von einem Realpolitiker vom Schlage des Herrn Bamberger versehen konnte. Es entsprach das ganz der Art jenes „mittelmäßigen Liberalismus“, vor welchem dem Kanzler schon von Anfang an bange war, und mit dem er auch auf die Dauer nicht auszukommen vermochte, so bereitwillig er ihm „von Fall zu Fall“ folgte. Herr Bamberger betont, daß ihm in einem „an sich außerordentlich wenig wohlgefälligen Gesetz die antipathischste Bestimmung vor allem die über die Presse ist“, weil es „kulturwidrig“ sei, mit Pressbeschränkungen „in der Bewegung der öffentlichen Meinung vorzugehen“, spricht davon, daß „zur Genugthuung aller Freigeistigen auch von den jenseitigen Parteien des Hauses in Billigkeit anerkannt worden ist, mit welcher einer schwierigen und unserer ganzen bisherigen Entwicklung widersprechenden Materie wir es zu thun haben“, und sucht in einem Athem zu beweisen, daß dieses selbe Gesetz kein „Ausnahmengesetz“ sei, — giebt „sogar zu“, daß ein Gesetz gemacht wird, „welches die allgemeine Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit einschränkt und gefährdet,“ thut es „mit dem vollen

Bewußtsein der Einschränkung", die dadurch auferlegt wird, — aber das Gesetz ist eine „im liberalen — „nationalliberalen“! — Sinne erhaltende Maßregel.“ Und dann ist es wieder ein solches, „welches den Charakter des Transitorischen, des Besonderen von vornherein an der Spitze hat,“ und der Redner macht sich „darüber durchaus keine Illusion, daß die bürgerliche Freiheit auf diese Weise auch vorübergehend geschädigt“ wird. Aber er hat „dankebar und mit Vertrauen die Erklärung angenommen, die der Herr Reichskanzler in Beziehung auf die Ueberwachung der Ausführung dieses — allerdings „sehr bedenklichen“ — Gesetzes jüngst abgegeben“; „ich glaube, sie ist in einer so bestimmten Form und in so loyaler Weise, im Ton der Loyalität ausgesprochen, daß ihr mit Vorbehalt entgegenzutreten nicht gestattet sein darf.“ Freilich sind dann wieder „des Menschen Erklärungen und Willensbestimmungen immer nur unter gegebenen Umständen als unbedingt sichere Bürgschaften ihrer Realisirung aufzufassen, und wir können nicht wissen, welche Veränderungen in der Regierung, in der Denkweise selbst desselben Mannes eintreten können“. Der immer nüchtern denkende Herr Bamberger giebt sich also abermals „gar keiner Illusion“ hin, und es ist uns unbekannt, ob er jetzt nicht etwa den Worten des Herrn Windthorst beizupflichten geneigt ist: „Sie irren sich, der Strick wird Ihnen selbst um den Hals gelegt werden.“

Wer doch so mit Ansichten und Beweisgründen umzuspringen verstände, wie Herr Ludwig Bamberger. Er ergeht sich in den bestechendsten, freilich oft auch gerade deshalb sehr in die Augen fallenden Sophismen, behauptet in diesem Satze dies und hebt es im nächsten wieder auf, macht aus dem J ein O und versteht mit seiner meisterhaften Dialektik, ein und dasselbe bald mit allen Künsten der Rhetorik zu vertheidigen,



bald mit der gleichen Fertigkeit auf das stärkste anzuzweifeln und den Diamanten in einen Kieselstein zu verwandeln. Man rühmt ihm besondere politische Bildung und französischen Esprit nach, — wir vermögen nicht zu sagen, ob er diese Gewandtheit des parlamentarischen Jongleurs auch als einen geistigen Gewinn von jenseits des Rheines mit herübergebracht hat.

Er lebte über ein Jahrzehnt in Paris, und seine bekannte Schrift über Bismarck (Breslau, 1868) erschien zuerst — Februar des eben genannten Jahres — unter dem Titel „Monsieur de Bismarck“ in der französischen „Revue moderne“. Sein Geburtsort ist Mainz (22. Juli 1823). Von 1842 bis 1845 studirte er in Gießen, Heidelberg und Göttingen Jurisprudenz und erwarb sich die Würde eines Doktors juris. Er bildete sich dann zum Advokaten aus, nahm im Jahre 1848 als Journalist und Parteiführer an der Bewegung theil und schloß sich der Erhebung für die Reichsverfassung in der Pfalz und in Baden an, nach deren Mißlingen er Deutschland zu verlassen gezwungen war. Nachdem er sich zuerst die Schweiz, dann England, Belgien und Holland zum Asyl erwählt, nahm er von 1853 bis 1866 seinen Aufenthalt in der französischen Hauptstadt, wo er einem großen Bankhause als Direktor vorstand. Die infolge des Kriegs mit Oesterreich erlassene Amnestie ermöglichte ihm die Rückkehr in seine Vaterstadt, von der er 1868 in's Zollparlament und 1871 in den Reichstag gewählt wurde. Schon seit dem Jahre 1859 hatte er seine publizistische Thätigkeit, für die er sich ungewöhnlich befähigt erwies, wieder aufgenommen, und er konnte sich dieser und den politischen Angelegenheiten seit seinem Eintritt in das Parlament um so ausschließlicher widmen, als er, was seine materiellen Verhältnisse anlangt, „das beste Theil erwählt“ hatte, — d. h. Rentier geworden war. In der Folge vertrat er im

Reichstag den Wahlkreis Bingen-Alzey (Großherzogthum Hessen) und wohnt jetzt in Berlin. Von seinen zahlreichen Aufsätzen in Zeitungen und Zeitschriften abgesehen, veröffentlichte er „Die Arbeiterfrage“ (Stuttgart, Cotta, 1873), sowie neuerdings die Schrift: „Die Sezession“ und mehrere Broschüren über die Bank- und Münzfrage, auf welchem Gebiet er sich für Deutschland unbestrittene Verdienste erworben hat und so bewandert ist, wie es dem ehemaligen Bankdirektor und jetzigen Rentner ziemt.

Seine Beredtsamkeit ist bereits gebührend hervorgehoben worden, und er zählt in dieser Hinsicht zu den markantesten Erscheinungen des Parlaments. Daß er auch über ein nicht zu unterschätzendes Maaß von Sarkasmus verfügt, bewies er u. a., als er in der Reichstagsitzung vom 21. März 1881, nachdem jemand von dem „Körnchen Wahrheit gesprochen“, welches in der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ herausgefundenen Analogie zwischen Freihändlern und Nihilisten liege, die sehr angemessene Bemerkung machte: „Ich habe schon oft sagen hören, in jedem Menschen wäre ein Körnchen Verrücktheit . . .“

Die Aufmerksamkeit des Hauses wendet sich ihm stets zu, sobald er spricht, auf allen Seiten desselben lauscht man gern seinen Worten, — den Worten des Justizraths Karl Braun. „Wiesbaden“ darf man kaum noch mit Recht seinem Namen hinzufügen, seitdem er fast in jeder Legislaturperiode des Reichstags einen anderen Wahlkreis vertritt. Es ist alles Leben an der kräftigen, mehr als wohlbeleibten Gestalt, auf seinem Gesicht liegt immer ein freundlicher Zug, Wiß und Humor sprudeln ihm förmlich von den Lippen, und scherzhafte Pointen schießen wie muntere Kobolde zwischen durch. Er plaudert, auch in der Privatunterhaltung, oder vielmehr dann erst recht, sozusagen ununterbrochen feuilletons, und zwar feuilletons der geistvollsten

Art; es wäre auch kaum möglich, daß er bei den vielen Obliegenheiten seines angestregten Berufs noch Zeitungsartikel und Buch auf Buch schreiben könnte, wenn er nicht alles, was ihn gerade bewegt, so mühelos und leicht aus sich herauszubringen vermöchte. Ja, es ist edelster „Champagner“ in ihm, — kein Wunder, daß er so gern mit den „fünfmahlhunderttausend Teufeln“ sich in die intimste Freundschaft einläßt. Und dann: „treibt der Champagner das Blut erst im Kreise“, man muß Karl Braun dann erzählen hören, um zu wissen, was ein amüsanter Pflauderer ist!

Daß er sich auch dem „heiligen Ernst“ zu ergeben weiß, hat er durch die reiche Thätigkeit seines bisherigen Lebens bewiesen.

In Hadamar, einem kleinen Landstädtchen an der mittleren Lahn am 4. März 1822 geboren, besuchte er das Gymnasium zu Weilburg, studirte von 1840 an in Marburg klassische Philologie und seit 1841 in Göttingen Rechts- und Volkswirtschaft. Er hatte sich in Nassau zuerst der richterlichen Laufbahn gewidmet, wegen seiner schriftstellerischen und politischen Thätigkeit sich aber mißliebig gemacht, was ihn bewog, zur rechtsanwaltschaftlichen Praxis überzugehen. Er betrieb dieselbe in Wiesbaden in bedeutendem Umfang, siedelte nach der Annexion Nassau's im Herbst als Anwalt beim Oberappellationsgericht nach Berlin über und weilte jetzt in gleicher Eigenschaft, als Anwalt beim Reichsgericht, in Leipzig. Seine lebhaftige Natur drängte ihn zu zahlreichen Wanderungen, die ihn fast durch ganz Europa führten, und auf denen er einen vollen Schatz der vielseitigsten Erfahrungen und Erlebnisse sammelte. So bereiste er in den Jahren 1875 und 1876 die Donauländer und den Orient, 1877 Istrien, Dalmatien, Montenegro, die ionischen Inseln und Griechenland. Seine parlamentarische Wirksamkeit begann schon sehr früh. Von 1848 bis 1866 war er Mitglied, von 1859 bis 1866 Präsident der zweiten nassauischen

Kammer. Im Jahre 1867 von Wiesbaden in das Abgeordnetenhaus und in den Norddeutschen Reichstag gewählt, war er einer derjenigen, durch welche die nationalliberale Partei in's Leben gerufen wurde, unter deren Rednern er sich bald als einer der besten hervorthat. Seine politischen und volkswirtschaftlichen Bestrebungen sind auch durch eine Reihe wirksamer Broschüren bezeugt: so über die Zinswucher-Gesetze, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit und mehrere Schriften, in denen er sein politisches Glaubensbekenntniß aussprach und für die Einigung Deutschlands mit Preußen an der Spitze eintrat. Ein großes Publikum gewann er sich namentlich durch seine geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Werke, Reiseschilderungen und Feuilletons. Wer kennt nicht seine fünf Bände umfassenden „Bilder aus der deutschen Kleinstaaterie“ (1869, 1870, 1876), in welchen er eine ebenso eingehende Geschichtsfenntniß wie eine seitdem oft genug gerühmte lebendige Darstellungsgabe offenbart und durch den seine Schilderungen durchwehenden köstlichen Humor, sowie eine über die Maßen schlagende, die ganze Mißere der deutschen Kleinstaaterie gebührend geißelnde Satire die Leser mit sich fortreißt. Ob er nicht jetzt auch über die großstaatliche Mißere ein kräftig Wörtlein sagen möchte? — Von seinen übrigen Büchern genügt es hier die „Parlaments-Briefe“ (1868), „Aus der Mappe eines deutschen Reichsbürgers“ (3 Bände), „Eine türkische Reise“ (3 Bände, 1876/77), „Zeitgenossen, historisch-politische Charakteristiken“ (1877), „Reiseeindrücke aus dem Südosten, Ungarn, Istrien, Dalmatien, Montenegro, Griechenland, Türkei“ (3 Bände, 1878), zu denen neuerdings noch weitere feuilletonistische Schriften gekommen sind, namhaft gemacht zu haben. —

Gustav von Böhler ragt weniger durch häufige Reden, als durch seine von Zeit zu Zeit immer wiederholten Anträge

hervor, die, wenn ihnen je überall entsprochen würde, für die gesammte Menschheit höchst segensreich wirken müßten: wir meinen seine Anträge auf allgemeine Abrüstung. Er ist ein Württemberger und am 13. Dezember 1817 in Stuttgart geboren. Seine Bildung empfing er zuerst auf dem Gymnasium und der polytechnischen Schule in Stuttgart, sodann auf der Universität Tübingen, wo er von 1836 bis 1839 Kameralwissenschaften studirte. Zu seiner weiteren Belehrung unternahm er Reisen durch Oesterreich, Ungarn, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, die Schweiz, England, Schweden, Rußland, Polen und lebt jetzt in seiner Vaterstadt. Mitglied des Reichstags ist er seit 1877; er zählt sich dem „gemäßigten Fortschritt“ zu. Mit größtem Eifer vertritt er die Ansicht, daß alle irgendwie ernstern Streitigkeiten zwischen den Nationen nicht mehr durch die Waffen auf dem Schlachtfelde, — denn das entspreche den sonstigen humanen Anschauungen unseres Zeitalters nicht — sondern durch Einsetzung internationaler Schiedsgerichte in friedlicher Weise zum Austrag gebracht werden sollten. Wie viele stimmen ihm darin nicht bei, — wie lange aber wird es noch ein frommer Wunsch bleiben? — —

Als freimüthiger und schlagfertiger Redner hat sich Heinrich Rickert, der Vertreter für Danzig, welches ihn schon seit 1870 auch in das Abgeordnetenhaus wählte, bekannt gemacht, besonders seit er mit dem linken Flügel aus der nationalliberalen Partei ausgetreten und die Gruppe der „Sezessionisten“, die „Fortschrittsmänner zweiter Klasse“, nach Windthorst's Ausdruck, oder, wie man sie in ihrem Sinne besser bezeichnen soll, „die liberale Vereinigung“ mit bilden half. Er darf ohne Frage als einer der hervorragendsten Mitglieder der letzteren gelten und hat schon oft in sehr scharfer Weise und mit der Entschiedenheit, die sich in den männlichen Zügen seines Gesichts ausdrückt, seinen

frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute. 12

Standpunkt zur Geltung gebracht. Die Stellung, die er jetzt Bismarck gegenüber einnimmt, wird durch folgende, von ihm am 6. Mai 1881 im Reichstage gesprochenen Worte gekennzeichnet: „Ich erkenne dessen große Verdienste an, aber es ist doch ein schlimmes Verhängniß, alles an die Gedankenreihe eines Mannes zu knüpfen und das Entgegengesetzte auf Tod und Leben zu bekämpfen.“ Wiederholt verdient hat er sich gemacht durch schonungslose Kritik der Reptilienblätter und der Art, in welcher die gerade der Regierung freundlichen Zeitungen von den Behörden, namentlich durch Zuweisung der amtlichen Inserate, Unterstützung erfahren: „Wer entscheidet die Frage der oppositionellen Blätter? War nicht die ‚Kreuzzeitung‘ ein solches zur Zeit der Deklaranten? Heute ist die ‚Kreuzzeitung‘ oppositionell, morgen die ‚Germania‘; ob diese heute oppositionell ist, wissen wir ja nicht einmal“ (Preussisches Abgeordnetenhaus, 10. Januar 1880). Auch in der Debatte über die Judenfrage (20. und 22. November 1880, im preussischen Abgeordnetenhaus) that er sich rühmlich hervor und trat kräftig für die volle Gleichberechtigung aller Konfessionen ein, wenn er auch den Kulturkampf für politisch geboten erachtete. Herr Windthorst hatte gerade von der neuen Gruppe erwartet, „daß sie die Abschaffung des Kulturkampfes in die Hand nehmen würde, — aber der Mensch muß erst wachsen, und die Sezessionisten tragen noch zu viel von den nationalliberalen Eierschalen an sich.“

Rickert steht noch in den besten Mannesjahren; er ist 1833 geboren. Früher unbefoldeter Stadtrath in Danzig, war er dann Landesdirektor der Provinz Preußen in Königsberg, legte nach der Theilung der letzteren dieses Amt 1878 nieder und hat jetzt als Privatmann seinen Aufenthalt theils in Danzig, theils in dem dieser Stadt benachbarten Zoppot. —



## Zehntes Kapitel.

### Gemischte Gesellschaft.

Rudolph von Bennigsen. — Adalbert Falk. — Leopold Sonnemann. — Wilhelm Liebknecht. August Bebel. Wilhelm Hasenclever. — Wladimir von Megolewski.



Herr von Bennigsen ist dasjenige Mitglied des „liberalen Generalstabs“, welches vor den Augen des Kanzlers immer am meisten Gnade gefunden hat. Der hannoversche Landesdirektor war sich dessen auch wohl bewußt, und wenn er auch „auf der hohen Zinne der Partei“ mit Ernst und Eifer des „Wächteramtes“ wartete, so zögerte er doch sehr, beim Aufblitzen jedes Kleinfeuers sofort Sturm zu läuten. Er gab vielmehr nur sozusagen „vertrauliche Signale“, sobald es unter den dichten Augenbrauen des Kanzlers einmal unheilverkündend gezußt und gesprüht hatte. Und diese vertraulichen Signale waren auch immer von guter und rascher Wirkung, solange Herr Fasker die Wassereimer eilig mit herzutragen half.

Bekanntlich war er es, der dem völligen Zerwürfniß zwischen dem Fürsten und den Nationalliberalen noch vorzubeugen suchte, als die eigene Halbheit der Partei ihr Todesurtheil schon bereitet hatte. Er klammerte sich dabei an das vom Kanzler zum

Ausdruck gebrachte Bestreben, „womöglich aus den drei Fraktionen, die überhaupt an den staatlichen Zwecken der Regierung in befreundeter Weise mitarbeiten (den Nationalliberalen und den beiden konservativen Gruppen), und aus der Regierung zusammen eine feste, sich gegenseitig in allen Theilen vertrauende Phalans zu bilden, die im Stande ist, allen Stürmen, denen unser Reich ausgesetzt ist, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen.“ Herr von Bennigsen war tief befriedigt von der „entgegenkommenden“, der „sehr friedliebenden und patriotischen Weise“, in der sich der Fürst ausgesprochen, und meinte annehmbar zu müssen, „daß in diesem Saale eine eigentlich reaktionäre Politik niemand dem Reichskanzler werde zugetraut haben. Meine Herren, wer wie der Reichskanzler in so umgestaltender Weise in Deutschland so Großes geschaffen hat, der kann unmöglich daran denken — das ist gegen alle historische Erfahrung, gegen alle Erfahrung, die wir von der Persönlichkeit und Thätigkeit dieses hervorragenden Mannes haben, — kann unmöglich daran denken, mit Elementen, die dem, was er geschaffen, vorher und als er es in's Leben rief, feindlich gegenüberstanden in Staat oder in Kirche, zusammen eine praktische Politik zu verfolgen, um das zu erhalten, was er damals gegen sie geschaffen hat. Meine Herren, eine solche Politik ist an sich so widersinnig, daß jeder nachdenkende, politisch gebildete Mann, jeder, der sich mit Einsicht und Verständniß mit den Ereignissen der letzten zwölf Jahre beschäftigt hat, dem Reichskanzler eine solche Politik nicht zuvertrauen wird.“ Er beeilte sich dann, den Worten des Fürsten den Sinn unterzulegen, daß er die volle „Gleichberechtigung der liberalen und konservativen Elemente in einer offenen, unumwundenen Weise anerkannt“ habe, und fand dieses Anerkenntniß „um so werthvoller“, als bereits vielfach den Gedanken und der Besorgniß Raum gegeben worden sei, „daß der Herr Reichs-



kanzler anders wie früher sich ausschließlich auf die konservativen Kreise und die konservativen Elemente stützen werde, einer Besorgniß, die er für seine Person zwar niemals geteilt habe, die aber, wenn sie wirklich begründet wäre und künftig die politische Aktion des Reichskanzlers auf derartiger Grundlage erfolgte, jedermann zwingen müsse, die Hoffnung einer stetigen politischen Entwicklung, überhaupt die Hoffnung auf irgend eine feste parlamentarische Mehrheit, sei es im Reichstag, sei es in Preußen, aufzugeben." Freilich setzte er dabei voraus, „daß der Herr Reichskanzler auch die volle Selbständigkeit der Parteien als solcher bei solchem Zusammenwirken werde bestehen lassen wollen," und beruhigte sich in dem Gedanken, daß auch unter den neugeschaffenen Verhältnissen die national-liberale Partei im wesentlichen ihren bestimmenden, tonangebenden Einfluß behalten würde, wie dies die „National-Zeitung“, die „Glockenträgerin der Herde“, — nach dem Ausdruck der „Grenzboten“ — zwei Tage nach der am 10. Oktober 1878 im Reichstag gehaltenen Rede des Herrn von Bennigsen unter dem Bilde darstellte, daß „der Weg zu den Konservativen doch immer über den Fürsten Bismarck führen“ werde.

Eine nicht so große Hoffnung auf das Zustandekommen des neuen Kompromisses äußerte Eugen Richter, die Situation schärfer auffassend, bereits am 14. Oktober, indem er gegenüber der von Dr. Windthorst angewendeten Bezeichnung „Ministerrede“, die Herr von Bennigsen gehalten habe, ausführte: „In der Rede des Herrn Abgeordneten von Bennigsen war das Wort ‚Selbständigkeit der Partei‘ scharf betont, ‚Selbständigkeit der Anschauung‘. Es kommt nämlich sehr darauf an, welche Worte man in der Bennigsen'schen Rede unterstreicht. Ich habe mir diese Worte unterstrichen (Heiterkeit), und ich muß sagen: Es werden ja immer Ministerposten beim Herrn Reichskanzler va-

fant, vielleicht auch in der nächsten Zeit; aber das Wort ‚Selbstständigkeit‘ ist für jemand, der Minister werden wollte, heute keine besondere Empfehlung gegenüber dem Reichskanzler — oder für eine Fraktion, — und der Verdacht der Ministerrede scheint mir durch dieses einzige Wörtchen etwas zerstreut zu sein. Dann muß ich auch sagen: Wenn ein freier so heiß werbend auftritt wie der Herr Reichskanzler und die Braut spricht dann von der nothwendigen Erhaltung der Selbstständigkeit, so, glaube ich, ist die Verlobungsanzeige noch etwas verfrüht.“ Er hatte Recht, die Verhandlungen, welche mit Herrn von Bennigsen um die Weihnachtszeit von 1878 in Darzin stattfanden, scheiterten, und der Fürst soll damals das geflügelte Wort gesprochen haben, daß Easler seinem weiter rechts stehenden Kollegen „die Suppe versalzen“ habe.

Herr von Bennigsen aber fand im weiteren Verlaufe der Dinge zur Genüge Gelegenheit, sein Vertrauen in die Politik des Kanzlers vor die Probe gestellt zu sehen, und es scheint, daß es diese Probe nicht bestanden hat. Er hatte schon in jener Oktober-Rede ein leises Mißbehagen an der Haltung der Regierungspresse durchklingen lassen. „Ich möchte auch annehmen“, — meinte er — „daß die Presse den Regierungen ab und zu mit einiger, ich will es ausdrücken, Unvorsichtigkeit zu Werke gegangen ist (große Heiterkeit). Die nicht immer taktvolle und liebedienerische Weise in der Presse hat häufig während des letzten Wahlkampfes den Eindruck hervorrufen können, sie hat ihn auch hervorgerufen, daß ein starker Bruch zwischen Regierung und liberaler Partei überhaupt erfolgt sei“; — als am 8. März 1881 der Gesetzentwurf, nach welchem die Berufung des Reichstags nur aller zwei Jahre stattfinden und demgemäß zweijährige Budgetperioden eingeführt werden sollten, berathen wurde, regte sich auch in ihm schon stärker das „stolze Tribünenbe-

wußtsein“, und er wies die dem Parlament vom Reichskanzler gemachte Zumuthung zurück, indem er sagte: „Es handelt sich hier um Fragen, welche den Reichstag viel näher betreffen als den Bundesrath, es wird eine wesentliche Aenderung der politischen Stellung des Reichskanzlers angestrebt. Der Reichstag hat nach der Verfassung das Recht, Gesetze vorzuschlagen, seine Mitglieder sind Vertreter des ganzen Volkes, während der Bundesrath nur aus einzelnen Vertretern der Bundesstaaten besteht . . . . Auch dies Recht wird zweifellos beschränkt. In keinem anderen Staate haben wir die Einrichtung, wie sie jetzt bei uns getroffen werden soll . . . . Die Erhaltung der Rechte des Reichstages müssen wir nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse der von uns Vertretenen beanspruchen . . . . Der Reichstag ist nächst dem Kaiser und dem Kanzler das wichtigste Organ des Reiches . . . . Der Reichstag muß seinen Einfluß auf die Gesetzgebung im Interesse des Gesamtwohles wahren und denselben jedes Jahr von neuem geltend machen.“

Noch einmal versuchte dann der Kanzler, Herrn von Bennigsen wieder gänzlich an seine Seite zu ziehen, und die „Quintessenz seiner Aufforderung“ an ihn deckte sich nach Eugen Richter's witziger Bemerkung mit den Worten des Erlkönigs: „Und folgst Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.“ „folgt Herr von Bennigsen dem Rufe des Erlkönigs, so werden die Töchter des Reichskanzlers, die Freikonservativen, ihn warten schön“ (Reichstagsitzung vom 6. Mai 1881). Und einen Augenblick noch schien es, als wollte der Zauderer sich von der Rechten „umgarnen“ lassen, — dann wendete auch er den Rücken und verfiel „mehr und mehr in den politischen Pessimismus“, der sich seiner Freunde bereits in so hohem Grade bemächtigt hatte. „Die große Mittelpartei wird nicht entstehen“

— meinte Herr Windthorst, und „es betrübe ihn das durchaus nicht“, — „es sei denn, daß einzelne Faktoren derselben ihre Absicht gänzlich ändern, aber das kann ich von meinem verehrten Freunde aus Hannover nicht annehmen, so sehr man ihn auch gestern nach rechts zog.“ Und Rickert konnte nicht umhin, zu bemerken: „frage sich doch der Herr Reichskanzler, ob es nicht bedenklich ist, wenn selbst ein so gemäßigter Mann wie Herr von Bennigsen sagt: ‚Bis hierher und nicht weiter!‘“

Es ist ohne Zweifel dem Fürsten schwer auf's Herz gefallen, als er auch ihn gehen sah; denn Herr von Bennigsen besitzt sonst alle Eigenschaften, die ihn der Regierung hätten nutzbar werden lassen müssen: eine gewandte, kraftvolle, die Hörer fesselnde und einspinnende Redeweise, Klarheit und Leidenschaftslosigkeit im Denken, und vor allem die Kunst, alles in einem einnehmenden Lichte darzustellen und zur rechten Zeit nachzugeben. Für den Ministertisch wäre er schon durch sein Äußeres — sein Gesicht zeigt eine mächtige, breite Stirn, einen schönen Vollbart und überaus kluge Augen — und seine ganze staatsmännische Haltung eine vortreffliche Repräsentation. Den wirthschaftlichen Plänen des Kanzlers hätte er sich auf die Dauer wohl nicht so schroff entgegengestellt, wie seine ehemaligen und jetzigen Fraktionsgenossen, die ihre Lehre für die alleinseigmachende halten. „Auf diesem Gebiet“ — ließ er sich vernehmen — „ist ja im Laufe der menschlichen Geschichte in der Folge von Jahrhunderten und Jahrtausenden alles im Fluß, wie in dem menschlichen Dasein überhaupt; hier wechseln die Formen mit dem Inhalt. Der Inhalt, also das Rechtsbewußtsein, die wirthschaftlichen Bedürfnisse, sie drücken nach und nach den Formen ihren Stempel auf. Vergleicht man die Jahrhunderte und Jahrtausende der Vergangenheit, so ist der Wechsel

ein sehr großer, die Art und Weise, wie wirthschaftliche Grundsätze wissenschaftlich behandelt sind, wie sie in den Rechtssystemen niedergelegt sind, im öffentlichen und im Privatrecht, und wie sie die wirthschaftlichen Formen, das wirthschaftliche Leben beherrscht haben . . . . Noch weit mehr, als dies vielfach in der spezifischen Geschichte und Entwicklung der Rechtsinstitutionen geschieht, sind gerade die wirthschaftlichen Produktionsformen die Grundlage des Privatrechts, speziell auch der bestimmten, für einzelne Generationen, Jahrhunderte, bei den verschiedenen Völkern geltenden Formen des Eigenthums und des Inhalts, den das Eigenthum unter bestimmten Formen und in den einzelnen Zeiten erhält. Niemand wird so vermessen sein, zu glauben, daß mit der — ich will es mit dem hergebrachten Kunstausdruck bezeichnen — mit der kapitalistischen Produktionsweise der heutigen Zeit die letzte Form gefunden ist, welche die wirthschaftliche Produktion annehmen kann und annehmen wird; und niemand wird behaupten wollen, wenn im Laufe der weiteren Entwicklung der Menschheit eine andere Grundlage für die Produktionsweise gewonnen wird als die heutige, daß dann diejenige Form des Privatrechts, auch des Eigenthums, welche gerade dieser kapitalistischen Produktionsform entspricht, dieselben bleibe werde, ja auch nur bleiben könne . . . . Das sind eben Bewegungen, wie sie im Laufe der Geschichte im großen durch die Menschheit gehen, in denen niemals auch das, was momentan die größte Autorität hat, für alle Zukunft, für die künftigen Jahrhunderte, Jahrtausende die gleiche Autorität in Anspruch nehmen kann, niemals irgend eine Institution mit Sicherheit sich hinüberretten kann auf die späteste Generation und die späteste Geschichte . . . . Wenn vor unseren Augen, vor denen der jetzt Lebenden, der Schleier weggezogen würde, der uns die späteste Zukunft verhüllt, die als-

dann herrschenden Formen des wirthschaftlichen Lebens und Zusammenseins und die Gestaltungen von Staats- und Privatrecht unserem Blicke erschienen, — sie würden uns gewiß sehr wunderbar und fremdartig erscheinen, viel wunderbarer und fremdartiger möglicherweise noch, als dergleichen Erscheinungen in früheren Jahrtausenden.“

Das sind Worte, höchster Beachtung werth, so sehr die Wahrheit ihres Inhalts sich von selbst versteht, und nicht mit Unrecht hat man sie damals im Reichstag als einen interessanten geschichtlich-philosophischen Exkurs bezeichnet.

Am bekanntesten wurde Rudolf von Bennigsen's Name zuerst durch die unter seiner hervorragenden Mitwirkung zu Stande gekommene Gründung des Nationalvereins, dessen Präsident er bis zum Jahre 1867 war. Der Stammsitz seiner einem alten niedersächsischen Adelsgeschlecht angehörenden Familie ist das Gut Bennigsen im Hannoverschen. Zu Lüneburg am 10. Juli 1824 geboren, widmete er sich von 1842 bis 1845 auf den Universitäten zu Göttingen und Heidelberg dem Studium der Rechte und erhielt, nachdem er verschiedene Stellungen im hannoverschen Justizdienste bekleidet, 1852 das Amt eines Stellvertreters des Staatsanwalts beim Obergericht in Hannover. Von hier an das Obergericht in Göttingen versetzt, trat er in lebhaften Verkehr mit Zachariae, Miquel u. a. und schöpfte reiche Belehrung über fast alle Zweige des Staatslebens. Im Jahre 1855 wurde er von der Stadt Aurich in die zweite hannoversche Kammer gewählt, doch verweigerte der Justizminister ihm, als einem Beamten, den Eintritt. Dadurch zur Aufgabe seiner amtlichen Stellung bewogen, zog er sich auf sein väterliches Gut Bennigsen zurück und widmete sich hauptsächlich der Bewirthschaftung desselben. Nachdem er im Jahre 1856 für Göttingen, das ihn mit großer Majorität gewählt

hatte, in die Kammer getreten war, stellte er sich an die Spitze der Opposition und war bis 1866 der Hauptführer der hannoverschen Demokratie. Inzwischen hatte er mit anderen die Gründung des Nationalvereins in Anregung gebracht. Sein Versuch, im Jahre 1866 die Neutralitätsstellung Hannover's zu retten, scheiterte an dem Eigensinn des Königs Georg, und als dann nach der Annexion die nationalliberale Partei in's Leben gerufen wurde, war er für dieselbe in Hannover kräftig thätig. Während des deutsch-französischen Krieges betheiligte er sich an den Verhandlungen mit den süddeutschen Liberalen und wurde im Dezember 1870 nebst anderen hervorragenden Politikern in das Hauptquartier nach Versailles berufen, um hier weiter an den Berathungen über die Vereinigung des Südens mit dem Norden theilzunehmen. Seit 1867 war er Mitglied des hannoverschen Provinzial-Landtags und des preussischen Abgeordnetenhauses, sowie Mitglied und zweiter Vize-Präsident des konstituierenden und des ordentlichen Norddeutschen Reichstags und gehörte dann von Anfang an dem Deutschen Reichstage an. Im Jahre 1873 wurde ihm das Amt des ersten Präsidenten im preussischen Abgeordnetenhause übertragen, und Ende 1868 war er von den Provinzialständen zum Landesdirektor der Provinz Hannover gewählt worden. — —

Die „Aera Falk“ wird immer als einer der merkwürdigsten Abschnitte der preussischen und deutschen Geschichte angesehen werden. Es war eine Zeit der einschneidendsten und tiefsten Gegensätze, in welcher von beiden Seiten die äußersten Konsequenzen gezogen wurden. Während Dr. Falk, der Mittelpunkt aller Kämpfe, die damals geführt wurden, — ausgefochten würde man kaum sagen dürfen — die begeisterte Zustimmung und Unterstützung der liberalen Tageshelden und des ihnen zujuchzenden freisinnigen Bürgerthums fand, war er nach dem

offenen Bekenntniß der „Schlesischen Volkszeitung“ den Ultramontanen „so sehr persona ingratis“, daß diese „sein Wohlgefallen zu erlangen gar kein Verlangen“ hatten. „Fort mit diesem Kultusminister aus einem paritätischen Staate! Lieber nehmen wir den jüdischen Dr. Easler!“ ließ sich der „Westfälische Merkur“ vernehmen, wie denn Dr. Windthorst gern konstatierte, daß Easler sich ein objektiveres Urtheil gewahrt habe wie andere. Auch noch später stellte das verehrte Mitglied des Centrums dem letzteren das Zeugniß aus, daß man ihn immer mehr als andere auf dem Platze finde, wenn es sich um große sittliche Gesichtspunkte handle. Meppen's zäher Streiter mit seiner „eminenten Begabung und dem weiten Blick“ hat damals in seiner „dramatischen und darum besonders verständlichen Weise“, wie der Kultusminister sich selbst ausdrückte, alle starkvergifteten Pfeile seines übervollen Köchers auf den verhassten Falken abgeschossen. Besonders gefiel er sich darin, den letzteren als blind arbeitendes „Werkzeug“ des Fürsten Bismarck hinzustellen, „dessen Politik auf dem eingeschlagenen Wege allerdings mit ganzer Kraft unterstützt zu haben und weiter unterstützen“ zu wollen. Dr. Falk in seiner Bezugnahme auf dieses „ganz beliebte Thema“ erklärte, und als der Abgeordnete Dr. Petri der Hoffnung Ausdruck verliehen hatte, „daß der Reichskanzler auch den letzten Akt der großen Schicksalstragödie, an die er sein Leben gesetzt: ‚Rom‘ beenden werde mit Hilfe seines treuen Eckehardt, des Kultusministers Dr. Falk,“ konnte sich die kleine Erzellenz die nüchterne Bemerkung, „es würde nicht viel nützen, wenn der ‚treue Eckehardt‘ allein ginge,“ nicht ersparen. Es wurden in jener Zeit, um den Wunsch, daß der Kultusminister gehen möge, mit immer größerem Nachdruck zu wiederholen, überhaupt recht geschmackvolle „rhetorische Einkleidungen“ angewendet. Wenn sich einer der Reichensperger begnügte, zu sagen, daß Dr. Falk „dem Staate Preußen nur noch



einen Dienst leisten“ könne, „nämlich, Se. Majestät zu bitten, ihm einen Nachfolger zu geben,“ machten es sich andere bei ihren Agitationen zum „Fahnenpruch“: „Der Tropfen höhlet den Stein,“ mit dem „wenig eleganten und zutreffenden Vergleich“, daß das Herz des Kultusministers der Stein sei, der gehöhlt werden solle, und forderten wieder andere auf, überall gegenüber den Anforderungen des Gesetzes das äußerste Zögern eintreten zu lassen, „da bis zum Ablauf der Frist — noch jemand den Hals brechen könne.“ Und es war, wie die Worte des Dr. Falk (Preussisches Abgeordnetenhaus, 22. November 1877) lauteten, in der That „ziemlich klar, wer der Jemand sei und wen man mit diesem freundlichen Wunsche“ bedachte. Aber der, den er betraf, ließ sich auch durch den Ausdruck solch' bössartiger Gelüste nicht aus der an ihm gewohnten Fassung und maßvollen Ruhe bringen, und wenn er auf der einen Seite ironisch bemerkte, daß es ihm immer so vorkomme, „als ob dieser Trost so ganz und gar auf dem Boden der bekannten Bemerkung des Fuchses, dem die Trauben zu hoch hängen, stehe,“ entgegnete er auf der andern mit selbstbewußter Zuversicht: „Man weiß, was man von mir zu halten und zu denken hat, man weiß insbesondere auch ohne wiederholte Ausführungen von meiner Seite, daß man mir, will man eben nicht einen Ausgang, der dem Staate schweren Schaden bringt, zur Seite stehen muß, und darum habe ich keinen Grund, auf diese Dinge weiter einzugehen.“

Man ist freilich gegenwärtig nicht mehr ganz sicher, ob man auch jetzt noch in den maßgebenden Kreisen an der Ansicht festhält, daß „eine laze Handhabung dieser ernstgemeinten Gesetze“ an keinem Orte „unrichtiger“ angebracht sein würde, als „dieser Fraktion“ gegenüber, die dem Staate einen „Gewaltakt asiatischer Despotie“, „Seelenverkäuferei“ und was noch alles vorgeworfen hatte.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. Dezember 1873 hatte Hr. Falk das „nach allen Richtungen konsequente Vorwärtsbewegen der Regierung gegenüber den ihr entgegenstehenden Einflüssen“ besonders betont und dann weiter nicht bloß einmal die Zurücknahme der Maigesetze als eine für die Staatsregierung „ganz undisputirbare, eine absolut indiskutable Frage“ bezeichnet, und von der „Provinzial-Korrespondenz“ war beispielsweise unter'm 10. Juni 1874 ausgeführt worden: „Die Führer der katholischen Bewegung können sich jetzt der Täuschung nicht mehr hingeben, daß ein Zurückweichen der staatlichen Mächte von der nach innerer Nothwendigkeit betretenen Bahn irgendwie zu erwarten oder auch nur möglich sei.“ Aber die Parteien, die in dem allen einen weiteren Beweis des ernstlichen Willens der Regierung, für alle Zukunft nun eine „liberale“ Richtung zu bewahren, erblickten, hatten vergessen, daß es sich im wesentlichen doch nur um ein Nothstandsgesetz handelte. So konnte man mit klaren Augen in der Einführung der obligatorischen Civilehe keineswegs ein Zugeständniß des Staates an die Freiheit der Gewissen sehen, und Dr. Falk hatte ja den Zweck derselben mit ganz deutlichen Worten definiert: „Es konnten bei der jetzigen Sachlage nur praktische Momente, Momente ernster, weitgreifender Erfahrung bei der königlichen Staatsregierung die Ueberzeugung begründen, es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo mit dieser Maßnahme vorgegangen werden müsse. . . . Die Rücksicht auf die evangelische Kirche begründet also das Bedürfniß zur Einführung der obligatorischen Civilehe nicht, nein, dies Bedürfniß ist hervorgegangen aus der Entwicklung, die die Verhältnisse des Staates zur katholischen Kirche gewonnen haben. Wenn aber dasselbe auf dieser einen Seite eben nur befriedigt werden kann durch die obligatorische Civilehe, so ist es noth-

wendig, um der Parität willen, daß auch die evangelische Kirche in gleicher Weise behandelt wird.“ Und Fürst Bismarck brachte, indem er am 17. Dezember 1873 den Erlaß des Gesetzes in denselbem Sinne motivirte, seine große persönliche Abneigung gegen die neue Einführung ganz offen zum Ausdruck: „Meine persönliche Stellung zu der heutigen Lage der Frage der Civilehe ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Kollegen bei Sr. Majestät den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage zu stellen, und mich entschlossen habe, mit ihnen dafür einzustehen. Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkt der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Nothwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen. . . . Unter diesen Umständen glaube ich, daß der Staat ein Bedürfnis der Nothwehr mit diesem Gesetz erfüllt, und ich bin entschlossen dafür einzustehen, wie für manches, was meinen persönlichen Ueberzeugungen, namentlich wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht immer entspricht. Ich bin ein den Gesamtbedürfnissen und Forderungen des Staates im Interesse des Friedens und des Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber sich unterordnender Staatsmann.“ Da hat man wieder die auf das nach seiner Auffassung „Praktische“ gerichtete Politik des Fürsten, diese Politik „von Fall zu Fall“, — ein durchgehender großer liberaler Gedanke liegt ihr nicht zu Grunde. Man darf der Regierung glauben, wenn sie so oft hervorhob, daß sie durch die kirchenpolitische Gesetzgebung keineswegs einen dauernden Kampf schaffen wolle — kein Staat, das ist von ihr selbst ausgesprochen worden, hat je ein Interesse daran, sich mit

der Kirche zu entzweien, und dies nicht bloß in Hinsicht auf die katholische, sondern auf die Kirche überhaupt, — es entsprach sicherlich nicht den religiösen Ueberzeugungen des Fürsten, und es erschien ihm gewiß auch in allgemein politischer Beziehung nicht „opportun“, ein die Loslösung der Gemüther von kirchlichem Einfluß ohne Zweifel so sehr erleichterndes Gesetz, wie es das der obligatorischen Civilehe ist, einzuführen, und er wird sicher, wenn es ohne Schädigung der von ihm vertretenen Staatsinteressen geschehen kann, gern die Gelegenheit ergreifen, auch in dieser Hinsicht den „Ueberzeugungen seiner Jugend“ wieder Rechnung zu tragen. Es wird darum auch gar nichts Wunderbares darin liegen, und man wird auch kaum das Recht haben, der Regierung Inkonsequenz oder ein Abweichen, ein Zurückgehen von seither zur Geltung gebrachter Anschauungen vorzuwerfen, wenn, nachdem der „Friede mit Rom“ geschlossen ist, von ihr die Aufhebung der Civilehe, dieser Maßnahme lediglich der Nothwehr, beantragt werden wird. Das Geschrei und Gezeter, welches angesichts einer solchen Eventualität auf liberaler Seite bereits erhoben worden, ist weiter nichts, als der vollgültige, gänzlich unwiderlegliche Beweis für den Wahn, in welchem sich insbesondere die Nationalliberalen befunden haben, indem sie meinten, es handle sich bei all' diesem um freisinnige Grundsätze an sich, — ein Wahn, in welchem sie manches mit schaffen halfen, wofür die Verantwortung zu tragen ihnen heute schwer genug werden dürfte. Man hat ja schließlich zu allem die Zustimmung gegeben, wenn man sich dabei nur in der Hoffnung fühlte, daß die gesammte künftige Politik des neuen Reichs auf einige Duzend Augen gestellt werden würde, — auf die Augen der Nationalliberalen....

Schon in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 16. April 1875 hatte der Kanzler betont, daß er „kein eifrigeres Be-

mühen haben werde, als den Frieden, selbst mit dem Centrum, namentlich aber mit dem sehr viel mäßiger gesinnten römischen Stuhle," und es war seitdem wiederholt von ihm die Hoffnung ausgesprochen worden, daß „demnächst die Reihe wieder einmal an einen friedliebenden Papst", mit dem sich dieser Frieden schließen lasse, kommen werde. Nun, die Friedensliebe Leo's XIII. hat man wiederholt an höchster Stelle anerkannt.

Es war ein bedeutungsvolles Ereigniß, als nach der schwungvollen Rede des Herrn von Kleist-Regow in der Reichstagsitzung vom 17. September 1878 der Kanzler an diesen herantrat und dem seit 1867 mit ihm entzweiten altkonservativen Abgeordneten die Hand reichte. „Beide Herren waren sichtlich bewegt," schrieb die „Kreuzzeitung", der ein Alp von der Seele fiel. Und nun hatte der alte Recke von der konservativen Seite kein eifrigeres Bestreben, als die Hand Windthorst's, des alten Recken von der Centrumspartei, in die des Kanzlers zu legen. Die vorsichtige Erzellenz schlug zwar nicht ohne weiteres in diese Hand ein, aber bis zum Frühling des folgenden Jahres hatten sich doch die Verhältnisse schon so weit entwickelt, daß der Fürst an eine Aufgabe ging, der er sich nach seinem eigenen Eingeständniß „nie entzogen". „Wir können zusammen nicht im Amt bleiben," wird er dem Dr. Falk, der am 28. Juni 1879 mit Hobrecht demissionirte (am 29. Juni folgte Dr. Friedenthal), gesagt haben, und man muß auch in diesem Falle die Offenheit der Regierung anerkennen: die „Provinzial-Korrespondenz" gestand es, nur ganz leicht verschleiert, zu, daß bei dem Rücktritt des Kultusministers vor allem die Erwägungen maßgebend gewesen seien, „ob nach den siebenjährigen, heißen Kämpfen, in welchen seine Person stets im Vordergrunde der staatlichen Aktion gestanden habe und deshalb auch der Mittelpunkt aller Angriffe war, er gerade im

Frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

Stande sein werde, auch das Friedenswerk persönlich zu fördern.“ Das Friedenswerk aber schien jetzt mit aller Rüstigkeit in Angriff genommen werden zu können: die Regierung hatte „zur Durchführung einer der wichtigsten Aufgaben für die Wohlfahrt und die Befestigung des Reiches (die Reform der Wirthschaftspolitik) die Unterstützung der Centrumpartei gefunden.“

Man mag über das „System Falk“ denken, wie man will: die Persönlichkeit des Kultusministers wird den unparteiisch Urtheilenden immer eine der sympathischsten bleiben, die je einen Ministerfessel eingenommen haben. Vor allem wird man ihn seines schlicht bürgerlichen Wesens, an dem keine Spur von bureaukratischer Ueberhebung und Gespreiztheit, der Ehrlichkeit seiner Ueberzeugung und seines gesunden religiösen Empfindens, welches jede weichliche Frömmerei ausschließt, wegen schätzen müssen. Dann aber ist er auch ein Mann von ungemein frischer Thatkraft und rastlosem Schaffenstrieb, und es kann ihm nur zum höchsten Lobe gereichen, daß er, noch im besten Mannesalter — Falk ist am 10. August 1827 in Mettschkau in Schlesien geboren und war am 22. Januar 1872 zum Kultusminister ernannt worden, — mit seiner Ministerpension nicht der Ruhe pflegen wollte, sondern sich dem Staate von neuem für eine praktische Thätigkeit zur Verfügung stellte. Zum Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Hamm ernannt, wird er, wie man weiß, demnächst zu seinem ursprünglichen juristischen Berufe zurückkehren. —

Einem energischen, demokratischen Fortschritt huldigt Leopold Sonnemann, als Zeitungsherausgeber wie als Redner gleich erfahren und gewandt. Er ist am 29. Oktober 1831 zu Höchberg bei Würzburg geboren und gehört der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Auf der Realschule in Offenbach vorbereitet, entschied er sich für die kaufmännische Laufbahn,

war aber schon frühzeitig journalistisch thätig und gründete mit anderen im Jahre 1856 die „Neue Frankfurter Zeitung.“ Er hatte sich zwar bei der Gründung des Nationalvereins betheiligt, stimmte aber in Koburg gegen das Programm desselben und fand sich bewogen, ihn zu verlassen. Auf dem Gebiete des Bankwesens mit vielerlei Kenntnissen und Erfahrungen ausgestattet, entfaltete er als Referent des Kongresses Deutscher Volkswirthe eine fruchtbare Thätigkeit und nahm auch vor 1866 schon an den Versuchen zur Lösung der Arbeiterfrage lebhaft theil. In dem zuletztgenannten Jahre widerfuhr seiner Zeitung das Mißgeschick, daß sie auf Befehl des Generals Vogel von Falkenstein unterdrückt und die Redakteure verhaftet wurden, wodurch er sich gezwungen sah, nach Stuttgart zu gehen und hier das Blatt weitererscheinen zu lassen. Nach Aufhebung des Kriegszustandes wandte er sich wieder nach Frankfurt a. M. zurück und gab hier das letztere als „Frankfurter Zeitung“ heraus; seit 1867 ist er alleiniger Eigenthümer dieses von ihm mit ungewöhnlichem Geschick dirigirten Blattes. Im Reichstag, dem er zuerst 1871 bis 1874 und dann seit 1878 wieder angehörte, stand er anfangs ziemlich isolirt, bis die Volkspartei neuerdings einen wesentlichen Zuwachs erhielt. Er hat hier immer eine unbedingt und energisch freisinnige Haltung bewahrt. Wohl zum Theil mit durch die Erfahrungen an seinem eigenen Blatte — es saßen fast immer einer oder mehrere Redakteure desselben im Gefängniß — angepornt, trat er namentlich bei jeder Gelegenheit mit aller Energie für unbeschränkte Pressfreiheit ein, indem er sich anderen Meinungen gegenüber dabei an die Worte Macaulay's hielt: „Von dem Tage, an welchem die Emanzipation der englischen Presse vollzogen war, begann die Reinigung derselben.“ Gewissen Andeutungen, die vom Kanzler und ihm nahestehender Seite in Bezug auf seine eigene Zeitung

gemacht worden waren, gegenüber bemerkte er im Reichstag: „Auf die Unabhängigkeit der ‚Frankfurter Zeitung,‘ auf meine persönliche Unabhängigkeit wird selbst der mächtige Reichskanzler Fürst Bismarck niemals einen Schatten werfen können!“

Der nationalliberalen Partei hat Sonnemann ihr Schicksal richtig vorausgesagt. „Wenn die nationalliberale Partei ihre Existenz dadurch zu fristen sucht,“ — sprach er sich aus — „daß sie mit der konservativen Partei in der Liebe und Zuneigung zu dem Herrn Reichskanzler wetteifert, so mag sie das thun. Mir kommt es vor, als wenn zwei Damen sich um die Gunst eines Herrn bewerben und bieten alles Mögliche auf, ihm zu gefallen, so wird schließlich die jüngere — und das ist in diesem Falle die konservative Partei — den Sieg davon tragen, denn die Reize der älteren sind bereits verblaßt.“ Er habe vorausgesehen, daß sich die Nationalliberalen „immer zurückdrängen lassen würden von Schritt zu Schritt, aus einem Gebiet in das andere“, und sich gesagt, „welche folge das haben werde.“ Auf Gelegenheit, später ihr Gewicht zur Geltung bringen zu können, sollten sie nicht rechnen: „denn bei den Wirthschaftsgesetzen wird die konservative Partei Bundesgenossen in anderen Reihen finden, da wird man Ihrer nicht mehr bedürfen . . .“

Ein außerordentlich bewegtes, schicksalreiches Leben hat Wilhelm Liebknecht hinter sich. Man sieht es auch diesem eigenthümlichen, fast immer ernsten Gesicht an, daß in der Seele des Mannes vielerlei gearbeitet, daß es manche Stunden schweren Kampfes, heftigen Aufruhrs und herben Leids da drinnen gegeben. Aber Liebknecht hat sich bei alledem eine große Frische und Lebendigkeit, innerlich und äußerlich, bewahrt; Thatkraft, Muth und Entschlossenheit scheinen die Grundzüge seines Wesens. Er kann oft recht wortkarg und schweigsam sein, aber er ist dann sicher im Innern immer mit ernsten Gedanken be-



schäftigt, und sobald er spricht, schlägt einem die Wärme seines Herzens, das Feuer seines Geistes entgegen. Er ist ein tief-überzeugter Kämpfer für seine Sache. Hat er im Parlament das Wort genommen, dann steht er wie ein Fechter auf der Mensur. Seine Gesticulation ist kräftig und scharf, als wolle er bei jedem Wort zum Hieb auf den Gegner ausholen, seine Mienen sind streng und vorwurfsvoll, nicht selten tritt eine tiefe Falte auf seine Stirn. Er spricht nicht so glatt und abgerundet wie sein Gesinnungsgenosse Bebel, dessen Redeweise man als eine fast elegante bezeichnen darf, aber um so energischer, nachdrücklicher, wuchtiger, mit einem deutlichen Anklang an den Dialekt seiner hessischen Heimath; seine kurzen Sätze sind wie scharfkantige Hagelstücke, wie schwere Sturmwindstöße, es ist Mark und Kraft darinnen, ein ernstes, feuriges Pathos; sie sprechen die ganze Stärke und Festigkeit seiner Ueberzeugung aus. Daneben interessiren seine Reden durch eine darin liegende reiche Fülle von Erfahrungen, durch kernige Schlagworte von ebenso großer Wahrheit wie Eindringlichkeit und eine hervorragende Geschichtskenntniß, die meist durch sie zum Ausdruck gelangt.

Liebknecht ist am 29. März 1826 als Sohn eines kleinen Beamten — Registrators — zu Gießen geboren. Seine geistigen Fähigkeiten entwickelten sich ungemein früh und rasch; schon auf dem Gymnasium seiner Vaterstadt, das er besuchte, drang er in die Schriften St. Simon's ein und sog aus ihnen eine feurige Begeisterung für die freisinnigen, ein neues Menschenthum predigenden Ideen des Franzosen. Einmal in dieser Weise angeregt, konnte er sich zu keinem Brotstudium entschließen und beschäftigte sich, nachdem er mit sechzehn Jahren im Abiturienten-Examen die erste Note empfangen, auf den Universitäten Gießen, Berlin und Marburg mit den verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen, hauptsächlich mit Philologie und Philosophie; auch

eine poetische Uder meinte er in sich zu fühlen und bekennt sich selbst schuldig, in seiner Jugend Verse gemacht zu haben. „Doch das ist ja eine Kinderkrankheit, der niemand entgeht, und ich war so glücklich, ziemlich rasch und gründlich kuriert zu werden.“ Eine Zeit lang trug er sich mit dem Plane, die akademische Laufbahn zu betreten, doch glaubte er, ohne seine Grundsätze zu opfern, als Privatdozent an einer deutschen Universität nicht zugelassen zu werden, und beschloß deshalb im Jahre 1847, nach Amerika auszuwandern. Schon auf der Reise nach einem Seehafen begriffen, erhielt er unterwegs von einem Reisegenossen den Rath, nach der Schweiz zu gehen, unter dessen republikanischen Einrichtungen er sich ebenfalls wohl fühlen werde, und so machte er rasch Kehrt und fuhr stracks nach Zürich. Das dürfte die einzige Umkehr in seinem Leben sein. Beim Ausbruch der Februar-Revolution im folgenden Jahre machte er sich, in der Absicht, daran theilzunehmen, auf den Weg nach Paris; doch war, als er dort ankam, der Kampf bereits zu Ende und der Sturz des Julithrons erfolgt. Darauf schloß er sich im badischen Aufstand dem Herwegh'schen Zuge an, kehrte, nach der Zersprengung dieser Kolonne bei Dörsenbach, nach Zürich zu seinen alten Plänen und Studien zurück, überschritt aber gegen Mitte September mit einem Duzend Gesinnungsgenossen abermals bei Sädingen den Rhein und half ein Frei-corps zusammenbringen, wurde indeß gefangen und war nahe daran, mit seinen Gefährten vom Standrecht betroffen zu werden. Er hatte eine dreivierteljährige Untersuchungshaft zu bestehen, bis der Prozeß im Mai 1849 in Freiburg zur Verhandlung kam und der Staatsanwalt die Anklage fallen ließ. Nachdem er sich in der Folge am Reichsverfassungskampfe betheiligt hatte und mit knapper Noth wieder nach der Schweiz entkommen war, nahm er seinen Aufenthalt in Genf, und

jetzt begann erst seine eigentliche sozialistische Propaganda unter den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz. Infolge der Einberufung eines Kongresses nach Murten, dem von den auswärtigen Mächten irrigerweise der Zweck eines erneuten Einfalls in Baden zugeschrieben wurde, mit den anderen Delegirten auf Befehl des schweizerischen Bundesraths im Februar von 1850 abermals verhaftet, wurde er nach zweimonatlicher Untersuchung aus der Schweiz transportirt und den französischen Behörden überliefert, die ihn mit einem Zwangspass nach London schickten.

In der englischen Hauptstadt, wo er in lebhaften Verkehr mit Karl Marx trat, lebte er dreizehn Jahre lang, nicht gerade unter den glänzendsten Verhältnissen, bis er gegen die Mitte des Jahres 1862 von August Braß zum Eintritt in die Redaktion der von diesem eben begründeten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eingeladen wurde. Da das Blatt demokratische Tendenzen verfolgen wollte, nahm Liebknecht die Berufung an, schied jedoch bald wieder aus der Redaktion aus, nachdem am 23. September desselben Jahres Herr von Bismarck in seine amtlichen Funktionen eingetreten war und er die Beweise erhielt, daß sich die Zeitung diesem zur Verfügung gestellt hatte. Nichtsdestoweniger wurde Liebknecht auch noch in der Folge die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ für Artikel in seinem — sozialistischen — Sinne wiederholt angeboten; er lehnte es jedoch ab, sich darauf einzulassen. Nach dem Auftreten Lassalle's Mitglied des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ geworden, wurde er, obgleich er sich anfangs von den Lassalle'schen Bestrebungen fern gehalten, für den letzteren lebhaft journalistisch thätig und trat namentlich dem durch Wagener, den Exredakteur der „Kreuzzeitung“ und jetzigen Geheimen Oberregierungs-rath, repräsentirten Regierungssozia-

lismus energisch entgegen, weil er durch denselben die Sache der allgemeinen Freiheit gefährdet meinte. Dies hatte zur Folge, daß er im Sommer 1865 aus Berlin und dem preussischen Staate überhaupt ausgewiesen wurde, worauf er nach Leipzig ging und nach dem Friedensschluß zwischen Preußen und Oesterreich hier die Leitung der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ übernahm. Indes wurde die letztere nach kaum vier Wochen unterdrückt und Liebknecht im Oktober 1866 wegen unerlaubter Rückkehr in Berlin verhaftet. Er erlitt eine dreimonatliche Gefangenschaft und wendete sich dann wieder nach Leipzig, wo er am 1. Januar 1868 an die Spitze des „Demokratischen Wochenblatts“, Organs der Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine, trat. Nun begann auch seine parlamentarische Wirksamkeit; er wurde Mitglied des Norddeutschen Reichstags, aber im Dezember 1870 nach der Rückkehr in denselben unter der Anklage auf Hochverrath verhaftet, nach dreieinhalbmonatlicher Untersuchungshaft Ende März 1871 entlassen und ein Jahr später vom Schwurgericht zu Leipzig in Gemeinschaft mit Bebel zu zweijähriger Festungshaft verurtheilt, die er bis zum 17. April 1874 auf Schloß Hubertusburg verbüßte. Seit 1874 Mitglied des Reichstags, war er bereits im Herbst von 1877 auch zum sächsischen Landtagsabgeordneten gewählt, die Wahl aber nicht bestätigt worden, da er die durch die Verfassung bedingte dreijährige sächsische Staatsangehörigkeit nicht nachzuweisen vermochte; indessen trat er nichtsdestoweniger bald in den Landtag ein. Die lebhafteste journalistische Thätigkeit für die Prinzipien seiner Partei entfaltete er inzwischen als Mitglied der Redaktion des „Volksstaat“ und des „Vorwärts“, wie er denn in derselben Richtung auch mehrere passende Broschüren veröffentlichte.

Fürst Bismarck sprach einmal aus, er könne die weitver-

breitete Furcht, „daß im Kern des Volkes die Ideen aus Schiller's ‚Räubern‘ schon vollständig von den Arbeitern aufgenommen seien“, nicht theilen, und wenn irgend etwas, dann müßte das Privatleben Wilhelm Liebknecht's, den man sich bei dieser Anspielung doch wohl als einen Karl Moor oder so etwas im Hintergrunde zu denken hätte, solchen Zweifel rechtfertigen. Im vorigen Sommer wurde er bekanntlich infolge des auch über Leipzig verhängten „kleinen Belagerungsstandes“ mit Bebel, Hasenclever und anderen, weniger bekannten Namens aus der Seestadt an der Pleiße verwiesen, und er hatte sich in seiner alles Maß überschreitenden Genügsamkeit das Dörfchen Borsdorf bei Leipzig, eine der langweiligsten Ortschaften, die es nur auf der Erde geben kann, zum Aufenthalt erwählt. Wer ihn dort, wo er in der ersten Etage eines freundlichen, aber schlicht kleinbürgerlichen Häuschens eine kaum mit dem nöthigsten Komfort ausgestattete kleine Wohnung bezogen hatte, — so erzählte ein ihn besuchender Schriftsteller — schalten und walten sah, etwa wie er in Hemdsärmeln am Tische saß und schrieb oder mit seinen, zum Besuch aus Leipzig herausgekommenen Kindern, ein paar munteren Knaben, in Feld und Garten beisammen war oder mit ihnen im Hofe einer Milchwirthschaft stand, — dem würde es schwer gefallen sein, zu glauben, daß er in ihm denselben Mann vor sich hatte, dessen staatsgefährliche Thätigkeit u. a. den Regierungen die Veranlassung zu besonderen Maßregeln gab, denselben Mann, wegen dessen sich auf der Eisenbahnlinie Borsdorf-Leipzig in diesen Sommertagen Kriminalpolizisten und Gensdarmen in außergewöhnlicher Zahl sehen ließen, von denen fast bei jedem Zuge einer an der Station des Werrthens aus- oder einstieg.

„Ich bin, was ich war,“ — charakterisirte sich Liebknecht

vor den Leipziger Geschworenen selber. „In vielen Punkten habe ich mich weiter entwickelt, im wesentlichen stehe ich auf demselben Standpunkt wie vor zweiundzwanzig Jahren. In den Mitteln, in der Beurtheilung einzelner Menschen und Dinge habe ich manchmal geirrt, in meinen Zwecken, in meiner Gesamtauffassung habe ich mich nur befestigt. Ich bin nicht der verkommene Abenteuerer, zu dem mein Verleumder mich machen will. Schon in frühester Jugend habe ich die Schiffe hinter mir verbrannt und seitdem ununterbrochen für meine Prinzipien gerungen. Meinen persönlichen Vortheil habe ich nie gesucht; wo es die Wahl galt zwischen meinen Interessen und Prinzipien, habe ich nie gezögert, meine Interessen zu opfern“ . . . .

Die vom Reichskanzler geplante Unfallversicherung für Arbeiter bezeichnete er als das spitze Ende eines Keils, der in die heutige Gesellschaftsordnung getrieben wird, dem das dicke Ende schon noch folgen werde. —

Das populärste unter den Häuptern der Sozialdemokratie ist unstreitig Ferdinand August Bebel. Er verdankt dies außer seiner bedeutenden Beredtsamkeit wohl vor allem dem Umstand, daß er selbst aus dem arbeitenden Volke hervorgegangen, selbst ein „Arbeiter“ im Sinne der Sozialdemokraten gewesen ist. Wir erinnern uns recht gut, welch' allgemeine Bewegung es zur Zeit, da die neue Richtung in weiteren Kreisen nur eben erst im Aufdämmern begriffen war, hervorrief, wenn es da oder dort hieß: „Bebel kommt,“ „Bebel ist da!“ Da sehe ich ihn noch eines Nachmittags in der Straße einer kleinen sächsischen Stadt, den mittelgroßen, schwächlichen jungen Mann mit dem schmalen, blassen, intelligenten Gesicht und dem dunklen Knebelbart, — jetzt umrahmt ein mächtiger Vollbart das letztere — dem schnellen, hastigen Gang, mit der

scharfen, schneidenden Stimme, durch welche er die aufmerksam wie auf ein Evangelium lauschenden Arbeiter fesselte und zu schallendem Applaus begeisterte. Es lag etwas finsternes, schwermüthiges, fast krankhaftes in seinem Antlitz, und es mochte dies nicht verwundern bei einem Manne, der, von Natur nicht eben mit großer körperlicher Kraft und allzufester Gesundheit ausgestattet, mit einem Fleiß, mit einer Ausdauer, die geradezu ihres gleichen suchen, die Lücken seiner Bildung — Bebel, am 22. Februar 1840 als der Sohn eines Unteroffiziers zu Köln am Rhein geboren, besuchte zuerst die Dorfschule zu Brauweiler bei Köln, wohin seine Mutter nach dem frühzeitigen Tode seines Vaters als die Frau eines kleinen Beamten an der Besserungsanstalt, des Bruders des letzteren, übergesiedelt war, und dann, nach dem ebenfalls bald erfolgten Hinscheiden des Stiefvaters, als Armenschüler die Volksschule zu Weglar — auszufüllen sich bestrebte; man konnte erstaunt sein, woher er die Kraft der Lungen nahm, um Reden von mehrstündiger Dauer zu halten, wie er sie damals schon hielt. Heute ist der ehemalige Drechsler, — dieses Handwerk hatte er nach dem mit vierzehn Jahren erfolgten Austritt aus der Volksschule erwählt — wie von allen Parteien anerkannt wird, einer der fertigsten, wenn nicht, was den leichten Fluß seiner Rede angeht, der gewandteste Sprecher des Parlaments. Das Hauptmerkmal seiner Rede ist das hinreißende Feuer, der Schwung der Begeisterung und die strenge Logik, die ihnen eigen. Die Lebensschicksale Lassalle's, die hervorragende Begabung dieses Mannes, die Entschlossenheit seines Auftretens, und die Persönlichkeit Bebel's sind es auch vor allem gewesen, welche der Sozialdemokratie für manche einen gewissen romantischen Reiz verliehen haben, obgleich die letztere an und für sich durchaus nichts Romantisches hat.

Mit achtzehn Jahren hatte sich Bebel auf den Weg ge-

macht, um als Handwerksbursch Süddeutschland und Oesterreich zu durchwandern, kam 1860 nach Leipzig und etablirte sich im Jahre 1864 daselbst. Obgleich schon seit 1861 an der Arbeiterbewegung theilhaftig, stand er doch, wie bereits früher erwähnt, bis zum Jahre 1866 den sozialistischen Bestrebungen als eifriger Gegner gegenüber. Von 1867 an war er ununterbrochen Mitglied des Norddeutschen Reichstags und des Zollparlaments und bis zum Ablauf der letzten Legislaturperiode auch des Reichstags. Seit vorigem Sommer gehört er dem sächsischen Landtag an. Schon 1869 hatte er wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren eine dreiwöchentliche Gefängnißhaft zu verbüßen gehabt; dann saß er mit Liebknecht in Hubertusburg, wurde im Juli 1872 wegen Majestätsbeleidigung wiederum zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt, die er in Zwickau verbrachte, und ihm gleichzeitig das Reichstagsabgeordneten-Mandat aberkannt, das er aber bei der Neuwahl im Januar 1873 mit bedeutend größerer Majorität in seinem alten Wahlkreise wiedererlangte.

In Bebel's schriftstellerischen Arbeiten, von denen einige ziemlich umfangreich sind, treten zwar hier und da formelle Mängel und auch zuweilen Einseitigkeiten in der Auffassung geschichtlicher Verhältnisse hervor, aber sie athmen allesammt eine gesunde Denkweise und dokumentiren, daß ihr Verfasser etwas zu lernen verstanden hat.

Gegenwärtig ist der sozialdemokratische Abgeordnete bekanntlich Theilhaber eines umfangreichen und angesehenen Drechslergeschäfts mit fabrikmäßigem Betrieb, das sich in Leipzig befindet, während er sich selbst, von einer der härtesten Maßregeln des Sozialistengesetzes betroffen, in Dresden aufhält. —

Um wenigsten von dem, wie man sich wohl hier und da einen echten und rechten sozialistischen Parteiführer vorstellt —



so ein liebenswürdiges Gemisch von Schwefel, Pech und Petroleum, so eine Art struppiges, verwildertes Blousen-Ungethüm, das sich schon äußerlich auffallend hervorthut, wie der ungestüme Stürmer und Dränger Johann Most, der in rother Kravatte und hohen Stiefeln einherging, — hat die leibliche Physiognomie Wilhelm Hasenclever's an sich, die dritte der bisherigen Kapazitäten der Partei. Das ist, unbeschadet des großen Ernstes, mit dem er oft schon im Reichstag aufgetreten, einer von jenen gemüthlichen, humoristisch angelegten Leuten, die immer eine freundliche Miene machen und mit denen sich's gut beim Glas zusammensitzen läßt. Sein behäbiges Bäuchlein, sein volles, stark geröthetes Gesicht mit dem blonden, schon etwas ergrauten Vollbart, die lebhaften, blauen Augen geben dem nicht allzu-großen, kräftig gebauten Manne etwas gewinnendes. Auch seine fast immer etwas belegte und nicht ganz dialektfreie Stimme hat etwas ansprechendes, einnehmendes; vielleicht gefällt es nur manchem nicht, daß er ebenfalls gelegentlich sehr lange Reden zu halten vermag; doch spricht er wenigstens nicht allzu oft, und wenn man ihm etwa in Zukunft einmal ein Denkmal setzt, so wird es doch nicht um deswillen geschehen, weil er zu den „Eloquenzen“ gehörte.

Auch Hasenclever, am 19. April 1837 geboren, ist einst professioneller Arbeiter — Lohgerber — gewesen und hat sich seine Bildung mühsam erringen müssen; jeder Vorurtheilsfreie wird vor solchen Menschen immer Respekt haben. Er war zuletzt mit Liebknecht Redakteur des „Vorwärts“ und gab nachher mit Bruno Geiser auch eine treffliche Zeitschrift für das reifere Jugendalter, den leider nicht mehr erscheinenden „Deutschen Jugendschatz“, heraus. Seine poetische Veranlagung bringt er noch jetzt zuweilen in einem Gedicht zum Ausdruck, wie denn seine schriftstellerische Thätigkeit, abgesehen von politischen Zeit-

artikeln, eine vorwiegend belletristische war. So veröffentlichte er u. a. Novellen und Skizzen aus seinem Leben. Er saß ebenfalls schon im Norddeutschen Reichstag und gehörte dem für Allddeutschland auch bereits in der ersten Legislaturperiode an. Wenn es unter den Sozialdemokraten harmlose Seelen giebt, so ist er eine, und wenn er neuerdings im Reichstag betonte, daß gerade er es lebhaft wünsche, daß die von ihm als nothwendig erkannte Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse friedlich, auf dem Boden des Gesetzes, erfolgen möge, so war ihm das gewiß höchster Ernst und entsprach der ganzen gemäßigten, bedachtamen Art seines Wesens. — —

Die „Polen“ dürfen nicht vergessen werden, wenn von denen, die in doppeltem Sinne nicht Bismarck's „Leute“ sind, die Rede ist. Der Fürst befindet sich noch jetzt mit ihnen in einem fortwährenden Kampfe. Einmal, als sie ihm vorwarfen, geäußert zu haben, die Polen seien „kein Volk“, sagte er ihnen: „Die etwa zwanzig Herren Abgeordneten, die sich hier als Volk geberden, und zwar als polnisches Volk, — Sie, meine Herren, Sie sind wirklich kein Volk, auch vertreten Sie kein Volk, Sie haben kein Volk hinter sich. Sie haben nichts hinter sich, als Ihre Irrthümer und Ihre Täuschungen, und zu denen gehört u. a., daß sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um die polnische Nationalität zu vertreten . . . . Ein solches Mandat hat Ihnen kein Mensch gegeben, und das Volk im Großherzogthum Posen und in Westpreußen am allerwenigsten; es theilt nicht die Fiktionen, die Sie vertheidigen: daß die polnische Herrschaft gut gewesen wäre — oder nicht schlecht, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte. Bei aller Unparteilichkeit und bei aller Neigung, gerecht zu sein, kann ich Ihnen versichern, sie war ganz herzlich schlecht, und darum wird sie niemals wiederkommen“ (Reichstagsitzung vom 1. April

1871).... „Die Existenz eines förmlichen Nationalfehlers läßt sich nicht ableugnen,“ — soll er sich ein anderes mal über die Polen ausgelassen haben. „Der Berezowskis giebt es da eine ganze Menge, und Kullmann soll vorübergehend dem polnischen Gesellenverein in Pleß angehört haben . . . Ueberall werde ich durch polnische Elemente genirt, und dabei treiben sie's so schlau, daß man sie nicht fassen kann . . . Daß es im Kulturkampf so weit gekommen ist, habe ich wesentlich den Polen zu verdanken. Ich kenne die ganze Gesellschaft, welche uns so lange reizte, bis wir zu den äußersten, meinerwegen bedauerlichen Mitteln greifen mußten . . . Am liebsten steckte ich sie allesamt in eine Strafkompanie. Aber ich fürchte, sie sind nicht einmal unter das Wehrsteuergesetz zu bringen.“

Andererseits erklären die polnischen Abgeordneten sich für Angehörige eines „tiefgekränkten Volkes,“ — seine Landsleute seien die „Prügelknaben der Reichsregierung,“ bemerkte von Czarlinski noch jüngst. Es sind unruhige Köpfe, diese „Vertreter Polen's,“ wie sie sich am liebsten bezeichnen, feurige Naturen, die nichts vergessen können, mit einem tief ausgeprägten Freiheitsgefühl, einem kühnen Troß, der sie aus Imaginationen und Träumen nicht herauskommen läßt. Man wird sich das Wesen der Polen aus ihrem großen, freilich zuweilen sich recht unangenehm aufdrängenden, ja selbst widerwärtigen Nationalstolz heraus erklären und daneben im Auge behalten müssen, daß es in der Seele eines solchen Volkes naturgemäß noch lange schmerzlich nachklingt, wenn nicht nur die Selbständigkeit dahin ist, sondern auch die Hauptträgerin alles nationalen Bewußtseins, alles nationalen Zusammenhalts, die Sprache, in Bedrängniß gekommen.

Da sind von Czarlinski, von Jazdzewski, von Niegolewski, alles begeisterte polnische „Patrioten“ und

hitzige Redner. Vor allem imponirt durch die Unbeugsamkeit seiner Ueberzeugungen, durch die Energie seines Auftretens in gewissem Sinne der letztere. In seinem bis weit über die Knie reichenden schwarzen Rocke, die Hände auf dem Rücken zusammengelegt, das Haupt mit dem langen, tiefdunklen Haar stolz in den Nacken zurückgeworfen, steht er, eine hohe, geradaufgerichtete Gestalt, da, wie einer, dem wirklich bitteres Unrecht geschehen, und der als Märtyrer einer guten Sache das Recht hat, laute, eindringliche Anklage zu erheben. „Zur Sache, zur Sache!“ ruft man ihm immer wieder zu, aber: „Es gehört zur Sache!“ entgegnet er eben so oft mit allem Nachdruck, dessen sein kräftiges Organ fähig ist, und er drängt herausfordernd die Brust vor, wirft mit noch größerem Trotz den Kopf zurück. Und wenn ihm dann vom Ministertische aus erwidert wird, so ist er weit entfernt, ruhig zuzuhören; er weiß vielmehr im voraus, daß ihm wieder Unrecht geschehen, daß man seine Klagen zurückweisen wird, und er geht in einem der Gänge zwischen den Sitzen aufgeregt hin und her, blickt dann und wann finster auf oder spricht unwillig in sich hinein. Diese energische Persönlichkeit konnte man schon früher während mehrerer Sitzungsperioden im Abgeordnetenhanse sehen; auch im Norddeutschen Reichstag erschien sie im Jahre 1867, während sie dem allgemeinen deutschen Parlament seit der ersten Eröffnung bis 1876 und dann wieder seit 1878 angehört. Dr. Wladimir von Niegolewski, Rittergutsbesitzer in Murownica, ist im Jahre 1819 geboren, er besuchte das Gymnasium zu Posen und widmete sich von 1841 bis 1844 in Bonn dem Studium der Jurisprudenz. Im Jahre 1847 war er im Polen-Prozeß verurtheilt worden.

---



## Elftes Kapitel.

### Die „schwankenden Gestalten“.

Ludwig August Brühl. Philipp Ernst Lieber. Burghard Freiherr  
von Schorlemer-Mst. Ludwig Windthorst.

„Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten,  
Die früh sich einst dem trüben Blick gezeigt!  
Versuch' ich wohl, euch diesmal festzuhalten?  
Sühl' ich mein Herz noch jenem Wahn geneigt?“

Goethe.

**I**ch habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, — lautete das Urtheil über die Centrumspartei, welches Fürst Bismarck am 30. Januar 1872 im preussischen Abgeordnetenhaus aus sprach, und er nannte es dann weiter „einen großen politischen Fehler“, daß diese Fraktion überhaupt gebildet worden sei, „eine rein konfessionelle Fraktion auf rein politischem Boden,“ deren Begründer ihre „Glaubensgenossen aus den verschiedensten Fraktionen durch die Einflüsse, die ihnen zu Gebote standen, nöthigten, sich anzuschließen“. Und man hatte doch gehofft, Frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

„an einer streng kirchlichen Partei eine Stütze zu gewinnen, die dem Kaiser giebt, was des Kaisers ist,“ — wohingegen die Regierung betonte, „kein Interesse“ zu haben, „die Autorität des Papstes zu schwächen“ — „die Achtung vor der Regierung auch da, wo man glaubt, daß die Regierung irrt, in allen Kreisen, namentlich in den Kreisen des politisch weniger unterrichteten gemeinen Mannes, der Masse, zu erhalten sucht.“ Leider hatte der Kanzler, als er aus Frankreich zurückkam, zu einer anderen Meinung gelangen und erfahren müssen, „welche Mittel bei den Wahlen angewendet worden waren, um die Wahlen dieser neuen Partei durchzusetzen.“

Von diesem Zeitpunkte an rechnete der Fürst diese aus „Gliedern der einen heiligen katholischen und apostolischen Kirche“ — vergleiche den Hirtenbrief der im August von 1870 zu Fulda versammelten deutschen Bischöfe — gebildete Fraktion zu den beiden internationalen Parteien, durch welche die Regierung „den Staat in seinen Fundamenten bedroht und gefährdet“ sah, wider die „alle diejenigen, denen die Kräftigung des staatlichen Elements, die Wehrhaftigkeit des Staats“ am Herzen liegt, und „die ein Interesse haben an der Erhaltung des Staats und seiner Vertheidigung“, sich zusammenschaaren müßten (Herrenhaus, 24. April 1873). Freilich hatte es Pius IX. nach den ersten Anläufen zur kirchenpolitischen Gesetzgebung ja auch offen ausgesprochen: „Jene feindliche Verfolgung der Kirche wird unfehlbar den Glanz jenes Triumphes in Frage stellen; wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe loslöst, welches den Fuß des Kolosses zertümmert,“ und vom Kanzler war schon, ehe diese Worte in die Öffentlichkeit gelangten, der Kurie ein solcher, der „mächtigen Regierung“ des deutschen Reiches geltender Wunsch zugeschrieben worden. Am 6. März 1872 verlas er im Herrenhause einen ihm eben zugekommenen Bericht aus

der Feder eines „unserer erfahrensten und angesehensten Gesandten“, in welchem es hieß: „Wenn ich meine persönliche Meinung aussprechen soll, so gestehe ich, daß ich keinen Augenblick daran gezweifelt habe, daß die in Frankreich gewünschte Revanche durch religiöse Zerrwürfnisse in Deutschland vorbereitet werden soll und nur auf diesem Wege Hoffnung auf Erfolg haben kann. Man will die deutsche Einheit und Kraft auf dem Wege lähmen. Ein einflußreicher Theil des katholischen Klerus, der von Rom aus geleitet wird, ist der französischen Politik dienstbar, weil mit ihr die Hoffnungen auf die Restauration im Kirchenstaate zusammenfallen.“ Die „Provinzial-Korrespondenz“ fand sich demgemäß u. a. veranlaßt, am 8. Oktober 1873 der katholischen Bevölkerung vor die Augen zu führen, daß sie die „Gefahren und Nothstände der katholischen Kirche unzweifelhaft noch steigern“ würde, „wenn sie bei den bevorstehenden Wahlen die Zahl der ultramontanen Abgeordneten vermehren hülfe, deren ganzes Bestreben unter der Führung Rom's auf den Kampf gegen die Staatsgewalt gerichtet ist . . . Wenn die Katholiken Preußen's den kirchlichen Frieden und eine weitere erspriessliche Entwicklung der katholischen Kirche, wie sie von unseren Königen stets freudig gefördert worden ist, von neuem sichern wollen, — so mögen sie sich davor hüten, Männer zu wählen, deren ganze Wirksamkeit thatsächlich zur Zerrüttung des öffentlichen Friedens und zugleich zur Zerrüttung des Friedens der Kirche führt.“ Der National-liberalismus schwamm immer höher oben auf; seine Wellen durchzitterten jede Zeile der „Provinzial-Korrespondenz“; die gouvernementale Presse war sein Echo. Dr. Gneist warf die ganze Angelegenheit in den „Schooß des verjüngten Reichs“, in den Schooß einer allmächtigen „idealen Macht, der Majestät des Staats, der neuen Reichsmacht“, und diesen Schooß nannte

er „das Einheits- und Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volks“, es fiel sogar das Stichwort des „partiellen Belagerungszustandes“, Löwe-Kalbe wollte den Regierungen die ihnen nothwendig scheinende Gewalt vertrauensvoll „in die Hände legen“ und glaubte, daß sie, nachdem diese Hände nach der einen Seite hin frei geworden, „sich der Entwicklung des modernen Staats zuwenden und keine Herrschaft über die Gewissen ausüben“ würden . . . .

Es würde zu weit führen, hier den Kampf in seinen Einzelheiten zu verfolgen und alle die Streiter, die auf der katholischen Seite mit Kraft und Geschick sich der Waffen bedienten, an den Augen der Leser vorübergehen zu lassen. Nur einigen der nach verschiedenen Gesichtspunkten hin merkwürdigsten Persönlichkeiten davon mögen wenige Zeilen gewidmet sein. Auch sie haben, was ihr jetziges Verhalten der Regierung gegenüber angeht, „Vorsicht“ auf ihre Fahne geschrieben, freilich in einem den Maximen der Nationalliberalen gerade entgegengesetzten Sinne; sie halten die Augen offen, sie schwanken in ihrer Taktik, weil sie meinen, daß es für ihre Sache verhängnißvoll werden könnte, wenn sie nach so langem und hartem Kampfe sich dem „Staat“ leichten Kaufs gefangen geben würden.

Als einen der erbittertsten Gegner der Regierung Preußen's hat sich stets Dr. Ludwig August Brüel gezeigt, der verbissene Welse, der bei jeder Gelegenheit den „Bruderkrieg“ von 1866 im Munde führt, — einen Krieg, von dem man „nicht gerne reden“ höre, den man „als eine Art Naturnothwendigkeit angesehen wissen möchte, über die man jetzt möglichst schweigen müsse, aber hinsichtlich der wie für den einzelnen, so für ein ganzes Volk das Wort gelte: ‚Da ich mein' Sünd' verschweigen wollt', verschmachteten meine Gebeine.‘“ Er bedient sich überhaupt gern biblischer Citate, — gelegentlich auch eines aus



Cicero, wie: „Zum Scharwenzeln verdammt, sind sie doch in den Augen der gebietenden Herren nie sflavisch, in den unsrigen nie freimüthig genug.“ Man ersieht daraus schon, wie er zu sprechen liebt: schneidend, beißend, was der Regierung gegenüber an ihm nicht Wunder nimmt, — sind doch nach seinem Ausspruch die Welfen und die Partikularisten „die natürlichen und selbstverständlichen Reichsfeinde.“ Die Entwicklung des neuen Reichs unterzieht er denn auch immer der schärfsten Kritik. Von der Gesetzgebung meinte er, daß die „Kriegsgesetze“ — zu denen er natürlich die gegen den Ultramontanismus rechnet — „nach und nach immer mehr die normalen Gesetze bildeten, deren sich das Regiment bediene,“ er tadelte die sich „überstürzende Hast,“ mit welcher dabei zu Werke gegangen werde, „was freilich die allgemeine Erscheinung jedes revolutionären Zeitalters“ sei. „Man kann nicht schnell genug aus der alten Art und Weise herauskommen, wie es Tocqueville in Beziehung auf die erste französische Revolution treffend schildert, indem er schreibt: die Franzosen hätten damals alle Arten von Zwang sich auferlegt, *pour se façonner autrement que leurs pères*, um sich eine andere Façon zu geben, als ihre Väter gehabt. Das, meine Herren, haben Sie jetzt den Franzosen redlich nachgemacht.“

Hinsichtlich der sozialpolitischen Pläne des Reichskanzlers steht Dr. Brüel sicher auf der Seite des letzteren. Auch er erkennt es für „eine Pflicht der Regierung, vorhandene Mißstände mit Regierungsmitteln zu mildern, wenn man sie auch nicht ganz beseitigen kann.“ „Ich glaube,“ — sprach er sich u. a. weiter aus — „die Regierungen müssen noch mehr, als bisher der Fall ist, und wir selbst müssen uns ebenfalls davon durchdringen lassen, daß nicht unter allen Umständen die Aufgabe allein die ist, das Eigenthum mit allen seinen etwaigen Miß-

bräuchen zu schützen und darüber die schirmende Hand zu halten . . . .“

Brüel gehört nicht eigentlich zu den Ultramontanen; er ist vielmehr evangelisch-lutherischer Konfession, schließt sich aber fast in allen Fragen dem Centrum, dessen Hospitant er ist, an. Unter der hannover'schen Regierung nahm er eine hervorragende Stellung ein, indem er seit 1863 General-Sekretär im Kultus-Ministerium und im Jahre 1866 von der Zeit der preussischen Besetzung bis zur Annexion Stellvertreter des Kultus-Ministers war. Dann blieb er noch als Direktor des Kultus-Departements bei der hannover'schen Civil-Administration in Dienst, ließ sich aber 1868 freiwillig desselben entheben. Er führt den Titel eines Geheimen Regierungsraths a. D. und ist seit dem Jahre 1874 Mitglied des Reichstags. Dem Abgeordnetenhause hatte er schon früher angehört. Er steht bereits im 64. Lebensjahre (geb. am 20. Dezember 1818), und sein Haar ist weiß geworden. Das ernste, ausdrucksvolle Gesicht zeigt einen Backenbart und läßt den früheren Regierungsbeamten unschwer erkennen. Obgleich im Inhalt seiner Reden sehr scharf und kräftig, besitzt er doch ein überaus schwaches Organ, das ihn im Parlament oft schwer verständlich macht. —

Eine charaktervolle, anziehende Erscheinung ist Dr. Philipp Ernst Lieber. Der volle, dunkle Bart und das dichte Haar geben ihm ein männliches, einnehmendes Aussehen. Er sieht auch noch in den besten Jahren: am 16. November 1838 ist er zu Camberg im Untertaunuskreis geboren worden. Seine Bildung erhielt er zuerst im elterlichen Hause, sodann (von 1850 bis 1858) auf den Gymnasien zu Aschaffenburg und Hadamar und hierauf bis zum Jahre 1861 auf den Universitäten zu Würzburg, München, Bonn und Heidelberg, wo er Philosophie und Jurisprudenz studirte. In Heidelberg pro-

movirte er zum Doktor beider Rechte und widmete sich vom Herbst 1861 bis zum Mai 1865 auf den Bibliotheken zu Heidelberg und München noch weiteren wissenschaftlichen Studien. Jetzt lebt er als wohlbemittelter Privatmann in seiner Vaterstadt Camberg. Am 16. Novbr. 1870 wurde er vom 9. Wahlkreis des Regierungsbezirks Wiesbaden (Unterwesterwald) in das Abgeordnetenhaus gewählt, wo er sich dem Centrum anschloß; dem Reichstage gehört er für den Wahlkreis St. Goarshausen seit 1871 an. Während des „Kulturkampfes“ hat Dr. Eieber, der eine sehr gediegene Bildung besitzt, wiederholt energisch in die Debatte eingegriffen; namentlich trat er dem Dr. von Sybel, bekanntlich einer der hitzigsten „Kulturkämpfer“, der von den Ultramontanen gesagt hatte: „Zum Glück haben Sie nicht mehr die Macht wie früher, mit körperlichen Strafen gegen Undersgläubige vorzugehen,“ in scharfer Weise entgegen. —

Man sieht ihm den Kavalier auf den ersten Blick an, dem Herrn von Schorlemer-Alst. Seine gut gewachsene, elegant gekleidete Gestalt bewahrt immer eine straffe Haltung; in den regelmäßigen Zügen seines Gesichts, dem ein wohlgepflegter Knebelbart trefflich steht, prägt sich Selbstbewußtsein und Entschiedenheit aus, und seine Augen blicken scharf. Er ist aber nicht bloß preußischer Premier-Lieutenant der Kavallerie a. D. und nebenbei Malteser-Ritter, sowie „Ritter des rothen Adlerordens vierter Klasse mit Schwertern“, sondern besitzt auch die noch bedeutungsvollere Würde eines „geheimen Kämmerers Sr. Heiligkeit des Papstes“, als welcher er „spanische“ Tracht — schwarz bei gewöhnlichen, roth bei außergewöhnlichen kirchlichen Festen — trägt. Daß er diese Würde seiner rastlosen Bemühungen um die „katholische Sache“ wegen verdient, unterliegt keinem Zweifel. Er hat nicht nur im „Kulturkampf“ mit großer Tapferkeit die Klinge geführt, — und es sind immer gutüber-

legte, wohlgezielte Streiche, die er austheilt — sondern auch sonst stets seine Fürsorge für den heiligen Stuhl Petri zu erkennen gegeben. Dem entspricht die Art, wie Fürst Bismarck über ihn denkt, der ihm den Wunsch zutraute, „nach außen hin Verstimmung gegen ihn und seine Politik“ zu erregen. Auf besonders freundschaftlichem Fuße steht er mit dem Abgeordneten Richter, der ihm u. a. einmal „einen bedauerlichen geistigen Marasmus“ vorwarf und erklärte, nicht gewohnt zu sein, „große Anforderungen an den geistigen Inhalt“ seiner Reden zu stellen, wohingegen Herr von Schorlemer stolz darauf zu sein behauptete, „daß die Rede des Herrn Abgeordneten Richter ohne eine Antwort von seiner Seite in's Land gehe.“ Nicht übel war die Bemerkung, die er gelegentlich Herrn Rickert gegenüber machte, dem er keine Friedensliebe zu bezeigen brauche, da dessen und seiner Partei Abneigung gegen die Konfession, der er angehöre, ja genugsam bekannt sei. „Bezeichnend für seinen Liberalismus ist es auch, daß er den Gerichtshof (für kirchliche Angelegenheiten), der auf einem Ausnahmegesetze basiert, so lebhaft vertheidigt. Sonst sind Ausnahmegesetze gerade nicht Sache des Liberalismus . . .“

Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst stammt aus einer sehr alten westfälischen Adelsfamilie und ist am 21. Oktober 1825 im Schlosse Heringhausen (Kreis Lippstadt) geboren. Er bezog die Militär-Bildungs-Anstalt zu Dresden, unternahm Reisen nach Oesterreich, Ungarn, der Schweiz und Italien und gehörte dann zwölf Jahre als Offizier und Adjutant einem Hanen-Regimente an, in dessen Reihen er den badischen Feldzug von 1849 mitmachte. Im Abgeordnetenhause sitzt er seit 1870, im Reichstage seit 1875. Neben der Bewirthschaftung seines mäßig großen Gutes Alst (Kreis Burg-Steinfurt) entfaltet er als Direktor des landwirthschaftlichen Provinzialvereins und der Hauptvereine in Westfalen eine einflußreiche Thätigkeit;

mit Recht ist er darum der „westfälische Bauernkönig“ genannt. Zu einem solchen besitzt er auch sonst alle nur wünschenswerthe Anlage. Politisch der äußersten konservativen Gesinnung ergeben, in welcher er wohl am liebsten wieder hinter 1848 zurückginge und ein „heilsames patriarchalisches Verhältniß“ mit dem Großgrundbesitzer als Patriarch an der Spitze auf dem Lande erhalten möchte, erwartet er in religiöser Hinsicht alles Heil der Welt von einer orthodox-kirchlichen Richtung. Eine von dieser losgelöste Humanität ist ihm ein Unding und an sich nicht denkbar. Es erhellt daraus, daß dieses von Herrn von Schorlemer repräsentierte westfälische Bauernkönigthum nimmermehr einst die Welt beherrschen wird. Und man kann damit zufrieden sein. —

In völliger Uebereinstimmung mit Herrn von Schorlemer befindet sich Dr. Ludwig Windthorst.

„Die Centrumsfraktion ist, Sie mögen dagegen reagiren, wie Sie wollen, nach jeder Richtung hin konservativ, und zwar hier im Hause allein . . . Konservativ heißt, die gegebenen berechtigten Institutionen im Staat und in der Kirche konserviren; es heißt aber nicht, eine Regierung mit einer Allgewalt auszurüsten, in welcher sie diese Institutionen je nach ihrem Belieben modifiziren kann und darf. Das letzte wollen Sie (die Konservativen), das erste wollen wir; da liegt der Unterschied; und so lange Sie Konservatismus und Polizeiwirthschaft konfundiren, ist allerdings mit Ihnen an einen Bund nicht zu denken.“ So erörterte er in der Reichstagsitzung vom 14. Oktober 1878 den Standpunkt seiner Partei und deren Stellung zu den Konservativen.

Von besonderem Interesse sind heute die Urtheile, welche Fürst Bismarck während des „Kulturkampfes“ über Windthorst und die Ultramontanen ausgesprochen hat. Hier ist eine Blumenlese daraus.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 30. Januar 1872 erklärte der Kanzler zunächst, daß er die Bildung der Centrumsfraktion nicht anders, denn als „eine Mobilmachung der Partei gegen den Staat“ habe betrachten können, und sagte dann besonders ein Mitglied, das sofort an die Spitze getreten sei, in's Auge, „ein so kampfbereites und streitbares Mitglied“ (Windthorst), „ein Mitglied, welches von Anfang an, aus Gründen, die ich achte und ehre, ungern und mit Widerstreben der preußischen Gemeinschaft beigetreten ist, ein Mitglied, das bisher niemals durch seine Haltung und durch die Färbung seiner Rede bekundet hat, daß es diesen Widerwillen überwunden habe, ein Mitglied, von dem ich noch heute zweifelhaft bin, ob ihm die Neubildung des Deutschen Reiches willkommen ist; ob er in dieser Gestalt die deutsche Einigung annehmen will, oder ob er sie lieber gar nicht gesehen hätte, darüber bin ich noch immer im Zweifel . . .“

„Zu den Aufgaben der katholischen wie jeder christlichen Kirche gehört die Pflege des Friedens und eines gesicherten Rechtszustandes des Landes, wo sie besteht; das bestreiten Sie auch nicht. Aber deshalb wäre es meines Erachtens Ihre Aufgabe gewesen, sich von dem Einfluß solcher Faktoren frei zu halten, deren Element der Kampf ist, deren Zukunft allein im Kampf und in Unsicherheit der jetzigen Zustände liegt. — Dieser Elemente des Streites, mit denen Sie die Mission des Friedens, die Ihnen obliegt, sich erschwert haben, sind mehrere.

„Einmal, das erste davon ist meines Erachtens die Wahl Ihres ‚geschäftsführenden Mitgliedes‘ (des Abgeordneten Windthorst-Meppen), welches sich auf die Majorität der Fraktion stützt, gewöhnlich im Namen der Fraktion zu sprechen pflegt und ihr den Namen hauptsächlich gegeben hat . . . Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst ist mir zuerst in meinem Leben be-

kannt geworden als treuer Anhänger des Königs Georg V., und ich habe den Vorzug gehabt, mit ihm in dieser Eigenschaft Verhandlungen über die intimeren Angelegenheiten Sr. Majestät des Königs Georg zu führen. Ich habe bisher nicht wahrgenommen, daß er dieser durch seine ganze Vergangenheit begründeten Anhänglichkeit an einen nicht mehr regierenden Fürsten und dessen Sache schon entsagt hätte; seine politische Haltung steht an sich mit der Annahme, zu der viele geneigt sein möchten, daß sein Herz noch heute an jenem Monarchen hängt, nicht nothwendig in Widerspruch. Der Herr Abgeordnete theiligt sich viel an den Debatten, aber das Wel seiner Worte ist nicht von der Sorte, die Wunden heilt, sondern von der, die flammen nährt, flammen des Zorns....

„Ich glaube, meine Herren vom Centrum, Sie werden zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen.

„Der Staat, wie er dem Herrn Abgeordneten Windthorst vorschwebt, würde seiner Verwirklichung viel näher gekommen sein, wenn die Franzosen über uns gesiegt hätten....

„Nur in Deutschland ganz allein, da ist die eigenthümliche Erscheinung, daß die Geistlichkeit einen mehr internationalen Charakter hat. Ihr liegt die katholische Kirche, auch wenn sie der Entwicklung Deutschlands sich auf der Basis fremder Nationalität entgegenstellt, näher am Herzen, als die Entwicklung des Deutschen Reiches, womit ich nicht sagen will, daß ihr diese Entwicklung fern läge, aber das andere steht ihr näher (Abg. Windthorst: „Beweise!“). Ach, meine Herren, greifen Sie doch in Ihren eigenen Busen!“ (Berathungen im Abgeordnetenhanse vom 9. bis 13. februar 1872.)

Ein anderes Mal — am 14. Mai 1872 im Reichstage — bemerkte er Windthorst, „daß ihm zu seinem Bedauern der

wahre Begriff des Evangeliums noch nicht aufgegangen“ sei, und wieder bei anderer Gelegenheit meinte er, die Zunahme der Gesetzesübertretungen liege „in den hochstehenden Beispielen derer, die vorzugsweise auf die Achtung vor dem Gesetze halten sollten, die aber in erster Linie das Beispiel der Mißachtung, der Bekämpfung der Gesetze, der Auflehnung gegen die Gesetze geben.“

Dann hatte Dr. Windthorst dem Fürsten einmal einen gewissen Grad juristischer Unwissenheit vorgeworfen, worauf der letztere ihm entgegnete: „In jedem Examen — bin ich überzeugt — wird er sehr viel besser bestehen als ich, namentlich im juristischen, bei seiner Vielseitigkeit auch in sehr vielen anderen Dingen; etwas anderes ist es aber, praktische Politik zu treiben und sich mit einigem Erfolge mit der Wohlfahrt des eigenen Landes zu beschäftigen; da behaupte ich meinerseits wieder, das besser zu verstehen, als der Herr Vorredner, und alle Examina, die er machen könnte, würden ihn vielleicht dazu nicht befähigen, wir würden vielmehr jeden Staat bedauern, dem es beschieden wäre, von dem Herrn Vorredner regiert zu werden. Die Herren aus Hannover haben ja die Erfahrung gemacht, und sie werden mir sagen können, ob sie lieber einen streng examinirten oder einen dem Lande nützlichen Minister haben wollen.“ (Abgeordnetenhaus, 18. März 1875.)

Am 19. Februar 1878 war von den vereinigten konservativen und liberalen Parteien des Reichstags eine Interpellation über die Haltung der deutschen Regierung in der orientalischen Frage eingebracht worden, und Dr. Windthorst hatte u. a. die Hoffnung ausgesprochen, daß es „der Gewandtheit“ des Reichskanzlers gelingen werde, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten und namentlich die Interessen Oesterreichs, mit denen sich das „germanische Interesse“ decke, zu wahren.



Nichts konnte ein stärkeres Mißtrauen dem Abgeordneten Windthorst gegenüber ausdrücken, als die Art, wie der Fürst, der „ehrliebe Maßler“, die Rathschläge der hannoverschen Exzellenz zurückwies.

„Ich muß gestehen,“ — sagte er — „daß, wenn die Meinung des Reichstags mir durch das Organ des Herrn Vorredners unterbreitet würde, ich dieser Stimme doch mit großer Vor sicht folgen würde, mit weniger Hingebung als anderen, die wir vorhin gehört haben. Der Herr Vorredner hat in meiner Anwesenheit wohl nie gesprochen, ohne mir durch seine Aeußerungen Anlaß zur Antwort zu geben, selten in der Richtung, daß ich sachlich etwas zu widerlegen oder zu bestreiten gehabt hätte, was er durch Argumente unterstützt hat. Er hat mich aber fast immer in die Nothwendigkeit versetzt, gewissen Mißverständnissen, die bei dem Herrn Vorredner so außerordentlich häufig vorkommen, entgegenzutreten, damit diese Mißverständnisse nicht nachher in unwidersprochene Wahrheiten in der Presse, die die Politik des Herrn Vorredners zu unterstützen pflegt, verwandelt werden. Der Herr Vorredner hat eine große Gewandtheit, einen Gedanken hinzuwerfen, ohne daß man gerade behaupten könnte, er hätte ihn zu dem seinigen gemacht, aber durch die Art, wie er ihn hinwirft, giebt er doch der Vermuthung Raum, und der Ball wird aufgefangen und weiter gegeben . . . Der Herr Vorredner hat gesagt, er sei ganz für die Erhaltung des Friedens nach allen Richtungen hin. Gleich wie er das sagte, erinnerte ich mich, daß gewisse Blätter, französische und polnische, die sonst mit dem Herrn Vorredner selten verschiedener Meinung sind, doch mit allen Mitteln der Dialektik zum Kriege treiben, indem auch sie Oesterreich zu beweisen suchen, es sei düpirt, es sei betrogen, indem sie die österreichische Ambition aufzustacheln suchen, um den Krieg möglichst wahr-

scheinlich zu machen. Ich freute mich, daß der Herr Vorredner versicherte, daß diesmal die Konföderation in Frankreich und Polen mit ihm gar keine Gesinnungsgemeinschaft hätten, ich bin auch noch bereit, ihm das zu glauben, da er es versichert . . . Ich kann dem Herrn versichern, daß er nicht nöthig hat, uns gegenüber die Interessen Oesterreichs zu vertreten . . . Der Graf Andrássy glaubt mir, und ich glaube ihm, was er mir sagt, und wir brauchen zu diesem Verhältniß die Vermittlung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können . . .“

Nach dem scharfen Gegensatz, wie er sich zwischen der Regierung und dem Centrum herausgebildet hatte, ist es, wie gesagt, nur natürlich, daß das letztere die Vermittelungs- und Versöhnungsversuche des Staates sehr vorsichtig aufnimmt.

„Aus Liebe verlangen wir nichts!“ rief Windthorst am 16. Februar 1877 im Abgeordnetenhaus zu Falk, der die Aeste, auf welchen die „faulen Früchte“ wuchsen, hatte abschneiden wollen, entgegen. Mit Zähigkeit und in der festen Hoffnung, daß es doch für seine Partei kommen müsse, was in den Schlussworten von Lenau's „Faust“ gesagt ist: „Nun hab' ich dich und halte dich umschlungen,“ und mit all' dem Trotz, den diese sichere Zuversicht wachgerufen, hat er immer von neuem die gänzliche Beseitigung der kirchenpolitischen Gesetze verlangt. Und er that es meist mit einem Anflug gemüthlichen Humors, unter spöttischen Seitenblicken auf die anderen Parteien, eben wie einer, der sicher ist, daß es ihm nicht fehlen kann. „Seien Sie versichert, wir würden weit lieber mit der Regierung gehen, als gegen sie. Einmal ist das unendlich viel bequemer, weil die Regierung dann uns vieles Denken und Arbeiten abnähme, und dann ist es auch recht viel profitabler. Aber so lange die Regierung auf Wegen wandelt, die wir für verderblich halten,

so lange im deutschen Reich an die fünfzehn Millionen Menschen ihres Glaubens wegen verfolgt werden, so lange können wir die Regierung nicht unterstützen. Wir sind nicht Gegner einer Regierung — die muß sein, — aber wir sind aus dem angegebenen Grunde Gegner dieser Regierung. . . .“ „Wenn man Waffenstillstand schließen will,“ — fügte er diesen am 11. Oktober 1878 im Reichstag gesprochenen Worten am 14. Oktober desselben Jahres hinzu, und er hat dies ein Jahr später, als der „andere Wind“ schon stärker wehte, im Abgeordnetenhaus mit fast denselben Worten wiederholt — „dann nehmen beide Armeen Gewehr an Fuß; von uns aber verlangen Sie, während Sie fort und fort die volle Ladung der Kulturgeetze gegen uns abfeuern, daß wir aufhören sollen, uns dagegen zu wehren. Das sind unmögliche Dinge. Wenn aber diese Dinge also liegen, muß ich wenigstens annehmen, daß alles, was geschehen ist, ein Ernst nicht war, daß man vielmehr nur augenblicklich politische Zwecke hat verfolgen wollen.“ Und wie, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie in keinem Falle sich zu einer bloßen Regierungspartei hergeben würden, bemerkte er, wenn auch etwas diplomatisch verhüllt, gleich nach einigen Minuten weiter: „Es ist auch gefragt worden, wie sich unsere Stellung nach Beendigung des Kulturkampfes gestalten werde. Wenn der Kulturkampf wirklich beendet wird, dann wird sich eben zeigen, wie dann sich die Dinge gestalten (Heiterkeit). Im voraus darüber ein festes Programm entwickeln, ist rein unmöglich; so viel aber ist gewiß, daß mit der Beseitigung des Kulturkampfes die sonstigen Forderungen unseres Programms keineswegs erledigt sind. Wir halten namentlich fest daran, daß im Reich der Einheitsstaat nicht erstrebt, daß vielmehr die föderative Basis hergestellt werden müsse. . . . Außerdem seien Sie davon

versichert, daß wir um den bezeichneten Preis niemals die gemeine Freiheit aufgeben würden. Wenn wir etwas gelernt haben im Kulturkampf, so ist es das, daß solchen Unternehmungen gegenüber — und wer bürgt uns dafür, daß sie nicht immer wiederkehren, wenn sie jetzt auch einmal aufgehört haben sollten? — daß solchen Unternehmungen gegenüber nur die gemeine Freiheit schützen kann. Nur auf diesem Boden haben wir den gegen uns gerichteten Aggressionen widerstanden, diesen Boden wollen wir uns erhalten, damit nicht neues Unrecht wieder geschehen kann. Sofern der Herr von Kleist-Regow bereit ist, auch die anderen Seiten unseres Programms, also das föderative Prinzip und die richtige wohlverstandene Freiheit und das gemeine Recht, zu verteidigen, bin ich bereit, mit ihm zu gehen, sonst nicht.“

Er hoffe auf „den Sieg des gesunden Menschenverstandes“, der ja „wieder im Kultusministerium eingezogen“ sei, gleichwie „die Leidenschaftlichkeit verraucht“ wäre, betonte Windthorst am 6. Februar 1880 im Abgeordnetenhaus, — aber er kann mit seinen Parteigenossen auch selbst heute durch die Zugeständnisse der Regierung nicht befriedigt werden, und so schwanken sie zwischen der Unterstützung der letzteren und der Opposition in „Dunst und Nebel“ noch hin und her, so daß der Ausspruch, welchen Easker in der Reichstagsitzung des 6. März 1880 über sie that, volle Geltung behält: „Die Herren sind so vertieft in die Vertheidigung einer großen Idee, daß sie sich erlauben, in allen übrigen Punkten die Dinge als rein weltliche von minderem Gewicht zu betrachten und, veränderlich, heute auf diesen, morgen auf einen anderen Standpunkt sich zu stellen.“

Die große Bedachtsamkeit und Vorsicht der schwarzen „Perle von Meppen“ — eine Bezeichnung, die übrigens von Windthorst's Freunde Mallinckrodt herrührt — giebt sich, wie bereits

früher ausgeführt, schon in der Art des äußeren Auftretens dieses Abgeordneten kund. Ja, wer ihn düpiren will, muß „früh aufstehen“! — Es zeigt sich dies aber vor allem auch in der großen Ruhe, mit der er den Debatten folgt und in dieselben eingreift. Der Anfang fast jeder seiner Reden ist wie ein Tropfen kalten Wassers in der Gluth des parlamentarischen Streits, wie ein leises Kopfschütteln, eine feine, selbstgefällige Ironie. „Meine Herren, es kommt mir fast vor, als wenn wir uns ganz unnöthigerweise auf allen Seiten zu sehr erhitzten,“ — beginnt er einmal. „Meine Herren, Sie haben bis jetzt von allem gesprochen, nur nicht vom Budget,“ — nimmt er bei einer anderen Gelegenheit das Wort. . . . Seine Leidenschaftslosigkeit und Geistesgegenwart spricht sich auch in seinem sonstigen Verhalten aus. Es kommt ihm gar nicht darauf an, von dieser oder jener Seite gelegentlich einmal einen scharfen persönlichen Widerspruch zu erfahren, und einzig ist er in der knappen, epigrammatischen Fassung seiner Worte, wenn er mitten in der Rede Zurufe und Einwendungen zurückweist. Da will einer zur Geschäftsordnung „nur bemerken, daß er sich zum Worte gemeldet hatte hauptsächlich in der Absicht, um dem Herrn Abgeordneten Windthorst auf dessen Angriffe gegen seine Person zu antworten“. Flugs erbittet sich auch dieser das Wort und giebt mit größter Seelenruhe lakonisch zurück: „Ich wollte zur Geschäftsordnung mein Bedauern aussprechen, daß der Herr Abgeordnete N. nicht zum Worte gekommen ist.“ Ein anderes Mal werden seine Worte: „Herr Professor Dr. Gneist“ — durch den Zuruf: „Abgeordneter!“ unterbrochen; schnell erwidert der Redner: „Abgeordneter ist er auch, ich bitte, lassen Sie doch diese Kleinigkeiten!“ . . .

Von geistvollen und witzigen Bemerkungen ließe sich aus Windthorst's Reden eine ganze Reihe zusammenstellen. Hier nur einige.

Frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute.

15

„Von einem Wettlauf in Konzessionen mit anderen Parteien, namentlich mit der nationalliberalen Partei, ist gar keine Rede. Ich lasse mich mit niemandem in einen Wettlauf ein, von dem ich doch weiß, er hat längere Beine“ (Deutscher Reichstag, 6. März 1880).

„Um die Weihnachts- und Neujahrszeit sind bei uns die Postbeamten überhäuft; die Neujahrswünsche sollten in Zukunft vierundzwanzig Stunden vorher geschrieben werden; wenn sie überhaupt der Mühe werth sind, geschrieben zu werden“ (Deutscher Reichstag, 12. März 1880).

Als er neuerdings wieder einmal seine — man muß sagen — jetzt freilich mehr als je begründeten Zweifel in das von Kaiser stetig gehoffte Zustandekommen „einer großen liberalen Partei“ aussprach, meinte er: „alles, was man bis jetzt von der großen Partei wisse, sei, daß sie sich hin und wieder im Kaiserhof treffe, — die ‚große‘ napoleonische Armee sei in Rußland erfroren, er wünsche der liberalen Partei daselbe“ (Deutscher Reichstag, 28. November 1881). —

Ludwig Windthorst's Geburtstag ist der 17. Januar 1812; seine Wiege stand in einem osnabrückischen bäuerlichen Hause. Er sollte sich zuerst dem geistlichen Stande widmen und wurde auf dem katholischen Gymnasium Carolinum zu Osnabrück vorgebildet; auf den Universitäten Göttingen und Heidelberg studirte er indeß die Rechtswissenschaft und ließ sich alsdann als Anwalt in Osnabrück nieder. Infolge seines scharfen Hervorkehrens des katholisch-konfessionellen Standpunkts wurde er von der osnabrückischen Ritterschaft zum Syndikus gewählt und gehörte als vorsitzender Rath dem Konsistorium an. Sein Auftreten im öffentlichen Leben begann recht eigentlich, seit er im Frühjahr 1848 seinen Wohnsitz in die ganz von der katholischen Geistlichkeit geleitete Stadt Meppen verlegt hatte. Zum Ober-

Appellationsrath in Celle ernannt, trat er im Jahre 1849 in die zweite hannover'sche Kammer ein, wurde als Führer der ministeriellen Partei zu Anfang 1851 Präsident derselben und am 22. November des genannten Jahres Justizminister, als welcher er in noch höherem Maße die „katholische Sache“ in Hannover förderte und namentlich auch die Berufung katholischer Personen in die Umgebung des Hofes durchsetzte. Im Jahre 1853 gab er seine Stellung als Minister auf, kehrte jedoch 1862 wieder in dieselbe zurück und bestimmte durch seinen Einfluß das Auswärtige Amt, auf einen immer engeren Anschluß Hannover's an Oesterreich hinzuwirken. Als Justizminister entfaltete er unter den schwierigsten Verhältnissen Umsicht und Geschick, schied aber am 21. Oktober 1865 wieder aus und wurde Kron-Oberanwalt in Celle. Nach der Annexion Hannover's war er unablässig bemüht, alle mißvergnügten Elemente der Provinz zu vereinigen und die weitere Entwicklung der Dinge im entgegengesetzten Sinne aufzuhalten. Der Wahlkreis Eingen-Meppen entsendete ihn in den Norddeutschen Reichstag und dann auch in die allgemeine deutsche Ständeverammlung. Bereits im Jahre 1867 hatte er auch ein Mandat zum preußischen Abgeordnetenhaufe angenommen. Jetzt erfreut er sich völliger Unabhängigkeit, und seine Ministerpension, sowie verschiedene Vertrauensämter und einiges Vermögen sichern ihm hinreichende Einkünfte. Wenn sein ihm vor allem am Herzen liegender Wunsch nach gänzlicher Beendigung des „Kulturkampfes“ in Erfüllung geht, darf er sich einen heiteren und zufriedenen Lebensabend versprechen.



Anhang.

## Kissinger Blätter.



Als fürst Bismarck im Juni vorigen Jahres wieder zum Kurgebrauch nach dem anmuthigen fränkischen Badeort gegangen war, haben ihn während dieses erneuten Aufenthalts auf der oberen Saline sicherlich vor allem seine sozialpolitischen Pläne und eben mit Rücksicht darauf auch die Eventualitäten des Ausfalls der bevorstehenden Wahlen zum Reichstag lebhaft beschäftigt. Während die offiziöse, offizielle und freiwillig gouvernementale Presse das Volk bearbeitete, den Liberalismus schulmeisterte und insbesondere gegen den „Fortschritt“ die schärfsten Saiten aufzog, — Graf Bill hielt seinen Berliner Vortrag gerade an demselben Abend, an welchem der Fürst in Kissingen eintraf — war der Kanzler emsig daran, mit der an ihm gewohnten Höflichkeit alle Zuschriften, die ihm gerade in jenen Wochen aus den Kreisen seiner Getreuen in ungewöhnlich großer Zahl zugingen, zu beantworten. Er hatte gewiß damals schon die letzte Hoffnung auf die Unterstützung seiner Absichten durch eine liberale Mehrheit aufgegeben und machte sich mit dem Gedanken einer konservativ-kerikalen Heeresfolge immer vertrauter, wenn er



gelegentlich einem ihm ergeben gebliebenen Nationalliberalen auch versicherte, „daß die von ihm vertretenen wirthschaftlichen und sozialen Reformen an sich weder mit dem liberalen Prinzip, noch mit dem einer anderen Partei unvereinbar seien, und daß sie keine Tendenzen oder Wirkungen mit sich brächten, welche mit liberaler Politik mehr als mit konservativer in Widerspruch ständen.“ „Sie haben keinen anderen Zweck, als den, allen Deutschen, welcher Partei sie auch angehören mögen, wirthschaftlich nützlich zu sein . . .“

Kein Ort der Welt hätte ihm, sollte man meinen, die Berechnungen, die man ihm damals vorzugsweise zuschreiben mußte, schwerer machen können, als gerade Kissingen, der Ort, wo er sich eben befand. Bewegte er sich doch hier angesichts der nämlichen Stätte, auf welcher um die Mittagszeit des 13. Juli von 1874 sich jene Mörderhand gegen ihn erhob, von welcher er in derselben Stunde schon zu wissen glaubte, wer sie geleitet: — „cognosco stylum Curiae Romanae,“ diese Worte des heimtückisch gemordeten unerschrockenen Serviten-Mönchs Paolo Sarpi waren auch der Grundton der Ansprache, die der Fürst am Abend des verhängnißvollen Tages vom Balkon seiner Wohnung an das sich ernst und freudig unter ihm drängende Publikum hielt, der Grundton all’ der schweren Anklagen, die von Stund’ an in der officiösen und der gesammten regierungsfreundlichen Presse wider die Kurie und die Centrumspartei erhoben wurden.

„für die Regierung aber wird der Mordversuch von Kissingen mit Rücksicht auf die Umstände, die ihn charakterisiren, ein dringender Anlaß sein, den Quellen, aus welchen der Fanatismus ungebildeter katholischer Volkskreise immer neue Nahrung schöpft und schließlich bis zum Verbrechen des Mordmordes getrieben wird, näher zu treten, um die Mittel und

Wege in Betracht zu ziehen, ihrer unheilvollen Wirksamkeit zum Wohl des Vaterlandes Einhalt zu thun," — ließ sich die „Provinzial-Korrespondenz" alsbald vernehmen und bestätigte weiter die Gewißheit, „daß der Verbrecher, der römisch-katholischen Kirche angehörend, seine religiösen und politischen Anschauungen unter dem Einfluß jener Kreise herangebildet hatte, in denen die Feindschaft gegen das deutsche Reich und der Haß gegen den leitenden Staatsmann fast auf gleicher Linie mit den Glaubenssätzen stehen." Sie sprach ferner von dem in jenem Lager herrschenden und bei dieser Gelegenheit zu Tage getretenen „Mangel an politischer Redlichkeit und sittlicher Strenge" und erklärte, daß durch den bestimmten „Zusammenhang des Mordversuchs in Kissingen mit den jesuitischen Wühlereien der ultramontanen Sache ein unauslöschlicher Makel angeheftet worden sei." „Je augenfälligere Beweise die Gegenwart dafür liefert, daß die Ultramontanen und alle Widersacher der bestehenden Verhältnisse den deutschen Reichskanzler zum Stichblatt ihres schonungslosen Ingrimms gemacht haben, um so deutlicher erkennen alle Vaterlandsfreunde in Deutschland und alle vorurtheilslosen Geister in Europa, wie unerseßlich dieser Mann mit seiner Umsicht und seiner Thatkraft für die höchsten Aufgaben des Friedens und der Kultur, wie berechtigt sein entschlossenes Einschreiten gegen Bestrebungen ist, die unter dem Deckmantel der Religion für den Geist der Entsittlichung und Empörung arbeiten."

Man darf auch die Erinnerung der Leser zurückführen auf jene Reichstagsitzung vom 4. Dezember 1874, in welcher der Kanzler den Ultramontanen zurief: „Mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest, er nennt Sie seine Fraktion," und nachdem

daraufhin aus den Reihen des Centrums der wiederholte Ruf: „Pfui“ ertönt war, unter dem stürmischen Beifall der rechten und linken Seite des Hauses erklärte: „Pfui ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung! Glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fern liegen! Ich bin nur zu höflich, um sie auszusprechen!“ Dem Abgeordneten Windthorst gegenüber aber konstatirte er im besonderen: „Der Herr Vorredner — und ich nehme davon Akt und werde es nicht so bald vergessen — sagte heute ausdrücklich: wenn es vorkommt, daß in der Aufregung der religiösen Kämpfe solche Verbrechen begangen werden, so mögen es diejenigen sich selbst zuschreiben, die an dieser Aufregung schuld sind.“ —

Wie lagen doch damals die Dinge von den heutigen Verhältnissen so verschieden!

Die Kommunalbehörden der Reichshauptstadt sandten „ihrem großen Bürger, dem aus äußerster, von ruchloser Mörderhand drohenden Todesgefahr erretteten Kanzler des Deutschen Reiches die innigsten Wünsche“, und Dr. Lasker protestirte mit all' dem Pathos, dessen er fähig ist, gegen das „bald in wichtigen, nicht greifbaren Nebensätzen des Herrn Windthorst, bald mit den gewichtigen Worten irgend eines feierlichen Redners oder in ironisch stilisirten Worten des Herrn Abgeordneten Jörg“ immer wieder unternommene Manöver, „nicht allein etwa in den heimlichen Intriguen der Höfe den Herrn Reichskanzler zu erschüttern,“ sondern auch in „öffentlicher Versammlung das ganze Ausland gegen Deutschland zu heizen.“ „Ich will diese Politik kennzeichnen, damit fortan alle Angriffe dieses Herrn (Windthorst's) vor Deutschland als das erscheinen, was sie sind, und nicht etwa als das, wofür sie sich ausgeben: als Verbrechen gegen das Vaterland!“

Hatte man an dem seit dem Kissingener Attentat noch verschärfteren Vorgehen der Regierung gegen die Ultramontanen etwas auszusehen, so war es nur die „zu große Milde“, welche die letztere nach der Ansicht der auf ihrer Seite stehenden Parteien noch gegen dieselben walten ließ.

„Lavendelwasser sei nicht die rechte Arznei gegen Rom,“ sagte man im Lande, rief der Ultrakatholik Dr. Petri am 22. November 1877 im Abgeordnetenhaus aus; die liberale Partei sei sich bewußt, daß sie „den vom Centrum aufgedrängten Kampf zu Ende führen müsse, daß es Preußen, das Reich, die gesammte Kultur, alle geistigen Errungenschaften, alle idealen Güter gelte.“

„Wer ist es denn, der hier in diesem Hause durch seine fortwährenden Anfechtungen, seine fortwährenden Reden, da draußen in der Presse, da draußen in den Versammlungen dahin wirkt, daß alle Autorität des Gesetzes und des Staates — der doch gewiß auch eine sittliche Ordnung ist — vernichtet wird? Wer ist es denn, der bei allem prinzipiellen Abscheu gegen diejenigen Leute, die die Grundlage unseres ganzen sozialen Lebens in Frage stellen, der bei diesem Abscheu doch, wenn es ihm paßt, mit ihnen Hand in Hand geht? — Meine Herren, ich meine, Sie thäten gut, gemäß dem alten Sprichwort zuvor vor Ihrer eigenen Thüre zu kehren und dazu ein kräftiges Reis zu nehmen, — Sie haben es nöthig,“ — meinte Dr. Falk in derselben Sitzung des Abgeordnetenhauses, und als dann von der Centrapartei ein Antrag auf theilweise Abänderung der Maigesetze eingebracht worden, wies er die damit zum Ausdruck gebrachten „utopischen Bestrebungen“ beinahe entrüstet zurück: „Sie muthen also der Staatsregierung einen Frieden zu auf der Basis der unbedingten Unterwerfung. Nun, meine Herren, einen solchen Vorschlag kann man wohl einem

Gegner machen, der niedergeworfen am Boden liegt und an Händen und Füßen gefnebelt ist, aber nicht einem Gegner gegenüber, der aufrecht steht und aufrecht stehen bleibt (Bravo links. Sachse im Centrum). Sachse bringt das nicht weg, das ist das schlechteste Mittel . . . Und nun, meine Herren, sollte ich glauben, daß es klar wäre, wenn solche Bedingungen einem Gegner gestellt werden, so kann in ihm — ich will jedoch davon nicht reden — das Gefühl der Verletzung aufkommen, und wenn er solchen Vorschlag nicht betrachten will gar als eine Verhöhnung, so wird er ihn doch jedenfalls als eine absolute Unmöglichkeit betrachten. Und ist das so, so scheint es mir klar zu sein, daß jeder verständige Mensch sich an seinen fünf Fingern abzählen kann: da ist ein Frieden unmöglich. — Worin liegt denn die Hauptschwierigkeit? Nach der einen Seite hin will ich es nicht weiter ausführen, es scheint mir doch aber nicht unwerth zu sein, zu bemerken: auch der friedfertigste Träger der Kurie bleibt doch immer Träger der Kurie. Und, meine Herren, was für einen Charakter muß denn der Frieden haben, wenn er für den Staat möglich sein soll? Es muß eben ein möglicher Friede sein, nicht einer, wie ihn die Herren mit ihrem Antrage wegen der Verfassungs-Artikel wollen, nicht ein solcher, der auf eine unbedingte Unterwerfung des Staats hinausläuft, nicht ein solcher, der das Unternehmen des Staats aufgibt, in das er eingetreten ist, um der Restituirung seiner selbst willen, um der Wiederherstellung und Erhaltung seiner Fähigkeit willen, allen Konfessionen gerecht zu werden. Meine Herren, wenn ein solcher Friede kommen sollte, dann würde sich vielleicht kein Ausdruck hart genug finden, um den Eintritt in dieses Unternehmen zu brandmarken und zu kennzeichnen. Denken Sie aber noch eines, meine Herren, wenn ein solcher Friede geschlossen würde — die Weltgeschichte lehrt es uns — :

nach gemessenem Zeitraume kommen dieselben Fragen wieder in Betracht, und da sollte die Staatsregierung das, was sie so mühsam errungen hat in diesen schweren Kämpfen, ohne weiteres dahingeben? Nein, meine Herren, das Mindeste, was Sie ihr dann entgegenhalten könnten, wäre das Wort „unverantwortlich.“ (Abgeordnetenhaus, 11. Dezember 1878.)

Kein Wunder, daß die Liberalen angesichts einer solchen Sprache sofort das Schreckbild der „Reaktion“ heraufsteigen sahen, als falls bereits ein halbes Jahr später in die Nothwendigkeit versetzt war, zu „gehen“, so sehr sie auch — und eben darum waren sie für die größtmögliche Schärfe gewesen — immer eine heimliche Angst gehabt hatten, daß die Schwächen des Gesetzes der Regierung es leicht machen könnten, „sich, falls es ihr einmal darum zu thun sein könnte, mit guter Art aus der Affäre zu ziehen.“ Nur wenige von den Nationalliberalen konnten die Lage nicht für so schwarz ansehen, vor allem Gneist und von Treitschke, welcher letztere es als eitel Dunst hinstellte, wenn gesprochen werde „von einer Kapitulation dieses glorreichen deutschen Reichs“, wenn man lese, „die Kaiserflagge sei gestrichen oder der leitende Staatsmann habe, verführt von einem bedeutenden Mephistopheles, plötzlich den Entschluß gefaßt, sein eigenes Werk mit eigenen Händen zu zerstören.“

Dr. Falk hatte in der eben angezogenen Debatte auch gesagt: „Die Regierung kann sich von der Ueberzeugung nicht trennen, daß mindestens eine große Gefahr, wenn nicht die unbedingte Gewißheit vorhanden ist, daß sie ohne jede Garantie nutzlos die Position aufgeben würde, die sie in so schwerem Ringen gewonnen hat. Sie würde, wenn sie ohne jede Voraussetzung KonzeSSIONen, wenn sie Uenderungen eintreten ließe, nicht weiter sein, als früher. Sie stände der Gefahr gegenüber, daß

man das Geänderte schönstens, vielleicht dankbar, acceptirte, aber wie würde es stehen mit der Beweisung des Dankes durch die That? Wo ist eine Garantie für eine solche That? Es ist die Ueberzeugung der Regierung, daß das gewünschte einseitige Vorgehen ihrerseits nicht als eine That der Gerechtigkeit angesehen werden würde, die die Bevölkerung gut und günstig zu stimmen geeignet sei, nein, meine Herren, man würde es immer nur betrachten als eine That der Schwäche, der Hilfsbedürftigkeit . . . Von der Nothwendigkeit dieses Abschlusses (der kirchenpolitischen Gesetzgebung) ist sie (die Staatsregierung) auch in diesem Augenblicke noch durchdrungen; sie glaubt aussprechen zu dürfen, daß gerade der Besitz dieser Gesetze eine unabweisliche Nothwendigkeit für sie ist, wenn sie überhaupt mit Ernst zu einem gedeihlichen Frieden kommen will. Darum wird die Staatsregierung diese Position, so lange eben nicht die Voraussetzungen erfüllt worden sind, von denen ich gesprochen habe, sondern die Erfüllung noch gesucht wird, festhalten, — ja, meine Herren, festhalten auch gegen die Strömung.“ (Lebhaftes Bravo links und rechts. Zwischen im Centrum.)

Im Sommer des folgenden Jahres nun hatte die Centrumpartei durch ihre Abstimmung in der Frage der Wirthschaftsreform das Eis gebrochen, — sie war schon gleich am Anfang des „Kulturkampfes“ vom Fürsten Bismarck „an die alte Fabel von dem Wanderer, seinem Mantel und der Sonne und dem Winde“ erinnert worden. „Der Wind konnte ihn nicht nehmen, die Sonne gewann es ihm ab, und mit der Sonne würden die Herren auch weiter gekommen sein.“

Die Führerschaft der Ultramontanen war sich lange vorher darüber gewiß, daß man doch mit Nothwendigkeit auf sie werde rechnen müssen. „Zeit und Gelegenheit sind günstig für uns, so sehr auch manchmal der äußere Anschein auf

das Gegentheil deutet," — äußerte sich bereits im Jahre 1877 eine in katholischen Kreisen sehr einflußreiche Stimme (Leo Woerl in seinem Buche: „Die katholische Presse in Europa“). „Wir sind genöthigt worden, uns wieder mit dem öffentlichen Leben zu befassen und unsere sämtlichen Kräfte aufzubieten, um innerhalb desselben unsere Stellung zu behaupten. Wollen wir aber als Katholiken nicht dazu verurtheilt bleiben, stets als Staatsbürger zweiter und dritter Klasse behandelt zu werden, dann dürfen wir uns mit der bloßen Vertheidigung unseres Standpunktes nicht begnügen, sondern wir müssen uns bemühen, auf das gesammte staatliche Gebiet aktiv einzuwirken. Dann müssen wir schaffend und arbeitend in das politische Leben eingreifen und mit der leider uns fast zu einer liebgewonnenen Eigenthümlichkeit gewordenen Gewohnheit, scheltend oder klagend im Schmollwinkel zu stehen, gründlich brechen . . . Wenn wir erwägen, wie vieles schon im Laufe der letzten Jahre geleistet wurde, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche bedeutenden Fortschritte unsere Partei seit dem Beginn des ‚Kulturkampfes‘ bereits gemacht hat, wenn wir die achtungsgebietende Stellung berücksichtigen, welche die Katholiken gegenwärtig im politischen Leben einnehmen, und daran denken, wie es in dieser Beziehung noch vor ganz kurzer Zeit aussah, dann kann es uns nicht zweifelhaft erscheinen, daß die Höhe des gesteckten Zieles wohl dazu dient, unsere Thatkraft um so mehr anzuspornen, keineswegs aber, um uns an dem endgiltigen Erfolge verzweifeln zu lassen . . . Das Kreuz Christi hat nicht nur als Zeichen des Leidens und der Erlösung auf Golgatha gestanden, es ist nach hartem Streiten und todesmuthigem Ringen als Zeichen des Triumphes auf die Krone der Kaiser und Könige gesetzt worden!“



Man vernimmt aus diesen Zeilen die Meinungen und Hoffnungen der Katholiken; sie sind während der letzten Jahre natürlich noch um ein bedeutendes gestiegen.

Daß der Kanzler für seine arbeiterfreundlichen Bestrebungen die Unterstützung des Centrums finden würde, war, wie schon wiederholt angedeutet, von vorn herein sicher. „Ich betrachte es wesentlich als eine innere Angelegenheit des Reichstags, sich von den Mitteln, welche die Regierungen ihm darbieten, um seine eigene Würde, seine Jurisdiktion, seine Macht zu stärken, dasjenige anzueignen, war ihm gefällt. Und was Sie ablehnen, das wird eben nicht Gesetz; Sie sind ja vollberechtigt, davon anzunehmen, was Sie wollen, und ich kann nur sagen: *beneficia non obtruduntur*,“ — hatte der Kanzler sich neuerdings bei der Berathung des „Maulkorbgesetzes“ am 4. März 1879 im Reichstage wieder gegenüber den Liberalen ausgesprochen, — es war nur wie noch ein leiser, in sich selbst verhallender Echo- ruf ohne jede Wirkung; er war der „Abschlachtung“, wie sie „die Partei der Nationalliberalen und des Fortschritts“ in immer fühlbarer Weise vernahm, gründlich satt.

Zwischen den letzten Konsequenzen seiner sozialpolitischen Pläne und dem von dem Liberalismus vertretenen Manchesterthum liegt ein Abgrund. Auf Seiten der Ultramontanen aber waren schon lange Sätze ausgesprochen worden, die in des Fürsten neues Programm paßten, als wären sie eigens dafür geschrieben. „Dem liberalen Oekonomismus entspricht der geistig entleerte, sozial indifferente und bürgerlich unthätige Rechtsstaat,“ heißt es bei Jörg. „Die neue Arbeiterpolitik“ — er spricht allerdings damit von den Bestrebungen der Anhänger Lassalle's — „will naturgemäß den Kulturstaat, aber den Kulturstaat in seiner ganzen und vollen Konsequenz, nicht bloß das lebenswürdige Flickwerk unserer deutschen Länder, die mit Schulzwang und

mit Unterrichtsmonopol das ärmste Bürgerkind herandrillen, es aber dann mitteleidslos dem Gesetz von Angebot und Nachfrage preisgeben. So meint es die neue Arbeiterpolitik nicht; sie will den Kulturstaat im vollen Sinne des Wortes; sie will, kurz gesagt, die durchgehende Wiedervereinigung des Politischen und des Sozialen . . . .“

Es kann hier dahingestellt bleiben, ob der Staat mit seinem neuerlichen Verfahren gegenüber den kirchenpolitischen Gesetzen, an denen jetzt „keiner schuld sein“ will, nicht auf dem besten Wege ist, die Ausführung derselben zu einer „halben und lahmen“ zu gestalten, was er früher vor allem zu vermeiden gesucht hatte, und ob nicht die Prägung der „gleichen Münze“, mit welcher der Kanzler „Zugeständnissen“ Rom's begegnen zu wollen erklärte, doch eine nicht zu verkennende Ähnlichkeit mit „Kanonmünzen“ besitzt, wenn der Fürst auch versicherte, „darüber könne man ruhig sein, dergleichen würden in Deutschland nicht geschlagen.“ Jedenfalls aber ist es wahr, wenn Bruno Bauer bemerkt, daß „der Ausweg, welchen nach dem jetzigen Stand der Dinge die preussische Regierung mehr für sich selbst, als für ihre bisherigen Gegner öffnen möchte, — ihr Anerbieten, jene Strafgesetze nur nach ihrem diskretionären Ermessen anzurufen, den Unbesiegten wenigstens die Anerkennung ihrer ungeschwächten Kriegstüchtigkeit giebt.“ Man hat ja selbst im preussischen Abgeordnetenhaus zu müssen geglaubt: „Es giebt nur zwei Wege, — entweder nach Rom oder nach Wittenberg, der eine führt zum blinden Autoritätsdogma, der andere zur Freiheit,“ und Virchow wies angesichts der eingestandenen Thatsache, daß Dr. Falk auch durch gewisse Einflüsse von evangelischer Seite seine Stellung erschwert worden — es ist ja bekannt, wie scharf ihn der Hofprediger Stöcker schon im Parlament angegriffen hat, — darauf hin, daß, so viel auch

der neue Kultusminister vielleicht noch Konzessionen mache, er doch der alten Erfahrung werde inne werden müssen: „Je mehr er bewilligt, desto mehr fordern Sie, die Kirche ist ein Nimmersatt!“

Wir unsererseits gestehen, daß darin für uns die am allerwenigsten bedenkliche Seite der neuen Gestaltung der Dinge liegt. Wir fürchten keine Eulen und anderes nächtliche Gezücht; der Zeitgeist, der von der freien Forschung gekostet, wird seine Augen in einer Gesellschaft, wie der heutigen, nicht wieder zuschließen und wird mit mächtigem Flügelschlag alles am Boden halten.

Warum wir aber dann am Schlusse unseres Buches diesen Erfurs unternommen? Etwa um dem Fürsten Bismarck unangenehme Erinnerungen wachzurufen, — oder das Centrum anzuklagen, — um neu zu entzweien oder ohnehin klaffende Gegensätze noch zu verschärfen? Nichts von alledem. Wir wollten, kurz gesagt, den Lesern zum Bewußtsein führen, was es mit der bei verschiedenen Gelegenheiten in verschiedenem Sinne immer wiederholten Phrase der „Vereinigung aller staaterhaltenden Parteien“ auf sich hat. Wir streifen damit auch die frivolen Schlagwörter: „Reichsfeind“ und „Reichsfreund“. Wie oft ist wohl eine Partei von Seiten der Regierung und ihrer momentanen Gefolgschaft mit solcher Entschiedenheit, mit solcher Erbitterung, in so absoluter Gegensatzlichkeit bekämpft worden, wie es derjenigen der Ultramontanen geschehen? Und das ist erst wenige Jahre her. Heute sehen wir beide Theile zum Friedensschlusse sich zusammenreihen, und der Feldherr, der am meisten in Gefahr gewesen, hat sogar den ersten Schritt gethan. Wie leicht könnten wir ähnliche Ueberraschungen erleben! . . . .

Möchte doch das deutsche Volk ruhiges Denken und gesunde Urtheilskraft, unverfälschtes Gemüth genug besitzen, hieraus eine für

die weitere Entwicklung der Zustände unseres Vaterlandes vor allem bedeutungsvolle Lehre zu ziehen: die Lehre, nicht jedem Druck, der auf seine Meinung auszuüben gesucht wird, nachzugeben, nicht bei jeder Wendung der Dinge einen Umschwung in derselben eintreten und sich in eine andere Richtung drängen zu lassen, nicht immer nur nachzusprechen, was man ihm vorsagt, sondern vielmehr mit klaren Sinnen zu beobachten, zu prüfen, in das, worum es sich handelt, einzudringen und dann zu folgen den Eingebungen einer nüchternen Vernunft und dem Trieb des Herzens! —

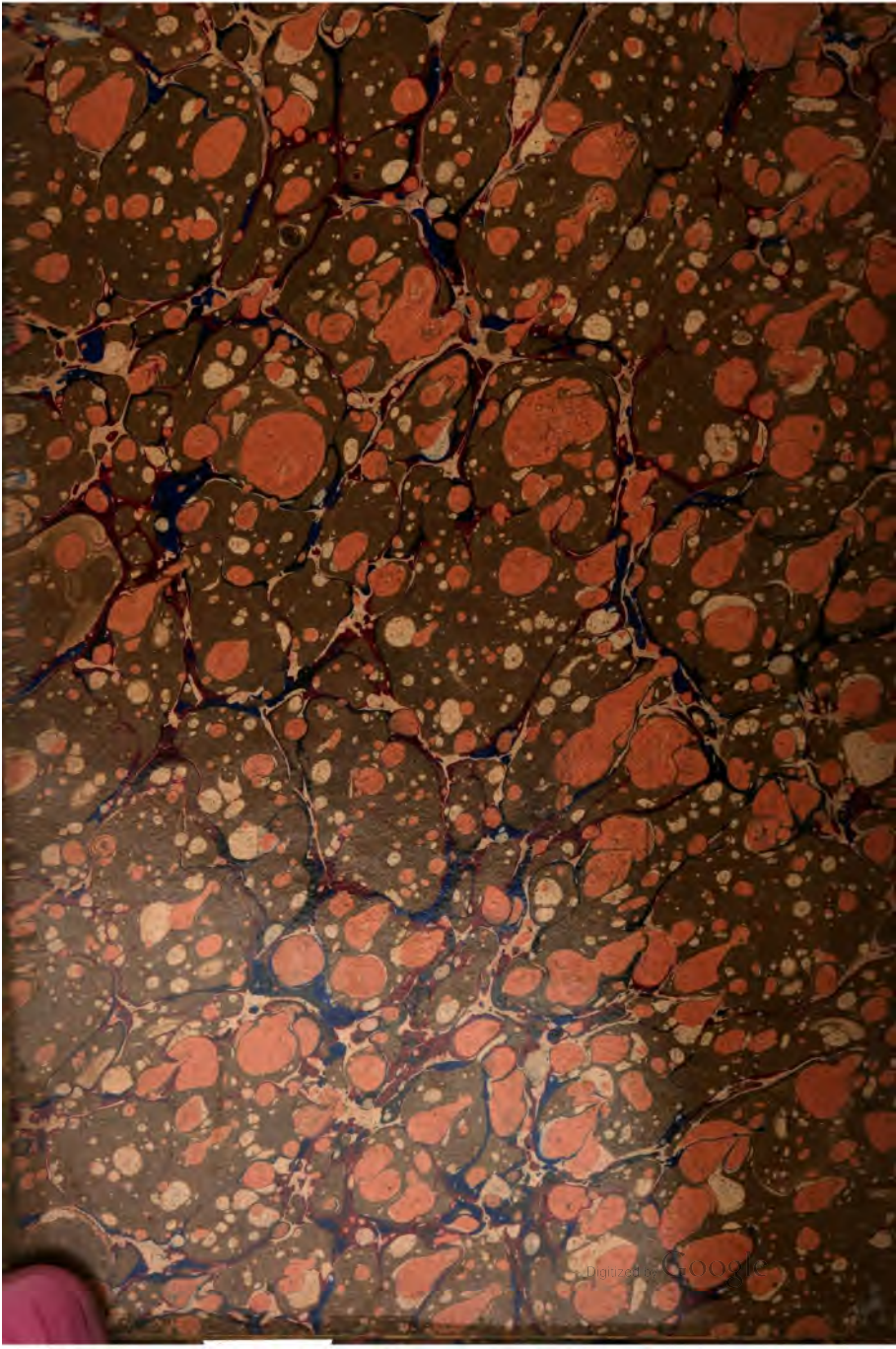


Druck von Carl Marquart in Leipzig.











This book should be returned to  
the Library on or before the last date  
stamped below.

A fine of five cents a day is incurred  
by retaining it beyond the specified  
time.

Please return promptly.

